

Frankfurter Zeitung

Nr.

245

Persönliches vom Prinzen Max von Baden.

Des Reiches siebenter Kanzler war, ehe er auf den Posten des Leiters der deutschen Politik berufen wurde, bayerischer Ministerpräsident. Der Süden Deutschlands stellt auch den achten Kanzler: im Prinzen Max von Baden, dem Thronfolger in seiner engeren Heimat. Ein schweres Amt tritt der Prinz an. Aufgaben, wie man sie sich komplizierter nicht denken kann, soll er, unterstützt von hoffentlich tüchtigsten Mitarbeitern, guten Lösungen entgegenführen. Er greift, dessen sind alle, die ihn kennen, sicher, das neue Werk von jenem gesunden Glauben beseelt an, daß rechtschaffenes, zuverlässiges Wollen und frisches Zupacken Erfolg verheißende Voraussetzungen des Gelingens jeden Vorhabens sind, von jenem lauterem Optimismus geleitet, von dem er sich in seinem politischen und öffentlichen Wirken führen läßt. Ein Unverbraucher, ein Mann mit Augen, die Altstaub nicht getrübt, der bürokratischen Schematismus nicht kennt, bereit, in edler Hingabe an des Vaterlandes große Sache sein Bestes zu setzen: so wird Prinz Max seine Kanzlerschaft beginnen.

Der Prinz ist am 10. Juli 1867 geboren. Sein 1897 gestorbener Vater, ein Bruder des Großherzogs Friedrich II., hat sich im Feldzug 1870/71 rühmlich ausgezeichnet, und war, wie heute sein Sohn, seines einfachen Wesens wegen im badischen Land eine gern gesehene Erscheinung. Prinzessin Marie Maximilianovna, eine Herzogin von Leuchtenberg, die Mutter des Prinzen, entstammte dem Haus Romanow. Prinz Max besuchte die Universitäten in Freiburg und Heidelberg und promovierte nach dem Abschluß juristischer und staatswirtschaftlicher Studien zum Dr. jur. Seit 1900 ist er mit der Prinzessin Marie Luise von Cumberland, der Schwester des Herzogs von Braunschweig, vermählt. Der Ehe sind zwei Kinder, Prinzessin Marie Alexandra und Prinz Verthold Friedrich entsprossen. Da der regierende Großherzog Friedrich II. keine Kinder besitzt, wird die Regierung auf den Prinzen Max übergehen, der also badischer Thronfolger ist. Als Soldat stand der Prinz u. a. in Berlin bei den Gardekürassieren, führte dann eine Reihe von Jahren hindurch das Leibdragoner-Regiment in Karlsruhe und steht heute im Rang eines Generals der Kavallerie.

Am politischen Leben seiner engeren Heimat hat der Prinz als Präsident der Ersten Kammer Badens seit langem regsten Anteil. Seine sichere und gewandte Führung der Geschäfte dieses Hauses ist oft anerkannt worden. Sie ließ ihm aber noch genug Zeit, sich über die Fragen der badischen Politik hinaus mit den großen Problemen der Völker zu beschäftigen, wobei er sich stets vom Bestreben leiten ließ, zu eigenen Anschauungen zu gelangen. Seine Auffassungen über die deutsche Sendung in der Welt haben ihren Niederschlag in der vielbeachteten Rede gefunden, die er als Präsident der Ersten Badischen Kammer am 14. Dezember 1917 gehalten hat. Diese Kundgebung war es, die die Aufmerksamkeit weitester Kreise auf den badischen Thronfolger lenkte, die vor allem auch im neutralen und feindlichen Ausland sehr beachtet wurde. Sie fand ihre Ergänzung in einer Unterredung des Prinzen mit dem Direktor des Wolffschen Tele-

graphenbureaus im Februar 1918 und in einer Ansprache während des Festaktes der hundertjährigen Verfassungsfeier in Karlsruhe Ende August d. J. In neutralen Ländern geniest der Name des Prinzen vor allem aber auch deshalb hohes Ansehen, weil der badische Thronfolger, der neue Kanzler, im Dienste der Gefangenenfürsorge ganz Hervorragendes geleistet hat. In Verhandlungen, die er mit neutralen Staatsmännern führte, um in gemeinsamer Arbeit mit ihnen das Los der in Gefangenschaft geratenen deutschen Krieger nach Möglichkeit zu bessern, lernte man den liebenswürdigen Prinzen als klugen verständigen Mittelmann schätzen.

Der Prinz hat einen offenen Sinn für alles Wertvolle, Große und Schöne. Von je suchte er mit allen Schichten der Bevölkerung in Beziehung zu kommen und zu bleiben. Ertüschelte Leutseligkeit aber ist ihm fremd. Er jagt nicht nach billiger Gunst, freut sich indessen umso mehr, und belundet gern diese Freude, wenn er gewahrt wird, verstanden zu werden. Die großen unvergänglichen Ideale edlen Menschentums, selbstloser Hilfsbereitschaft, freimütiger Meinungsäußerung bewegen ihn besonders stark. Es kommt nicht von ungefähr, daß man in seinen Reden Plato und Kant mehrfach begegnet. Gerade der Umstand, daß diese Rundgebungen auch ihrer Form nach den Durchschnitt jener vielen, allzuvielen politischen Reden, wie man sie im allgemeinen zu hören bekommt, überragen, hat die Blicke der Welt außerhalb unserer Grenzen auf den Prinzen Max gerichtet.

Ein „Politiker“ im eigentlichen Sinne des Wortes war der achte Kanzler bisher nicht. Aber er hat natürlich als Präsident der Ersten Kammer seiner Heimat genaue Einblicke in alle Staatsgeschäfte gewonnen. Wer Gelegenheit hatte, ihn in seiner Amtsführung als Leiter der Arbeiten des badischen Oberhauses zu beobachten, wer sich mit ihm über Probleme der Zeit unterhalten konnte, wird leicht gewahrt geworden sein, daß der Prinz entscheidenden Wert darauf legt, in allen Fragen, die an ihn herantreten, zu selbständigen Meinungen zu gelangen. Vorurteilslos betrachtet er jeden Gegenstand, mit dem er sich zu beschäftigen hat. Auf ein ausgesprochenes Parteiprogramm war er nicht festgelegt, aber es steht fest, daß der Prinz ein freiheitlich gesinnter Mann ist. Er hat ein Ohr für die Stimmen der Zeit und weiß sie zu deuten. Und sein Herz ist erfüllt von wahrhafter Sorge, die Nöte unseres Volkes zu lindern und zu beseitigen. So sind ihm Eigenschaften geworden, die ihn befähigen, auch große Aufgaben mit Vertrauen zum eigenen Können und Wollen anzufassen.

Der Prinz ist ein begeisterter Freund der Künste und Wissenschaften. In der guten Literatur, nicht nur der deutschen, heimisch, läßt er das wechselnde Bild des geistigen Lebens Deutschlands und der Welt nicht aus dem Auge. Seine besondere Reigung gehört der Musik und dem Theater. Mancher deutsche Künstler hat im Prinzen Max einen klugen Berater und Förderer gefunden. Liebenswürdig, einfach, aber gewandt in den Umgangsformen des gesellschaftlichen Verkehrs, immer aufgeschlossen für neue Gedanken, selbst ein beweglicher frischer Unterhalter hat sich der Prinz wohl überall, wo er bisher erschienen, Sympathien erworben, ohne nach ihnen zu geizen. Wer wünschte nicht, er möchte auch als Kanzler von echter, innerlicher Gunst aller getragen sein! Ihn selbst bewegt wohl kein Verlangen sehnlicher als das, Deutschland bald dem neuen Frieden zuzuführen. Daß er dieser Aufgabe seine besten Kräfte schenken wird, dessen darf man gewiß sein.

E. S.

Neue Hamburger Zeitung

Nr. *507* vom

191

**Die Ernennung des Prinzen Max
von Baden.**

Bl. Berlin, 3. Oktober.

(Eigene Meldung.)

Prinz Max von Baden ist heute zum Reichs-
kanzler und zum preussischen Minister für Auswärtige
Angelegenheiten ernannt worden. Er wird am Sonn-
abend, den 5. Oktober, in der für 1 Uhr festgesetzten Voll-
sitzung im Reichstag sein Regierungsprogramm
entwickeln. Zu Staatssekretären ohne Porte-
feuille sind die Reichstagsabgeordneten Gröber und
Scheidemann bestimmt. Der Staatssekretär des
Inneren Ballraf hat seinen Abschied erbeten. Sein
Nachfolger wird ein Zentrumsabgeordneter werden. An
die Spitze eines durch Abtrennung vom
Reichswirtschaftsamt neu zu begründenden Ar-
beitsamtes soll der zweite Vorstehende
der Genossenschaften und der Gewerkschaften, Reichstags-
abgeordneter Bauer treten. Die Frage, ob ein vom
Auswärtigen Amt abhängiges Reichspresseamt unter
einem weiteren Staatssekretär aus dem Parlament errichtet
werden wird, ist noch in Behandlung. Die Ernennung
mehrerer Unterstaatssekretäre aus der Volksvertretung steht
bevor. Ueber die Auswahl der Persönlichkeiten sind die
Verhandlungen noch nicht abgeschlossen. Das preussische
Handelsministerium wird an Stelle des ausscheidenden
Staatsministers Sydow der Reichstagsabgeordnete Fisch-
beck übernehmen.

Bl. Berlin, 3. Oktober. (Eigene Meldung.) Wie wir
hören, wird am Sonnabend in der Reichstagsitzung

nur der neue Reichskanzler, Prinz Max von Baden,
das Wort ergreifen. Darauf wird sich das Haus auf Mon-
tag vertagen, wodurch den Parteien Gelegenheit ge-
geben ist, über den Inhalt der Rede in eingehende Be-
sprechungen einzugehen.



Prinz Max von Baden

Bundesstaatliche Vertreter in Berlin.

WTB. Stuttgart, 3. Oktober. Ministerpräsident Freyherr
v. Weissäcker begibt sich abends nach Berlin.

WTB. Dresden, 3. Oktober. Der Minister des Innern
und des Auswärtigen Bismarck von Gaffel begab
sich heute nachmittag nach Berlin.

Norddeutsche Allgemeine Zeitung (Berlin)

Nr. *572*

Prinz Max von Baden.

Prinz Maximilian von Baden wurde als Sohn des am 27. April 1897 verstorbenen Prinzen Wilhelm von Baden und dessen Gattin, der am 16. Februar 1914 verstorbenen Prinzessin Marie Maximilianowna Romanowsky, Herzogin von Leuchtenberg, am 10. Juli 1867 zu Baden geboren, steht also im 52. Lebensjahre. Er ist ein Vetter des jetzigen Großherzogs von Baden; seine einzige Schwester, die um zwei Jahre ältere Prinzessin Marie war mit dem jüngst verstorbenen Herzog Friedrich II. von Anhalt vermählt. Prinz Maximilian ist im Juni 1889 als Leutnant à la suite des Garde-Kürassierregiments gestellt worden und hat später mehrfach aktive Dienste in diesem Regiment geleistet, so Ende der 90er Jahre als Rittmeister und Chef der 5. Schwadron, nachdem er am 11. Sept. 1893 zum Oberleutnant und am 12. September 1895 zum Rittmeister

aufgerückt war. Am 15. September 1899 wurde er Major, kam im Juni des nächsten Jahres zum Generalkommando des 14. (badischen) Armee-Korps nach Karlsruhe, wurde sodann, à la suite des Garde-Kürassierregiments und des 1. badischen Leib-Drägonerregiments Nr. 20 in Karlsruhe stehend, zur Dienstleistung bei dem letzteren kommandiert und befehligte hierauf dieses Regiment seit dem 18. April 1903 als Oberleutnant. Er rückte in dieser Stellung am 27. Januar 1906 zum Oberst auf, bis ihm im folgenden Jahre das Kommando über die 28. Kavalleriebrigade in der badischen Residenz unter Belassung à la suite der Garde-Kürassiere und der 1. badischen Leibdrägoner übertragen ward. Am 17. September 1909 wurde er zum Generalmajor befördert und war dann noch weitere zwei Jahre hindurch Brigadefeldkommandeur, bis er 1911 von dieser Stellung entbunden wurde unter Belassung à la suite der Gardekürassiere und der 1. badischen Leibdrägoner. Am 22. April 1912 erfolgte seine Beförderung zum Generalleutnant und seit dem 24. Dezember 1914 ist er General der Kavallerie. Prinz Maximilian, der auch Doktor der Rechte und Ehrendoktor der Staatswissenschaften der Universität Freiburg ist, vermählte sich zu Gmunden am 10. Juli 1900 mit der Prinzessin Marie Luise von Großbritannien und Irland, Herzogin zu Braunschweig und Lüneburg, einer Tochter des Herzogs von Cumberland, die ihm 1902 eine Tochter, die Prinzessin Marie Alexandra und 1906 einen Sohn, den Prinzen Berthold Friedrich, schenkte.

Prinz Maximilian hat von jeher das besondere Vertrauen des Kaisers genossen, der ihn wiederholt mit wichtigeren Missionen betraute. Als Prinz Georg Wilhelm von Cumberland am 20. Mai 1912 durch einen Automobilunfall ums Leben kam und Kaiser Wilhelm dem Hause Cumberland bei diesem Ereignis seine Teilnahme wies, erschien am 31. Mai der Bruder des Toten mit seinem Schwager, dem Prinzen Maximilian, in Berlin, um dem Kaiser namens der Eltern deren Dank auszusprechen. Schon lange hatte Prinz Max in weiten Kreisen des Vaterlandes große Sympathien erworben. Als an jenem 29. März 1890 der Reichskanzler Fürst Bismarck, von einer tief ergriffenen Menge geleitet, die gekommen war, um dem Scheidenden ihren Dank anzuerkennen Berlin verließ, war auch Prinz Max von Baden zugegen, um Bismarck seinen Dank und seine Verehrung zu bezeugen. Vor mehreren Jahren bereits zum Präsidenten der badischen Kammer erwählt, hat Prinz Max seither keine Gelegenheit vorbeigehen lassen, sich aufs eingehendste mit den großen wirtschaftlichen und politischen Fragen des Reiches vertraut zu machen. Wiederholt hat er das Wort ergriffen, um von bedeutsamer Stelle aus seinen Standpunkt darzulegen, so erst kürzlich, als er im Verlaufe der badischen Verfassungsfeier in einer Ansprache an den Großherzog ein eindrucksvolles und unzweideutiges Bekenntnis zu deutscher Kraft und deutschem Geiste gab.

Kölnische Zeitung

Nr. *924* vom

191

Der neue Kanzler.

Bis jetzt ist die Ernennung eines neuen Reichskanzlers nicht vollzogen worden. Die Blätter der der neuen Regierung am nächsten stehenden Parteien, der Sozialdemokratie, des Fortschritts und des Zentrums, erklären jedoch, es sei kein Zweifel mehr, daß die Wahl dieser Parteien auf den Prinzen Max von Baden gefallen sei und daß der Kaiser ihn ernennen werde.

Prinz Max von Baden wurde am 10. Juli 1867 als Sohn des 1877 verstorbenen Prinzen Wilhelm von Baden und seiner 1914 verstorbenen Gemahlin Marie Maximilianowna Prinzessin Romanowsky, Herzogin von Leuchtenberg, geboren. Prinz Wilhelm vertrat in den Jahren 1871—1877 im deutschen Reichstag den 10. badischen Wahlkreis, den gegenwärtig der Fortschrittler Dr. Haas vertritt. Der neue Reichskanzler, der als Vetter und nächster Anverwandter des kinderlosen Großherzogs Friedrich II. vermutlicher Thronfolger in Baden ist, ist seit 1900 mit der ältesten Tochter des 1907 verstorbenen Herzogs von Cumberland, der Prinzessin Marie Louise von Großbritannien und Irland, Herzogin zu Braunschweig und Lüneburg, vermählt und hat eine Tochter und einen Sohn. Bis zum Jahre 1907, als er als dem Alter nach jüngstes Mitglied zum Präsidenten der Ersten Kammer in Baden ernannt wurde, war der Prinz, der seit seiner Enthebung vom aktiven Militärdienst im Jahre 1911 als 1. preußischer General der Kavallerie à la suite des 1. badischen Leibdragoner-Regiments Nr. 20 und des preußischen Garde-Kürassier-Regiments steht, durch und durch Soldat; um die Politik hatte er sich bis dahin wenig gekümmert. Politisch besonders hervorgetreten ist Prinz Max erst im Kriege. Erinnert sei da vor allem an die Rede in der Ersten badischen Kammer vom 16. Dezember v. J., in der er die Abkehr von der Kriegsverrohung forderte, an seine Unterredung mit dem Direktor des Wollschiffen-Bureaus vom 15. Februar d. J., womit er als einer der ersten eine treffende Antwort auf die Zweckreden der feindlichen Staatsmänner fand, und an die große vielbeachtete Rede zum badischen Verfassungsjubiläum am 22. August d. J., worin er den Gedanken der deutschen Freiheit, wie er in unsrer Geschichte lebendig ist, auseinanderlegte, und die deutsche freiheitliche Verfassung dem amtlichen Demagogentum unsrer Feinde und den unserm Wesen so ganz fremden despotischen Gewohnheiten der westlichen Demokratien wirksam gegenüberstellte. Jedesmal bewies er, daß er zu den Problemen der Zeit etwas zu sagen habe. Besonders hervorzuheben ist der Idealismus, mit dem er die politischen Geschehnisse beurteilt, und der große weltgeschichtliche Rahmen, in dem er den Weltkrieg sieht. Für die Forderungen der Zeit ist er immer eingetreten. Scharf verurteilte er die Agitation, die darauf hinging, breite Schichten unsrer Bevölkerung als unpatriotisch zu brandmarken. „Über die Kriegsziele“, führt er in der erwähnten Unterredung aus, „muß in jedem Lande hart gestritten werden. Aber ich möchte jede Gelegenheit ergreifen, um zu wiederholen: Wir müssen aufhören, bei unsern innern Auseinandersetzungen bei dem politischen Gegner immer nach unpatriotischen Motiven zu suchen. Solche Anklagen dürfen nicht laut werden, sei es auch nur als Waffe im Redekampf. Das ist eine Veründigung an der Front und der Gesinnung, die dort herrscht.“ Als Grundlage eines krasvollen Volksstaates forderte er in der Karlsruher Rede über die deutsche Verfassung von dem Staat, Achtung vor der Menschenwürde und der persönlichen Freiheit des einzelnen zu haben, und von dem einzelnen, sich in der Hingabe an das Ganze einzusetzen bis zum höchsten Opfer. Von der Regierung verlangte er, die Wege zu weisen, die den Aufstieg und die Mitarbeit aller edeln und wertvollen Volkskräfte ermöglichen. Als allgemeine Friedens- und Menschheitsziele stellte er vier Forderungen auf: erstens die Freiheit der Meere; es dürfe kein neuer Hungerkrieg geführt werden. Die Sicherstellung der Freiheit der Meere

würde eine Friedensgarantie bedeuten, denn die Aussicht, strafflos die Seemacht mißbrauchen zu können, sei eine der größten Versuchungen zum Kriege. Ferner dürfe die Welt nicht in zwei Mächtegruppen gerissen werden, die sich mit Rüstungen überbieten. Uns müsse das Ziel leiten, das der Reichskanzler im November 1916 aufgenommen habe, das Ziel der Zusammenarbeit der Völker zur Verhinderung eines Krieges. Aber die moralischen Voraussetzungen hierfür seien erst gegeben, wenn ein Gesinnungsumschwung im Leben der Nationen eingetreten sei, wenn die Völker statt aus- und gegeneinander zu- und miteinander strebten. Dieser Gesinnungsumschwung würde die dritte Forderung zeitigen: das allseitige Bemühen zum Handelsfrieden. Auch die farbigen Völkerschaften — und das ist die vierte Forderung des Prinzen Max — dürften nicht nur als Mittel zum Zweck angesehen werden; ihr Selbstzweckrecht müsse anerkannt werden. Die Erschließung Afrikas müsse nach den Grundsätzen des Verantwortungsgefühls gegenüber der schwarzen Rasse und des Solidaritätsbewußtseins der weißen Rasse vor sich gehen. Besonders charakteristisch für seine Anschauungen sind die Schlusssätze der Dezemberrede. „Macht allein“, sagte er damals, „kann uns die moralische Stellung in der Welt nicht sichern, die uns nach unsrer Auffassung gebührt. Das Schwert kann die moralischen Widerstände nicht niederreißen, die sich gegen uns erhoben haben. Soll die Welt sich mit der Größe unsrer Macht versöhnen, so muß sie fühlen, daß hinter unsrer Kraft ein Weltgewissen steht. Um dieser Forderung zu genügen, brauchen wir nur die Pforten unsers innersten Wesens aufzutun, denn durch die ganze deutsche Geistesgeschichte leuchtet das Verantwortungsgefühl gegenüber der Menschheit. Dieses Zeichen soll Deutschland getrost auf seine Fahnen schreiben. In diesem Zeichen werden wir siegen.“ Über die Zusammenarbeit der Völker sagte er in seiner letzten Rede, die Schlichtung der innern staatlichen und religiösen Gegensätze in Deutschland sei in kleinem eine geistige Vorbereitung für die Zusammenarbeit der Völker geworden. Die Einheit des Deutschen Reiches habe nur gelingen können, weil der Glaube an dieses Ideal selbst in den ganz verdüsterten Zeiten deutscher Geschichte niemals erloschen wäre. So sollten alle jene, die das ferne Ziel des Miteinander der Völker ehrlich im Herzen trügen, nicht den Glauben an ihre große Hoffnung verlieren, auch wenn uns die gegenwärtige Gesinnung unsrer Feinde das Wort „Liga der Nationen“ noch so verdächtig erscheinen lasse. Anerkennung haben diese vortrefflichen Grundsätze des Prinzen Max damals in der uns feindlichen Presse nicht gefunden.

Diese ideale Auffassung der Pflichten im öffentlichen Leben und im Völkerverkehr entspricht dem, was man über die Anschauungen hört, die Prinz Max auch stets im persönlichen Verkehr vertreten hat. Sie ist es auch, die ihn trieb, sich mit philosophischen und religiösen Fragen tiefer zu befassen, als es heute auch unter Gebildeten üblich ist. So war Prinz Max ein regelmäßiger Besucher des bekannten Religionsphilosophen Johannes Müller. Wo er bürgerlichen Kreisen nahetrat, wird seine Lebenswürdigkeit, Vorurteilslosigkeit und sein unbefangenes, kluges Urteil gelobt. In politischen Dingen bekundete Prinz Max, seiner ganzen Geistesrichtung entsprechend, stets liberale Anschauungen, und er hat in Baden auch Gelegenheit gehabt, mit sozialdemokratisch denkenden Politikern Verkehr zu pflegen. Der Prinz übernimmt in schicksalsschwerer Zeit die große Aufgabe, den deutschen Verfassungsstaat auf neue Grundlagen zu stellen; daß er ein Mitglied des Herrscherhauses eines der Bundesstaaten ist, mag den Bundesgliedern den Übergang zu der neuen Regierungsform in etwa erleichtern. Prinz Max hat eine der schwierigsten Aufgaben zu erfüllen, die je einem Staatsmann gestellt waren; nur seine große Vaterlandsliebe wird ihm die Stärke und den Rückhalt gegeben haben, die ein solcher Entschluß erfordert. Die Wünsche aller guten Patrioten begleiten ihn auch dann, wenn sie ihm auf den politischen Wegen, die er einschlägt, nicht immer werden folgen können.

Deutsche Tageszeitung (Berlin)

Nr. *588*

Die Rede, mit welcher der Reichskanzler Prinz Max von Baden die neue Ära des Parlamentarismus eingeführt hat, fordert zunächst in einem Punkte zu entschiedenem Widerspruch heraus: Der Herr Reichskanzler sprach die Erwartung aus, daß die Parteien, die an der Regierung nicht beteiligt sind, das Trennende zurückstellen und dem Vaterlande geben würden, was dem Vaterlande zukommt. Daß wir und unsere Freunde auch ohne jede Mahnung dem Vaterlande alles geben werden, wessen es zu seiner Verteidigung bedarf, ist, wie wir bereits nachdrücklich betonten, eine Selbstverständlichkeit. In demselben Atem aber, in welchem der Kanzler an die Rechte die Mahnung richtete, das Trennende zurückzustellen, hat er seinerseits mit seiner Aeußerung über das preußische Wahlrecht das Trennende in einer wichtigsten Frage in einer Weise wieder in den Vordergrund gerückt, die jeden überzeugten Anhänger der noch jetzt zu vollem Recht bestehenden bundesstaatlichen Reichsverfassung auf das schwerste verlegen muß. Daß freilich die Einführung des parlamentarischen Systems im Reiche seinen bundesstaatlichen Charakter tatsächlich zur Auflösung bringen muß, haben wir erst gestern dargelegt; und im Hinblick auf diese tatsächliche Entwicklung verliert leider die Erklärung des neuen Kanzlers, daß er auf dem Standpunkt des Föderalismus stehe, jeden realen Wert. Wenn der Kanzler weiterhin sagte, der jetzt vollzogene Schritt zum Parlamentarismus sei nicht wieder rückgängig zu machen, so wird es nicht leicht sein, ihm zu widersprechen. Aus seinen Darlegungen zur inneren Politik sei im Augenblick nur noch hervorgehoben, daß er die Absicht der Einführung einer politischen Zensur bestätigte, so daß also auch hier die Einführung einer parlamentarischen Mehrheitsregierung in Deutschland sich als Rückschritt und Unfreiheit darstellt.

Eine Neuigkeit von größter Bedeutung bringt die Rede des Kanzlers mit der Mitteilung, daß die deutsche Regierung bereits in der Nacht zum Sonnabend über die Schweiz die Bitte an den Präsidenten Wilson gerichtet hat, den Frieden zu vermitteln und baldmöglichst einen Waffenstillstand herbeizuführen. Wie zu erwarten stand, bezog sich der Reichskanzler in seinen verhältnismäßig kurzen Darlegungen über die deutschen Friedensbedingungen ganz wesentlich auf das bereits von uns besprochene Programm der Mehrheit. Herausgehoben sei zunächst, daß er die Autonomie für Elsaß-Lothringen nur im Sinne seiner vollen Einweihung in die deutschen Bundesstaaten verstanden wissen will, womit wir nach Lage der Dinge einverstanden sein können, wenn wir auch die Zurückstellung dieser Frage bis nach Friedensschluß dringend gewünscht hätten. In Uebereinstimmung mit dem Mehrheitsprogramm behandelte der Kanzler namentlich die belgische und die Frage der östlichen Randstaaten. Unsere Stellungnahme zu diesem Friedensprogramm ergibt sich aus unseren früheren Darlegungen von selber:

Auch wir wünschen einen mit unserer Ehre und unserem Lebensinteresse verträglichen Frieden so rasch wie möglich, wie überhaupt niemand in Deutschland der baldigsten Beendigung des ungeheuren Blutvergießens auf jede annehmbare Weise widersprechen wird. Wir müssen aber leider bezweifeln, daß der jetzt eingeschlagene Weg geeignet sei, einen solchen Frieden herbeizuführen. Wenn der Herr Reichskanzler für den Friedensplan der Mehrheit das Wort „Rechtsfrieden“ prägte, so müssen

Wenden!

wir dem schon im Hinblick auf seine Erklärung über Belgien auf das entschiedenste widersprechen: denn wir sind nicht nur nach dem Recht der Notwehr, sondern in voller Uebereinstimmung mit dem bestehenden Völkerrecht durch das neutralitätsbrüchige Belgien marschirt, und deshalb ist es ein schweres Unrecht gegen die Wahrheit wie gegen das deutsche Volk, wenn wir einen Standpunkt einnehmen, der Deutschland ins Unrecht setzen und womöglich noch zu Entschädigungen an Belgien bringen würde. Zugleich aber finden wir es in jeder Beziehung unzweckmäßig, daß Deutschland die Trümpfe, die es in der Hand hat, vorzeitig preisgibt. Bei allem Wunsche nach Frieden müssen wir also für diese Art des Friedensangebots die volle Verantwortung der Mehrheit überlassen, die es macht und die uns in diese Lage schließlich hineingeführt hat.

Voll übereinstimmen können wir mit der Erklärung des Kanzlers, daß das deutsche Volk, wenn Wilson dieses Friedensangebot nicht annimmt, fest und entschlossen den Endkampf auf Leben und Tod durchführen werden. Wir kommen des näheren auf das Friedensangebot zurück. P. B.

Frankfurter Zeitung

Nr. *274*

Die Rede des Kanzlers.

N. Berlin, 5. Oktbr. (Priv.-Tel.)

Am Bundesratssitz: Reichskanzler Prinz Max von Baden, v. Bayer, Dr. Solz, v. Krause, Graf Adern, Müllin, v. Stein, Dr. Friedberg, Deems, Gröber, Scheidemann, Erzberger, Bauer. Der Sitzungssaal ist voll besetzt. Die Estrade für den Bundesrat und sämtliche Zuhörertribünen sind überfüllt.

Präsident Fehrenbach

eröffnet die Sitzung um 5¼ Uhr mit der geschäftlichen Mitteilung von der Ernennung des neuen Kanzlers und führt dann aus:

Meine Herren! Seitdem wir am 13. Juli voneinander geschieden sind, sind Ereignisse eingetreten, die uns Sorge bereiten. Unsere Westarmee ist nach stürmischer Offensive zur Defensive und der langsamen Rückwärtsbewegung übergegangen. Dem stürmischen Andrängen unserer Feinde und ihrer zahlreichen Hilfsvölker hat unsere tapfere Armee im Westen einen Wall entgegengesetzt. Wie es dem Feinde bisher nicht gelungen ist, ihn zu durchbrechen, so haben wir die Hoffnung und feste Zuversicht, daß es ihm auch in Zukunft nicht gelingen wird, dieser Schutzwehr Herr zu werden. (Lebhaftes Bravo) Den tapferen Kriegern gilt unser Gruß und der Dank des Vaterlandes. Im Osten haben die Armeen unserer Verbündeten der Türkei und Bulgariens, schwere Niederlagen erlitten. Bulgarien ist aus dem Bündnis ausgeschieden und hat einen Waffenstillstand geschlossen. Im Innern hat Graf Hertling die erbetene Entlassung aus dem Reichskanzleramt erhalten, nachdem er dieses Amt nicht ganz ein Jahr lang verwaltet hat. Im hohen Alter hat er dem wiederholten dringenden Ruf des Kaisers Folge geleistet und hat, getragen von der Mehrheit des deutschen Volkes, eine politische Neuorientierung in die Wege zu leiten gesucht. Uebergangszeiten bergen in ihrem Schoß immer Schwierigkeiten. Sie sind auch dem Reichskanzler Grafen Hertling nicht erspart geblieben. Als er sie nicht mehr meistern konnte, schied er aus dem Amte. Aber hoch soll es seiner politischen Weisheit und seinem vaterländischen Sinn angerechnet werden, daß er die neuen Wege, die er selbst nicht mehr gehen konnte, anriet und ebnete. (Bravo!) Sein vornehmer Sinn, sein lebenswürdiges Wesen, seine abgeklärte Weisheit, sein hohes Pflichtgefühl wird der Reichstag und das deutsche Volk anerkennen und ihm selbst ein treues und dankbares Andenken bewahren. (Lebhafter Beifall.)

Vor uns steht in mannigfacher Veränderung eine neue Regierung an ihrer Spitze als Kanzler der Prinz Max von Baden. Sie werden es mir nicht verdenken, wenn ich, der Mann aus dem badischen Volke, auf dem Präsidentenstuhl dem Sproß des badischen Fürstenhauses auf dem Kanzlerstuhl besonders warme heimliche Gefühle der Begrüßung und Freude ausspreche. Im Lande Baden hat der Onkel unseres neuen Reichskanzlers das Wort gesprochen, daß er keinen Gegensatz kenne zwischen Fürsten- und Volkerecht, und in einem anderen deutschen Staate ist der gleiche Gedanke in die Worte gefaßt worden, daß der Oberste im Staate sein erster Diener sein müsse. Von der neuen Regierung hoffen wir zuversichtlich, daß sie in immer engerer Fühlungnahme im Volke und nur bedacht auf das Wohl des Volkes ihres hohen und schwierigen Amtes walten möge. (Bravo!) Eine neue Zeit ist im politischen Leben des deutschen Volkes angebrochen. Es ist selbstverständlich, daß manche Kreise im Hinblick auf die großen Taten der Vergangenheit dieser neuen Zeit kritisch, zögernd, sogar ablehnend gegenüberstehen. Von den Leistungen dieser neuen Zeit erhoffen wir eine versöhnende und klärende Wirkung. (Bravo!) Ihre Geburtsstätte ist gehellierter

Meine Herren! Der Name des neuen Kanzlers hat einen guten Klang in der ganzen Welt. Seine freiheitliche Gesinnung, sein Ansehen, sein Vertrauen auf die Menschheit, die er auch während der vier furchterlichen Kriegsjahre nicht verloren hat, sind solide Grundlagen für seine künftige Wirksamkeit. (Bravo!) Den Schwervergeprüften dieser Kriegsjahre, den Verwundeten und Gefangenen, ist er in warmer Anteilnahme vielfach nahegetreten und hat sich dadurch nicht nur den Dank des deutschen Volkes, sondern auch den Dank bei den Feinden erworben. Das möge auch seinen auf den Frieden und die Versöhnung der Völker gerichteten Bestrebungen förderlich sein. Möge Gottes Schutz auf der Arbeit der neuen Regierung und des Reichstags ruhen. (Lebhafter Beifall.)

Auf der Tagesordnung steht die Entgegennahme von Mitteilungen des Reichskanzlers. Ich erteile dem Herrn Reichskanzler das Wort.

Reichskanzler Prinz Max von Baden:

Gemäß dem kaiserlichen Erlass vom 30. September hat das Deutsche Reich eine

grundlegende Umgestaltung seiner politischen Leitung

erfahren. Als Nachfolger des um sein Vaterland aufs höchste verdienten Grafen v. Hertling bin ich von Sr. Majestät dem Kaiser an die Spitze der neuen Regierung berufen worden. Es entspricht dem Wesen der nunmehr bei uns eingeführten Regierungsweise, daß ich dem Reichstag ohne Verzug vor der Öffentlichkeit die Grundsätze darlege, nach denen ich mein verantwortungschweres Amt zu führen gedenke. Diese Grundsätze sind, bevor ich mich zu der Uebernahme der Kanzlergeschäfte entschloß, im Einvernehmen mit den verbündeten Regierungen und mit den Führern der Mehrheitsparteien dieses hohen Hauses festgelegt worden. Sie enthalten mithin nicht nur mein eigenes politisches Glaubensbekenntnis, sondern auch das der weltüberwiegenden Teile der deutschen Volksvertretung, also der deutschen Nation, die den Reichstag auf Grund des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts nach ihrem Wunsch zusammengesetzt hat.

Die Tatsache, daß ich die Ueberzeugung und den Willen der Mehrheit des Volkes hinter mir weiß, hat mir die Kraft gegeben, in der schweren und ernsten Zeit, die wir miteinander erleben, die Leitung der Reichsgeschäfte auf mich zu nehmen. Die Schultern eines einzelnen wären zu schwach, um allein die ungeheure Verantwortung tragen zu können, die der Regierung in der Gegenwart zufällt. Nur wenn das Volk an der Bestimmung seiner Geschichte in weitestem Umfange tätigen Anteil nimmt, die Verantwortlichkeit sich also mit auf die Mehrheit seiner frei erwählten politischen Führer erstreckt, kann der leitende Staatsmann seinen Anteil an ihr im Dienste des Volkes und Vaterlandes mit Zuversicht übernehmen.

Der Entschluß, dies zu tun, ist mir besonders dadurch erleichtert worden, daß in der neuen Regierung auch maßgebende Vertrauensmänner der Arbeiterschaft zu den höchsten Ämtern im Reiche gelangt sind. Ich sehe darin die sichere Bürgschaft dafür, daß die neue Regierung von dem festen Vertrauen der breiten Massen des Volkes getragen ist, ohne dessen überzeugungstreue Gefolgschaft ihr ganzes Handeln von vornherein zum Willkürspiel zu machen.

Die Rede des Kanzlers.

N. Berlin, 5. Oktbr. (Priv.-Tel.)

Am Bundesratsitz: Reichskanzler Prinz Max von Baden, v. Bahrer, Dr. Solz, v. Krause, Graf Adern, Büdlin, v. Stein, Dr. Friedberg, Drews, Gröber, Scheidemann, Erzberger, Bauer. Der Sitzungssaal ist voll besetzt. Die Estrade für den Bundesrat und sämtliche Zuhörertribünen sind überfüllt.

Präsident Fehrenbach

eröffnet die Sitzung um 5¼ Uhr mit der geschäftlichen Mitteilung von der Ernennung des neuen Kanzlers und führt dann aus:

Meine Herren! Seitdem wir am 13. Juli voneinander geschieden sind, sind Ereignisse eingetreten, die uns Sorge bereiten. Unsere Westarmee ist nach stürmischer Offensive zur Defensiv und der langsamen Rückwärtsbewegung übergegangen. Dem stürmischen Andringen unserer Feinde und ihrer zahlreichen Hilfsvölker hat unsere tapfere Armee im Westen einen Wall entgegengesetzt. Wie es dem Feinde bisher nicht gelungen ist, ihn zu durchbrechen, so haben wir die Hoffnung und feste Zuversicht, daß es ihm auch in Zukunft nicht gelingen wird, dieser Schutzwahr Herr zu werden. (Lebhafte Bravo) Den tapferen Kriegern gilt unser Gruß und der Dank des Vaterlandes. Im Osten haben die Armeen unserer Verbündeten der Türkei und Bulgariens, schwere Niederlagen erlitten. Bulgarien ist aus dem Bündnis ausgeschieden und hat einen Waffenstillstand geschlossen. Im Innern hat Graf Hertling die erbetene Entlassung aus dem Reichskanzleramt erhalten, nachdem er dieses Amt nicht ganz ein Jahr lang verwaltet hat. Im hohen Alter hat er dem wiederholten dringenden Ruf des Kaisers Folge geleistet und hat, getragen von der Mehrheit des deutschen Volkes, eine politische Neuorientierung in die Wege zu leiten gesucht. Uebergangszeiten bergen in ihrem Schoß immer Schwierigkeiten. Sie sind auch dem Reichskanzler Grafen Hertling nicht erspart geblieben. Als er sie nicht mehr meistern konnte, schied er aus dem Amte. Aber hoch soll es seiner politischen Weisheit und seinem vaterländischen Sinn angerechnet werden, daß er die neuen Wege, die er selbst nicht mehr gehen konnte, anriet und ebnete. (Bravo!) Sein vornehmer Sinn, sein liebenswürdiges Wesen, seine abgeklärte Weisheit, sein hohes Pflichtgefühl wird der Reichstag und das deutsche Volk anerkennen und ihm selbst ein treues und dankbares Andenken bewahren. (Lebhafte Beifall.)

Vor uns steht in mannigfacher Veränderung eine neue Regierung, an ihrer Spitze als Kanzler der Prinz Max von Baden. Sie werden es mir nicht verdenken, wenn ich, der Mann aus dem badiischen Volke, auf dem Präsidentensstuhl dem Sproß des badiischen Fürstenhauses auf dem Kanzlerstuhl besonders warme heimliche Gefühle der Genugtuung und Freude ausdrücke. Im Lande Baden hat der Onkel unseres neuen Reichskanzlers das Wort gesprochen, daß er seinen Gegensatz keine zwischen Fürsten- und Volksrecht, und in einem anderen deutschen Staate ist der gleiche Gedanke in die Worte gefaßt worden, daß der Oberste im Staate sein erster Diener sein müsse. Von der neuen Regierung hoffen wir zuversichtlich, daß sie in immer engerer Fühlungnahme im Volke und nur bedacht auf das Wohl des Volkes ihres hohen und schwierigen Amtes walten möge. (Bravo!) Eine neue Zeit ist im politischen Leben des deutschen Volkes angebrochen. Es ist selbstverständlich, daß manche Kreise im Hinblick auf die großen Taten der Vergangenheit dieser neuen Zeit kritisch, zögernd, sogar ablehnend gegenüberstehen. Von den Leistungen dieser neuen Zeit erhoffen wir eine versöhnende und klärende Wirkung. (Bravo!) Ihre Geburtsstätte ist hehligter

Boden auf den Schlachtfeldern und in den Schützengräben, auf den heimischen Arbeitsstätten, wo jeder Deutsche ohne Unterschied alles Gut und Blut daran setzt für des Vaterlandes Wohl. (Lebhafte Beifall.)

Meine Herren! Der Name des neuen Kanzlers hat einen guten Klang in der ganzen Welt. Seine freiherrliche Gesinnung, sein Ansehen, sein Vertrauen auf die Menschheit, die er auch während der vier furchterlichen Kriegsjahre nicht verloren hat, sind solide Grundlagen für seine künftige Wirksamkeit. (Bravo!) Den Schwervergeprüften dieser Kriegsjahre, den Verwundeten und Gefangenen, ist er in warmer Anteilnahme vielfach nahegetreten und hat sich dadurch nicht nur den Dank des deutschen Volkes, sondern auch den Dank bei den Feinden erworben. Das möge auch seinen auf den Frieden und die Versöhnung der Völker gerichteten Bestrebungen förderlich sein. Möge Gottes Schutz auf der Arbeit der neuen Regierung und des Reichstags ruhen. (Lebhafte Beifall.)

Auf der Tagesordnung steht die Entgegennahme von Mitteilungen des Reichskanzlers. Ich erteile dem Herrn Reichskanzler das Wort.

Reichskanzler Prinz Max von Baden:

Gemäß dem kaiserlichen Erlass vom 30. September hat das Deutsche Reich eine

grundlegende Umgestaltung seiner politischen Leitung

erfahren. Als Nachfolger des um sein Vaterland aufs höchste verdienten Grafen v. Hertling bin ich von Sr. Majestät dem Kaiser an die Spitze der neuen Regierung berufen worden. Es entspricht dem Wesen der nunmehr bei uns eingeführten Regierungsweise, daß ich dem Reichstag ohne Verzug vor der Öffentlichkeit die Grundsätze darlege, nach denen ich mein verantwortungsschweres Amt zu führen gedenke. Diese Grundsätze sind, bevor ich mich zu der Uebernahme der Kanzlergeschäfte entschloß, im Einvernehmen mit den verbündeten Regierungen und mit den Führern der Mehrheitsparteien dieses hohen Hauses festgelegt worden. Sie enthalten mithin nicht nur mein eigenes politisches Glaubensbekenntnis, sondern auch das der weitüberwiegenden Teile der deutschen Volksvertretung, also der deutschen Nation, die den Reichstag auf Grund des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts nach ihrem Wunsch zusammengesetzt hat.

Die Tatsache, daß ich die Ueberzeugung und den Willen der Mehrheit des Volkes hinter mir weiß, hat mir die Kraft gegeben, in der schweren und ernsten Zeit, die wir miteinander erleben, die Leitung der Reichsgeschäfte auf mich zu nehmen. Die Schultern eines einzelnen wären zu schwach, um allein die ungeheure Verantwortung tragen zu können, die der Regierung in der Gegenwart zufällt. Nur wenn das Volk an der Bestimmung seiner Geschicke in weitestem Umfange tätigen Anteil nimmt, die Verantwortlichkeit sich also mit auf die Mehrheit seiner frei erwählten politischen Führer erstreckt, kann der leitende Staatsmann seinen Anteil an ihr im Dienste des Volkes und Vaterlandes mit Zuversicht übernehmen.

Der Entschluß, dies zu tun, ist mir besonders dadurch erleichtert worden, daß in der neuen Regierung auch maßgebende Vertrauensmänner der Arbeiterschaft zu den höchsten Ämtern im Reiche gelangt sind. Ich sehe darin die sichere Bürgschaft dafür, daß die neue Regierung von dem festen Vertrauen der breiten Massen des Volkes getragen ist, ohne dessen überzeugungstreue Gefolgschaft ihr ganzes Handeln von vornherein zum Mißlingen verurteilt wäre.

Wenden!

Was ich heute ausspreche, sage ich also nicht nur in meinem Namen und in dem meiner antilichen Mitarbeiter, sondern auch

im Namen des deutschen Volkes.

Das Programm der Mehrheitsparteien, auf die ich mich stütze, enthält zunächst ein Bekenntnis zu der Antwort der früheren Reichsregierung auf die Note des Papstes vom 1. August 1917 und die bedingungslose Zustimmung zu der Entschließung des Reichstages vom 19. Juli desselben Jahres. Es bekundet ferner die Bereitwilligkeit, sich einem allgemeinen Bunde der Völker auf Grund der Gleichberechtigung aller, also der Starken und Schwachen, anzuschließen.

Die Lösung der vielumstrittenen belgischen Frage steht es in der

völligen Wiederherstellung Belgiens,

insbesondere seiner Unabhängigkeit und seines Gebietsumfanges. Auch eine Verständigung über die Entschädigungsfrage soll angestrebt werden.

Die bisher geschlossenen Friedensverträge will das Programm zu keinem Hindernis für einen allgemeinen Friedensschluß werden lassen. Es strebt insbesondere an, daß sich in den baltischen Ländern, in Litauen und Polen alsbald auf breiter Grundlage Volksvertretungen bilden. Das Zustandekommen der dazu nötigen Voraussetzungen wollen wir ohne Verzug durch die Einführung von Zivilverwaltungen fördern. Ihre Verfassung und ihre Beziehungen zu den Nachbarvölkern sollen jene Gebiete selbständig regeln. In der

inneren Politik

habe ich durch die Methode, in der sich die Regierungsbildung vollzog, klare und feste Stellung genommen. Auf meinen Vorschlag sind die Führer der Mehrheitsparteien zu meinen unmittelbaren Ratgebern berufen worden.

Meine Herren! Ich war der Ueberzeugung, daß die Einheitlichkeit der Reichsleitung nicht nur gewährleistet werden sollte durch die bloße schematische Parteizugehörigkeit der einzelnen Regierungsmitglieder, sondern ich hielt für fast noch wichtiger die Einheitlichkeit der Gesinnung. Von diesem Gesichtspunkt bin ich ausgegangen auch bei der Wahl meiner Mitarbeiter, die nicht dem Parlament angehören. Ich habe das größte Gewicht darauf gelegt, daß die Mitglieder der neuen Reichsleitung

auf dem Standpunkt des Rechtsfriedens

stehen, unabhängig von der Kriegslage, daß sie sich zu diesem Standpunkt auch öffentlich bekannt haben in einem Zeitpunkt, da wir auf dem Höhepunkt unserer militärischen Erfolge standen.

Meine Herren! Ich bin überzeugt, daß die Art, in der jetzt die Reichsleitung unter Mitwirkung des Reichstages gebildet worden ist, nicht etwas Vorübergehendes darstellt und daß im Frieden eine Regierung nicht wieder gebildet werden kann, die sich nicht stützt auf den Reichstag, und die nicht aus ihm führende Männer entnimmt. Der Krieg hat uns über das alte, vielfach zerrissene Parteileben hinausgeführt, das es so sehr erschwerte, einen einheitlichen entschlossenen Parteilinken zur Durchführung zu bringen. Mehrheitsbildung heißt politische Willensbildung, und unbestreitbares Ergebnis des Krieges ist, daß in Deutschland zum erstenmal große Parteien sich zu einem festen einheitlichen Programm zusammengeschlossen haben und damit in die Lage gekommen sind,

die Schicksale des Volkes von sich aus zu bestimmen.

Dieser Gedanke wird niemals erlöschen, diese Entwicklung niemals rückgängig gemacht werden. (Beifall.) Dabei vertraue ich, daß, solange Deutschlands Geschick von Gefahren umbrantet ist, auch die außerhalb der Mehrheit stehenden Volkskreise und deren Vertreter, die nicht der Reichsleitung angehören, alles Trennende zurückstellen und dem Vaterland geben, was ihm heute gebührt. (Beifall.)

Diese Entwicklung macht eine Aenderung unserer verfas-

Meine Herren! Bleiben wir eingedenk der Worte, die der Kaiser am 4. August 1914 gesprochen und die ich im Dezember vorigen Jahres in Karlsruhe in die Worte fassen durfte: Wohl gibt es Parteien, aber es sind alles Deutsche (Beifall). Unter dem Zeichen dieses Kaiserwortes muß sich auch die

politische Entwicklung in dem führenden deutschen Bundesstaate Preußen.

vollziehen und die Botschaften des Königs von Preußen, die das demokratische Wahlrecht versprechen, schnell und reslos erfüllt werden. (Beifall.) Die preußische Wahlrechtsfrage ist bei der überragenden Stellung Preußens eine deutsche Frage (Zustimmung), und ich zweifle nicht, daß auch die Bundesstaaten, die in der Entwicklung ihrer verfassungsmäßigen Zustände noch zurückstehen, dem preußischen Beispiel entschlossen folgen werden. (Beifall.) Dabei halte ich unerschütterlich fest an den föderativen Grundlagen des Reiches als eines Bundes, dessen einzelne Glieder ihr inneres Verfassungsleben in voller Selbständigkeit bestimmen, ein Recht, auf das auch

Elbsaß-Lothringen

vollen Anspruch hat. Die Selbständigkeit und Vielfältigkeit des Lebens in den einzelnen Bundesstaaten, das enge, treue Verhältnis, das jeden Deutschen mit seiner Heimat, mit seinem Landesherren verbindet, sind die Quellen, aus denen die unerschreibliche Kraft, die Vaterlandsliebe und Opferfreudigkeit des deutschen Volkes während des ganzen Krieges geflossen sind. Durch die ganze Kriegszeit haben sich Klagen durchgezogen über die

Handhabung des Belagerungszustandes.

Sie haben trennend und verbitternd gewirkt und die freudige Mitarbeit an den schweren Aufgaben der Kriegszeit gehemmt. (Sehr richtig!) Bis auf Weiteres können, wie das Beispiel aller kriegsführenden Staaten lehrt, die außerordentlichen Machtbefugnisse nicht entbehrt werden, die der Belagerungszustandes verleiht, aber es muß ein enger Verhältnis zwischen den Militär- und den Zivilbehörden hergestellt werden, das es ermöglicht, daß in allen nicht rein militärischen Angelegenheiten, also besonders auf dem Gebiete der Zensur, des Vereins- und Versammlungswesens, die Gesichtspunkte der Zivilverwaltungsbehörden maßgebend zur Geltung kommen, und daß die Entscheidung letzten Endes unter die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers gestellt wird. (Beifall.) Zu diesem Zwecke wird ein Befehl des Kaisers an die Militärbefehlshaber ergehen und die kaiserliche Verordnung vom 4. Dezember 1916 unverzüglich entsprechend ausgebaut werden.

Mit dem 30. September 1918, dem Tage des Erlasses, beginnt eine neue Epoche in Deutschlands innerer Geschichte. Die innere Politik, die damit in ihren Grundzügen vorgezeichnet ist, ist von entscheidender Bedeutung für die

Frage über Krieg und Frieden.

Die Stokkraft, die die Regierung in ihren Bestrebungen um den Frieden hat, hängt davon ab, daß hinter ihr ein einheitlicher und fester unerschütterlicher Volkswille steht. Nur wenn die Feinde fühlen, das deutsche Volk steht geschlossen hinter seinen verantwortlichen Staatsmännern, nur dann können Worte zu Taten werden. (Beifall.)

Die deutsche Regierung wird bei den Friedensverhandlungen dahin wirken, daß in die Verträge Vorschriften über Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung aufgenommen werden (Beifall), die die vertragsschließenden Regierungen verpflichten, in ihren Ländern binnen einer gemessenen Frist ein Mindestmaß gleichartiger oder doch gleichwertiger Einrichtungen zur Sicherung von Leben und Gesundheit sowie zur Versorgung der Arbeiter bei Krankheit, Unfall und Invalidität zu treffen. Ich rechne bei der Vorbereitung auf den sachverständigen Rat der Arbeiterverbände sowohl, wie der Unternehmer.

Esolange noch deutsche Volksgenossen in Ge-

Die Lösung der vielumstrittenen belgischen Frage steht es in der

völligen Wiederherstellung Belgiens,

insbesondere seiner Unabhängigkeit und seines Gebietsumfanges. Auch eine Verständigung über die Entschädigungsfrage soll angestrebt werden.

Die bisher geschlossenen Friedensverträge will das Programm zu keinem Hindernis für einen allgemeinen Friedensschluß werden lassen. Es strebt insbesondere an, daß sich in den baltischen Ländern, in Litauen und Polen alsbald auf breiter Grundlage Volksvertretungen bilden. Das Zustandekommen der dazu nötigen Voraussetzungen wollen wir ohne Verzug durch die Einführung von Zivilverwaltungen fördern. Ihre Verfassung und ihre Beziehungen zu den Nachbarvölkern sollen jene Gebiete selbständig regeln. In der

inneren Politik

habe ich durch die Methode, in der sich die Regierungsbildung vollzog, klare und feste Stellung genommen. Auf meinen Vorschlag sind die Führer der Mehrheitsparteien zu meinen unmittelbaren Ratgebern berufen worden.

Meine Herren! Ich war der Überzeugung, daß die Einheitlichkeit der Reichsleitung nicht nur gewährleistet werden sollte durch die bloße schematische Parteizugehörigkeit der einzelnen Regierungsmitglieder, sondern ich hielt für fast noch wichtiger die Einheitlichkeit der Gesinnung. Von diesem Gesichtspunkt bin ich ausgegangen auch bei der Wahl meiner Mitarbeiter, die nicht dem Parlament angehören. Ich habe das größte Gewicht darauf gelegt, daß die Mitglieder der neuen Reichsleitung

auf dem Standpunkt des Rechtsfriedens

stehen, unabhängig von der Kriegslage, daß sie sich zu diesem Standpunkt auch öffentlich bekannt haben in einem Zeitpunkt, da wir auf dem Höhepunkt unserer militärischen Erfolge standen.

Meine Herren! Ich bin überzeugt, daß die Art, in der jetzt die Reichsleitung unter Mitwirkung des Reichstages gebildet worden ist, nicht etwas Vorübergehendes darstellt und daß im Frieden eine Regierung nicht wieder gebildet werden kann, die sich nicht stützt auf den Reichstag, und die nicht aus ihm führende Männer entnimmt. Der Krieg hat uns über das alte, vielfach zerrissene Parteilieben hinausgeführt, das es so sehr erschwerte, einen einheitlichen entschlossenen Parteilwillen zur Durchführung zu bringen. Mehrheitsbildung heißt politische Willensbildung, und unbestreitbares Ergebnis des Krieges ist, daß in Deutschland zum erstenmal große Parteien sich zu einem festen einheitlichen Programm zusammengeschlossen haben und damit in die Lage gekommen sind,

die Schicksale des Volkes von sich aus zu bestimmen.

Dieser Gedanke wird niemals erlöschen, diese Entwicklung niemals rückgängig gemacht werden. (Weisfall.) Dabei vertraue ich, daß, solange Deutschlands Geschick von Gefahren umrandet ist, auch die außerhalb der Mehrheit stehenden Volkskreise und deren Vertreter, die nicht der Reichsleitung angehören, alles Trennende zurückstellen und dem Vaterland geben, was ihm heute gebührt. (Weisfall.)

Diese Entwicklung macht eine Aenderung unserer verfassungsrechtlichen Vorschriften im Sinne des kaiserlichen Erlasses vom 30. September erforderlich, die es ermöglicht, daß diejenigen Mitglieder des Reichstags, die in die Reichsleitung eintreten, ihren Sitz im Reichstag behalten. Eine entsprechende Vorlage ist dem Bundesrat zugegangen und ihre Beschlußfassung wird dem Bundesrat unverzüglich unterbreitet werden.

nicht, daß auch die Bundesstaaten, die in der Entwicklung ihrer verfassungsmäßigen Zustände noch zurückstehen, dem preussischen Beispiel entschlossen folgen werden. (Weisfall.) Dabei halte ich unerschütterlich fest an den föderativen Grundlagen des Reiches als eines Bundes, dessen einzelne Glieder ihr inneres Verfassungsleben in voller Selbständigkeit bestimmen, ein Recht, auf das auch

Essai-Vothringen

vollen Anspruch hat. Die Selbständigkeit und Vielfältigkeit des Lebens in den einzelnen Bundesstaaten, das enge, treue Verhältnis, das jeden Deutschen mit seiner Heimat, mit seinem Landesherren verbindet, sind die Quellen, aus denen die unerschreibliche Kraft, die Vaterlandsliebe und Opferfreudigkeit des deutschen Volkes während des ganzen Krieges geflossen sind. Durch die ganze Kriegszeit haben sich Klagen durchgezogen über die

Handhabung des Belagerungszustandes.

Sie haben trennend und verbitternd gewirkt und die freudige Mitarbeit an den schweren Aufgaben der Kriegszeit gehemmt. (Sehr richtig!) Bis auf Weiteres können, wie das Beispiel aller kriegsführenden Staaten lehrt, die außerordentlichen Machtbefugnisse nicht entbehrt werden, die der Belagerungszustandes verleiht, aber es muß ein enger Verhältnis zwischen den Militär- und den Zivilbehörden hergestellt werden, das es ermöglicht, daß in allen nicht rein militärischen Angelegenheiten, also besonders auf dem Gebiete der Zensur, des Vereins- und Versammlungswesens, die Gesichtspunkte der Zivilverwaltungsbehörden maßgebend zur Geltung kommen, und daß die Entscheidung letzten Endes unter die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers gestellt wird. (Weisfall.) Zu diesem Zwecke wird ein Befehl des Kaisers an die Militärbefehlshaber ergehen und die kaiserliche Verordnung vom 4. Dezember 1916 unverzüglich entsprechend ausgebaut werden.

Mit dem 30. September 1918, dem Tage des Erlasses, beginnt eine neue Epoche in Deutschlands innerer Geschichte. Die innere Politik, die damit in ihren Grundzügen vorgezeichnet ist, ist von entscheidender Bedeutung für die

Frage über Krieg und Frieden.

Die Stokkraft, die die Regierung in ihren Bestrebungen um den Frieden hat, hängt davon ab, daß hinter ihr ein einheitlicher und fester, unerschütterlicher Volkswille steht. Nur wenn die Feinde fühlen, das deutsche Volk steht geschlossen hinter seinen verantwortlichen Staatsmännern, nur dann können Worte zu Taten werden. (Weisfall.)

Die deutsche Regierung wird bei den Friedensverhandlungen dahin wirken, daß in die Verträge Vorschriften über Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung aufgenommen werden (Weisfall), die die vertragsschließenden Regierungen verpflichten, in ihren Ländern binnen einer gemessenen Frist ein Mindestmaß gleichartiger oder doch gleichwertiger Einrichtungen zur Sicherung von Leben und Gesundheit sowie zur Versorgung der Arbeiter bei Krankheit, Unfall und Invalidität zu treffen. Ich rechne bei der Vorbereitung auf den sachverständigen Rat der Arbeiterverbände sowohl, wie der Unternehmer.

Solange noch deutsche Volksgenossen in Gefangenschaft sind, werde ich mich um die warme Fürsorge für ihr Wohl mit allen Kräften bemühen. (Weisfall.) Auch der in unserer Gefangenschaft lebenden Feinde werde ich mich in gerechter Weise fürsorgend annehmen.

Meine Herren! Ich bin überzeugt, daß dieses Programm, von dem ich nur die Grundzüge dargestellt habe, den Vergleich mit allen fremden Regierungsplänen aushält. Noch näher auf

Einzelheiten einzugehen, halte ich heute nicht für angebracht. (Bewegung.) Die Beratungen, die wir vor dem Zustandekommen der neuen Regierung gepflogen haben, sind zwar selbstverständlich viel mehr in die Tiefe gegangen, als ich in meiner knappen Zusammenfassung des Wichtigsten heute hier wiederzugeben vermag. Ich glaube aber andererseits auch, daß dem hohen Hause jetzt gar nicht daran gelegen ist, meine Auffassungen über Nebenbinge kennen zu lernen. Das Entscheidende ist, wenn ich die Lage richtig erfasse, meine Auskunft über den allgemeinen

Geist der neuen Regierung.

Denn jeder, der diesen richtig versteht, kann ohne weiteres daraus folgern, wie die Reichsleitung sich zu den schwebenden Einzelfragen stellt. Ich bin ja auch selbstverständlich gern bereit, dem Reichstag darüber bei späteren Gelegenheiten noch genaueren Aufschluß zu geben.

Von unmittelbarer Wichtigkeit sind jetzt die Folgerungen, die die neue Reichsleitung in der kurzen Zeitspanne ihres bisherigen Daseins praktisch aus der Lage, die sie vorfand, und aus der Nuganwendung ihrer politischen Grundsätze aus dieser Lage gezogen hat.

Mehr als vier Jahre des blutigsten Ringens gegen eine Welt von zahlenmäßig überlegenen Feinden liegen hinter uns: Jahre voll schwerster Kämpfe und schmerzlicher Opfer. Ein jeder von uns trägt seine Narben, nur allzuvielen sogar noch offene Wunden — sei es im verborgenen Grunde der Seele, oder in seinem opferbereit für die deutsche Freiheit auf dem Schlachtfelde preisgegebenen Körper. Trotzdem aber sind wir, starken Herzens und stolzen zuversichtlichen Glaubens in unsere Kraft, entschlossen, für unsere Ehre und Freiheit und für das Glück unserer Nachkommen auch noch schwerere Opfer zu bringen, wenn das unabänderlich ist. (Lebhafter Beifall.) Mit tiefer, heißer Dankbarkeit gedenken wir unserer tapferen Truppen, die unter glänzender Führung während des ganzen Krieges fast Uebermenschliches geleistet haben, und deren bisherige Taten sicher verbürgen, daß unser aller Schicksal auch ferner in guten, zuverlässigen Händen bei ihnen liegt.

Im Westen tobt seit Monaten eine einzige furchtbare, menschenmordende Schlacht. Dank dem unvergleichlichen Heldentum unserer Armee, das als unvergängliches Ruhmesblatt in der Geschichte des deutschen Volkes fortleben wird für alle Zeiten, ist die Front ungebrochen. Dieses stolze Bewußtsein läßt uns mit Zuversicht in die Zukunft sehen.

Gerade weil wir von dieser Gesinnung und Ueberzeugung beseelt sind, ist es aber auch unsere Pflicht, Gewißheit darüber herbeizuführen, daß das opfervolle, blutige Ringen nicht einen einzigen Tag über den Zeitpunkt hinaus geführt wird, wo uns ein Abschluß des Krieges möglich erscheint, der unsere Ehre nicht berührt. Ich habe deshalb auch nicht erst bis zum heutigen Tage gewartet, ehe ich handelnd zur Förderung des Friedensgedankens eingriff.

Gestützt auf das Einverständnis aller dazu berufenen Stellen im Reich und auf die Zustimmung der gemeinsam mit uns handelnden Bundesgenossen habe ich in der Nacht zum 5. Oktober durch die Vermittlung der Schweiz an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika

eine Re...

gerichtet, in der ich ihn bitte, die Herbeiführung des Friedens in die Hand zu nehmen und hierzu mit allen kriegsführenden Staaten in Verbindung zu treten. Die Note trifft schon heute oder morgen in Washington ein. Sie richtet sich an den Präsidenten der Vereinigten Staaten, weil dieser in seiner Kongressbotschaft vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Rundgebungen, besonders auch in seiner New Yorker Rede vom 27. September ein Programm für den allgemeinen Frieden aufgestellt, das wir als Grundlage für die Verhandlungen annehmen können. Ich

Völker gerichteten Gedanken, die Herr Wilson verkündet, sich völlig mit den allgemeinen Vorstellungen im Einklang befinden, in denen sich auch die neue deutsche Regierung und mit ihr die weit überwiegende Mehrheit unseres Volkes bewegt. Was mich selbst betrifft, so können meine früheren vor einem anderen Hörerkreis gehaltenen Reden bezeugen, daß sich an der Vorstellung, die ich von einem künftigen Frieden hege, keinerlei Wandlung in mir vollzogen hat, seitdem ich mit der Führung der Reichsgeschäfte beauftragt worden bin.

Was ich will, ist ein ehrlicher, dauernder Friede für die gesamte Menschheit und ich glaube daran, daß ein solcher Friede zugleich auch der festeste Schutzwall für die künftige Wohlfahrt unseres eigenen Vaterlandes wäre. Zwischen den nationalen und den internationalen Pflichtgeboten sehe ich deshalb mit Bezug auf den Frieden keinerlei Unterschied. Das Entscheidende liegt für mich ausschließlich darin, daß diese Gesetze von allen Beteiligten mit demselben Ernst als bindend anerkannt und bearbeitet werden, wie das von mir und den anderen Mitgliedern unserer neuen Regierung gilt. So sehe ich denn mit der inneren Ruhe, die mir mein gutes Gewissen als Mensch und als Diener unseres Volkes verleiht, und die sich zugleich auf das feste Vertrauen zu diesem großen, treuen, jeder Fingebung fähigen Volk und seiner ruhmvollen Wehrmacht begründet, dem Ergebnis der ersten Handlung entgegen, die ich als leitender Staatsmann des Reiches unternommen habe. Wie dieses Ergebnis auch ausfallen wird, ich weiß, daß es Deutschland fest entschlossen und einmütig finden wird sowohl zu einem redlichen Frieden, der jede eigensüchtige Verletzung fremder Rechte von sich weist, als auch zu dem Endkampf auf Leben und Tod, zu dem unser Volk ohne eigenes Verschulden gezwungen wäre, wenn die Antwort der mit uns im Kriege stehenden Mächte auf unser

Angebot von dem Willen, uns zu vernichten, bittet werden sollte.

Rein Zagen befällt mich bei dem Gedanken, daß dieses zweite Ergebnis eintreten könnte, denn ich kenne die Größe der gewaltigen Kräfte, die auch jetzt noch in unserem Volke vorhanden sind, und ich weiß, daß die unwiderlegliche Ueberzeugung, um gar nichts weiter als um unser Leben als Nation zu kämpfen, diese Kräfte verdoppeln würde. (Beifall.) Ich hoffe aber um der gesamten Menschheit willen, daß der Präsident der Vereinigten Staaten unser Angebot so annimmt, wie wir es meinen. Dann wäre die Tür zu einem baldigen ehrenvollen Frieden des Rechts und der Versöhnung sowohl für uns wie für unsere Gegner geöffnet.

(Lebhafter Beifall des ganzen Hauses. Zwischenrufe bei den unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident Fehrenbach:

Die hochbedeutenden Ausführungen, die wir von dem Herrn Reichskanzler soeben vernommen haben, werden Gegenstand eingehender Erörterung in den nächsten Sitzungen sein. Aber über das Friedensangebot an den Präsidenten Wilson gestatten Sie mir ein kurzes Wort: Friede, welch tröstendes hoffnungsreiches Wort! Es würde die Erlösung der Menschheit von einer Qual von Jahren bedeuten. Frauen und Kinder würden diesen Frieden, wenn auch unter Tränen, begrüßen, und unsere Soldaten würden es begreifen, wenn sie im harten Kampfe einem wirklichen Frieden der Verständigung die Wege geebnet haben, der allein die Garantie der Dauer in sich trägt. Unser Volk blickt mit Stolz auf sein kampferprobtes Heer und auf seine tapfere Marine. Das deutsche Volk beklagt tief und empfindet auf das Schmerzlichste die Wunden, die ihm nicht nur draußen an der Front, sondern auch bei uns in der Heimat geschlagen sind. Aber ebenso wie jeder einzelne Soldat an der Front, so ist auch jeder Deutsche dabei bereit, für das Vaterland, wenn es gefordert werden sollte, jedes Opfer zu bringen. (Beifall.) Möchten indessen solche Opfer uns erspart bleiben! Das deutsche Volk sehnt ebenso wie alle anderen Völker den Frieden herbei, der diesem furchtbaren Blutvergießen ein Ende bereitet. Deshalb begrüßen wir den uns mitgeteilten Schritt der Regierung, der uns eine, wenn auch nur unbestimmte Aussicht auf den Frieden eröffnet, und im Namen des deutschen Volkes und des Reichstags, dessen große Mehrheit mit diesem bedeutungsvollen Schritte einmütig

dem hohen Hause jetzt gar nicht daran gelegen ist, meine Auffassungen über Nebendinge kennen zu lernen. Das Entscheidende ist, wenn ich die Lage richtig erfasse, meine Auskunft über den allgemeinen

Geist der neuen Regierung.

Denn jeder, der diesen richtig versteht, kann ohne weiteres daraus folgern, wie die Reichsleitung sich zu den schwebenden Einzelfragen stellt. Ich bin ja auch selbstverständlich gern bereit, dem Reichstag darüber bei späteren Gelegenheiten noch genaueren Aufschluß zu geben.

Von unmittelbarer Wichtigkeit sind jetzt die Folgerungen, die die neue Reichsleitung in der kurzen Zeitspanne ihres bisherigen Daseins praktisch aus der Lage, die sie vorfand, und aus der Nutzenwendung ihrer politischen Grundsätze aus dieser Lage gezogen hat.

Mehr als vier Jahre des blutigsten Ringens gegen eine Welt von zahlenmäßig überlegenen Feinden liegen hinter uns: Jahre voll schwerster Kämpfe und schmerzlicher Opfer. Ein jeder von uns trägt seine Narben, nur allzuvielen sogar noch offene Wunden — sei es im verborgenen Grunde der Seele, oder in seinem opferbereit für die deutsche Freiheit auf dem Schlachtfelde preisgegebenen Körper. Trotzdem aber sind wir, starken Herzens und stolzen zuversichtlichen Glaubens in unsere Kraft, entschlossen, für unsere Ehre und Freiheit und für das Glück unserer Nachkommen auch noch schwerere Opfer zu bringen, wenn das unabänderlich ist. (Lebhafter Beifall.) Mit tiefer, heißer Dankbarkeit gedenken wir unserer tapferen Truppen, die unter glänzender Führung während des ganzen Krieges fast Uebermenschliches geleistet haben, und deren bisherige Taten sicher verbürgen, daß unser aller Schicksal auch ferner in guten, zuverlässigen Händen bei ihnen liegt.

Im Westen tobt seit Monaten eine einzige furchtbare, menschenmordende Schlacht. Dank dem unvergleichlichen Heldentum unserer Armee, das als unvergängliches Ruhmesblatt in der Geschichte des deutschen Volkes fortleben wird für alle Zeiten, ist die Front ungebrochen. Dieses stolze Bewußtsein läßt uns mit Zuversicht in die Zukunft sehen.

Gerade weil wir von dieser Gesinnung und Ueberzeugung beseelt sind, ist es aber auch unsere Pflicht, Gewißheit darüber, herbeizuführen, daß das opfervolle blutige Ringen nicht einen einzigen Tag über den Zeitpunkt hinaus geführt wird, wo uns ein Abschluß des Krieges möglich erscheint, der unsere Ehre nicht berührt. Ich habe deshalb auch nicht erst bis zum heutigen Tage gewartet, ehe ich handelnd zur Förderung des Friedensgedankens eingriff.

Gestützt auf das Einverständnis aller dazu berufenen Stellen im Reich und auf die Zustimmung der gemeinsam mit uns handelnden Bundesgenossen habe ich in der Nacht zum 5. Oktober durch die Vermittlung der Schweiz an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika

eine Re-

gerichtet, in der ich ihn bitte, die Herbeiführung des Friedens in die Hand zu nehmen und hierzu mit allen kriegsführenden Staaten in Verbindung zu treten. Die Note trifft schon heute oder morgen in Washington ein. Sie richtet sich an den Präsidenten der Vereinigten Staaten, weil dieser in seiner Kongreßbotschaft vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Kongreßreden, besonders auch in seiner New Yorker Rede vom 27. September ein Programm für den allgemeinen Frieden aufgestellt, das wir als Grundlage für die Verhandlungen annehmen können. Ich habe diesen Schritt auf dem Wege zu der Erlösung nicht nur Deutschlands und seiner Verbündeten, sondern der gesamten seit Jahren unter dem Kriege leidenden Menschheit auch deshalb getan, weil ich glaube, daß die auf das künftige Glück der

Vorstellung, die ich von einem künftigen Frieden hege, keinerlei Wandlung in mir vollzogen hat, seitdem ich mit der Führung der Reichsgeschäfte beauftragt worden bin.

Was ich will, ist ein ehrlicher, dauernder Friede für die gesamte Menschheit und ich glaube daran, daß ein solcher Friede zugleich auch der festeste Schutzwall für die künftige Wohlfahrt unseres eigenen Vaterlandes wäre. Zwischen den nationalen und den internationalen Pflichtgeboten sehe ich deshalb mit Bezug auf den Frieden keinerlei Unterschied. Das Entscheidende liegt für mich ausschließlich darin, daß diese Gesetze von allen Beteiligten mit demselben Ernst als bindend anerkannt und bearbeitet werden, wie das von mir und den anderen Mitgliedern unserer neuen Regierung gilt. So sehe ich denn mit der inneren Ruhe, die mir mein gutes Gewissen als Mensch und als Diener unseres Volkes verleiht, und die sich zugleich auf das feste Vertrauen zu diesem großen, treuen, jeder Hingebung fähigen Volk und seiner ruhmvollen Wehrmacht begründet, dem Ergebnis der ersten Handlung entgegen, die ich als leitender Staatsmann des Reiches unternommen habe. Wie dieses Ergebnis auch ausfallen wird, ich weiß, daß es Deutschland fest entschlossen und einmütig finden wird sowohl zu einem redlichen Frieden, der jede eigensüchtige Verletzung fremder Rechte von sich weist, als auch zu dem Endkampf auf Leben und Tod, zu dem unser Volk ohne eigenes Verschulden gezwungen wäre, wenn die Antwort der mit uns im Kriege stehenden Mächte auf unser

Angebot von dem Willen, uns zu vernichten, bittiert werden sollte.

Rein Zagen befällt mich bei dem Gedanken, daß dieses zweite Ergebnis eintreten könnte, denn ich kenne die Größe der gewaltigen Kräfte, die auch jetzt noch in unserem Volke vorhanden sind, und ich weiß, daß die unwiderlegliche Ueberzeugung, um gar nichts weiter als um unser Leben als Nation zu kämpfen, diese Kräfte verdoppeln würde. (Beifall.) Ich hoffe aber um der gesamten Menschheit willen, daß der Präsident der Vereinigten Staaten unser Angebot so annimmt, wie wir es meinen. Dann wäre die Tür zu einem baldigen ehrenvollen Frieden des Rechts und der Versöhnung sowohl für uns wie für unsere Gegner geöffnet.

(Lebhafter Beifall des ganzen Hauses. Zwischenrufe bei den unabhängigen Sozialdemokraten.)

Präsident Fehrenbach:

Die hochbedeutsamen Ausführungen, die wir von dem Herrn Reichskanzler soeben vernommen haben, werden Gegenstand eingehender Erörterung in den nächsten Sitzungen sein. Aber über das Friedensangebot an den Präsidenten Wilson gestatten Sie mir ein kurzes Wort: Friede, welch tröstendes hoffnungsreiches Wort! Es würde die Erlösung der Menschheit von einer Qual von Jahren bedeuten. Frauen und Kinder würden diesen Frieden, wenn auch unter Tränen, begrüßen, und unsere Soldaten würden es begrüßen, wenn sie im harten Kampfe einem wirklichen Frieden der Verständigung die Wege geebnet haben, der allein die Garantie der Dauer in sich trägt. Unser Volk blickt mit Stolz auf sein kampferprobtes Heer und auf seine tapfere Marine. Das deutsche Volk beklagt tief und empfindet auf das schmerzlichste die Wunden, die ihm nicht nur draußen an der Front, sondern auch bei uns in der Heimat geschlagen sind. Aber ebenso wie jeder einzelne Soldat an der Front, so ist auch jeder Deutsche dahelzu bereit, für das Vaterland, wenn es gefordert werden sollte, jedes Opfer zu bringen. (Beifall.) Möchten indessen solche Opfer uns erspart bleiben! Das deutsche Volk sehnt ebenso wie alle andern Völker den Frieden herbei, der diesem furchtbaren Blutvergießen ein Ende bereitet. Deshalb begrüßen wir den uns mitgeteilten Schritt der Regierung, der uns eine, wenn auch nur unbestimmte Aussicht auf den Frieden eröffnet, und im Namen des deutschen Volkes und des Reichstags, dessen große Mehrheit mit diesem bedeutungsvollen Schritte einverstanden ist,

erkläre ich, daß wir das Friedensangebot billigen und uns zu eigen machen. (Lebhafte Zustimmung.)

Wenden!

Ich glaube, annehmen zu dürfen, daß die Fraktionen nunmehr zunächst das Bedürfnis haben, sich in einem Meinungsaustausch über die Rede des Kanzlers selbst zu besprechen. Ich schlage Ihnen deshalb vor, sich zu vertagen und den Präsidenten zu ermächtigen, die nächste Sitzung bald einzuberufen, nachdem diese Beratungen beendet sein werden.

Abg. Haase (Unabh. Soz.):

Namens meiner Fraktion widerspreche ich dem Vorschlage des Präsidenten und beantrage, die Diskussion über die Rede des Reichskanzlers zu eröffnen und dafür eine Sitzung auf Montag anzuberaumen. Das Waffenstillstandsangebot und das Ersuchen um die Einleitung sofortiger Friedensverhandlungen sind von welthistorischer Bedeutung. Diese Vorgänge rechtfertigen unsere Haltung, wie wir sie von Anfang an eingenommen haben. Aufgabe der Volksvertretung ist es in diesem welthistorischen Augenblick, wo das alte System abhanden muß und die Souveränität des Volkes an seine Stelle tritt... (Präsident Fehrenbach): Diese Ausführungen gehen über den Rahmen der Geschäftsordnung hinaus. Stürmische Rufe bei den Unabhängigen Sozialisten: Nein!) Abg. Haase fortfahrend: Ich komme sofort auf das Moment, das den Zusammenhang erläutert: In jedem Hause, in jeder Hütte werden die schicksalsschweren Entscheidungen, die jetzt bevorstehen, erörtert, aber dem Reichstage soll dieses Recht nicht zustehen. Ein solches Verfahren dient nicht dem Interesse des Volkes und der Freiheit. Wir setzen unser Vertrauen zur Erledigung des Friedens und der Freiheit in die Masse des Volkes.

Abg. Seyda (Pol.):

Wir widersprechen ebenfalls der Vertagung und beantragen, sofort die Diskussion über die Rede des Reichskanzlers zu eröffnen. Wenn das Friedensprogramm des Präsidenten Wilson als eine geeignete Grundlage für Friedensverhandlungen von uns angenommen wird, so ist das eine Auffassung von welthistorischer Tragweite, sodaß unmöglich der Reichstag jetzt darüber hinweggehen kann. In diesem Friedensprogramm befindet sich auch

ein unabhängiger polnischer Staat,

der alle polnischen Länder mit einer eigenen Meeresküste umfaßt. Mit ihrer Zustimmung hierzu erkennt die Regierung an, daß die Bestrebungen der Polen auf einen unabhängigen Staat in diesem Umfange berechtigt sind. (Der Präsident rügt auch diese Ausführungen als nicht mehr geschäftsordnungsmäßig.) Abg. Seyda fortfahrend: Allseitig wird das Bedürfnis nach einem dauernden Frieden empfunden; der Reichstag muß seine Aufgabe darin sehen, unverzüglich seine Bedingungen für einen dauernden Frieden klarzulegen.

Abg. Ebert (Soz.):

Aufgabe des Reichstags ist es, alles zu tun, was die Förderung des Friedens erfordert. Wir haben durch den Präsidenten zum Ausdruck bringen lassen, daß wir dem Friedensschritt der neuen Regierung unsere Zustimmung geben. Die Aufmerksamkeit der ganzen Welt wird darauf gerichtet sein, welches Ergebnis dieser Schritt haben wird, und wir dürfen nichts tun, was geeignet ist, diesen Schritt zu gefährden. Der Präsident will nur für einige Tage die Plenarverhandlungen aussetzen, um zu sehen, welche Wirkungen der Friedensschritt auslösen wird, und ich bin fest überzeugt: Draußen im Volke wird jeder Einzelne verstehen, daß es gerade im Interesse des Volkes gelegen ist, so zu verfahren. (Stürmische Zustimmung.)

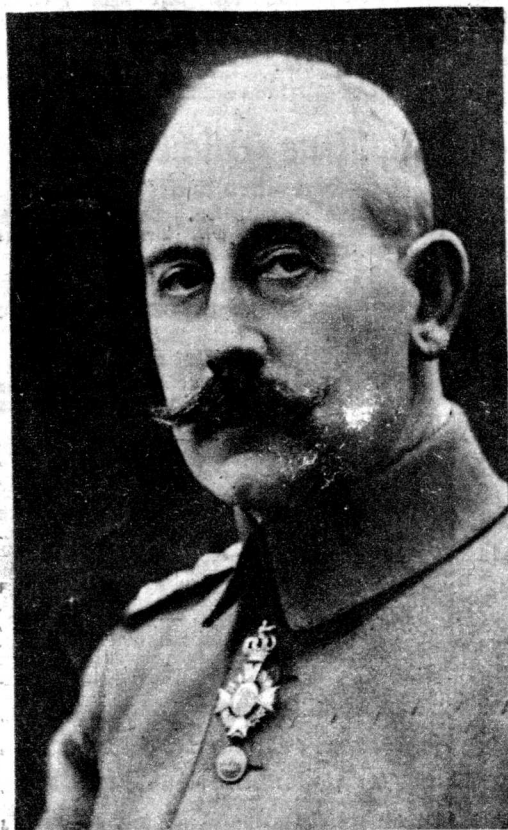
Der Vorschlag des Präsidenten wird gegen die Stimmen der Polen und der Unabhängigen Sozialdemokraten angenommen.

Schluß der Sitzung 6 Uhr.

Hamburger Fremdenblatt

Nr. 2763 vom 1918

Prinz Max von Baden.



Der neue Reichskanzler.

Prinz Max von Baden, der als Thronfolger in seinem altangestammten Großherzogtum die Würde und Bürde des deutschen Reichskanzlers in schwerer Stunde übernimmt und damit das deutsche Fürstentum in vordem nicht gekannter Weise mitten hinein in das deutsche Volk und seine Vertretung stellt, zeichnete sich von Anfang seines öffentlichen Auftretens an durch große Selbstständigkeit im Denken und Handeln aus. Schon damals, als er in der Prinzessin Marie Luise von Braunschweig-Lüneburg eine Fürstin aus dem Welfenhanse zu seiner Gattin erkor. Von dieser Selbstständigkeit zeugten die starken Reden, mit denen er während des letzten Kriegsjahres die allgemeine Aufmerksamkeit des Inlands und Auslands erregte. Sie ließ ihn die Bedenken überwinden, die sich der Übernahme eines Reichsamts durch das Glied eines regierenden Herrscherhauses entgegenstellten, und kommt vor allem in seiner den sonstigen Traditionen höfischer Kreise entgegengesetzten liberalen Stellung zum Ausdruck. Sie wird ihn auch in freier Entscheidung die zum Wohle des Reiches erforderlichen Wege finden lassen. Geboren am 10. Juli 1867, steht der Prinz jetzt im 52. Lebensjahre, also in der Vollkraft des Lebens.

Nieuwe Rotterdamsche Courant

Nr. 294

De rede van Max van Baden.

BERLIJN, 22 October. (Wolff.) Prins Max van Baden, de rijkskanselier, heeft in den Rijksdag, na ook nog een wetsontwerp te hebben aangekondigd, waarbij het mogelijk wordt, dat leden van den Rijksdag leden van den Bondsråd worden zonder hun mandaat te verliezen, verder nog gezegd:

Mijn vertegenwoordiger is staatssecretaris Groeber. Daar de opperbevelhebber ook nog met de bevoegdheid is bekleed, om met mijn toestemming algemeene beginselen op te stellen, is ervoor gezorgd, dat de staat van beleg in den geest wordt uitgeoefend, waarin ik de leiding van 's rijks zaken op me heb genomen en besloten ben, ze door te zetten. (Interrupties der onafhankelijke socialistischen).

Op mijn program van 5 October stond begenadiging van de menschen, die wegens politieke misdrijven of overtredingen, vooral in verband met stakingen, betogingen of zulke voorvallen, zijn veroordeeld.

Tot het verkrijgen van een ver strekkende amnestie van dit slag zijn bij den keizer en alle bondsregeringen stappen gedaan. Ze is in uitvoering.

Reeds heeft een menigte veroordeelden de vrijheid herkregen. Menigeen der hunner heeft de regering pas na ernstige zorgen met het oog op 't vaderland de genade deelachtig doen worden.

De overtuiging van de geneeskracht van een politiek van vertrouwen heeft den doorslag gegeven.

In alle stappen op den nieuwen weg, die ik hier opsom, hebben alle grondwettelijke instanties eenstemmig toegestemd. Ze hebben zich zoodoende op den bodem der door mij en mijn medewerkers vertegenwoordigde regeerwijze gesteld.

Als ook gij, mijne heeren, waaraan ik niet twijfel, de ontwerpen aanneemt, die op de agenda staan, zal de volksregering stevig in 's rijks wet verankerd liggen.

Ik weet, mijne heeren, dat de terugblik op den binnenlandschen politiekten oogst der denkwaardige drie Octoberweken zeer verschillende stemmingen in u opwekt. Den een zal hij de schildering van een onbezonnen gang op een heilend vlak toeschijnen, den ander als een onzeker, dralend tasten naar een nieuwen staatsvorm. Beide stemmingen mogen tot uiting komen, dat is het recht en de taak der oppositie, welke wij juist voor de onafhankelijkheid van het parlement noodig hebben. Die vrij van verantwoordelijkheid is, is vrij in de kritiek. Tegenover beiden stel ik namens de regering der Rijksdagmeerderheid vast, dat mijn collega's en ik, zoowel ten opzichte van het doel, als van de wijze, waarop wij het nastreven volkomen eensgezind zijn. Dat doel is de politieke mondigheid van het Deutsche volk. (Levendige bijval). Mij en mijnen medewerkers staat dit onwrikbaar voor oogen. Oorspronkelijk gingen de leden der regering van verschillende gezichtspunten uit, doch zij streefden naar een gemeenschappelijk doel en daarom zijn hun wegen steeds nader tot elkaar geloopt. Het Deutsche volk zit reeds sedert lang in den zadel; thans moet het rijden. Ons volk bezat reeds lang een reeks van rechten, welke menige politiek rijpe buurman het benijdde, het Deutsche gemeentelijke zelfbestuur was in meer dan een opzicht voorbeeldig; het kiesrecht voor den Rijksdag was langen tijd het meest vrije kiesrecht der wereld en de Rijksdag, die zoo vrij werd gekozen, had steeds het sterke politieke machtsmiddel der goedkeuring van de begroeting.

Doch het Deutsche volk maakte in de punten, waar het op aankomt, van zijn macht geen gebruik.

Als iemand een prachtige viool present krijgt, is hij daarom nog geen meester op de viool.

Hij moet zijn vermogens willen oefenen. Het Deutsche volk heeft zijn instrument nog niet met alle kracht bespeeld, dewijl het de deugdelijke gestelde machten gaarne liet begaan.

Zijn voornaamste kracht liet het gelden in individuele verrichtingen buiten de politiek.

Niet de willekeur der gestelde machten, maar het gemis aan politiekten machtswil in het volk hield Deutschland zoo lang als overheidsstaat op de been.

Sinds Juli 1917 rijpte het besluit aangaande de politieke verantwoordelijkheid. Thans is het een feit geworden en alles vernieuwd en, mijne heeren, daarin schuilt de waarborg voor het voortbestaan en de ontwikkeling van het nieuwe stelsel. Het ging gepaard met een beslissende wending in de karakterontwikkeling van het Deutsche volk, die na alle daden, tijdens dezen oorlog bedreven, en alle offensen had moeten komen. Daarin schuilt een betere, tastbare waarborg dan in welk wetsartikel ook. Daarin zie ik de wortels van de kracht der nieuwe regering. Daaruit volgt voor mij een bepaalde marschroute voor al onze maatregelen. Indien we thans de hand uitstrekten naar regeeringsvormen, waar onze ianige overtuiging niet achter stond en die onzen bizonderen aard noch geschiedenis tot uitdrukking brachten, dan zouden we onoprecht handelen en door het nieuwe stelsel, dat nu zijn eerste proef doorstaat, het stempel der onherroepelijkheid uitwisschen, dat we niet kunnen missen. (Bijval.)

Mijne heeren, de geweldige roep, dien Fichte in een moeilijken tijd tot de Duitschers richtte, klinkt ook tot ons: „handhaaft u als volk voor de veel verscheiden taak in de wereld, die gij slechts kunt oplossen, gelijk elk volk een taak heeft, die anderen het hebben opgelegd." Er sluimeren nog schatten in het binnenste van ons volk. De uren in het leven der Deutsche natie die ze schenen meer te slaan, zijn altijd de geboortestonden van een nieuwe geestelijke kracht geweest. Maar om onze bijzondere geaardheid rustig te ontwikkelen, moeten wij het recht in eigen huis kunnen handhaven. Vóór onze poorten staat de vijand. Onze eerste en laatste gedachte behoort den dapperen, die zich tegen de overmacht verdedigen en die wij tegen onrechtmatige klachten in bescherming moeten nemen. Men moet niet gelooven, dat men ons leger kan beleedigen zonder de eer van ons volk te na te komen. (Bravo). Ernstige op zichzelf staande gevallen en maatregelen zijn in elk leger voorgekomen, maar het karakter van het volksleger is daarmee onvereenigbaar. Toen de woorden werden uitgesproken, dat de geest van het Roode Kruis precies even goed tot een deugdelijk leger behoort als de aanvalslust, kwam een overvloedige instemming juist uit de legerkringen en ook kwam er bekrachtiging van christelijke soldaten uit vijandelijk gebied, die tegen de Duitschers hebben gevochten. Mijne heeren, onze soldaten hebben het schrikkelijk moeilijk. Ze strijden met zorgen om het vaderland, ze strijden met de gedachte aan den vrede en staan pal. Wij danken u, wij vertrouwen u, wij roepen u toe: het vaderland laat u niet in den steek (bravo), wat u noodig hebt en wat het kan geven aan menschen en middelen en moed, dat zal u geworden. (Levendige bijval).

Deutsche Allgemeine Zeitung.
N. 584.

Eine Kundgebung des Prinzen Max von Baden.

Der frühere Reichskanzler Prinz Max von Baden hatte die Absicht, in der Ersten Badischen Kammer vor seinen Landsleuten über seine Führung der Reichsgeschäfte Rechenschaft abzulegen. Die Absicht konnte nicht ausgeführt werden, da der Landtag nicht mehr einberufen worden ist. Unter diesen Umständen hat der Prinz die beabsichtigte Rede den „Preussischen Jahrbüchern“ zur Veröffentlichung übergeben. Wir veröffentlichen nachfolgend den Wortlaut:

Ich fühle, daß ich Rechenschaft schuldig bin über die schicksalsschweren Wochen, die hinter uns liegen und in denen ich für die Führung der Reichsgeschäfte verantwortlich war. Diese Rechenschaft muß einmal abgelegt werden vor dem ganzen deutschen Volk, vor allen Dingen aber vor dem badischen Volk, denn ich weiß, wie schwer vielen meiner Landsleute der Gedanke sein muß: Hat es vielleicht ein Sohn unserer Heimat in der Hand gehabt, dem deutschen Volke das namenlose Leid zu ersparen, das ihm heute auferlegt ist? Sie können sich denken, daß ich mir selbst diese Frage Tag und Nacht vorlege. Ich will sie beantworten, wie ich sie vor meinem Gewissen beantwortet habe.

Als ich nach Berlin gerufen wurde, war ich mir des Ernstes der Lage bewußt. Unsere Offensive war zusammengebrochen, die feindliche in siegreichem Fortschreiten. Der Krieg war verloren. Es konnte sich nur noch darum handeln, Unerträgliches vom deutschen Volke abzuwenden. Ich sah noch einen schmalen Ausweg; er mußte versucht werden. Gewiß, chauvinistische Leidenschaften hatten in allen feindlichen Ländern das Übergewicht in der öffentlichen Meinung. Die großen Hässer Deutschlands waren in England und Frankreich an der Regierung. Der Krieg war zu einem Rachekrieg geworden. Aber es gab auch noch starke Gegenbewegungen, die in Präsident Wilson einen mächtigen Führer gefunden zu haben schienen. Die Arbeiterschaft in England wie in Frankreich stand zu Wilsons Programm. Besonders in England hatten sich einflußreiche Gruppen zusammengefunden, die die Ehre ihrer Nation darin sahen, auch dem Feinde gerecht zu werden: der Völkerbund war ihnen das große Ziel dieses Krieges und die einzige Hoffnung zur Wiederaufrichtung der Menschheit. Das war auch mein Glaube, dem ich durch Worte und Taten nachzustreben während des Krieges bemüht war. Mein Name hatte einen versöhnenden Klang. Ich unternahm es, ein Ministerium zu bilden, das nach Möglichkeit aus Männern bestehen sollte, deren Menschheitsgefühl ebenfalls bekannt war und Vertrauen erweckte.

Mein Programm für die innere Politik habe ich damals den Parteiführern gegenüber so zusammengefaßt:

Es sollte nur einen ausschlaggebenden Nachsfaktor im Reiche geben: die aus dem Vertrauen der Volksvertretung heraus gebildete Regierung.

Das Zerbrechen der Tradition, den gewaltsamen Riß durch das Volk wollte ich verhindern. Ich betrachtete es als einen wichtigen Teil meiner Aufgabe, die wertvollen Kräfte aus einer vergangenen Epoche in die Gegenwart hinüberzureiten. Ueberkommene Macht-

faktoren sollten zur freiwilligen Unterordnung unter die neue Regierung geführt werden. Die Notwendigkeit des gewaltsamen Umsturzes lag nicht vor, sobald der deutsche Volkswille freie Bahn hatte, sich verfassungsmäßig durchzusetzen. Diese freie Bahn wollte ich ihm schaffen. Vor allem aber hielt ich es für meine Pflicht, zu verhindern, daß Deutschland durch innere Erschütterungen einem raubgierigen und rachsüchtigen Feinde gegenüber völlig wehrlos wurde.

Ich habe meine Ziele in der inneren und auswärtigen Politik nicht erreichen können und ich will Ihnen die Gründe nennen, die meines Erachtens schuld daran waren:

Meine Friedenspolitik wurde entscheidend gestört durch das

Waffenstillstandsangebot,

das mir fertig vorgelegt wurde, als ich in Berlin eintraf. Ich habe es bekämpft aus Gründen der praktischen Politik. Es schien mir ein schwerer Fehler, den ersten Friedensschritt der neuen Regierung durch ein so überraschendes Eingeständnis deutscher Schwäche zu begleiten. Weder das eigene Volk, noch das feindliche Ausland schätzte unsere militärische Lage damals so ein, daß ein derartiger Verzweiflungsschritt notwendig wäre.

Ich machte den Gegenorschlag, die Regierung sollte als ihre erste Handlung ein detailliertes Kriegszielsprogramm aufstellen, das vor aller Welt unsere Uebereinstimmung mit den Grundsätzen des Präsidenten Wilson deutlich machte und unsere Verehrlichkeit, diesen Grundsätzen auch schwere nationale Opfer zu bringen.

Die militärischen Autoritäten erwiderten mir darauf, auf die Wirkung einer solchen Kundgebung könne nicht mehr gewartet werden; die Lage an der Front erfordere binnen 24 Stunden ein Waffenstillstandsangebot. Wenn ich es nicht abgäbe, so müßte es die alte Regierung herausbringen. Darauf entschloß ich mich, die neue Regierung zu bilden und das nunmehr unvermeidlich gewordene Waffenstillstandsangebot mit dem Namen der neuen, unbelasteten Regierung zu unterstützen. Nach einer Woche eröffneten mir die militärischen Autoritäten, daß sie sich in der Einschätzung der Lage an der Front am 1. Oktober getäuscht hätten.

Die Wirkung des Waffenstillstandsangebots rechtfertigte meine schlimmsten Befürchtungen. Eine Welle des Uebermuts segte durch Frankreich und England. Viele vermeintliche Anhänger des Verständigungsfriedens schwenkten dort zu einer Politik des Gewaltfriedens und fordernten die Fortsetzung des Krieges bis zur völligen Niederwerfung Deutschlands, das die Schrecken der Invasion am eigenen Leibe kennen lernen müsse. Die sonst Wortführer des europäischen Gewissens gewesen waren, schwiegen verlegen. In Amerika verschob sich das Kräfteverhältnis in der öffentlichen Meinung zugunsten der Republikaner, die die Wilsonsche Friedenspolitik bekämpften. Ueberall wurde unser Waffenstillstandsangebot als ein Zeichen des bevorstehenden Zusammenbruchs betrachtet und wirkte als eine große Versuchung, den Krieg fortzusetzen. So erklärt sich die hinschleppende

Taktik der Entente-Regierungen. Die Alliierten steigerten immer aufs neue ihre Forderungen nach den außerordentlichen Garantien, die dem Abschluß des Waffenstillstandes vorausgehen hätten. Lloyd George rühmt sich heute mit zynischem Freimut:

„Wir verzögerten die Absendung der Bedingungen an Deutschland, um erst die Stützen unter den Füßen unseres Feindes zu zerbrechen und seine Flanke aufzureißen. Darum haben wir gewartet.“

Präsident Wilson selbst verlangte immer stärkere verfassungsmäßige Sicherheiten für die Dauer und Ehrlichkeit des demokratischen Systems. Nach seinen ersten beiden Notizen ergaben zuverlässige Nachrichten, daß er die Zurückführung der Macht des Kaisers auf die Stellung des englischen Königs als eine reale Garantie ansehen würde, ganz entsprechend der Forderung der deutschen Reichstagsmehrheit. Aber angesichts der bedrohlich anwachsenden republikanisch-chauvinistischen Bewegung kurz vor den Wahlen warf er die Frage der Abdankung des Kaisers in die öffentliche Diskussion. Es genügte für ihn nicht mehr, selbst überzeugt zu werden; sondern er wollte sensationelle Erfolge seiner Diplomatie aufweisen, um den Chauvinismus in seinem eigenen Lande bewältigen zu können.

Die Wirkung des Waffenstillstandsangebots auf die Zentralmächte war womöglich noch verderblicher. Die Sonderaktionen unserer Verbündeten wurden beschleunigt. Auf den machtlos werdenden Freund wurde keine Rücksicht des Gewissens und der Treue mehr genommen. Es bemächtigte sich unseres Volkes eine große Bestürzung und Ungeduld.

Es war wie ein schwerer moralischer Zusammenbruch. Gewiß mußten wir es uns selbst nach dem Abfall Österreichs sagen, daß weiterer Widerstand keine Aussicht auf Erfolg mehr bot, aber wir mußten vor den Feinden wenigstens die Möglichkeit aufrecht erhalten, daß es bestimmte Forderungen gab, gegen die wir selbst einen hoffnungslosen Kampf aufnehmen würden. Das war der Rat, den uns wiederholt wohlwollende Neutrale gaben: Nehmt nicht den Friedenspartei in Feindesland ihr letztes wirksames Argument, das lautet: es gibt Grenzen deutscher Nachgiebigkeit.

Das deutsche Nationalgefühl war unterhöhlt worden. Ein Wunder, wenn es anders gekommen wäre nach all den namenlosen Leiden und Enttäuschungen dieser vier Kriegsjahre und nach dem Mißbrauch, der mit dem Patriotismus getrieben worden war. An der Front geschah freilich dieses Wunder. Gewiß, auch da gab es Verletzung, Hoffnungslosigkeit. Aber an entscheidenden Punkten fanden sich immer Helden, Soldaten und Offiziere, die auf ihren verlorenen Posten ausharrten und kämpften, wie nur je in den Tagen unserer Siege, weil sie wußten, daß alles darauf ankam, bis zum Waffenstillstand den feindlichen Einfall vom Heimatlande fernzuhalten. Viele von ihnen haben die Waffenruhe nicht mehr erlebt. So erklärlich auch die Vorgänge in der Heimat sein mögen, in unsere Dankbarkeit gegen diese Toten wird sich immer etwas von schmerzlicher Scham mischen.

Ich will nun versuchen zu erklären, aus welchen Gründen unsere innere Politik Schiffbruch erlitt, als wir fast schon im Hafen zu sein glaubten.

Die Herstellung einer alles entscheidenden Zivilgewalt war gelungen. Die gesetzmäßigen Festlegungen sind hier nicht das Wichtigste gewesen. Die Ausschaltung unverantwortlicher Einflüsse und Druckmittel, die Beseitigung aller Nebenregierungen war im besten Gange; wer sich nicht freiwillig fügte, wurde ersetzt. Beim ersten Konflikt gab der General Ludendorff nach, beim zweiten nahm er seinen Abschied. Viel blieb noch zu leisten übrig, aber die Zeit war sehr kurz gewesen.

Da kam die Aufröhlung der

Abdankungsfrage

durch Präsident Wilson. Ich habe es für meine Pflicht gehalten, den Kaiser über die nationale und internationale Bedeutung der Abdankungsfrage dauernd zu orientieren. Nur ein freiwilliger Entschluß konnte nach meiner Meinung das Reich vor schweren Erschütterungen bewahren. Man darf das Bögen des Kaisers nicht falsch verstehen. Es waren gewichtige Einflüsse am Werk, die ihn davon überzeugten, daß seine Abdankung das Signal zur Auflösung der Front gegeben hätte.

Als ich nach den vieler Vorgängen die Gefahr des Bürgerkrieges immer näherücken sah, suchte ich am Donnerstag eine Unterredung mit dem Abgeordneten Ebert und teilte ihm mit, daß ich noch am gleichen Abend ins Hauptquartier reisen wollte. Er versprach mir, das Seinige dazu zu tun, damit seine Partei und die Massen das Ergebnis meines Besuchs abwarteten. Am Nachmittag desselben Tages aber überbrachten mir Herr Scheidemann und Ebert das Ultimatum der Sozialdemokratie, das mich zwang, meine Entlassung einzureichen, denn es bedeutete den Zusammenbruch meiner Politik, nicht zu vergewaltigen, sondern zu überzeugen.

Sie werden es mir ersparen, über die Schritte zu sprechen, die ich nach meinem Entlassungsgefuhr unternommen habe. Sie hatten nur den einen Zweck, den unvermeidlich gewordenen Umsturz sich ohne einen Bruderkampf vollziehen zu lassen.

Ich will mit denen, die den Umsturz herbeigeführt haben und ihn unterstützten, nicht rechnen. Ich glaube noch heute, daß sich der Volkswille ohne Gewalt hätte durchsetzen können auf dem Wege der gesetzgebenden Versammlung, die nach dem Zerfall Österreichs eine Ehrenpflicht geworden war. Ich kann den Gedanken nicht loswerden, daß vielleicht doch unsere Arbeiter und Soldaten noch 24 Stunden Geduld gehabt hätten, wenn Führer aus ihrer Mitte ihnen die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Heimatfront so deutlich gemacht hätten, wie den Soldaten an der Front es deutlich war, daß die Schlachtfrent halten mußte. Dann wäre nicht der Zusammenbruch gekommen einen Tag vor der Waffenruhe.

Der Umsturz hat sich unwiderruflich vollzogen. In die Hände der neuen Regierung ist eine ungeheure Verantwortung gelegt. Sie kann uns als Nation retten und sie kann uns als Nation zerstören.

Ich habe den Reichskanzler Ebert als einen Mann kennen gelernt, der reinen Willens ist und dem es Ueberzeugungsache ist, daß Deutschland nur seinen internationalen Pflichten genügen kann, wenn es sich als Volkseinheit erhält. Die Regierung kann uns vor dem Bürgerkrieg bewahren, wenn sie demokratisch regiert, und ihre erste, nicht aufzuschiebende Pflicht ist es, sich durch eine

verfassungsgebende Nationalversammlung

die Rechtsgrundlage für ihre Macht geben zu lassen. Usurpierte Macht erträgt das neue befreite deutsche Volk nicht. Es hat sich durch die Bildung der Volksregierung am 3. Oktober von der Diktatur Ludendorff befreit; es wird keine andere Diktatur einer Minderheitsgruppe ertragen. Aber eine Schande wäre es für Deutschland, wenn uns die Feinde, die nur mit einer rechtmäßigen deutschen Regierung unterhandeln wollen, erst die Einberufung einer konstituierenden Versammlung anbefehlen müßten.

Hier darf die Regierung sich nicht die Initiative nehmen lassen; wenn sie demokratisch handelt, dann kann sie sicher sein, daß ihr die freiwilligen Kräfte aus allen Lagern zufließen werden, um ihr bei der übermenschlichen Aufgabe zu dienen.

Die äußere Disziplin ist zerbrochen, aber es gibt die Treue gegen das eigene Volk und die freiwillige Selbstzucht, die aus ihr entspringt. Nur diese Treue hat uns im Westen vor der feindlichen Invasion bewahrt; nur sie allein kann uns vor dem Bruderkampf und der Anarchie retten und der Versuchung zur Grausamkeit.

Noch eine andere Forderung möchte man in dieser Stunde an die Regierung stellen: An einen Widerstand mit Waffengewalt gegen die Bedingungen der Feinde ist heute nicht mehr zu denken. Es gibt aber einen moralischen Widerstand gegen das Unrecht, zu dem gerade diejenigen verpflichtet sind, die sich immer dagegen gewehrt haben, daß Deutschland seinen Feinden Unrecht tut. Die Feinde sollten den Bohn des ganzen deutschen Volkes vernehmen, und wenn die Regierung fühlt wie das Volk, so soll sie es sagen.

In den Auseinandersetzungen zwischen Wilson und den Alliierten hat Wilson den Sieg des Wortes errungen — seine Verbündeten haben die 14 Punkte angenommen; die Alliierten aber haben den Sieg der Tat davongetragen: die Waffenstillstandsbedingungen sind vom Geist der Geheimverträge diktiert, hinter denen nicht der Völkerbundgedanke stand, sondern der Gedanke an Raub und Ruhm und die Rüstung für zukünftige Kriege. Der Friede von Brest-Litowsk, der wahrlich nicht nachahmenswert ist, ist ein Verständigungsfriede im Vergleich zu der Vergewaltigung, die heute Deutschland zugebracht wird.

Am 22. Oktober sprach ich aus, daß der Gedanke der Liga der Nationen jetzt seine große Probe besteht. Werden die Waffenstillstandsbedingungen der Entente ausgeführt, so ist der Völkerbund tot, noch ehe er geboren war. Seine Grundidee verlangt, daß kein Volk in Ketten an den Verhandlungstisch geführt wird, sondern daß ihm die Kraft gelassen wird, sich aus freier Willen der neuen Rechtsordnung zu fügen. Die Bedingungen der Entente aber sollen uns wehrlos machen auch gegen die größte Unbilligkeit — sollen unserem Volk die Kraft nehmen, seine Wunden zu heilen. Das Zurückhalten unserer Gefangenen als Geiseln widerspricht jedem Gefühl der soldatischen Ritterlichkeit und findet nur in den Gepflogenheiten alter Barbarei seine Vorbilder.

Man glaube nicht, daß heute die Stimme des deutschen Volkes wirkungslos verhallt. Das Recht, auch unser Recht, hat Anhänger in allen Ländern, aber sie werden lahmgelegt, wenn wir selbst mit Untertunigkeit die Schmach hinnehmen, als ob wir sie verdient hätten.

Ich möchte mit den Worten schließen, die ein Soldat mir in diesen Tagen geschrieben hat:

„Gebe der Himmel, daß Deutschland nicht charakterlos aus diesem Kriege hervorgeht.“

Tägliche Rundschau (Berlin)

Nr. 587 vom

191

Eine nicht gehaltene Rede des Prinzen Max.

Der frühere Reichskanzler Prinz Max von Baden hatte die Absicht, in der Ersten Badischen Kammer vor seinen Landsleuten über seine Führung der Reichsgeschäfte Rechenschaft abzulegen. Die Absicht konnte nicht ausgeführt werden, da der Landtag nicht mehr einberufen worden ist. Unter diesen Umständen hat der Prinz die beabsichtigte Rede den „Preussischen Jahrbüchern“ übergeben, die sie in ihrem Dezemberheft veröffentlichen. Die Rede lautet:

Ich fühle, daß ich Rechenschaft schuldig bin über die schicksalsschweren Wochen, die hinter uns liegen, und in denen ich für die Führung der Reichsgeschäfte verantwortlich war. Diese Rechenschaft muß einmal abgelegt werden vor dem ganzen deutschen Volk, vor allen Dingen aber vor dem badischen Volk, denn ich weiß, wie schwer vielen meiner Landsleute der Gedanke sein muß: Hat es vielleicht ein Sohn unserer Heimat in der Hand gehabt, dem deutschen Volke das namenlose Leid zu ersparen, das ihm heute auferlegt ist? Sie können sich denken, daß ich mir selbst diese Frage Tag und Nacht vorlege. Ich will sie beantworten, wie ich sie vor meinem Gewissen beantwortet habe.

Als ich nach Berlin gerufen wurde, war ich mir des Ernstes der Lage bewußt. Unsere Offensiv war zusammengebrochen, die feindliche in siegreichen Fortschreiten. Der Krieg war verloren. Es konnte sich nur noch darum handeln, Unerträgliches vom deutschen Volke abzuwenden. Ich sah noch einen schmalen Ausweg; er mußte versucht werden. Gewiß, chauvinistische Leidenschaften hatten in allen feindlichen Ländern das Übergewicht in der öffentlichen Meinung. Die großen Mächte Deutschlands waren in England und Frankreich an der Regierung. Der Krieg war zu einem Machtkrieg geworden. Aber es gab noch starke Gegenbewegungen, die in Präsident Wilson einen mächtigen Führer gefunden zu haben schienen. Die Arbeiterschaft in England wie in Frankreich stand zu Wilsons Programm. Besonders in England hatten sich einflussreiche Gruppen zusammengefunden, die die Ehre ihrer Nation darin sahen, auch dem Feinde gerecht zu werden: der Völkerbund war ihnen das große Ziel dieses Krieges und die einzige Hoffnung zur Wiederaufrichtung der Menschheit. Das war auch mein Glaube, dem ich durch Worte und Taten nachzustreben während des Krieges bemüht war. Mein Name hatte einen verführerischen Klang: Ich unternahm es, ein Ministerium zu bilden, das nach Möglichkeit aus Männern bestehen sollte, denen Menschheitsgesinnung ebenfalls bekannt war und Vertrauen erweckte.

Mein Programm für die innere Politik habe ich damals den Parteiführern gegenüber ungefähr so zusammengefaßt: Es sollte nur einen ausschlaggebenden Machtfaktor im Reiche geben, die aus dem Vertrauen der Volksvertretung heraus gebildete Regierung.

Das Verschlagen der Tradition, den gewalttätigen Riß durch das Volk wollte ich verhindern. Ich betrachtete es als einen wichtigen Teil meiner Aufgabe, die wertvollen Kräfte aus einer vergangenen Epoche in die Gegenwart hinüberzurufen. Ueberkommene Machtfaktoren sollten zur freiwilligen Unterordnung unter die neue Regierung geführt werden. Die Notwendigkeit des gewalttätigen Umsturzes lag nicht vor, sobald der deutsche Volkswille freie Bahn hatte, sich verfassungsmäßig durchzusetzen. Diese freie Bahn wollte ich ihm schaffen. Vor allem aber hielt ich es für meine Pflicht, zu verhindern, daß Deutschland durch innere Erschütterungen einem raubgierigen und rachsüchtigen Feinde gegenüber völlig wehrlos wurde.

Ich habe meine Ziele der inneren und auswärtigen Politik

bekämpft aus Gründen der praktischen Politik. Es schien mir ein schwerer Fehler, den ersten Friedensschritt der neuen Regierung durch ein so überraschendes Eingeständnis deutscher Schwäche zu begleiten. Weder das eigene Volk, noch das feindliche Ausland schätzte unsere militärische Lage damals so ein, daß ein derartiger Verzweiflungsschritt notwendig wäre.

Ich machte den Gegenvorschlag, die Regierung sollte als ihre erste Handlung ein detailliertes Kriegszielprogramm aufstellen, das vor aller Welt unsere Uebereinstimmung mit den Grundsätzen des Präsidenten Wilson deutlich machte und unsere Bereitwilligkeit, diesen Grundsätzen auch schwere nationale Opfer zu bringen.

Die militärischen Autoritäten erwiderten mir darauf, auf die Wirkung einer solchen Kundgebung könne nicht mehr gewartet werden; die Lage an der Front erfordere binnen 24 Stunden ein Waffenstillstandsangebot. Wenn ich es nicht abgäbe, so müßte es die alte Regierung herausbringen. Darauf entschloß ich mich, die neue Regierung zu bilden und das nunmehr unvermeidlich gewordene Waffenstillstandsangebot mit dem Namen der neuen, unbelasteten Regierung zu unterstehen. Nach einer Woche eröffneten mir die militärischen Autoritäten, daß sie sich in der Einschätzung der Lage an der Front

am 1. Oktober getäuscht hätten.

Die Wirkung des Waffenstillstandsangebots rechtfertigte meine schlimmsten Befürchtungen. Eine Welle des Uebermutes segte durch Frankreich und England. Viele vermeintliche Anhänger des Verständigungsfriedens schwankten dort zu einer Politik des Gewaltfriedens und forderten die Fortsetzung des Krieges bis zur völligen Niederwerfung Deutschlands, das die Schrecken der Invasion am eigenen Leibe kennen lernen müsse. Die sonst Wortführer des europäischen Gewissens gewesen waren, schwiegen vorlegen. In Amerika verschob sich das Kräfteverhältnis in der öffentlichen Meinung zugunsten der Republikaner, die die Wilsonsche Friedenspolitik bekämpften. Ueberall wurde unser Waffenstillstandsangebot als ein Zeichen des bevorstehenden Zusammenbruches betrachtet und wirkte als eine große Verführung, den Krieg fortzusetzen. So erklärt sich die hinschleppende Taktik der Entente-regierungen. Die Alliierten steigerten immer aufs neue ihre Forderungen nach den außerordentlichen Garantien, die dem Abschluß des Waffenstillstandes vorausgehen hätten. Lloyd George rühmt sich heute mit zynischem Freimut:

Wir verzögerten die Abwendung der Bedingungen an Deutschland, um erst die Stützen unter den Füßen unseres Feindes zu zerbrechen und seine Flanke aufzureißen. Darum haben wir gewartet.

Präsident Wilson selbst verlangte immer stärkere verfassungsmäßige Sicherheiten für die Dauer und Ehrlichkeit des demokratischen Systems. Nach seinen ersten beiden Notizen ergaben zuverlässige Nachrichten, daß er die Zurückführung der Macht des Kaisers auf die Stellung des englischen Königs als eine reale Garantie ansehen würde, ganz entsprechend der Forderung der deutschen Reichstagsmehrheit. Aber angesichts der bedrohlich anwachsenden republikanisch-chauvinistischen Bewegung kurz vor den Wahlen warf er die Frage der Abdankung des Kaisers in die öffentliche Diskussion. Genügte für ihn nicht mehr, selbst überzeugt zu werden, sondern wollte sensationelle Erfolge seiner Diplomatie aufweisen, um den Chauvinismus in seinem eigenen Lande bewältigen zu können.

Die Wirkung des Waffenstillstandsangebots auf die Zentralmächte war womöglich noch verderblicher. Die Sonderaktionen unserer Verbündeten wurden

Eine nicht gehaltene Rede des Prinzen Max.

Der frühere Reichskanzler Prinz Max von Baden hatte die Absicht, in der Ersten Badischen Kammer vor seinen Landsleuten über seine Führung der Reichsgeschäfte Rechenschaft abzugeben. Die Absicht konnte nicht ausgeführt werden, da der Landtag nicht mehr einberufen worden ist. Unter diesen Umständen hat der Prinz die beabsichtigte Rede den „Preussischen Jahrbüchern“ übergeben, die sie in ihrem Dezemberheft veröffentlichen. Die Rede lautet:

Ich fühle, daß ich Rechenschaft schuldig bin über die schicksalsschweren Wochen, die hinter uns liegen, und in denen ich für die Führung der Reichsgeschäfte verantwortlich war. Diese Rechenschaft muß einmal abgelegt werden vor dem ganzen deutschen Volk, vor allen Dingen aber vor dem badischen Volk, denn ich weiß, wie schwer vielen meiner Landsleute der Gedanke sein muß: Hat es vielleicht ein Sohn unserer Heimat in der Hand gehabt, dem deutschen Volke das namenlose Leid zu ersparen, das ihm heute auferlegt ist? Sie können sich denken, daß ich mir selbst diese Frage Tag und Nacht vorlege. Ich will sie beantworten, wie ich sie vor meinem Gewissen beantwortet habe.

Als ich nach Berlin gerufen wurde, war ich mir des Ernstes der Lage bewußt. Unsere Offensive war zusammengebrochen, die feindliche in siegreichem Fortschreiten. Der Krieg war verloren. Es konnte sich nur noch darum handeln, Unenträgliches vom deutschen Volke abzuwenden. Ich sah noch einen schmalen Ausweg; er mußte versucht werden. Gewiß, chauvinistische Leidenschaften hatten in allen feindlichen Ländern das Übergewicht in der öffentlichen Meinung. Die großen Häfter Deutschlands waren in England und Frankreich an der Regierung. Der Krieg war zu einem Machkrieg geworden. Aber es gab noch starke Gegenbewegungen, die in Präsident Wilson einen mächtigen Führer gefunden zu haben schienen. Die Arbeitererschaft in England wie in Frankreich stand zu Wilsons Programm. Besonders in England hatten sich einflußreiche Gruppen zusammengefunden, die die Ehre ihrer Nation darin sahen, auch dem Feinde gerecht zu werden: der Völkerbund war ihnen das große Ziel dieses Krieges und die einzige Hoffnung zur Wiederaufrichtung der Menschheit. Das war auch mein Glaube, dem ich durch Worte und Taten nachzustreben während des Krieges bemüht war. Mein Name hatte einen versöhnenden Klang: Ich unternahm es, ein Ministerium zu bilden, das nach Möglichkeit aus Männern bestanden sollte, denen Menschheitsgesinnung ebenfalls bekannt war und Vertrauen erweckte.

Mein Programm für die innere Politik habe ich damals den Parteiführern gegenüber ungefähr so zusammengefaßt: Es sollte nur einen ausschlaggebenden Machtfaktor im Reiche geben, die aus dem Vertrauen der Volksvertretung heraus gebildete Regierung.

Das Zerbrechen der Tradition, den gewalttätigen Riß durch das Volk wollte ich verhindern. Ich betrachtete es als einen wichtigen Teil meiner Aufgabe, die wertvollen Kräfte aus einer vergangenen Epoche in die Gegenwart hinüberzurufen. Ueberkommene Machtfaktoren sollten zur freiwilligen Unterordnung unter die neue Regierung geführt werden. Die Notwendigkeit des gewalttätigen Umsturzes lag nicht nur, sobald der deutsche Volkswille freie Bahn hatte, sich verfassungsmäßig durchzusetzen. Diese freie Bahn wollte ich ihm schaffen. Vor allem aber hielt ich es für meine Pflicht, zu verhindern, daß Deutschland durch innere Erschütterungen einem raubgierigen und rachsüchtigen Feinde gegenüber völlig wehrlos wurde.

Ich habe meine Ziele der inneren und auswärtigen Politik nicht erreichen können

und ich will Ihnen die Gründe nennen, die meines Erachtens schuld daran waren:

Meine Friedenspolitik wurde entscheidend gestört durch das Waffenstillstandsangebot, das mir fertig vorgelegt wurde, als ich in Berlin eintraf. Ich habe es

bekämpft aus Gründen der praktischen Politik. Es schien mir ein schwerer Fehler, den ersten Friedensschritt der neuen Regierung durch ein so überraschendes Eingeständnis deutscher Schwäche zu begleiten. Weder das eigene Volk, noch das feindliche Ausland schätzte unsere militärische Lage damals so ein, daß ein derartiger Verzweilungsschritt notwendig wäre.

Ich machte den Gegenvorschlag, die Regierung sollte als ihre erste Handlung ein detailliertes Kriegszielprogramm aufstellen, das vor aller Welt unsere Uebereinstimmung mit den Grundsätzen des Präsidenten Wilson deutlich machte und unsere Bereitwilligkeit, diesen Grundsätzen auch schwere nationale Opfer zu bringen.

Die militärischen Autoritäten erwiderten mir darauf, auf die Wirkung einer solchen Kundgebung könne nicht mehr gewartet werden; die Lage an der Front erfordere binnen 24 Stunden ein Waffenstillstandsangebot. Wenn ich es nicht abgäbe, so müßte es die alte Regierung herausbringen. Darauf entschloß ich mich, die neue Regierung zu bilden und das nunmehr unvermeidlich gewordene Waffenstillstandsangebot mit dem Namen der neuen, unbelasteten Regierung zu unterstützen. Nach einer Woche eröffneten mir die militärischen Autoritäten, daß sie sich in der Einschätzung der Lage an der Front

am 1. Oktober getäuscht hätten.

Die Wirkung des Waffenstillstandsangebots rechtfertigte meine schlimmsten Befürchtungen. Eine Welle des Uebermutes segte durch Frankreich und England. Viele vermeintliche Anhänger des Verständigungsfriedens schwankten dort zu einer Politik des Gewaltfriedens und forderten die Fortsetzung des Krieges bis zur völligen Niederwerfung Deutschlands, das die Schreden der Invasion am eigenen Leibe kennen lernen müsse. Die sonst Wortführer des europäischen Gewissens gewesen waren, schwiegen vorlegen. In Amerika verschob sich das Kräfteverhältnis in der öffentlichen Meinung zugunsten der Republikaner, die die Wilsonsche Friedenspolitik bekämpften. Ueberall wurde unser Waffenstillstandsangebot als ein Zeichen des bevorstehenden Zusammenbruches betrachtet und wirkte als eine große Versuchung, den Krieg fortzusetzen. So erklärt sich die hinschleppende Taktik der Entente-regierungen. Die Alliierten steigerten immer aufs neue ihre Forderungen nach den außerordentlichen Garantien, die dem Abschluß des Waffenstillstandes vorausgehen hätten. Wilson George rühmt sich heute mit zynischem Freimut:

Wir verzögerten die Absendung der Bedingungen an Deutschland, um erst die Stützen unter den Füßen unseres Feindes zu zerbrechen und seine Flanke aufzureißen. Darum haben wir gewartet.

Präsident Wilson selbst verlangte immer stärkere verfassungsmäßige Sicherheiten für die Dauer und Ehrlichkeit des demokratischen Systems. Nach seinen ersten beiden Raten ergaben zuverlässige Nachrichten, daß er die Zurückführung der Macht des Kaisers auf die Stellung des englischen Königs als eine reale Garantie ansehen würde, ganz entsprechend der Forderung der deutschen Reichstagsmehrheit. Aber angesichts der bedrohlich anwachsenden republikanisch-chauvinistischen Bewegung kurz vor den Wahlen warf er die Frage der Abdankung des Kaisers in die öffentliche Diskussion. Es genügte für ihn nicht mehr, selbst überzeugt zu werden, sondern wollte sensationelle Erfolge seiner Diplomatie aufweisen, um den Chauvinismus in seinem eigenen Lande bewältigen zu können.

Die Wirkung des Waffenstillstandsangebots auf die Zentralmächte war womöglich noch verderblicher. Die Sonderaktionen unserer Verbündeten wurden beschleunigt. Auf den machtlos werdenden Freund wurde keine Rücksicht des Gewissens und der Treue mehr genommen. Es bemächtigte sich unseres Volkes eine große Bestürzung und Ungeduld.

Es war wie ein schwerer moralischer Zusammenbruch. Gen mußten wir uns selbst nach dem Abfall Oesterreichs sagen, daß weiterer Widerstand keine Aussicht auf Erfolg mehr bot, aber wir

müssen vor den Feinden wenigstens die Möglichkeit aufrecht erhalten, daß es bestimmte Forderungen gab, gegen die wir selbst einen hoffnungslosen Kampf aufnehmen würden. Das war der Rat, den uns wiederholt wohlwollende Neutrale gaben:

Nehmt nicht den Friedenspartei in Feindesland ihr letztes wirksames Argument, das lautet: es gibt Grenzen deutscher Nachgiebigkeit.

Das deutsche Nationalgefühl war unterhöhlt worden. Ein Wunder, wenn es anders gekommen wäre nach all den namenlosen Leiden und Enttäuschungen dieser vier Kriegsjahre und nach dem Mißbrauch, der mit dem Patriotismus getrieben worden war. An der Front geschah freilich dieses Wunder. Gewiß, auch da gab es Verzehrung, Hoffnungslosigkeit. Aber an entscheidenden Punkten fanden sich immer Helden, Soldaten und Offiziere, die auf ihren verlorenen Posten ausharrten und kämpften, wie nur je in den Tagen unserer Siege, weil sie wußten, daß alles darauf ankam, bis zum Waffenstillstand den feindlichen Einfall vom Heimatlande fernzuhalten. Viele von ihnen haben die Waffenruhe nicht mehr erlebt. So erklärlich auch die Vorgänge in der Heimat sein mögen, in unsere Dankbarkeit gegen diese Toten wird sich immer etwas von schmerzlicher Scham mischen.

Ich will nun versuchen zu erklären, aus welchen Gründen unsere innere Politik Schiffbruch erlitt, als wir fast schon im Hafen zu sein glaubten.

Die Herstellung einer alles entscheidenden Zivilgewalt war gelungen. Die gesetzmäßigen Festlegungen sind hier nicht das wichtigste gewesen. Die Ausschaltung unverantwortlicher Einflüsse und Druckmittel, die Beseitigung aller Nebenregierungen war im besten Gange; wer sich nicht freiwillig fügte, wurde erseht. Beim ersten Konflikt gab der General Ludendorff nach, beim zweiten nahm er seinen Abschied. Viel blieb noch zu leisten übrig, aber die Zeit war sehr kurz gewesen.

Da kam

die Auflösung der Abdankungsfrage

durch Präsident Wilson. Ich habe es für meine Pflicht gehalten, den Kaiser über die nationale und internationale Bedeutung der Abdankungsfrage dauernd zu orientieren. Nur ein freiwilliger Entschluß konnte nach meiner Meinung das Reich vor schweren Erschütterungen bewahren. Man darf das Zögern des Kaisers nicht falsch verstehen. Es waren gewichtige Einflüsse am Werk, die ihn davon überzeugten, daß seine Abdankung das Signal zur Auflösung der Front gegeben hätte.

Als ich nach den Kieler Vorgängen die Gefahr des Bürgerkrieges immer näherücken sah, suchte ich am Donnerstag eine Unterredung mit dem Abgeordneten Ebert und teilte ihm mit, daß ich noch am gleichen Abend ins Hauptquartier reisen wollte. Er versprach mir, das Seinige dazu zu tun, damit seine Partei und die Massen das Ergebnis meines Besuches abwarteten. Am Nachmittag desselben Tages aber überbrachten mir Herr Scheidemann und Ebert das Ultimatum der Sozialdemokratie, das mich zwang, meine Entlassung einzureichen, denn es bedeutete den Zusammenbruch meiner Politik, nicht zu vergewaltigen, sondern zu überzeugen.

Sie werden es mir ersparen, über die Schritte zu sprechen, die ich nach meinem Entlassungsgesuch unternommen habe. Sie hatten nur den einen Zweck, den unvermeidlich gewordenen Umsturz sich ohne einen Bruderkampf vollziehen zu lassen.

Ich will mit denen, die den Umsturz herbeigeführt haben und ihn unterstützten, nicht rechten. Ich glaube noch heute, daß sich der Volkswille ohne Gewalt hätte durchsetzen können auf dem Wege der gesetzgebenden Versammlung, die nach dem Zerfall Oesterreichs eine Ehrenpflicht geworden war. Ich kann den Gedanken nicht loswerden, daß vielleicht doch unsere Arbeiter und Soldaten noch 24 Stunden Geduld gehabt hätten, wenn Führer aus ihrer Mitte ihnen die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Heimatfront so deutlich gemacht hätten, wie den Soldaten an der Front es deutlich war, daß die Schlachtfrent halten mußte. Dann wäre nicht der Zusammenbruch gekommen einen Tag vor der Waffenruhe.

Der Umsturz hat sich unwiderruflich vollzogen. In die Hände der neuen Regierung ist eine ungeheure Verantwortung gelegt. Sie kann uns als Nation retten und sie kann uns als Nation zerstören.

Ich habe den Reichskanzler Ebert als einen Mann kennengelernt, der reinen Willens ist und dem es Ueberzeugungsache ist, daß Deutschland nur seinen internationalen Pflichten genügen kann, wenn es sich als Volkseinheit erhält. Die Regierung kann uns vor dem Bürgerkrieg bewahren, wenn sie demokratisch regiert, und ihre erste, nicht aufzuschiebende Pflicht ist es, sich durch eine verfassunggebende Nationalversammlung die Rechtsgrundlage für ihre Macht geben zu lassen. Usurpierte Macht trägt das neue befreite deutsche Volk nicht. Es hat sich durch die Bildung der Volksregierung am 3. Oktober von der Diktatur Ludendorff befreit; es wird keine andere Diktatur einer Minderheitsgruppe ertragen. Aber

eine Schande wäre es für Deutschland,

wenn uns die Feinde, die nur mit einer rechtmäßigen deutschen

hündstol, noch eher geboren war. Seine Grundbedingung verlangt, daß kein Volk in Ketten an den Verhandlungstisch gesät wird, sondern daß ihm die Kraft gelassen wird, sich aus freier Willen der neuen Rechtsordnung zu fügen. Die Bedingungen der Entente aber sollen uns wehrlos machen auch gegen die größtmögliche Unbilligkeit — sollen unserem Volk die Kraft nehmen, seine Wunde zu heilen. Das Zurückbehalten unserer Gefangenen als Geiseln widerspricht jedem Gefühl der soldatischen Ritterlichkeit und findet nur in den Gepflogenheiten alter Barbarei seine Vorbilder.

Man glaube nicht, daß heute die Stimme des deutschen Volkes wirkungslos verhallt. Das Recht, auch unser Recht, hat Anhänger in allen Ländern, aber sie werden lahmgelegt, wenn wir selbst mit Unterwürfigkeit die Schmach hinnehmen, als ob wir sie verdienen hätten.

Ich möchte mit den Worten schließen, die ein Soldat mir in diesen Tagen geschrieben hat:

„Gehet der Himmel, daß Deutschland nicht charakterlos aus diesem Kriege hervorgeht.“

Die Einigung des Bürgertums.

Wie wir erfahren, haben gestern die Besprechungen zwischen Fortschrittlern und Nationalliberalen über ein gemeinsames Vorgehen beim bevorstehenden Wahlkampfe ihre Fortsetzung erfahren, und zwar auf der Grundlage, die wir im gestrigen Abendblatt bezeichnet hatten. Es hat sich ein Ausschuß gebildet, der über ein Parteiprogramm beraten soll, das die Grundlage für eine neue Parteibildung abgeben soll. Der Ausschuß soll die Basis zu einer großdeutschen demokratischen Partei durch Zusammenschluß der beiden liberalen Parteien schaffen.

Der Aufruf der neuen bürgerlich-demokratischen Partei, die sich um Herrn Theodor Wolff vom „B. L.“ gruppiert, dürfte in den heutigen demokratischen Morgenblättern erscheinen. Bei den gestrigen Beratungen sind im Programm wie auch in der Zusammensetzung des Ausschusses der neuen Partei wesentliche Veränderungen vorgenommen worden. Im Programm ist der Hinweis auf den republikanischen Charakter der Partei herausgenommen worden, und in der Zusammensetzung des Ausschusses sind etwa zehn Namen fortgefallen, die vielleicht zu anstößig auf breitere Teile des Volkes gewirkt hätten. Immerhin erscheint es vielleicht fraglich, ob sich zwischen dieser neuen demokratischen Partei des Herrn Theodor Wolff und einer neuen liberalen Partei, die sich aus Fortschrittlern und Nationalliberalen zusammensetzt, eine Einigung wird erzielen lassen, zumal die Partei des Herrn Wolff sehr stark nach links neigt, während die neue liberale Partei die Mitte repräsentieren würde.

Der Vorsitzende des Vereins für das Deutschtum im Ausland hat an die Landesverbände und Ortsgruppen des Vereins folgenden Aufruf gesandt:

Demokratie ist die Forderung des Tages! Das heißt: Das ganze deutsche Volk, ob im Inlande oder im Auslande, muß Anteil haben an der Gestaltung seines Geschicks. Darum ist die sofortige Einberufung einer verfassunggebenden Nationalversammlung auf breiter Grundlage notwendig. Die örtlichen Landesverbände und Ortsgruppen bitte ich dringend, in dieser Richtung tatkräftig tätig zu sein.

Armeeoberkommando „Heimatschutz-Ost“.

Berlin, 15. November. (Mitteil.) Der Schutz der östlichen Provinzen gegen die aus den Gebieten östlich der Reichsgrenze drohenden Gefahren wird einheitlicher Leitung unterstellt. Hierfür wird in Gemeinschaft mit dem zuständigen Arbeiter- und Soldatenrat das Armee-Oberkommando „Heimatschutz Ost“ gebildet.

Der Unterstaatssekretär: gez. Göhre.

Der Kriegsminister: gez. Scheuch.

Neuordnung der Kommandogewalt.

Berlin, 15. November. Um eine einheitliche Regelung der Demobilisierung durchführen zu können, ist eine Neuordnung der Kommandoverhältnisse notwendig. Die stellvertretenden Generalkommandos, der Generalstab und die Oberste Heeresleitung werden von jetzt ab dem Kriegsministerium unterstellt. Dessen Weisungen haben alle militärischen Kommandobehörden Folge zu leisten. Das Kriegsministerium sowie alle Reichsbehörden unterstehen der Kontrolle des Vollzugsrats des Arbeiter- und Soldatenrates.

Der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates.

Zentr
amburgische

durch Präsident Wilson. Ich habe es für meine Pflicht gehalten, den Kaiser über die nationale und internationale Bedeutung der Abdankungsfrage dauernd zu orientieren. Nur ein freiwilliger Entschluß konnte nach meiner Meinung das Reich vor schweren Erschütterungen bewahren. Man darf das Zögern des Kaisers nicht falsch verstehen. Es waren gewichtige Einflüsse am Werk, die ihn davon überzeugten, daß seine Abdankung das Signal zur Auflösung der Front gegeben hätte.

Als ich nach den Kieler Vorgängen die Gefahr des Bürgerkrieges immer näherücken sah, suchte ich am Donnerstag eine Unterredung mit dem Abgeordneten Ebert und teilte ihm mit, daß ich noch am gleichen Abend ins Hauptquartier reisen wollte. Er versprach mir, das Seinige dazu zu tun, damit seine Partei und die Massen das Ergebnis meines Besuches abwarteten. Am Nachmittag desselben Tages aber überbrachten mir Herr Scheidemann und Ebert das Ultimatum der Sozialdemokratie, das mich zwang, meine Entlassung einzureichen, denn es bedeutete den Zusammenbruch meiner Politik, nicht zu vergewaltigen, sondern zu überzeugen.

Sie werden es mir ersparen, über die Schritte zu sprechen, die ich nach meinem Entlassungsgefuhr unternommen habe. Sie hatten nur den einen Zweck, den unvermeidlich gewordenen Umsturz sich ohne einen Bruderkampf vollziehen zu lassen.

Ich will mit denen, die den Umsturz herbeigeführt haben und ihn unterstützten, nicht rechten. Ich glaube noch heute, daß sich der Volkswille ohne Gewalt hätte durchsetzen können auf dem Wege der gesetzgebenden Versammlung, die nach dem Zerfall Oesterreichs eine Ehrenpflicht geworden war. Ich kann den Gedanken nicht loswerden, daß vielleicht doch unsere Arbeiter und Soldaten noch 24 Stunden Geduld gehabt hätten, wenn Führer aus ihrer Mitte ihnen die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Heimatfront so deutlich gemacht hätten, wie den Soldaten an der Front es deutlich war, daß die Schlachtfrent halten mußte. Dann wäre nicht der Zusammenbruch gekommen einen Tag vor der Waffenruhe.

Der Umsturz hat sich unwiderruflich vollzogen. In die Hände der neuen Regierung ist eine ungeheure Verantwortung gelegt. Sie kann uns als Nation retten und sie kann uns als Nation zerstören.

Ich habe den Reichskanzler Ebert als einen Mann kennengelernt, der reinen Willens ist und dem es Ueberzeugungsache ist, daß Deutschland nur seinen internationalen Pflichten genügen kann, wenn es sich als Volkseinheit erhält. Die Regierung kann uns vor dem Bürgerkrieg bewahren, wenn sie demokratisch regiert, und ihre erste, nicht aufzuschiebende Pflicht ist es, sich durch eine verfassunggebende Nationalversammlung die Rechtsgrundlage für ihre Macht geben zu lassen. Usurpierte Macht erträgt das neue befreite deutsche Volk nicht. Es hat sich durch die Bildung der Volksregierung am 3. Oktober von der Diktatur Ludendorff befreit; es wird keine andere Diktatur einer Minderheitsgruppe ertragen. Aber

eine Schande wäre es für Deutschland,

wenn uns die Feinde, die nur mit einer rechtmäßigen deutschen Regierung unterhandeln wollen, erst die Einberufung einer konstituierenden Versammlung anbefehlen müßten.

Hier darf die Regierung sich nicht die Initiative nehmen lassen; wenn sie demokratisch handelt, dann kann sie sicher sein, daß ihr die freiwilligen Kräfte aus allen Lagern zufließen werden, um ihr bei der übermenschlichen Aufgabe zu dienen.

Die äußere Disziplin ist zerbrochen, aber es gibt die Treue gegen das eigene Volk und die freiwillige Selbstzucht, die aus ihr entspringt. Nur diese Treue hat uns im Westen vor der feindlichen Invasion bewahrt; nur sie allein kann uns vor dem Bruderkampf und der Anarchie retten und der Versuchung zur Grausamkeit.

Noch eine andere Forderung möchte man in dieser Stunde an die Regierung stellen: An einen Widerstand mit Waffengewalt gegen die Bedingungen der Feinde ist heute nicht mehr zu denken. Es gibt aber einen moralischen Widerstand gegen das Unrecht, zu dem gerade diejenigen verpflichtet sind, die sich immer dagegen gemehrt haben, daß Deutschland seinen Feinden Unrecht tut. Die Feinde sollten den Zorn des ganzen deutschen Volkes vernehmen, und wenn die Regierung fühlt wie das Volk, so soll sie es sagen.

Am den Auseinandersetzungen zwischen Wilson und den Alliierten hat Wilson den Sieg des Wortes errungen — seine Verbündeten haben die 14 Punkte angenommen, die Alliierten aber haben den Sieg der Tat davongetragen: die Waffenstillstandsbedingungen sind vom Geist der Geheimverträge diktiert, hinter denen nicht der Völkerbundgedanke stand, sondern der Gedanke an Raub und Ruhm und die Rüstung für künftige Kriege. Der Friede von Brest-Litowsk, der wahrlich nicht nachahmenswert ist, ist ein Verständigungsriede im Vergleich zu der Vergewaltigung, die heute Deutschland zugebracht wird.

Am 22. Oktober sprach ich aus, daß der Gedanke der Liga der Nationen jetzt seine große Probe besteht. Werden die Waffenstillstandsbedingungen der Entente ausgeführt, so ist der Völk-

bünde in den heutigen demokratischen Morgenblättern erscheinen. Bei den gestrigen Beratungen sind im Programm wie auch in der Zusammensetzung des Ausschusses der neuen Partei wesentliche Veränderungen vorgenommen worden. Im Programm ist der Hinweis auf den republikanischen Charakter der Partei herausgenommen worden, und in der Zusammensetzung des Ausschusses sind etwa zehn Namen fortgefallen, die vielleicht zu anstößig auf breitere Teile des Volkes gewirkt hätten. Immerhin erscheint es vielleicht fraglich, ob sich zwischen dieser neuen demokratischen Partei des Herrn Theodor Wolff und einer neuen liberalen Partei, die sich aus Fortschrittler und Nationalliberalen zusammensetzt, eine Einigung wird erzielen lassen, zumal die Partei des Herrn Wolff sehr stark nach links neigt, während die neue liberale Partei die Mitte repräsentieren würde.

Der Vorsitzende des Vereins für das Deutschtum im Ausland hat an die Landesverbände und Ortsgruppen des Vereins folgenden Aufruf gesandt:

Demokratie ist die Forderung des Tages! Das heißt: Das ganze deutsche Volk, ob im Inlande oder im Auslande, muß Anteil haben an der Gestaltung seines Geschicks. Darum ist die sofortige Einberufung einer verfassunggebenden Nationalversammlung auf breiter Grundlage notwendig. Die örtlichen Landesverbände und Ortsgruppen bitte ich dringend, in dieser Richtung tatkräftig tätig zu sein.

Armeeoberkommando „Heimatschutz-Ost“.

Berlin, 15. November. (Amtlich.) Der Schutz der östlichen Provinzen gegen die aus den Gebieten östlich der Reichsgrenze drohenden Gefahren wird einheitlicher Leitung unterstellt. Hierfür wird in Gemeinschaft mit dem zuständigen Arbeiter- und Soldatenrat das Armee-Oberkommando „Heimatschutz Ost“ gebildet.

Der Unterstaatssekretär: gez. Göhre.
Der Kriegsminister: gez. Scheuch.

Neuordnung der Kommandogewalt.

Berlin, 15. November. Um eine einheitliche Regelung der Demobilisierung durchführen zu können, ist eine Neuordnung der Kommandoerhältnisse notwendig. Die stellvertretenden Generalkommandos, der Generalstab und die Oberste Heeresleitung werden von jetzt ab dem Kriegsministerium unterstellt. Dessen Weisungen haben alle militärischen Kommandobehörden Folge zu leisten. Das Kriegsministerium sowie alle Reichsbehörden unterstehen der Kontrolle des Vollzugsrats des Arbeiter- und Soldatenrates.

Der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates.
Mollenhuth. Richard Müller.

Die Uebnahme des Eisenbahnmaterials.

Haag, 15. November. „Hollandsch Nieuwsbureau“ meldet: Das Oberkommando der Alliierten hat sich an die deutsche Oberste Heeresleitung drahtlos mit folgendem gewandt:

Die Obersten Havard und Marchant, außerdem die Ingenieure Lebert und Berard, werden sich heute für eine Besprechung auf den Weg begeben. Diese Besprechung soll auf der Station Amavillers 3 Uhr nachmittags deutscher Zeit stattfinden, damit diese Vertreter der Alliierten sich über das Eisenbahnmaterial unterrichten können. Die Offiziere kommen aus Nancy. Es sollen ihnen Erleichterungen verschafft werden für das Passieren der Linien entlang des Weges Nancy—Metz.

Die Entwaffnung der Armee Madensén.

Debreczen, 16. November. (Meldung des „Hollandsch Nieuwsbureaus“.) Feldmarschall Madensén ist mit 200 Automobilen, seinem Stab und 2000 Mann hier eingetroffen, und erklärte dem Oberstadthauptmann, er appelliere an die Gastfreundschaft Ungarns und hoffe, daß die Bevölkerung ruhig und geduldsam den Besuch der Deutschen hinnehmen werde. Vom Kriegsministerium wurde beschlossen, die Deutschen zu entwaffnen. Madensén fügte sich diesem Beschluß. Die Truppen wurden entwaffnet und sind auf der Heimfahrt begriffen.

Die ukrainische Selbständigkeit abgelehnt.

Kiew, 13. November. „Kiewskaja Myss“ schreibt:

In Jassy ergaben die bisherigen Verhandlungen zwischen der Entente und den Vertretern der russischen Einzelstaaten, daß die Entente eine Einigung Rußlands als Föderativ-

Prinz Max v.
Baden
4 Jan 1919

Hamburger Nachrichten

Nr. 6

Prinz Max von Baden lehnt eine Kandidatur ab. Das Heidelberger Tagebl. meldet, daß Prinz Max von Baden die Kandidatur zur deutschen Nationalversammlung, die ihm von der deutschdemokratischen Partei angeboten werden sollte, abgelehnt hat.

19262 + 0012 - 000

Max v. Baden

Zentralstelle des
Hamburgischen Kolonialinstituts.

Signatur: *Sh p*

Datum: 28 Juli 1919

Frankfurter Zeitung

Nr. 538

Prinz Max von Baden.

In Konstanz, 21. Juli. Zur „Flucht des Prinzen Max von Baden“ erklärt das Rentamt in Salem (Sitz des Prinzen) in der „Konstanzer Zeitung“: „Der Prinz hat seit seiner Ankunft am 21. Juni Salem niemals verlassen. Die Familie des Prinzen weilt zu kurzem Besuch bei Bekannten in der Schweiz. Ihre Abreise erfolgte in aller Deffentlichkeit mit Motorboot an der Landungsstelle Wiblingen.“ Dazu bemerkt die „Konst. Ztg.“, daß die erste Darstellung vom Minister des Innern (Karlsruhe) gegeben war. Die „Konstanzer Nachrichten“ veröffentlichen eine weitere Aufklärung von zuständiger Stelle, daß die Reisenden nur den allerbringendsten Geldbedarf für einen kurzen Aufenthalt in der Schweiz mitnahmen. Gold und Wertfachen waren nicht dabei. Das Gold wurde alles abgeliefert.“

Zentralstelle des
Hamburgischen Kolonialinstituts.

Signatur:

Datum: 25. Juli 1919

I Frankfurter Zeitung 18

Nr. 544 vom 191

Prinz Max von Baden.

d Karlsruhe, 23. Juli. (Priv.-Tel.) Zu der Falschmeldung eines Konstanzer Blattes über eine angebliche Reise des Prinzen Max in die Schweiz liegt nun auch eine amtliche Aeußerung des Ministeriums des Innern vor. Es wird darin festgestellt, daß sowohl die Meldung selbst als auch die Behauptung der „Konstanzer Zeitung“, ihre Meldung gehe auf eine Information durch das Ministerium des Innern zurück, unrichtig sei. Richtig sei nur, daß vor etwa zwei Wochen in Konstanz das Gerücht verbreitet worden war, Prinz Max von Baden sei mit Familie an einer für den gewöhnlichen Verkehr nicht zugänglichen Stelle des Bodensees auf einem staatlichen Motorboot nach der Schweiz abgereist. Tatsächlich aber habe Prinz Max seinen derzeitigen Wohnsitz Salem bis zur Stunde nicht verlassen, dagegen sei seine Familie auf einige Tage in die Schweiz gereist. Diese Reise trug durchaus privaten Charakter und war nach absolut zuverlässiger Meldung lediglich einer familiären Fürsorge entsprungen. Die Reise stand allerdings im Zusammenhang mit einem andern in jenen Tagen verbreiteten Gerücht über bevorstehende lokale Unruhen in der Bodenseegegend. Die Tatsache, daß die „Konstanzer Zeitung“ von einer Information durch das Ministerium des Innern schreibt, mag, wie es in der amtlichen Aeußerung heißt, auf eine mißverständliche Auffassung eines Schreibens des Ministers des Innern an einen Konstanzer Abgeordneten zurückzuführen sein. In diesem Schreiben war ausdrücklich hervorgehoben worden, daß lediglich die Familie des Prinzen Max und nicht Prinz Max selbst abgereist sei. Die gleiche Erklärung war damals vom Ministerium des Innern auch den um Auskunft nachsuchenden Pressevertretern gegeben worden.

Hamburger Nachrichten

Nr. 381

Generalquartiermeister v. Stein über seine Entlassung.

Zur Charakteristik des Prinzen Max von Baden.

In einem eben erschienenen Buche, „Erlebnisse und Betrachtungen aus der Zeit des Weltkrieges“ (R. F. Köhler Verlag in Leipzig) lüftet der ehemalige Generalquartiermeister v. Stein endlich den Schleier über die Ursache seiner Entlassung. Er führt wörtlich aus: „Ich lege Wert darauf, festzustellen, daß ich nicht freiwillig gegangen bin, da geglaubt werden könnte, ich hätte in schwerer Lage des Vaterlandes meinen Posten verlassen. Der Vorgang war eigenartig genug. Ich lernte den Prinzen Max erst in Berlin kennen. Er war sehr freundlich zu mir und erinnerte sich, daß ich an der Spitze eines badischen Generalkommandos gestanden hatte. Wenige Tage später war ich zu einer Sitzung geladen. Der Prinz begrüßte die Versammlung und verabschiedete sich, da er wegen eines wichtigen Thronvortrages zum Kaiser fahren müsse. Bei seinem Fortgang wechselte er noch einige Worte mit mir, wobei er wieder sehr freundlich war. Bei dem Thronvortrage hat er dem Kaiser meine Entlassung zur Bedingung gemacht. Hätte er mir nur ein Wort von seiner Absicht gesagt, so würde ich dem Kaiser die Zwangslage erklärt und sofort meine Entlassung erbeten haben. Das Verfahren hat mir nicht gefallen, aber für die Entlassung bin ich ihm dankbar gewesen.“

Vorwärts (Berlin)

Nr. 174

Dokumente zum Zusammenbruch.**Erinnerungen des Prinzen Max von Baden.**

Soeben erscheint, fast neun Jahre nach dem militärischen und politischen Zusammenbruch des alten Systems, bei der Deutschen Verlagsanstalt, Stuttgart, ein dicker Erinnerungsband des Prinzen Max von Baden, des letzten Kriegskanzlers der kaiserlichen Zeit. Diese Veröffentlichung sollte ursprünglich eine Art Rechtfertigungsschrift vor der Mitwelt und den Nachlebenden sein, sie sollte die besondere Tätigkeit des Kanzlers aus einem souveränen Fürstengeschlecht darstellen, sie ist aber unversehens zu einem umfassenden Quellenwerk über die Vorgeschichte des Zusammenbruchs geworden. In der politischen Geschichtsschreibung wird sie zweifellos noch eine bedeutende Rolle spielen.

Von besonderem Interesse sind die Aufzeichnungen, soweit sie die letzten Tage des alten Regimes betreffen. Max von Baden trat am 1. Oktober 1918 in Berlin ein, nachdem er den Ruf erhalten hatte, in letzter Not die Bildung einer Regierung zu übernehmen. Das erste, was vorlag, war die Aufforderung der Obersten Heeresleitung, es müsse sofort ein Friedens- und Waffenstillstandsangebot an Wilson gerichtet werden. Der Prinz hatte sich von vornherein dagegen erklärt, daß man ein überstürztes Angebot mache, weil das nach seiner Meinung die militärische Kapitulation einschließe. Er wollte wenigstens einige Tage Zeit gewinnen, um die neuzubildende Regierung mit einiger Autorität auszugestalten.

Aber noch am gleichen Tage, da er von Dessau her in Berlin anlangte, wurde ihm das folgende bekannte Telephonat des Feldmarschalls Hindenburg vorgelegt, das am Mittag in Berlin angekommen war:

„Großes Hauptquartier, 1. Oktober 1918. 1.30 Uhr nachts, angekommen 2 Uhr nachmittags.

Wenn bis heute abend 7 bis 8 Uhr Sicherheit vorhanden ist, daß Prinz Max von Baden die Regierung bildet, so bin ich mit dem Aufschub bis morgen vormittag einverstanden. Sollte dagegen die Bildung der Regierung irgendwie zweifelhaft sein, so halte ich die Ausgabe der Erklärung an die fremden Regierungen heute nacht für geboten.
v. Hindenburg.“

Dieses Drängen der Obersten Heeresleitung, die bisher alle Autorität für sich in Anspruch genommen hatte, erschien dem prinzipialen Kanzlerkandidaten so ungeheuerlich, daß er sofort dem Chef des Zivilkabinetts, v. Berg, erklärte, er könne die Kanzlerschaft nicht annehmen und das Waffenstillstandsangebot nicht unterzeichnen. Man habe ihn erst gerufen, nachdem es zu einem solchen Bankrott gekommen war und er solle nun seinen Namen und sein Ansehen hineinwerfen, um noch zu retten, was noch zu retten ist.

Rückschauend sagt Max von Baden über den Beherrscher der Obersten Heeresleitung und der Regierung:

„Glaubte denn der General Ludendorff, daß er Befehlsgewalt über Foch und Wilson hätte, wie er sie in diesem Augenblick über die Berliner Regierung beanspruchte? Das Friedensangebot vom Dezember 1916, die Juniresolution, die Rühlmann-Rede, alle öffentlichen Friedensfühler waren der Obersten Heeresleitung bisher ein Greul gewesen, weil sie „die Moral des Feindes stärkte, die unsere schwächte“. Wenn das richtig war, dann mußte ja der geplante Hilfschrei dazu führen,

daß unser Millionenheer die Waffen wegwarf und die Meute der Feinde jubelnd zur Todeshaß antrat.“

Max von Baden gibt eine sehr lebendige Schilderung von dem weiteren Verlauf dieses Ringens mit der Obersten Heeresleitung, d. h. mit Hindenburg und Ludendorff, die alle Versuche, die Hinausgabe des Waffenstillstandsangebots noch um einige Tage zu verzögern, entweder schroff ablehnten oder durch ausweichende Bemerkungen die Verantwortung für das Kommende auf die Berliner Regierung zuwälzen schienen. Alle telephonischen, telegraphischen oder schriftlichen Antworten aus dem Hauptquartier endeten immer wieder mit der Bemerkung, daß die Lage sich täglich verschärfe und die Oberste Heeresleitung zu schwerwiegenden Entschlüssen zwingen könne. Noch am 3. Oktober schrieb Hindenburg persönlich an den Prinzen den ebenfalls bekannten Brief, in dem es zum Schluß hieß:

„Unter diesen Umständen ist es geboten, den Kampf abubrechen, um dem deutschen Volke und seinen Verbündeten nutzlose Opfer zu ersparen. Jeder versäumte Tag kostet Tausenden von tapferen Soldaten das Leben.“

Noch schlimmer als die Zeit des Ringens mit Ludendorff und Hindenburg war die Periode, die sich mit der notwendigen Abdankung des Kaisers beschäftigte. Die vollkommene Unfähigkeit Wilhelms II., den Ernst der Lage zu erkennen, die Entschlußlosigkeit dieses sogenannten Monarchen treiben — man fühlt das zwischen den Zeilen — seinem Better aus Baden noch heute die Schamröte ins Gesicht.

Was da zwischen Berlin und dem Hauptquartier in Spa hin und her telephoniert, telegraphiert, versprochen und widerrufen wurde, das mutet zwar heute an wie ein Treppenhühn der Weltgeschichte. Aber es leuchtet doch hinein in eine Periode der furchtbarsten körperlichen und seelischen Anspannung aller derer, die ernsthaft noch die Erhaltung der monarchischen Staatsform für notwendig hielten und dieses Ideal zerbrechen sahen an der persönlichen Unzulänglichkeit des Mannes, den man auch mit den größten Schmeicheln nicht dazu bewegen konnte, endlich einmal etwas „Königliches“ zu tun.

Erst als das von Hindenburg und Ludendorff so leidenschaftlich geforderte, von dem prinzipialen Kanzler als übereilt und verheerend angesehene Waffenstillstandsangebot seine unfehlbare psychologische Wirkung im Volke getan hatte, erst als die Wellen der Revolution über Deutschland fluteten, und erst, als Max von Baden selbst die Abdankung des kaiserlichen Betters durch Wolffs Bureau hatte verbreiten lassen, da entfloh Wilhelm über die holländische Grenze. Das war das Ende des Prunkstückes, das dieser Hohenzoller dem deutschen Volke vorgespielt hatte und das in einem Meer von Blut ertrank!

Die Erinnerungen des Prinzen Max von Baden sind mehr als eine Rechtfertigungsschrift für ihn selbst. Sie sind eine neue Widerlegung der „Dolchstoß“-Legende, mit der die deutschen Nationalisten jahrelang sich selbst und andere betrogen haben.

Deutsche Allgemeine Zeitung (Berlin)

Nr. 171

Der 9. November 1918

Zwischen Monarchie und Republik

Die Erinnerungen des Prinzen Max von Baden

In der „Deutschen Verlagsanstalt, Stuttgart“ erscheinen soeben die Erinnerungen des letzten kaiserlichen Reichskanzlers Prinzen Max von Baden unter dem Titel „Erinnerungen und Dokumente“.

Wir geben aus dem aufschlußreichen Buche, auf das noch ausführlich zurückzukommen sein wird, mit Erlaubnis des Verlages heute bereits einige Stellen aus dem Kapitel: Der 9. November.

Der Prinz schildert den Kampf um die Abdankung des Kaisers und legt dar, wie er zwar den Entschluß zur Abdankung in Händen hatte, aber noch nicht dessen Formulierung, während in Berlin die Wellen der Revolution von Stunde zu Stunde höher stiegen, wie er, vergeblich auf die Formulierung aus Spa wartend, in der Erwägung, daß eine Absetzung des Kaisers durch die Straße das Chaos bedeuten würde, sich entschloß, jene berühmte Wolffmeldung auszugeben, die die Abdankung des Kaiser und des Kronprinzen aussprach. Danach erschien eine Abordnung der sozialdemokratischen Partei unter Führung Eberts beim Reichskanzler, mit der — unter der Voraussetzung des vorläufigen Weiterbestehens der alten Verfassung — die Frage „Regentschaft oder Stellvertretung“ und gleichzeitig die Frage einer verfassungsgebenden Nationalversammlung erörtert wurde. Die Unterredung fand folgenden Abschluß:

Ebert und die übrigen Mitglieder der Abordnung wurden hereingerufen. Ich fragte ihn, ob er bereit sei, den Posten des Reichskanzlers anzunehmen. Ebert antwortete: „Es ist ein schweres Amt, aber ich werde es übernehmen.“

Der Staatssekretär des Auswärtigen richtete alsdann die Frage an ihn: „Sind Sie bereit, die Regierung innerhalb der Verfassung zu führen?“ Ebert bejahte. Solf fragte zum zweitenmal: „Auch innerhalb der monarchistischen Verfassung?“

Eberts Antwort war: „Gestern hätte ich diese Frage unbedingt bejaht, heute muß ich mich erst mit meinen Freunden beraten.“ Hierauf erklärte ich: „Nun müssen wir die Regentschaftsfrage lösen.“ Ebert antwortete: „Es ist zu spät.“ Hinter ihm wiederholte der Chor seiner Parteigenossen: „Zu spät, zu spät!“

Ich war noch immer

ohne Befehl des Kaisers,

hatte daher auch keine Autorisation, das zu tun, was der Augenblick erforderte. Eine schwere Lähmung für meine Entschlüsse.

Ich durchlebe diese Stunden immer wieder aufs neue und sage mir: wie anders wäre die Freiheit meines Handelns gewesen, wenn ich auf das „Zu spät“ der Sozialdemokraten hätte antworten können: Der Kaiser hat einen Stellvertreter ernannt.* Das war die einzige

nicht mehr zu erreichen wäre, sprach aber seine eigene Ansicht aus: Leben und Eigentum und die Regierungsgebäude sollten geschützt werden, das müsse geschehen

mit Schußwaffe oder blanker Waffe,

so gut es ginge.

Da traf um 2 Uhr nachmittags die Nachricht ein, Scheidemann habe von der Rampe des Reichstags die Republik ausgerufen. Das wäre im Munde eines Unabhängigen keine unwiderrufliche Proklamation gewesen; die Unabhängigen ließen seit Monaten die soziale Republik hochleben. Die Erklärung des Staatssekretärs aber band seine Partei. Scheidemann führte den letzten Stoß gegen die Monarchie.**)

*

Zwischen 5 und 6 Uhr ging ich zu Ebert, um Abschied von ihm zu nehmen. Ebert sagte zu mir: „Ich bitte Sie dringend zu bleiben.“ Ich fragte: „Zu welchem Zweck?“

Ebert: „Ich möchte, daß Sie als Reichsverweser bleiben.“ Diese Bitte war in den letzten Stunden von meinen früheren Mitarbeitern wiederholt an mich gerichtet worden. Ich erwiderte Herrn Ebert: „Ich weiß, daß Sie im Begriff sind, mit den Unabhängigen ein Abkommen zu treffen, und mit den Unabhängigen kann ich nicht zusammenarbeiten.“

An der Tür wandte ich mich noch einmal zurück: „Herr Ebert, ich lege Ihnen das Deutsche Reich ans Herz!“ Er antwortete: „Ich habe zwei Söhne für dieses Reich verloren.“

Ich habe später die Frage oft erörtert und mir immer wieder selbst vorgelegt, ob ich die Monarchie hätte retten können, wenn ich am 9. November die Reichsverweserschaft angenommen hätte. Ich habe immer mein unmittelbares Gefühl bestätigt gefunden: Diesen Weg hätte ich gehen können, wenn ich vom Kaiser zu seinem Stellvertreter ernannt worden wäre. Bei der Durchführung eines Staatsstreiches wäre ich an meinem Gewissen gescheitert.

*) Während der Drucklegung kommt mir ein Entwurf wieder vor Augen, den Unterstaatssekretär Lewald vom Reichsamt des Innern am 31. Oktober 1918 für die Ankündigung einer Stellvertretung aufgesetzt hatte: „Nachdem ich zu der Ueberzeugung gelangt bin, daß Meine Person ein Hindernis für das deutsche Volk zur Erlangung eines Friedens bildet, der seinen staatlichen Bestand und seine Zukunft nach so unerhörten heldenhaften Opfern und Leiden sicherstellt, habe ich mich entschlossen, von der Regierung zurückzutreten. Bis zur Regelung Meiner Nachfolge und einer etwaigen Regentschaft habe ich, da dieselben Hindernisse in der Person Meines ältesten Sohnes, Seiner Kaiserlichen und Königl. Hoheit des Kronprinzen des Deutschen Reiches und von Preußen vorliegen, Meinen zweiten Sohn, Seine Königl. Hoheit den Prinzen Eitel Friedrich von Preußen mit Meiner Stellvertretung in der Führung der

Der 9. November 1918

Zwischen Monarchie und Republik

Die Erinnerungen des Prinzen Max von Baden

In der „Deutschen Verlagsanstalt, Stuttgart“ erscheinen soeben die Erinnerungen des letzten kaiserlichen Reichskanzlers Prinzen Max von Baden unter dem Titel „Erinnerungen und Dokumente“.

Wir geben aus dem aufschlußreichen Buche, auf das noch ausführlich zurückzukommen sein wird, mit Erlaubnis des Verlages heute bereits einige Stellen aus dem Kapitel: Der 9. November.

Der Prinz schildert den Kampf um die Abdankung des Kaisers und legt dar, wie er zwar den Entschluß zur Abdankung in Händen hatte, aber noch nicht dessen Formulierung, während in Berlin die Wellen der Revolution von Stunde zu Stunde höher stiegen, wie er, vergeblich auf die Formulierung aus Spa wartend, in der Erwägung, daß eine Absetzung des Kaisers durch die Straße das Chaos bedeuten würde, sich entschloß, jene berühmte Wolffsmeldung auszugeben, die die Abdankung des Kaisers und des Kronprinzen aussprach. Danach erschien eine Abordnung der sozialdemokratischen Partei unter Führung Eberts beim Reichskanzler, mit der — unter der Voraussetzung des vorläufigen Weiterbestehens der alten Verfassung — die Frage „Regentschaft oder Stellvertretung“ und gleichzeitig die Frage einer verfassungsgebenden Nationalversammlung erörtert wurde. Die Unterredung fand folgenden Abschluß:

Ebert und die übrigen Mitglieder der Abordnung wurden hereingeführt. Ich fragte ihn, ob er bereit sei, den Posten des Reichskanzlers anzunehmen. Ebert antwortete: „Es ist ein schweres Amt, aber ich werde es übernehmen.“

Der Staatssekretär des Auswärtigen richtete alsdann die Frage an ihn: „Sind Sie bereit, die Regierung innerhalb der Verfassung zu führen?“ Ebert bejahte. Solz fragte zum zweitenmal: „Auch innerhalb der monarchistischen Verfassung?“

Eberts Antwort war: „Gestern hätte ich diese Frage unbedingt bejaht, heute muß ich mich erst mit meinen Freunden beraten.“ Hierauf erklärte ich: „Nun müssen wir die Regentschaftsfrage lösen.“ Ebert antwortete: „Es ist zu spät.“ Hinter ihm wiederholte der Chor seiner Parteigenossen: „Zu spät, zu spät!“

Ich war noch immer

ohne Befehl des Kaisers,

hatte daher auch keine Autorisation, das zu tun, was der Augenblick erforderte. Eine schwere Lähmung für meine Entschlüsse.

Ich durchlebe diese Stunden immer wieder aufs neue und sage mir: wie anders wäre die Freiheit meines Handelns gewesen, wenn ich auf das „Zu spät“ der Sozialdemokraten hätte antworten können: Der Kaiser hat einen Stellvertreter ernannt.* Das war die einzige Lösung, die geeignet war, rasch eine vollendete Tatsache zu schaffen.

Oberstleutnant van den Bergh blieb als Verbindungsoffizier im Adjutantenzimmer der Reichskanzlei. Dort wurde er, als sein Chef schon fort war, vom Oberkommando erneut angerufen: ob es unter den geschilderten Umständen bei dem vom Kriegsminister gegebenen Befehl bleiben solle. Bergh sagte, daß der Kriegsminister

nicht mehr zu erreichen wäre, sprach aber seine eigene Ansicht aus: Leben und Eigentum und die Regierungsgebäude sollten geschützt werden, das müsse geschehen

mit Schußwaffe oder blanker Waffe,

so gut es ginge.

Da traf um 2 Uhr nachmittags die Nachricht ein, Scheidemann habe von der Rampe des Reichstags die Republik ausgerufen. Das wäre im Munde eines Unabhängigen keine unwiderrufliche Proklamation gewesen; die Unabhängigen ließen seit Monaten die soziale Republik hochleben. Die Erklärung des Staatssekretärs aber band seine Partei. Scheidemann führte den letzten Stoß gegen die Monarchie.**)

★

Zwischen 5 und 6 Uhr ging ich zu Ebert, um Abschied von ihm zu nehmen. Ebert sagte zu mir: „Ich bitte Sie dringend zu bleiben.“ Ich fragte: „Zu welchem Zweck?“

Ebert: „Ich möchte, daß Sie als Reichsverweser bleiben.“ Diese Bitte war in den letzten Stunden von meinen früheren Mitarbeitern wiederholt an mich gerichtet worden. Ich erwiderte Herrn Ebert: „Ich weiß, daß Sie im Begriff sind, mit den Unabhängigen ein Abkommen zu treffen, und mit den Unabhängigen kann ich nicht zusammenarbeiten.“

An der Tür wandte ich mich noch einmal zurück: „Herr Ebert, ich lege Ihnen das Deutsche Reich ans Herz!“ Er antwortete: „Ich habe zwei Söhne für dieses Reich verloren.“

Ich habe später die Frage oft erörtert und mir immer wieder selbst vorgelegt, ob ich die Monarchie hätte retten können, wenn ich am 9. November die Reichsverweserschaft angenommen hätte. Ich habe immer mein unmittelbares Gefühl bestätigt gefunden: Diesen Weg hätte ich gehen können, wenn ich vom Kaiser zu seinem Stellvertreter ernannt worden wäre. Bei der Durchführung eines Staatsstreiches wäre ich an meinem Gewissen gescheitert.

*) Während der Drucklegung kommt mir ein Entwurf wieder vor Augen, den Unterstaatssekretär Lewald vom Reichsamt des Innern am 31. Oktober 1918 für die Ausrufung einer Stellvertretung aufgesetzt hatte: „Nachdem ich zu der Ueberzeugung gelangt bin, daß Meine Person ein Hindernis für das deutsche Volk zur Erlangung eines Friedens bildet, der seinen staatlichen Bestand und seine Zukunft nach so unerhörten heldenhaften Opfern und Leiden sicherstellt, habe ich mich entschlossen, von der Regierung zurückzutreten. Bis zur Regelung Meiner Nachfolge und einer etwaigen Regentschaft habe ich, da dieselben Hindernisse in der Person Meines ältesten Sohnes, Seiner kaiserlichen und königlichen Hoheit des Kronprinzen des Deutschen Reiches und von Preußen vorliegen, Meinen zweiten Sohn, Seine königliche Hoheit den Prinzen Eitel Friedrich von Preußen mit Meiner Stellvertretung in der Führung der Regierungsgeschäfte beauftragt.“

**) Ich habe später erfahren, daß Scheidemann den Ausruf: „Es lebe die Republik“ zunächst nur als ein grundsätzliches Bekenntnis zu seiner Parteidoctrin gemeint hat, ohne die Absicht, den unmittelbaren Gang der Ereignisse zu beeinflussen.

Vorwärts (Berlin)

Nr. 176

Die letzten Tage des Kaiserreichs.

Anmerkungen zu den Erinnerungen des Prinzen Max von Baden.

7. Den Beitrag des letzten Kriegskanzlers zur Geschichte des Zusammenbruchs haben wir bereits ausführlich erwähnt. Heute nimmt Genosse Philipp Scheidemann, der Staatssekretär im Kabinett des Prinzen Max war, das Wort zu kritischen Anmerkungen und einigen Richtigstellungen:

Die Darstellung, die Prinz Max vom Verlaufe des 9. November 1918 gibt, bedarf der Berichtigung. Er erzählt u. a., daß er um die zwölfte Stunde des 9. November die Führer der Sozialdemokratie, in deren Namen Ebert ihm die Forderungen der Arbeiterschaft vortrug, empfangen habe:

„Ich zog mich mit den anwesenden Staatssekretären und Graf Bernstorff zurück, um die endgültige Antwort zu beraten, die Herr Ebert erhalten sollte. Als ich meinen Entschluß mitteilte, Herrn Ebert das Amt des Reichskanzlers zu übertragen, erfolgte von seiner Seite Einspruch. Da trat der Kriegsminister General Scheuch ein. Er war im Vorzimmer durch telephonische Erkundigungen des Hauptquartiers aufgehalten worden. Wir besprachen sofort die Machtverhältnisse in Berlin. Scheidemann muß in diesem Stadium heringerufen worden sein, da Scheuch sich genau seiner Anwesenheit erinnert. Die Nachrichten, die von den verschiedenen Regimenten vorlagen, wurden von neuem aufgezehrt.“

Prinz Max und General Scheuch, die ich beide als aufrichtige Männer kennen und schätzen gelernt habe, befinden sich sicher in einem Irrtum. Um 9 Uhr in der Frühe hatte ich am 9. November nach mehrmaligen telephonischen Unterredungen mit der Reichskanzlei meinen Austritt aus dem Kabinett schon schriftlich erklärt. (Siehe „Zusammenbruch“, Seite 208.) Um die Mittagszeit hatten die sozialdemokratischen Vertrauensleute Ebert, Braun, Brodat, Heller und ich mit dem Reichskanzler die Aussprache, in deren Verlauf er Ebert die Reichskanzlerschaft anbot. Vor dieser Aussprache habe ich an jenem Tage an irgend welchen Beratungen des Kabinetts oder der Staatssekretäre nicht teilgenommen. Ueber den Gebrauch der Waffen durch das Militär haben wir wiederholt verhandelt, und zwar zumeist in persönlichen Aussprachen. Ich habe stets den Standpunkt vertreten, daß das Militär von der Waffe nicht Gebrauch machen dürfe, weil das ein unabsehbares Blutvergießen geben müsse, das am Gange der Dinge nichts ändere. Daß die erdrückende Mehrheit des Volkes und der Soldaten nicht auf Seiten des Kaisers ständen, sei ganz klar. Prinz Max sagt übrigens auch in seinen Memoiren: „Scheidemann vertrat die Meinung, die neue Regierung brauche nicht geschützt zu werden.“ Aus dieser Bemerkung geht doch ganz einwandfrei hervor, daß die Unterredung, auf die Prinz Max unter Berufung auf General Scheuch hinweist, erst nach der Berufung Eberts stattgefunden haben kann.

In den Memoiren des letzten Kanzlers des letzten Kaisers wird dann noch erzählt:

„Ebert und die übrigen Mitglieder der Abordnung wurden heringerufen. Ich fragte ihn, ob er bereit sei, den Posten des Reichskanzlers anzunehmen. Der Staatssekretär des Auswärtigen richtete alsdann die Frage an ihn: „Sind Sie bereit, die Regierung innerhalb der Verfassung zu führen?“ Ebert bejahte. Solf fragte zum zweiten Male: „Auch innerhalb der monarchischen Verfassung?“ Eberts Antwort war: „Gestern hätte ich diese Frage

unbedingt bejaht, heute muß ich mich erst mit meinen Freunden beraten.“ Hierauf erklärte ich: „Nun müssen wir die Regimentsfrage lösen.“ Ebert antwortete: „Es ist zu spät!“ Hinter ihm wiederholte der Chor seiner Parteigenossen: „Zu spät, zu spät!“ Ich war noch immer ohne Entscheidung des Kaisers, hatte daher auch keine Autorisation, das zu tun, was der Augenblick erforderte. Eine schwere Lähmung für meine Entschlüsse! Ich durchlebe diese Stunden immer wieder aufs neue und sage mir: „Wie anders wäre die Freiheit meines Handelns gewesen, wenn ich auf das „Zu spät!“ der Sozialdemokraten hätte antworten können: „Der Kaiser hat einen Stellvertreter ernannt.“ Das war die einzige Lösung, die geeignet war, rasch eine vollendete Tatsache zu schaffen.“

Meine Erinnerungen an diese Aussprache sind anders. Auf die Frage des Prinzen an Ebert, ob er das Amt des Reichskanzlers annehmen wolle, wandte sich Ebert an Braun und mich mit der Frage, ob wir nicht erst die Partei fragen müßten. Darauf antworteten wir wie aus einem Munde, daß das in dieser Situation vollkommen überflüssig sei, er solle einfach annehmen! Niemand von uns hat damals gewußt, daß Ebert mit dem Prinzen Max vorher schon eine „geheimne“ Unterredung gehabt habe, in der er dem Prinzen schon die Zustimmung zur Uebernahme der Reichskanzlerschaft gegeben hätte. An die angeblichen Fragen Solf's an Ebert habe weder ich noch einer der anderen damaligen Delegierten die geringste Erinnerung. Ich habe auch keine Aufzeichnungen darüber. Offenbar befindet sich der Prinz hier in einem Irrtum. In dieser Situation und aus dem Munde Solf's wäre eine solche Frage ganz unverständlich gewesen. Uebrigens hatte gerade Solf im Kabinett nachdrücklich auf die Abdankung des Kaisers hingewirkt.

Prinz Max berichtet dann noch über eine Unterredung, die er mit Ebert hatte, als er sich am Abend des 9. November verabschieden wollte:

„Ebert sagte zu mir: „Ich bitte Sie dringend, zu bleiben.“ Ich fragte: „Zu welchem Zweck?“ Ebert: „Ich möchte, daß Sie als Reichsverweser bleiben.“

Diese Bitte war in den letzten Stunden von meinen früheren Mitarbeitern wiederholt an mich gerichtet worden. Ich erwiderte Herrn Ebert: „Ich weiß, daß Sie im Begriff sind, mit den Unabhängigen ein Abkommen zu treffen, und mit den Unabhängigen kann ich nicht zusammenarbeiten.“

Wenn der Prinz sagt, Ebert hätte ihn als Reichsverweser in Berlin halten wollen, so kann ich dem nicht widersprechen. Daß Ebert in manchen Fragen, z. B. auch zu der des Ultimatus der Partei in der Kaiserfrage, eine andere Stellung einnahm als seine Freunde, ist bekannt.

Nach der letzten Unterredung, die der Prinz mit Ebert unter vier Augen gehabt hat, ist übrigens der Prinz noch in Begleitung des Unterstaatssekretärs Wahnschaffe bei mir gewesen, um einen Geleithrief für seine Reise nach Baden zu erbitten. Selbstverständlich schrieb ich einen „Schutzbrief“ sofort, dann verabschiedeten wir uns mit den besten Wünschen für Volk und Vaterland.

Ueber mancherlei Vorgänge kurz vor und an dem 9. November 1918 hat auch Prinz Max noch nicht alles gesagt. Sein Buch darf trotz alledem als eines der interessantesten der neuzeitlichen Memoirenliteratur bezeichnet werden.

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. Main)

277.

Erinnerungen des Prinzen Max von Baden.

Der letzte Kanzler des deutschen Kaiserreiches, Prinz Max von Baden, veröffentlicht seine Erinnerungen über seinen Anteil an der deutschen Politik von jener Zeit, in welcher ein Erfolg des Weltkrieges für Deutschland nicht mehr zu erwarten war und es nur noch galt, einen Weg zur Beendigung des Krieges zu finden.* Er erklärt in dem Vorwort seiner Erinnerungen, er habe das Bedürfnis, der Öffentlichkeit Rechenschaft abzulegen, da ihm eine wesentliche Schuld an dem deutschen Zusammenbruch zugeschrieben werden sollte. Das Buch gibt weit über eine Rechenschaft hinaus einen vollständigen Überblick über die letzte Kriegsepoche und über die Ursachen des Zusammenbruchs.

Prinz Max, der sich schon sehr früh gegen jede Art von Annexionsplänen erklärt hatte, sah die einzige Möglichkeit einer Verständigung in der Entwicklung klarer Kriegsziele, und er erwartete namentlich von einer klaren Erklärung über Belgien, in welcher die belgische Unabhängigkeit und Integrität anerkannt worden wäre, eine günstige Einwirkung auf England und Belgien, aus der sich nach seiner Meinung eine stärkere Friedensbereitschaft dort ergeben hätte. In diesem Sinn hat er sich in Briefen und Denkschriften und in Unterhaltungen mit Parteiführern ausgesprochen und diese „politische Offensive“, wie er es nannte, im Gegensatz zu Friedensangeboten, die er für taktisch verfehlt hielt, vertreten. Zugleich war er von der Notwendigkeit innerer Reformen, namentlich einer Wahlrechtsreform, durchdrungen, um für ein Programm der nationalen Verteidigung die sicheren Voraussetzungen zu schaffen.

Der Kampf um das Waffenstillstandsangebot.

Diese Stellungnahme, die in den parlamentarischen Kreisen bekannt war, führte dahin, daß an ihn nach dem Rücktritt des Freiherrn v. Hertling die Aufforderung erging, die Führung der Regierungsgeschäfte zu übernehmen. Beim Abschied von seiner Schwester hatte er erklärt: „Ihr könnt von mir alles eher erwarten als ein Friedensangebot.“ Aber in Berlin empfing ihn sogleich die Schreckenskunde, daß die Oberste Heeresleitung ein sofortiges Waffenstillstandsangebot an die Feinde verlange. Oberst v. Haefen machte ihm am 1. Oktober 1918 im Auftrage der Heeresleitung davon Mitteilung, daß wegen der verschlechterten militärischen Lage in Spa am 29. September der Entschluß gefaßt worden sei, sich wegen eines Waffenstillstands an den Präsidenten Wilson zu wenden und seine vierzehn Punkte anzunehmen. Um diese Forderung, der sich Prinz Max wie die anderen Regierungsmitglieder bekenntlich entschieden widersetzt haben, ist es zu sehr lebhaften Auseinandersetzungen gekommen, über deren einzelne Phasen in den Erinnerungen auf das genaueste berichtet wird. Es wird darin aufs neue bestätigt, daß nur auf die bestimmte und stets wiederholte Forderung der Heeresleitung schließlich die Herausgabe des Waffenstillstandsangebots zugestanden wurde, deren schlimme Wirkungen man vorausah. Vergeblich wurde versucht, die Entscheidung noch einige Zeit hinauszuschieben. Die Antwort war, man könne nicht warten, jede 24 Stunden könnten die Lage verschlechtern. Vergeblich erklärte Prinz Max dem Oberst v. Haefen, daß ein Waffenstillstandsangebot jede Friedenssaktion, wie er sie beabsichtige, unmöglich mache, weshalb er mindestens vierzehn Tage Zeit verlangen müsse, um innen- und außenpolitische Vorbereitungen zu treffen. Die Antwort war: „Die Armee braucht Ruhe, das Waffenstillstandsangebot muß beschleunigt heraus,“ und bei dieser Formel blieb es auch in allen weiteren Unterhaltungen. Bei einem nochmaligen Einwirkungsversuch auf Ludendorff schnitt dieser alle Gegengründe immer wieder mit den Worten ab: „Ich will meine Armee retten.“ Der Feldherr dachte, so bemerkt Prinz Max dazu, nur an seine totmüden, dahinschwindenden Truppen, und der Glaube beherrschte ihn, der Feind werde die erbetene Ruhepause gewähren, dann hoffte er wieder kämpfen zu können und das Schlimmste abzuwenden. Bei dieser Haltung blieb er trotz aller Warnung von den verschiedensten Seiten. Zu denen, welche unter allen Umständen von dieser Aktion abrieten, gehörte Max Warburg. Er

innerungen mitgeteilt wird, zu den unbedingten Gegnern des Waffenstillstandsangebots gehört. Recht charakteristisch ist die leichte Art, mit welcher der Kaiser in dieser schweren Lage die Dinge auffaßte. Prinz Max schildert den Kronrat in der Reichskanzlei:

Gegen 6 Uhr begann der Kronrat. Der Kaiser war anscheinend guter Stimmung, als er den Sitzungssaal betrat. Mit der Frage: „Was für eine Nervosität muß ich hier in Berlin finden?“ begrüßte er die Anwesenden. Als mir das Wort erteilt wurde, mußte ich, daß die Entscheidung für das Angebot fallen mußte, wenn es mir nicht sofort gelang, den Kaiser auf meine Seite zu ziehen. Ich begann daher mit der Erklärung: „Ich bin ein Gegner des Angebots.“ Seine Majestät unterbrach mich: „Die Oberste Heeresleitung hält es für nötig, und du bist nicht hierhergekommen, um der Obersten Heeresleitung Schwierigkeiten zu machen.“ Die ganze Besprechung trug nur formalen Charakter.

In der entscheidenden Sitzung des Kriegskabinetts vom 17. Oktober 1918 wurde dann u. a. die Frage erörtert, ob es möglich wäre, einen Verzweiflungskampf zu führen. Prinz Max von Baden schreibt darüber:

„Eins war mir klar: diesen Verzweiflungskampf durfte General Ludendorff nicht leiten. Ich hatte in dieser Sitzung das Vertrauen zum Menschen Ludendorff verloren. Er mußte der Situation rücksichtslos ins Auge sehen, auch ohne die Rücksicht auf das eigene Prestige. Nur eine heroische Ehrlichkeit konnte helfen. Ich habe Grund zu der Annahme, das Waffenstillstandsangebot wäre nie herausgekommen, wenn Ende September etwa Gallwitz, Loßberg oder Schulenburg nach Spa berufen worden wären. Heute hatte der General Ludendorff mit seiner Silbe das Waffenstillstandsangebot und seine katastrophalen Wirkungen in der Welt und in Deutschland erwähnt, dagegen die Waffenstillstandsbesprechungen in Berlin für die Ermütigung des Feindes und die Verschlechterung der Frontstimmung verantwortlich gemacht.“

So blieb es bei dem verhängnisvollen Entschluß, nachdem die Oberste Heeresleitung noch einige Tage später auf ihrer Forderung der sofortigen Herausgabe des Friedensangebotes bestehen geblieben war.

Der Sturz der Monarchie.

Die weiteren Dokumente ergänzen das Bild von der Schlussskatastrophe und zeigen in aller Deutlichkeit, wie der Sturz der Dynastie und der innere Zusammenbruch mit dem Verhalten des Kaisers eng zusammenhängt. Die Antworten Wilsons auf das Waffenstillstandsangebot hatten in den verschiedensten Kreisen den Eindruck erweckt, daß die Abdanfung des Kaisers unerlässlich sei, und es wurde von vielen Seiten angeregt, auf den Kaiser einzuwirken, daß er im Interesse des Deutschen Reiches freiwillig seine Abdankung aussprechen solle. Solche Meinungen wurden u. a. in Privatbriefen des Fürsten Ernst zu Hohenlohe-Schwanburg an den Reichskanzler und in Meldungen des preussischen Gesandten in München als Niederschlag wahrgenommener Stimmungen ausgesprochen. Der bayerische Vertreter, Graf Lerchenfeld, wies in einer Unterhaltung mit dem Kaiser auf diese Strömungen hin, erhielt aber die Antwort: „Ein Nachfolger Friedrichs des Großen dankt nicht ab.“ Weiteren Einwirkungen entzog sich der Kaiser durch seine plötzliche Abreise ins Hauptquartier, die er mit wichtigen Besprechungen in Spa zu begründen suchte. Im Hauptquartier war man aber ebenso überrascht wie in Berlin, und die Reise ist offenbar nur arrangiert worden, um ihn in der Abdankungsfrage den unmittelbaren Einwirkungen zu entziehen. Die Entwicklung ist aber dadurch nicht aufgehalten, sondern nur noch beschleunigt worden.

Die in Kiel ausgebrochene Revolution breitete sich über ganz Deutschland aus und führte zur Staatsumwälzung. Die Meuterei in Kiel hatte bekanntlich ihren Grund in einem geplanten Vorstoß der Flotte, der ohne vorheriges Einberufen mit der Regierung unternommen werden sollte. Prinz Max erklärt nochmals ausdrücklich, daß er die Wahrheit über Art und Umfang der damals geplanten Flottenaktion erst lange nach der Revolution erfahren habe. Ihm sei lediglich vorher einmal gesagt worden, daß der Hochseeflotte nach Einstellung des Uboot-Krieges die volle

Erinnerungen des Prinzen Max von Baden.

Der letzte Kanzler des deutschen Kaiserreiches, Prinz Max von Baden, veröffentlicht seine Erinnerungen über seinen Anteil an der deutschen Politik von jener Zeit, in welcher ein Erfolg des Weltkrieges für Deutschland nicht mehr zu erwarten war und es nur noch galt, einen Weg zur Beendigung des Krieges zu finden.* Er erklärt in dem Vorwort seiner Erinnerungen, er habe das Bedürfnis, der Öffentlichkeit Rechenschaft abzulegen, da ihm eine wesentliche Schuld an dem deutschen Zusammenbruch zugeschrieben werden sollte. Das Buch gibt weit über eine Rechenschaft hinaus einen vollständigen Überblick über die letzte Kriegsepoche und über die Ursachen des Zusammenbruchs.

Prinz Max, der sich schon sehr früh gegen jede Art von Annexionsplänen erklärt hatte, sah die einzige Möglichkeit einer Verständigung in der Entwicklung klarer Kriegsziele, und er erwartete namentlich von einer klaren Erklärung über Belgien, in welcher die belgische Unabhängigkeit und Integrität anerkannt worden wäre, eine günstige Einwirkung auf England und Belgien, aus der sich nach seiner Meinung eine stärkere Friedensbereitschaft dort ergeben hätte. In diesem Sinn hat er sich in Briefen und Denkschriften und in Unterhaltungen mit Parteiführern ausgesprochen und diese „politische Offensive“, wie er es nannte, im Gegensatz zu Friedensangeboten, die er für taktisch verfehlt hielt, vertreten. Zugleich war er von der Notwendigkeit innerer Reformen, namentlich einer Wahlrechtsreform, durchdrungen, um für ein Programm der nationalen Verteidigung die sicheren Voraussetzungen zu schaffen.

Der Kampf um das Waffenstillstandsangebot.

Diese Stellungnahme, die in den parlamentarischen Kreisen bekannt war, führte dahin, daß an ihn nach dem Rücktritt des Freiherrn v. Hertling die Aufforderung erging, die Führung der Regierungsgeschäfte zu übernehmen. Beim Abschied von seiner Schwester hatte er erklärt: „Ihr könnt von mir alles eher erwarten als ein Friedensangebot.“ Aber in Berlin empfing ihn sogleich die Schreckenskunde, daß die Oberste Heeresleitung ein sofortiges Waffenstillstandsangebot an die Feinde verlange. Oberst v. Haefen machte ihm am 1. Oktober 1918 im Auftrage der Heeresleitung davon Mitteilung, daß wegen der verschlechterten militärischen Lage in Spa am 29. September der Entschluß gefaßt worden sei, sich wegen eines Waffenstillstands an den Präsidenten Wilson zu wenden und seine vierzehn Punkte anzunehmen. Um diese Forderung, der sich Prinz Max wie die anderen Regierungsmitglieder beifällig entschieden widersetzen haben, ist es zu sehr lebhaften Auseinandersetzungen gekommen, über deren einzelne Phasen in den Erinnerungen auf das genaueste berichtet wird. Es wird darin aufs neue bestätigt, daß nur auf die bestimmte und stets wiederholte Forderung der Heeresleitung schließlich die Herausgabe des Waffenstillstandsangebots zugestanden wurde, deren schlimme Wirkungen man vorausahnte. Vergeblich wurde versucht, die Entscheidung noch einige Zeit hinauszuschieben. Die Antwort war, man könne nicht warten, jede 24 Stunden könnten die Lage verschlechtern. Vergeblich erklärte Prinz Max dem Oberst v. Haefen, daß ein Waffenstillstandsangebot jede Friedensaktion, wie er sie beabsichtige, unmöglich mache, weshalb er mindestens vierzehn Tage Zeit verlangen müsse, um innen- und außenpolitische Vorbereitungen zu treffen. Die Antwort war: „Die Armee braucht Ruhe, das Waffenstillstandsangebot muß beschleunigt heraus.“ und bei dieser Formel blieb es auch in allen weiteren Unterhaltungen. Bei einem nochmaligen Einwirkungsversuch auf Ludendorff schnitt dieser alle Gegengründe immer wieder mit den Worten ab: „Ich will meine Armee retten.“ Der Feldherr dachte, so bemerkt Prinz Max dazu, nur an seine totnübigen, dahinschwindenden Truppen, und der Glaube beherrschte ihn, der Feind werde die erbetene Ruhepause gewähren, dann hoffte er wieder kämpfen zu können und das Schlimmste abzuwenden. Bei dieser Haltung blieb er trotz aller Warnung von den verschiedensten Seiten. Zu denen, welche unter allen Umständen von dieser Aktion abrieten, gehörte Max Warburg. Er war, so erzählt Prinz Max, überzeugt, daß wir verloren wären, wenn wir diesen Weg gingen. Wenn die Militärs die Lage so ansehen, dann lassen Sie sie selbst mit der weißen Fahne herübergehen.“ Prinz Max sollte sich nicht mißbrauchen lassen, es komme der Tag, wo man ihm die Verantwortung zuschieben würde. Auch Rathenau hat, wie in den Er-

innerungen mitgeteilt wird, zu den unbedingten Gegnern des Waffenstillstandsangebots gehört. Recht charakteristisch ist die leichte Art, mit welcher der Kaiser in dieser schweren Lage die Dinge aufsaßte. Prinz Max schildert den Kronrat in der Reichskanzlei:

Gegen 6 Uhr begann der Kronrat. Der Kaiser war anscheinend guter Stimmung, als er den Sitzungssaal betrat. Mit der Frage: „Was für eine Verbosheit muß ich hier in Berlin finden?“ begrüßte er die Anwesenden. Als mir das Wort erteilt wurde, mußte ich, daß die Entscheidung für das Angebot fallen mußte, wenn es mir nicht sofort gelang, den Kaiser auf meine Seite zu ziehen. Ich begann daher mit der Erklärung: „Ich bin ein Gegner des Angebots.“ Seine Majestät unterbrach mich: „Die Oberste Heeresleitung hält es für nötig, und du bist nicht hierhergekommen, um der Obersten Heeresleitung Schwierigkeiten zu machen.“ Die ganze Besprechung trug nur formalen Charakter.

In der entscheidenden Sitzung des Kriegskabinetts vom 17. Oktober 1918 wurde dann u. a. die Frage erörtert, ob es möglich wäre, einen Verzweigungskampf zu führen. Prinz Max von Baden schreibt darüber:

„Eins war mir klar: diesen Verzweigungskampf durfte General Ludendorff nicht leiten. Ich hatte in dieser Sitzung das Vertrauen zum Menschen Ludendorff verloren. Er mußte der Situation rücksichtslos ins Auge sehen, auch ohne jede Rücksicht auf das eigene Prestige. Nur eine heroische Ehrlichkeit konnte helfen. Ich habe Grund zu der Annahme, das Waffenstillstandsangebot wäre nie herausgekommen, wenn Ende September etwa Gallwitz, Loßberg oder Schulenburg nach Spa berufen worden wären. Heute hatte der General Ludendorff mit seiner Hilfe das Waffenstillstandsangebot und seine katastrophalen Wirkungen in der Welt und in Deutschland erwähnt, dagegen die Waffenstillstandsbesprechungen in Berlin für die Ermütigung des Feindes und die Verschlechterung der Frontstimmung verantwortlich gemacht.“

So blieb es bei dem verhängnisvollen Entschluß, nachdem die Oberste Heeresleitung noch einige Tage später auf ihrer Forderung der sofortigen Herausgabe des Friedensangebotes bestehen geblieben war.

Der Sturz der Monarchie.

Die weiteren Dokumente ergänzen das Bild von der Schlussskatastrophe und zeigen in aller Deutlichkeit, wie der Sturz der Dynastie und der innere Zusammenbruch mit dem Verhalten des Kaisers eng zusammenhängt. Die Antworten Wilsons auf das Waffenstillstandsangebot hatten in den verschiedensten Kreisen den Eindruck erweckt, daß die Abdankung des Kaisers unerlässlich sei, und es wurde von vielen Seiten angeregt, auf den Kaiser einzuwirken, daß er im Interesse des Deutschen Reiches freiwillig seine Abdankung aussprechen solle. Solche Meinungen wurden u. a. in Privatbriefen des Fürsten Ernst zu Hohenlohe-Langenburg an den Reichskanzler und in Meldungen des preussischen Gesandten in München als Niederschlag wahrgenommener Stimmungen ausgesprochen. Der bairische Vertreter, Graf Lerchenfeld, wies in einer Unterhaltung mit dem Kaiser auf diese Strömungen hin, erhielt aber die Antwort: „Ein Nachfolger Friedrichs des Großen dankt nicht ab.“ Weiteren Einwirkungen entzog sich der Kaiser durch seine plötzliche Abreise ins Hauptquartier, die er mit wichtigen Besprechungen in Spa zu begründen suchte. Im Hauptquartier war man aber ebenso überrascht wie in Berlin, und die Reise ist offenbar nur arrangiert worden, um ihn in der Abdankungsfrage den unmittelbaren Einwirkungen zu entziehen. Die Entwicklung ist aber dadurch nicht aufgehalten, sondern nur noch beschleunigt worden.

Die in Kiel ausgebrochene Revolution breitete sich über ganz Deutschland aus und führte zur Staatsumwälzung. Die Meuterei in Kiel hatte bekanntlich ihren Grund in einem geplanten Vorstoß der Flotte, der ohne vorheriges Einvernehmen mit der Regierung unternommen werden sollte. Prinz Max erklärt nochmals ausdrücklich, daß er die Wahrheit über Art und Umfang der damals geplanten Flottenaktion erst lange nach der Revolution erfahren habe. Ihm sei lediglich vorher einmal gesagt worden, daß der Hochseeflotte nach Einstellung des Abwehrkrieges die volle Freiheit des Handelns zurückgegeben werden solle. Diese Eigenmächtigkeit der Marineleitung hat dann den unmittelbaren Anstoß zu der Revolution gegeben.

Prinz Max hat noch bis zuletzt gehofft, durch freiwillige Abdankung des Kaisers die Revolution beschwören und die Monarchie erhalten zu können. Er beruft sich dafür auf Zusicherungen sozialdemokratischer Führer, die Bewegung in den Arbeiterkreisen noch so lange wie möglich aufzuhalten, aber alle Bemühungen beim Kaiser waren erfolglos, der nach Spa

*) Prinz Max von Baden, Erinnerungen und Dokumente, Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart, Berlin, Leipzig.

monarch

entsandte Minister Drews wurde ungnädig heimgeschied. Erst am 9. November, als die Oberste Seeresleitung dem Kaiser gemeldet hatte, daß die bewaffneten Streitkräfte im Falle eines Bürgerkrieges nicht hinter dem Kaiser stehen würden, fand ein Einlenken statt, und eine telephonische Meldung an den Reichskanzler ging dahin, der Kaiser habe sich zur Abdankung entschlossen, in einer halben Stunde werde die Formulierung kommen. Da jeden Augenblick die Absetzung des Kaisers von der Straße proklamiert werden konnte, entschloß sich Prinz Max, die bekannte Erklärung zu veröffentlichen, welche die Abdankung des Kaisers, den Thronverzicht des Kronprinzen und die bevorstehende Einsetzung einer Regentschaft mitteilte. Diese Ankündigung kam aber schon zu spät, die Bewegung war nicht mehr aufzuhalten. Sie wurde durch die nachfolgende wirkliche Entschließung des Kaisers auch ihres Hauptwertes beraubt, weil der Kaiser sich nur bereit erklärte, als Deutscher Kaiser abzutreten, aber nicht als König von Preußen. Diese Lösung war unter keinen Umständen haltbar und hätte erst recht revolutionierend gewirkt. Aber die Abdankungserklärung hätte jetzt in keinem Falle mehr die Entwicklung beeinflussen können. Die Ausrufung der Republik war nur die Feststellung einer in Wirklichkeit schon vollzogenen Tatsache.

Prinz Max erzählt zum Schluß über seinen Abschied von Ebert:

Zwischen 5 und 6 Uhr ging ich zu Ebert, um Abschied von ihm zu nehmen.

Ebert sagte zu mir: „Ich bitte Sie dringend zu bleiben.“

Ich fragte: „Zu welchem Zweck?“

Ebert: „Ich möchte, daß Sie als Reichsverweser bleiben.“

Diese Bitte war in den letzten Stunden von meinen früheren Mitarbeitern wiederholt an mich gerichtet worden. Ich erwiderte Herrn Ebert: „Ich weiß, daß Sie im Begriff sind, mit den Unabhängigen ein Abkommen zu treffen, und mit den Unabhängigen kann ich nicht zusammenarbeiten.“

An der Tür wandte ich mich noch einmal zurück:

„Herr Ebert: ich lege Ihnen das Deutsche Reich ans Herz.“

Er antwortete: „Ich habe zwei Söhne für dieses Reich verloren.“

„Ich habe später die Frage oft erörtert und mir immer wieder selbst vorgelegt,“ so bemerkt Prinz Max hierzu, „ob ich die Monarchie hätte retten können, wenn ich am 9. November die Reichsverweserschaft angenommen hätte. Ich habe immer mein unmittelbares Gefühl bestätigt gefunden: Diesen Weg hätte ich gehen können, wenn ich vom Kaiser zu seinem Stellvertreter ernannt worden wäre. Bei der Durchführung eines Staatsstreichs wäre ich an meinem Gewissen gescheitert.“

Aus den Erinnerungen des Prinzen Max von Baden Der Thronverzicht des Kaisers und Kronprinzen

Wir geben aus den Erinnerungen des Prinzen Max von Baden einige weitere Bruchstücke wieder, die zur Beurteilung der politischen Vorgänge am 8. und 9. November 1918 von Wichtigkeit sind. Am 8. November in der achten Abendstunde hatte Prinz Max von Baden dem Kaiser nach Spa telephonisch von der Ausbreitung der revolutionären Bewegung im ganzen Reiche Mitteilung gemacht und die Abdankung gefordert, unter Hinweis auf die noch bestehenden zwei Möglichkeiten:

1. Abdankung, Ernennung eines Stellvertreters und Einberufung einer Nationalversammlung;
2. Abdankung, Thronverzicht des Kronprinzen und Regentschaft für den Enkel.

Der Kaiser aber bekundete den festen Entschluß, nicht nachzugeben. Er wollte an der Spitze des Heeres die Ordnung in der Heimat wieder herstellen. Die Vorschläge des Reichskanzlers wies er „entriistet und beftig“ zurück. Prinz Max bat darauf den Kaiser, ihn sofort zu entlassen, da er sein Vertrauen nicht mehr besitze. Der Kaiser lehnte ab mit der Begründung: „Du hast das Waffenstillstandsangebot hinausgegeben, Du mußt auch die Bedingungen entgegennehmen.“ Darauf erklärte sich Prinz Max bereit, noch bis zur Unterzeichnung des Waffenstillstandes zu bleiben. Diesem Telefongespräch sandte Prinz Max noch am gleichen Abend eine Depesche nach, deren Punkt 4 lautete:

„Das Kabinett, dessen Mitglieder bis gestern in der Mehrzahl gegen die Thronentsagung Euer Majestät waren, hält heute ganz überwiegend diesen Schritt für das einzige Mittel, um Deutschland vor blutigem Bürgerkrieg zu bewahren.“

Ueber die Ergebnislosigkeit dieser Versuche berichtet Prinz Max weiter:

Als Wahnschaffe Grünau spät abends bat, Seine Majestät sogleich von dem Inhalt meiner Depesche zu verständigen, lehnte Grünau ab. Es würde völlig zwecklos sein, jetzt noch den Kaiser zu stören, der sich schon zur Ruhe begeben habe. Telephonisch oder durch Mittelsperson könne die weittragende Entscheidung nicht herbeigeführt werden. Grünau drängte auf

Entsendung verantwortlicher Persönlichkeiten.

Ich griff diesen Vorschlag auf und rief Solf und Waldow herbei. Solf war bereit zu reisen, und zwar noch heute Nacht. Waldow wollte die Mission nicht übernehmen. Scheidemann ermutigte uns, die Reise der Herren ins Wert zu setzen, Ebert aber schien seiner Sache unbedingt sicher zu sein, als er sagte:

„Die Abordnung wird in Spa erst eintreffen, nachdem die Würfel schon gefallen sind. Die Entscheidung des Kaisers könne nur wirken, wenn sie bis morgen früh um 9 Uhr da wäre, das sei der allerspätste Termin.“

Noch deutlicher hatte er sich am selben Abend einem hohen Beamten gegenüber ausgesprochen, den er in der Wilhelmstraße traf:

Der Parteivorstand hat die Parole ausgegeben: Wenn morgen früh in den Zeitungen die Abdankung steht, dann sollten die Arbeiter in den Betrieben bleiben und weiterarbeiten. Anderenfalls sollten sie auf die Straße gehen und auf den verabredeten Plätzen große Demonstrationen veranstalten.

Eberts Auskunft ist noch in der Nacht telephonisch nach Spa mitgeteilt worden. Die Reise der Minister unterblieb. (Staatssekretär Solf sandte ein Telegramm an den Kaiser, in dem er sagte: „Eine Einflussnahme auf die Sozialisten zur Zurücknahme ihres Entschlusses ist vergeblich versucht und schlechterdings unmöglich.“

Die Mehrheit der Sozialisten können und

Schließlich legte sich das

drückende Gefühl der Ohnmacht

über uns: wir können jetzt nur dem Unheil freien Lauf lassen. Da wurde ich, kurz ehe ich mich zurückzog, zu einem Unternehmen gedrängt, das vielleicht doch noch das Schicksal meistern würde. Ich schreckte zurück — habe mich aber seitdem oft gefragt, ob ich recht daran tat, mich zu versagen. Der Reichskanzler sollte noch heute nacht die Mitteilung an die Presse geben: „Ich habe mich von der Notwendigkeit der Abdankung überzeugt — habe sie gefordert und werde sie durchsetzen. Bis zum Waffenstillstand muß das Volk Geduld haben.“ Das Volk, so sagte man mir, verlange nach einer Führertat. Durch eine solche Ankündigung würde ich gleichzeitig die Entscheidung des Kaisers erzwingen und die Arbeiter und Soldaten im Zaum halten. Mit einem Aufschub von 24 Stunden sei alles gewonnen. Es war deutlich! Hier wurde mir

ein Staatsstreich angedonnen

— ich antwortete, daß ich nichts gegen den Kaiser unternehmen würde.

★

In einem „Nachwort zum 9. November“ versucht Prinz Max von Baden den Widerspruch aufzuklären, der über das Telefongespräch Wahnschaffe-Grünau vom 9. November mittags besteht. In welcher Form ist in diesem Gespräch der Abdankungsentschluß des Kaisers von Spa nach Berlin übermittelt worden?

Der Kaiser hatte sich am Vormittag entschlossen, als deutscher Kaiser abzutreten, aber König von Preußen zu bleiben und sein Heer nicht zu verlassen. Er gab dem Staatssekretär v. Hinz den Auftrag, dies dem Reichskanzler zu telephonieren. Da griff Graf Schulenburg, der Generalstabschef des Kronprinzen, ein, indem er forderte, daß diese wichtige Entscheidung zunächst schriftlich festgelegt werden müsse. Prinz Max stellt fest, daß es nicht nur bei dieser Unterlassung blieb, sondern daß tatsächlich eine Mitteilung an die Reichskanzlei zustande kam, die unabsehlich auf

eine Irreführung

hinauslief.“ Er schreibt:

„Graf Schulenburg selbst berichtet darüber: „Seine Majestät beauftragte darauf Excellenz v. Hinz, die Generale v. Blossen und Marschall und mich, die Erklärung aufzugeben. Während wir damit beschäftigt waren, klingelte der Chef der Reichskanzlei, Excellenz Wahnschaffe, an, den ich persönlich sprach und ihm auf seine Forderung, daß sie die Abdankungserklärung in den nächsten Minuten in Berlin haben mußten, erwiderte: Eine so wichtige Entscheidung wie die Abdankung des Kaisers könnte nicht in wenigen Minuten gefaßt werden.“

Seine Majestät hätte seinen Entschluß gefaßt, er würde schriftlich im Augenblick formuliert,

und die Reichsregierung müsse sich gedulden, bis diese Erklärung in einer halben Stunde in ihren Händen sein würde.“

Ich halte es heute für sicher, daß diese Mitteilung identisch mit der Meldung ist, die in der Reichskanzlei folgendermaßen aufgenommen wurde:

„Der Kaiser habe sich zur Abdankung entschlossen: Wir würden in einer halben Stunde die Formulierung erhalten.“

Selbst wenn die Telephonmeldung genau den Wortlaut gehabt hat, den Graf Schulenburg angibt, so konnte die Reichsregierung sie nicht anders verstehen als dahin, daß der Kaiser den

Entschluß zur vorbehaltlosen Abdankung

gefaßt hatte und nur die Form noch gesucht wurde.“

Zum Schluß wiederholt Prinz Max, daß von einer Abdankung nur als Kaiser und nicht als König von Preußen in den Telefongesprächen vom 9. November bis 2 Uhr nachmittags mit

Aus den Erinnerungen des Prinzen Max von Baden

Der Thronverzicht des Kaisers und Kronprinzen

Wir geben aus den Erinnerungen des Prinzen Max von Baden einige weitere Bruchstücke wieder, die zur Beurteilung der politischen Vorgänge am 8. und 9. November 1918 von Wichtigkeit sind. Am 8. November in der achten Abendstunde hatte Prinz Max von Baden dem Kaiser nach Spa telephonisch von der Ausbreitung der revolutionären Bewegung im ganzen Reiche Mitteilung gemacht und die Abdankung gefordert, unter Hinweis auf die noch bestehenden zwei Möglichkeiten:

1. Abdankung, Ernennung eines Stellvertreters und Einberufung einer Nationalversammlung;

2. Abdankung, Thronverzicht des Kronprinzen und Regentschaft für den Enkel.

Der Kaiser aber befandete den festen Entschluß, nicht nachzugeben. Er wollte an der Spitze des Heeres die Ordnung in der Heimat wieder herstellen. Die Vorschläge des Reichskanzlers wies er „entristet und heftig“ zurück. Prinz Max bat darauf den Kaiser, ihn sofort zu entlassen, da er sein Vertrauen nicht mehr besitze. Der Kaiser lehnte ab mit der Begründung: „Du hast das Waffenstillstandsangebot hinausgegeben, Du mußt auch die Bedingungen entgegennehmen.“ Darauf erklärte sich Prinz Max bereit, noch bis zur Unterzeichnung des Waffenstillstandes zu bleiben. Diesem Telefongespräch sandte Prinz Max noch am gleichen Abend eine Depesche nach, deren Punkt 4 lautete:

„Das Kabinett, dessen Mitglieder bis gestern in der Mehrzahl gegen die Thronentsagung Eurer Majestät waren, hält heute ganz überwiegend diesen Schritt für das einzige Mittel, um Deutschland vor blutigem Bürgerkrieg zu bewahren.“

Ueber die Ergebnislosigkeit dieser Versuche berichtet Prinz Max weiter:

Als Wahnschaffe Grünau spät abends bat, Seine Majestät sogleich von dem Inhalt meiner Depesche zu verständigen, lehnte Grünau ab. Es würde völlig zwecklos sein, jetzt noch den Kaiser zu stören, der sich schon zur Ruhe begeben habe. Telephonisch oder durch Mittelsperson könne die weittragende Entscheidung nicht herbeigeführt werden. Grünau drängte auf

Entsendung verantwortlicher Persönlichkeiten.

Ich griff diesen Vorschlag auf und rief Solz und Waldow herbei. Solz war bereit zu reisen, und zwar noch heute Nacht. Waldow wollte die Mission nicht übernehmen. Scheidemann ermutigte uns, die Reise der Herren ins Wert zu setzen, Ebert aber schien seiner Sache unbedingt sicher zu sein, als er sagte:

„Die Abordnung wird in Spa erst eintreffen, nachdem die Würfel schon gefallen sind. Die Entscheidung des Kaisers könne nur wirken, wenn sie bis morgen früh um 9 Uhr da wäre, das sei der aller späteste Termin.“

Noch deutlicher hatte er sich am selben Abend einem hohen Beamten gegenüber ausgesprochen, den er in der Wilhelmstraße traf:

Der Parteivorstand hat die Parole ausgegeben: Wenn morgen früh in den Zeitungen die Abdankung steht, dann sollten die Arbeiter in den Betrieben bleiben und weiterarbeiten. Anderenfalls sollten sie auf die Straße gehen und auf den verabredeten Plätzen große Demonstrationen veranstalten.

Eberts Auskunft ist noch in der Nacht telephonisch nach Spa mitgeteilt worden. Die Reise der Minister unterblieb. (Staatssekretär Solz sandte ein Telegramm an den Kaiser, in dem er sagte: „Eine Einflussnahme auf die Sozialisten zur Zurücknahme ihres Entschlusses ist vergeblich versucht und schlechterdings unmöglich.“)

Die Mehrheit der Sozialisten können und wollen den Unabhängigen und der Spartakusgruppe die Alleinherrschaft über die Massen nicht lassen. Von Eurer Majestät sofortigem Entschluß hängt es einzig und allein ab, ob der Bürgerkrieg zu vermeiden ist.

Ich bitte daher Eure Majestät in aller Ehrfurcht, durch das höchste Opfer dem Reich den Frieden zu bringen, der allein es retten kann.“

„Schließlich legte sich das

drückende Gefühl der Ohnmacht

über uns: wir können jetzt nur dem Unheil freien Lauf lassen. Da wurde ich, kurz ehe ich mich zurückzog, zu einem Unternehmen gedrängt, das vielleicht doch noch das Schicksal meistern würde. Ich schreckte zurück — habe mich aber seitdem oft gefragt, ob ich recht daran tat, mich zu versagen. Der Reichskanzler sollte noch heute nach die Mitteilung an die Presse geben: „Ich habe mich von der Notwendigkeit der Abdankung überzeugt — habe sie gefordert und werde sie durchsetzen. Bis zum Waffenstillstand muß das Volk Geduld haben.“ Das Volk, so sagte man mir, verlange nach einer Führertat. Durch eine solche Ankündigung würde ich gleichzeitig die Entscheidung des Kaisers erzwingen und die Arbeiter und Soldaten im Zaum halten. Mit einem Aufschub von 24 Stunden sei alles gewonnen. Es war deutlich! Hier wurde mir

ein Staatsstreich angekonnen

— ich antwortete, daß ich nichts gegen den Kaiser unternehmen würde.

★

In einem „Nachwort zum 9. November“ versucht Prinz Max von Baden den Widerspruch aufzuklären, der über das Telefongespräch Wahnschaffe-Grünau vom 9. November mittags besteht. In welcher Form ist in diesem Gespräch der Abdankungsentschluß des Kaisers von Spa nach Berlin übermittelt worden?

Der Kaiser hatte sich am Vormittag entschlossen, als deutscher Kaiser abzutreten, aber König von Preußen zu bleiben und sein Heer nicht zu verlassen. Er gab dem Staatssekretär v. Pinke den Auftrag, dies dem Reichskanzler zu telephonieren. Da griff Graf Schulenburg, der Generalstabschef des Kronprinzen, ein, indem er forderte, daß diese wichtige Entscheidung zunächst schriftlich festgelegt werden müsse. Prinz Max stellt fest, daß es nicht nur bei dieser Unterlassung blieb, sondern daß tatsächlich eine Mitteilung an die Reichskanzlei zustande kam, die unabhängig auf

eine Irreführung

hinauslief.“ Er schreibt:

„Graf Schulenburg selbst berichtet darüber: „Seine Majestät beauftragte darauf Erzellenz v. Pinke, die Generale v. Pflessen und Warshaw und mich, die Erklärungen aufzulegen. Während wir damit beschäftigt waren, klingelte der Chef der Reichskanzlei, Erzellenz Wahnschaffe, an, den ich persönlich sprach und ihm auf seine Forderung, daß sie die Abdankungserklärung in den nächsten Minuten in Berlin haben müßten, erwiderte: Eine so wichtige Entscheidung wie die Abdankung des Kaisers könnte nicht in wenigen Minuten gefaßt werden.“

Seine Majestät hätte seinen Entschluß gefaßt, er würde schriftlich im Augenblick formuliert,

und die Reichsregierung müsse sich gedulden, bis diese Erklärung in einer halben Stunde in ihren Händen sein würde.“

Ich halte es heute für sicher, daß diese Mitteilung identisch mit der Meldung ist, die in der Reichskanzlei folgendermaßen aufgenommen wurde:

„Der Kaiser habe sich zur Abdankung entschlossen: Wir würden in einer halben Stunde die Formulierung erhalten.“

Selbst wenn die Telephonmeldung genau den Wortlaut gehabt hat, den Graf Schulenburg angibt, so konnte die Reichsregierung sie nicht anders verstehen als dahin, daß der Kaiser den

Entschluß zur vorbehaltlosen Abdankung

gefaßt hatte und nur die Form noch gesucht wurde.“

Zum Schluß wiederholt Prinz Max, daß von einer Abdankung nur als Kaiser und nicht als König von Preußen in den Telefongesprächen vom 9. November bis 2 Uhr nachmittags mit keiner Silbe die Rede gewesen sei.

★

Dem Prinzen Max ist oft der Vorwurf gemacht worden, daß er in der Veröffentlichung vom 9. November den Thronverzicht des Kronprinzen als selbstverständlich vorausgesetzt habe. Prinz Max schreibt zu dieser Frage:

000-100-28881

„Wer noch die allergeringste Hoffnung hatte, den Thron für die Hohenzollern zu retten, konnte nicht anders handeln. Am 9. November war eine Orientierung des Kronprinzen nicht mehr möglich. Aber ich habe es immer als schwere Versäumnis empfunden, daß ich nicht vom 25. Oktober ab eine Gelegenheit herbeigeführt habe, um mit dem Kronprinzen die Frage seines Verzichtes zu erörtern. Die folgenden Erwägungen haben hindernd gewirkt:

1. Bis zu dem 9. November hatte der Kaiser stets aufs neue erklärt, daß die Abdankung für ihn indiskutabel sei. Da war es schwer, die Frage des Thronverzichtes mit dem Kronprinzen zu erörtern.

2. In den letzten Oktober- und ersten Novembertagen tauchte eine Illusion auf, der auch ich vorübergehend Raum gab: der Kronprinz könnte das Volk mit seiner Thronfolge durch ein zur Veröffentlichung bestimmtes Schreiben versöhnen, darin er erklären würde, aus Uebereizung mit dem neuen Kurs gehen zu können. Auf Anregung der Reichskanzlei richtete in der Tat der Kronprinz einen dahingehenden Brief am 7. November an mich.

3. In den Tagen unmittelbar vor der Revolution trat für mich

der Plan einer Stellvertretung

des Kaisers in den Vordergrund: gerade auch aus dem Grunde, weil man auf diesem Wege zunächst den Thronverzicht des Kronprinzen für den Augenblick umgehen konnte.

Rückblickend muß man sagen, daß alle diese Gedankengänge bedeutungslos waren angesichts der Tatsache, daß der Kronprinz in den Augen des deutschen Volkes ein eher noch größeres Friedenshindernis war als der Kaiser. Das war der Erfolg der niederträchtigen Ententepropaganda und des Waffenstillstandsangebots, durch das wir Wilson als Retter und Richter aufgerufen und unser Volk seinen Lockrufen zugänglich gemacht hatten. Bei den Erörterungen über die Abdankung war fast ausschließlich von einer Abdankung des Kaisers zugunsten des Enkels die Rede. Bezeichnend ist auch, daß von den Gegnern der Abdankung als stärkstes Argument immer ins Treffen geführt wurde: „Wehe dem Volk, dessen König ein Kind ist.“

Der Prinz zitiert anschließend an diese Ausführungen einen Wochenschauartikel des Grafen Westarp vom 3. November 1918, in welchem gleichfalls gegen die Meinung der Demokraten, daß die Nachfolge des Kronprinzen untragbar sei, kein Protest eingelegt wird.

Weser-Zeitung (Bremen)

Nr. 204

Friedensmöglichkeiten während des Krieges?

Von

Prinz Max von Baden.

Der letzte Kanzler des Kaiserreiches, Prinz Max von Baden, gibt soeben unter dem Titel „Erinnerungen und Dokumente“ seine Kriegserinnerungen heraus (Verlag der Deutschen Verlagsanstalt in Stuttgart). Wir entnehmen dem Buch die nachfolgenden Ausführungen, nicht weil wir uns ohne weiteres mit ihnen identifizieren, sondern weil sie uns für die politische Einstellung des Verfassers besonders bezeichnend zu sein scheinen.

Die Schriftlgt.

Ich will es im Folgenden versuchen, den Glauben zu erschüttern: es gab keinen mittleren Weg zwischen Sieg und Niederlage. Ich habe mir die Frage sehr häufig wieder vorgelegt: haben wir, d. h. meine Gefinnungsgeossen und ich, bei der von uns angestrebten Politik auf frögetischen Voraussetzungen gebaut? Lehten Endes handelt es sich immer um die Streitfrage:

war das allein maßgebende England von Anfang an zu Deutschlands Vernichtung entschlossen?

Hätte England überhaupt in irgendeinen Frieden gewilligt, der nicht den deutlichen Stempel der deutschen Niederlage trug?

Von Anfang des Krieges an gab es Gruppen in England, welche von den Diplomaten forderten, an die Arbeit zu gehen. Sie gewannen jedoch erst Bedeutung, als die Gewerkschaften durch die russische Revolution in Bewegung gekommen waren, und gleichzeitig konservativ gerichtete Staatsmänner das Ende des Krieges herbeiführen wollten, um dem „roten Frieden“ zu entgehen und den Folgen, die er für die bestehende Gesellschaftsordnung haben würde. Lord Lansdowne, das muß man heute rückblickend sagen, wurde wohl vorwiegend von außenpolitischen Erwägungen bestimmt. Er sah bei der Fortsetzung des Krieges die Entwicklung voraus, die wirklich eingetreten ist: das finanzielle Übergewicht Amerikas, das militärische Übergewicht Frankreichs. Ihm bangte, daß eine entscheidende Niederlage Deutschlands die „Balance of Power“ zerstören würde. Mit dieser Sorge folgte er den Spuren der von ihm empfohlenen und betriebenen Staatskunst; hatte er doch als Staatssekretär des Aeußeren um der „Balance of Power“ willen als Führer der konservativen Opposition im August 1914 den sofortigen Eintritt Englands in den Krieg gefordert.

Die Philanthropen und Pazifisten haben während der vier Kriegsjahre mit guten Worten und guter Gefinnung die englische Friedensbewegung reichlich gespeist; deren Rückgrat aber war seit Anfang 1917 die allernüchternste Realpolitik. Ich muß jedoch zugeben, daß stets aufs neue während des Krieges

die Stimmen der gemäßigten Gruppen von der Kriegsleidenschaft verschlungen

wurden. Immer dann, wenn der Krieg oder seine eingebilbete Nähe England aus dem Gleichgewicht brachte, die Niederlage den Stolz des Landes verlebte, oder die Nachsicht nach Befriedigung verlangte — in allen solchen Situationen sah England rot. Diese nationale Verblendung, nicht Realpolitik, hat Lloyd George zur Macht getragen und an der Macht gehalten. In den Pausen der Wut und der Schlachten aber, wenn eine Kraftprobe gerade bestanden war oder der blutige Sommerfeldzug zu Ende ging und wiederum die erhoffte Entscheidung nicht gebracht hatte, oder wenn am Ende eines Winters eine neue Schlachtenreihe anheben sollte, und Zweifel sich hervormagten: Ist überhaupt eine militärische Entscheidung möglich; haben unsere Heerführer die genügende strategische Einsicht? — In solchen „psychologischen Augenblicken“ hätte die deutsche Regierung es in der Hand gehabt, die öffentliche Auseinandersetzung zwischen den Anhängern des Verständigungsfriedens und der Knock-out-Politik herbeizuführen.

Ich glaube allerdings heute, daß diese Auseinandersetzung wohl anders ausgegangen wäre, als wir uns damals vorgestellt. Wir hatten immer nur mit den Alternativen gerechnet: Sturz der Knock-out-Regierung oder Erschwerung des englischen Krieges dadurch, daß Lloyd George dessen Fortsetzung gegen eine starke Opposition erzwingt. Rückblickend glaube ich, daß ein dritter Ausgang wahrscheinlicher gewesen wäre, und möchte mir den Verlauf der Friedensstrifis etwa folgendermaßen vorstellen: nach der deutschen

Wenden!

Erklärung über Belgien hätten die Anhänger des Verständigungsfriedens den Beginn der Verhandlungen öffentlich verlangt. Die Gegenmaßnahme der Lloyd George'schen Regierung wäre der

Appell an das britische Ehrgefühl gewesen, Frankreich nicht in seiner nationalen Hoffnung zu enttäuschen.

Aber der Ruf nach Frieden hätte damit nicht zum Schweigen gebracht werden können. Die Replik war in Bereitschaft: „Es ist besser für Frankreich, auf dem Verhandlungswege seine Ansprüche in Elsaß-Lothringen, soweit sie gerecht sind, zu befriedigen, als neue Hunderttausende in den Tod zu schicken. Zum mindesten sollte dieser Versuch gemacht werden.“ Diese Parole wäre durchgedrungen, zumal sie auch in Frankreich Resonanz gefunden hätte, das sich im Jahre 1917 „einem Scheiterhaufen gleich“ selbst zu verzehren drohte. In dieser Situation hätte Lloyd George geschwenkt. Er war zu klug, um gegen die Gewerkschaften die Fortsetzung des Krieges um jeden Preis zu forcieren. Daß ich die Beweglichkeit und Erfindungskraft dieses Mannes unterschätzt habe, ist mir erst nach dem Kriege klar geworden, als Lloyd George blutige Gewaltpolitik in Irland sich festgerannt hatte und er plötzlich mit weißer Kühnheit das Steuer herumwarf und den englisch-irischen Frieden schloß. So glaube ich heute, daß er im gegebenen Augenblick auch aus der Knod-out-Politik herausgefunden und den Weg zu Verhandlungen eingeschlagen hätte. Diese Verhandlungen aber wären in einem wichtigen Punkt anders gelaufen, als wir damals vorausahnen. England fühlte sich gebunden, Frankreichs Ansprüche zu unterstützen, weniger durch Verträge, deren stillschweigende Voraussetzungen ja immer die günstige Kriegslage war, als durch die Waffenbrüderschaft. Wenn auch die Abtretung Elsaß-Lothringens für ein unbesiegttes Deutschland außer Frage stand, so hätte eine ernsthaftes Konzession von unserer Seite erfolgen müssen, sonst wären die Verhandlungen gescheitert. Der Gang der Ereignisse hätte wahrscheinlich auf Abtretung der rein französischen Teile Lothringens hingedrängt. So wäre vielleicht

die Rückgabe von Metz an Frankreich gegen große koloniale Kompensationen

das Opfer geworden, das Deutschland im Jahre 1917 oder Frühjahr 1918 für den Frieden Europas und die deutsch-französische Verständigung hätte bringen müssen. Wie auch der rechte Kompromiß im einzelnen ausgesehen hätte — keinesfalls glaube ich, daß die Verhandlungen zu Ende gegangen wären, ohne zu einem Ergebnis zu führen. Nicht nur die Heimat hätte die Unterhändler auf dem Weg des Verständigungsfriedens vorwärts getrieben, auch von der Armee wäre ein fühlbarer Druck ausgegangen. Gewiß, die Soldaten hatten sich an unsägliches Leiden gewöhnt, wie an etwas Alltägliches, sie kämpften und starben und fragten nicht warum; doch nur solange, als der Friede nicht greifbar schien; im Augenblick aber, wo verhandelt wurde, war der Bann des Krieges gebrochen und die Diplomaten auf beiden Seiten hätten übermächtige Impulse zu einer vernünftigen Nachgiebigkeit gespürt.

Nachdem Amerika mit seiner Friedensaktion Schiffbruch gelitten hatte und auf die Seite der Alliierten getreten war,

konnte nur noch von England oder Deutschland die Friedensinitiative ausgehen.

Ich weiß, daß ich einmal erwartete, die englische Regierung würde sich unter dem Einfluß der Gemäßigten dazu entschließen, die große Weltheilung in Bewegung zu setzen. Ich gönnte Deutschland und nicht England diese Rolle und sagte damals: dann gibt es eine Pax Britannica. Auch heute bin ich überzeugt, daß dasjenige Land, das den Frieden der Versöhnung herbeiführte, sich eine Weltgeltung erworben hätte, die an Landgewinn nicht zu messen war. Es ist tragisch, daran zu denken, daß Deutschland an der Schwelle der schöpferischen Tat gestanden hat. Die Feinde irren, wenn sie sagen, unsere Heeresleitung hätte nie die öffentliche Erklärung über Belgien zugelassen, solange unsere Waffen glücklich waren. Ich glaube nachgewiesen zu haben, daß ein entschlossener und fordernder Kanzler in der Zeit vom Januar 1917 bis März 1918 das Einverständnis der Obersten Heeresleitung hätte erzielen können. Gewiß wären die Militärs nicht frei von taktischen Erwägun-

gen gewesen; vielleicht hätte die Hoffnung überwogen, daß die vorgeschlagene Aktion nicht den Frieden, wohl aber die „Zertrümmerung der englischen Heimatfront“ herbeiführen würde, wie das zahlreiche Deutschriften in Aussicht gestellt hätten. Möglicherweise, daß auch Illusionen im Hintergrund gestanden hätten, sich doch noch einmal mit Belgien über Lüttich zu verständigen. Das militärische Denken geht eben notwendig andere Wege als das politische. War aber die Erklärung über Belgien einmal heraus, dann konnte auch der General Ludendorff nicht mehr an den Rechtsfrieden rühren. Eine überwältigende Bewegung hätte sich hinter den handelnden Staatsmann gestellt. Für die Gewerkschaftler, ohne deren guten Willen der deutsche Krieg verloren war, hatten Legien und Stegerwald deutlich genug gesprochen.

Kölnische Zeitung

Nr. 280

„Ethischer Imperialismus“.

Prinz Max von Baden, der letzte Reichskanzler des kaiserlichen Deutschlands, hat soeben unter der Überschrift „Erinnerungen und Dokumente“ ein Memoirenwerk herausgegeben, das in der Deutschen Verlagsanstalt Stuttgart, Berlin und Leipzig erschienen ist. Entstanden ist das Buch aus dem kurz nach der Revolution gefassten Entschluß des Prinzen, der Öffentlichkeit Rechenschaft abzulegen, weil er sich klar war, daß ihm eine wesentliche Schuld an dem deutschen Zusammenbruch zugeschrieben werden würde. „Aus der Rechtfertigungsschrift ist während der Arbeit etwas anderes geworden: ein quellenmäßig gegründeter Bericht über diejenige Epoche des deutschen Schicksals, in die ich verflochten war. Ich vertraue dem Gewicht der Tatsachen.“ Wir geben mit Genehmigung des Verlags aus dem Werk einen Auszug aus der Denkschrift wieder, die Prinz Max von Baden unter dem Titel „Ethischer Imperialismus“ im März 1918 Kaiser und Kanzler überreichte.

In allen Ländern wird das gemeinsame Volksgefühl durch die lange Dauer des Krieges ausgehöhlt. Es kommt der Tag, an dem die nationalen Schranken zusammenbrechen und die Fluten der führerlosen Völker zusammenfließen. Dann gibt es kein Halten mehr. Die unblutige europäische Revolution, die Henderson, Thomas und Scheidemann bringen, erreicht daselbe, was die blutige Trotkis erreichen würde: den demokratischen Frieden, der den deutschen Imperialismus zu Grabe trägt, noch ehe er geboren ist.

Wir ziehen die Schlussfolgerung:

Ein Ministerium Lansdowne in England wartet darauf, daß wir ihm zur Macht verhelfen. Nehmen wir diese Chance nicht wahr, so wird sie nach menschlichem Ermessen nie wiederkommen. Mag diese Chance groß oder gering sein, sie ist vorhanden, und man darf sie nicht unversucht lassen.

So führt die Erklärung über Belgien entweder zu dem staatsmännischen Frieden, der nach menschlichem Ermessen allein geschlossen werden kann, oder zu dem staatsmännischen Kriege, der die politische Waffe ebenso wie die militärische zu handhaben versteht, und damit unseren Soldaten einen Teil ihrer schweren Arbeit abnimmt.

Viel kommt natürlich auf die Form an, in der die Regierung die Erklärung über Belgien abgibt. Wir schlagen die Formulierung vor:

Wir wollen ein Belgien, das von Deutschland wie von allen seinen andern Nachbarn unabhängig ist.

Hier ist aber wesentlich: die belgische Erklärung darf nicht isoliert abgegeben werden. Auch nicht als Hauptpunkt einer Kundgebung; beides hieße dem Entente Standpunkt Konzessionen machen, der uns gewissermaßen in die Rolle des reuigen Sünders hineindrängen will. Die Erklärung über Belgien muß innerhalb einer großen Programmrede abgegeben werden, die zum erstenmal das ethische Fundament des deutschen Imperialismus legt. Bisher wurde unser Anspruch auf Macht immer nur begründet mit der Sicherung des Daseins und der Lebensinteressen Deutschlands. Hierbei wurde vorausgesetzt, daß die Welt an diesen Lebensinteressen und an diesem Dasein besonderes Wohlgefallen hätte. Das war ein Fehlschluß. Eine so ungeheure Kraft, wie wir sie in diesem Kriege entfaltet haben, muß sich vor der Welt ethisch begründen, will sie ertragen werden. Darum müssen wir allgemeine Menschheitsziele in unsern nationalen Willen aufnehmen.

Eine Reihe von Programmpunkten ist hier unentbehrlich. Sie müssen so formuliert werden, daß der Vorwurf der Hinterhältigkeit und Unaufrichtigkeit nicht mehr erhoben werden kann:

a) Unsere Befreiungsendung im Osten muß unter vernichtenden Anlagen für die Entente umrissen werden, jede einzelne Begehung und Unterlassungssünde, die die Entente in ihrer Liebedienerei vor dem Zarismus an den unterdrückten Völkern begangen hat, muß an den Pranger gestellt werden. Wir müssen es deutlich machen, daß wir ehrlich als Rechtschützer an allen Randvölkern handeln wollen.

b) Die Entente muß als Zerstörer der kleinen Nationen gebrand-

machen, können wir es, als selbstverständliche Konsequenz der Befinnung, die unser Handeln im Osten bestimmt, ablehnen, im Westen Gewaltpolitik zu treiben. In diesem Zusammenhang mußte die Erklärung über Belgien erfolgen.

c) Andre Menschheitsziele, die unser Interesse und das Recht in gleicher Weise fordern, müssen formuliert werden. „Kolonisieren heißt Missionieren.“ (Anspruch auf Kolonien.) Freiheit der Meere. (Völkerrechtlich gesicherter Schutz der Nichtkombattanten zu Wasser und zu Lande. Gleichzeitig Legalisierung des U-Boots als Abwehrwaffe gegen Englands Mißbrauch der Seemacht.) Akzeptierung des Friedensligagedankens bei gleichzeitiger Ablehnung desselben, ehe die Ententegefinnung überwunden ist.

Stellen wir uns einmal ganz auf den Standpunkt: Nur ein Belgien in deutscher Gewalt kann uns die nötigen Sicherungen bieten.

Da müssen wir zunächst die Vorfrage lösen: Wie muß unsere Lage sein, damit wir den Angelsachsen derartige Friedensbedingungen abtrogen können?

Die Antwort lautet: Wir müssen England und Amerika in die Lage bringen, in der sich heute Rußland befindet. Nichts anderes als eine Situation, in der wir den Frieden diktieren können, wie wir ihn Trotki diktieren haben, schafft die tödliche Zwangslage für die Angelsachsen. Wir dürfen keinen Augenblick bei unserm Kampf gegen England vergessen: das englische Imperium wird durch sein Prestige gehalten, so gut wie durch seine Seeverbindungen. Nachdem Ramsay MacDonald am 24. Mai 1915 erklärt hatte: Kein Engländer, der nur einen Felsen von Ehre hat, würde darein willigen, auch nur ein Titelschen von Belgien aufzugeben, muß sich jeder Englandkenner darüber klar sein, daß England mit der Preisgabe Belgiens politischen Selbstmord verüben würde, genau so gut, wie wenn es in eine Unterbrechung seiner Verbindungen willigte. Es sei gewarnt vor denjenigen Propheten, die heute erklären, England würde die Sache schon leid werden, wenn es noch einmal „ordentlich eins drauf“ kriegte, und es würde dann schon mit uns einen Kompromiß über Belgien eingehen. Das sind dieselben Propheten, die zu Anfang des Krieges von dem englischen Expeditionskorps erklärt haben: „Möge sie nur kommen, die Schützengilde! Je mehr, desto besser!“ Es sind dieselben Leute, die über den Gedanken lachten, England würde jemals ein freiwilliges Millionenheer aufbringen oder gar die Wehrpflicht einführen, und nach Einführung der Wehrpflicht versicherten, ein kriegstüchtiges Heer könne damit nicht geschaffen werden; dieselben Leute, die so verächtlich über Amerika sprachen: „es werde niemals Ernst machen und könne uns im Krieg nicht viel mehr schaden als in seiner Neutralität“. Auf diese Propheten darf nicht weiter gehört werden. Wer heute von Deutschland fordert, die skandinavische Küste oder andre Teile Belgiens in deutscher Hand zu behalten, der darf diese Forderung nur erheben mit der klaren Erkenntnis, daß Deutschland damit den Entschluß faßt, den Krieg bis zum Knock-out-Blow gegen England fortzusetzen.

Ein Belgien in deutscher Hand würde uns für unsere Befreiungsaufgabe im Osten disqualifizieren. Die nächsten Wochen werden entscheidend sein für unsere ganze Stellung im Osten. Es reicht heute nicht aus, daß wir diesem oder jenem Volk einzeln erklären oder auch allen gemeinsam: „Wir wollen euren Rechten nicht zu nahe treten“, sondern wir müssen deutliche Zeichen geben, daß wir das Recht achten, nicht aus irgendwelchem Opportunismus heraus, weil dieses Land Brot hat und jenes eine gute Flottenbasis, sondern weil wir eine gewisse ethische Befinnung haben, die uns gebietet, so und nicht anders zu handeln. Man muß uns glauben, daß wir als Hüter des Rechts auftreten dürfen. Schon behindert uns das Mißtrauen der Randvölker auf Schritt und Tritt. Das Solidaritätsgefühl aller kleinen Völker ist stark. Die Bereitwilligkeit, mit der wir polnische Interessen in der Ukraine opferten, hat nicht nur die Polen gegen uns mobilgemacht, sondern auch das Mißtrauen der Ukrainer selbst gegen uns erregt. Ihre Vertreter haben ganz offen in Berlin erklärt: „Wenn ihr uns nur nicht annekieren wollt!“

Wir wiederholen es: beruhigende einzelne Versicherungen können dieses Mißtrauen nicht zerstören, das von der Entente mit einem

„Ethischer Imperialismus“.

Prinz Max von Baden, der letzte Reichkanzler des kaiserlichen Deutschlands, hat soeben unter der Überschrift „Erinnerungen und Dokumente“ ein Memoirenwerk herausgegeben, das in der Deutschen Verlagsanstalt Stuttgart, Berlin und Leipzig erschienen ist. Entstanden ist das Buch aus dem kurz nach der Revolution gefaßten Entschluß des Prinzen, der Öffentlichkeit Rechenschaft abzulegen, weil er sich klar war, daß ihm eine wesentliche Schuld an dem deutschen Zusammenbruch zugeschrieben werden würde. „Aus der Rechtfertigungsschrift ist während der Arbeit etwas anderes geworden: ein quellenmäßig gegründeter Bericht über diejenige Epoche des deutschen Schicksals, in die ich verflochten war. Ich vertraue dem Gewicht der Tatsachen.“ Wir geben mit Genehmigung des Verlags aus dem Werk einen Auszug aus der Denkschrift wieder, die Prinz Max von Baden unter dem Titel „Ethischer Imperialismus“ im März 1918 Kaiser und Kanzler überreichte.

In allen Ländern wird das gemeinsame Volksgefühl durch die lange Dauer des Krieges ausgehöhlt. Es kommt der Tag, an dem die nationalen Schranken zusammenbrechen und die Fluten der führerlosen Völker zusammenfließen. Dann gibt es kein Halten mehr. Die unblutige europäische Revolution, die Henderson, Thomas und Scheidemann bringen, erreicht dasselbe, was die blutige Trojka erreichen würde: den demokratischen Frieden, der den deutschen Imperialismus zu Grabe trägt, noch ehe er geboren ist.

Wir ziehen die Schlussfolgerung:

Ein Ministerium Lansdowne in England wartet darauf, daß wir ihm zur Macht verhelfen. Nehmen wir diese Chance nicht wahr, so wird sie nach menschlichem Ermessen nie wiederkommen. Mag diese Chance groß oder gering sein, sie ist vorhanden, und man darf sie nicht unversucht lassen.

So führt die Erklärung über Belgien entweder zu dem staatsmännischen Frieden, der nach menschlichem Ermessen allein geschlossen werden kann, oder zu dem staatsmännischen Kriege, der die politische Waffe ebenso wie die militärische zu handhaben versteht, und damit unsern Soldaten einen Teil ihrer schweren Arbeit abnimmt.

Viel kommt natürlich auf die Form an, in der die Regierung die Erklärung über Belgien abgibt. Wir schlagen die Formulierung vor:

Wir wollen ein Belgien, das von Deutschland wie von allen seinen andern Nachbarn unabhängig ist.

Hier ist aber wesentlich: die belgische Erklärung darf nicht isoliert abgegeben werden. Auch nicht als Hauptpunkt einer Rundgebung; beides hieße dem Entente-standpunkt Konzessionen machen, der uns gewissermaßen in die Rolle des reuigen Sünders hineindrängen will. Die Erklärung über Belgien muß innerhalb einer großen Programmrede abgegeben werden, die zum erstenmal das ethische Fundament des deutschen Imperialismus legt. Bisher wurde unser Anspruch auf Macht immer nur begründet mit der Sicherung des Daseins und der Lebensinteressen Deutschlands. Hierbei wurde vorausgesetzt, daß die Welt an diesen Lebensinteressen und an diesem Dasein besonderes Wohlgefallen hätte. Das war ein Fehlschluß. Eine so ungeheure Kraft, wie wir sie in diesem Kriege entfaltet haben, muß sich vor der Welt ethisch begründen, will sie ertragen werden. Darum müssen wir allgemeine Menschheitsziele in unsern nationalen Willen aufnehmen.

Eine Reihe von Programmpunkten ist hier unentbehrlich. Sie müssen so formuliert werden, daß der Vorwurf der Hinterhältigkeit und Unaufrichtigkeit nicht mehr erhoben werden kann:

a) Unse Befreiungsendung im Osten muß unter vernichtenden Anklagen für die Entente umrissen werden, jede einzelne Begehungs- und Unterlassungssünde, die die Entente in ihrer Liebedienerei vor dem Zarismus an den unterdrückten Völkern begangen hat, muß an den Pranger gestellt werden. Wir müssen es deutlich machen, daß wir ehrlich als Rechtschützer an allen Randvölkern handeln wollen.

b) Die Entente muß als Zerstörer der kleinen Nationen gebrandmarkt werden. (Hineinpressung Italiens, Rumäniens und Griechenlands in den Krieg. Zitterung des Wortes: „Unse Protégés und Schutale.“) Indem wir unse Befreiungsendung im Osten deutlich

machen, können wir es, als selbstverständliche Konsequenz der Befinnung, die unser Handeln im Osten bestimmt, ablehnen, im Westen Gewaltpolitik zu treiben. In diesem Zusammenhang mußte die Erklärung über Belgien erfolgen.

c) Andre Menschheitsziele, die unser Interesse und das Recht in gleicher Weise fordern, müssen formuliert werden. „Kolonisieren heißt Missionieren.“ (Anspruch auf Kolonien.) Freiheit der Meere. (Völkerrechtlich gesicherter Schutz der Nichtkombattanten zu Wasser und zu Lande. Gleichzeitig Legalisierung des U-Boots als Abwehrwaffe gegen Englands Mißbrauch der Seemacht.) Akzeptierung des Friedensligagedankens bei gleichzeitiger Ablehnung desselben, ehe die Ententegefinnung überwunden ist.

Stellen wir uns einmal ganz auf den Standpunkt: Nur ein Belgien in deutscher Gewalt kann uns die nötigen Sicherungen bieten.

Da müssen wir zunächst die Vorfrage lösen: Wie muß unse Lage sein, damit wir den Angelsachsen derartige Friedensbedingungen abtrotzen können?

Die Antwort lautet: Wir müssen England und Amerika in die Lage bringen, in der sich heute Rußland befindet. Nichts anderes als eine Situation, in der wir den Frieden diktieren können, wie wir ihn Trojka diktieren haben, schafft die tödliche Zwangslage für die Angelsachsen. Wir dürfen keinen Augenblick bei unserm Kampf gegen England vergessen: das englische Imperium wird durch sein Prestige gehalten, so gut wie durch seine Seeverbindungen. Nachdem Ramsay MacDonald am 24. Mai 1915 erklärt hatte: Kein England, der nur einen Felsen von Ehre hat, würde darein willigen, auch nur ein Titelchen von Belgien aufzugeben, muß sich jeder Englandkenner darüber klar sein, daß England mit der Preisgabe Belgiens politischen Selbstmord verüben würde, genau so gut, wie wenn es in eine Unterbrechung seiner Verbindungen willigte. Es sei gewarnt vor denjenigen Propheten, die heute erklären, England würde die Sache schon leid werden, wenn es noch einmal „ordentlich eins drauf“ kriegte, und es würde dann schon mit uns einen Kompromiß über Belgien eingehen. Das sind dieselben Propheten, die zu Anfang des Krieges von dem englischen Expeditionskorps erklärt haben: „Möge sie nur kommen, die Schützengilde! Je mehr, desto besser!“ Es sind dieselben Leute, die über den Gedanken lachten, England würde jemals ein freiwilliges Millionenheer aufbringen oder gar die Wehrpflicht einführen, und nach Einführung der Wehrpflicht versicherten, ein kriegstüchtiges Heer könne damit nicht geschaffen werden; dieselben Leute, die so verächtlich über Amerika sprachen: „es werde niemals Ernst machen und könne uns im Krieg nicht viel mehr schaden als in seiner Neutralität“. Auf diese Propheten darf nicht weiter gehört werden. Wer heute von Deutschland fordert, die flandrische Küste oder andre Teile Belgiens in deutscher Hand zu behalten, der darf diese Forderung nur erheben mit der klaren Erkenntnis, daß Deutschland damit den Entschluß faßt, den Krieg bis zum Knock-out-Blow gegen England fortzusetzen.

Ein Belgien in deutscher Hand würde uns für unse Befreiungsaufgabe im Osten disqualifizieren. Die nächsten Wochen werden entscheidend sein für unse ganze Stellung im Osten. Es reicht heute nicht aus, daß wir diesem oder jenem Volk einzeln erklären oder auch allen gemeinsam: „Wir wollen euren Rechten nicht zu nahe treten“, sondern wir müssen deutliche Zeichen geben, daß wir das Recht achten, nicht aus irgendwelchem Opportunismus heraus, weil dieses Land Brot hat und jenes eine gute Flottenbasis, sondern weil wir eine gewisse ethische Gefinnung haben, die uns gebietet, so und nicht anders zu handeln. Man muß uns glauben, daß wir als Hüter des Rechts auftreten dürfen. Schon behindert uns das Mißtrauen der Randvölker auf Schritt und Tritt. Das Solidaritätsgefühl aller kleinen Völker ist stark. Die Bereitwilligkeit, mit der wir polnische Interessen in der Ukraine opferten, hat nicht nur die Polen gegen uns mobilgemacht, sondern auch das Mißtrauen der Ukrainer selbst gegen uns erregt. Ihre Vertreter haben ganz offen in Berlin erklärt: „Wenn ihr uns nur nicht annectieren wollt!“

Wir wiederholen es: beruhigende einzelne Versicherungen können dieses Mißtrauen nicht zerstören, das von der Entente mit einem ungeheuren Aufwand an Geist und Geld genährt wird. Klarheit in der belgischen Frage ist auch hier ein entscheidender Schritt.

Der deutsche Imperialismus.

Die demokratische Welle droht die Grundlagen jedes Imperialismus wegzuspülen. Diese Drohung ist besonders gefährlich für den deutschen Imperialismus; er existiert noch nicht, er soll erst geschaffen werden. Die Grundlagen des englischen Imperialismus reichen in dunkle Vergangenheit zurück und werden von der Weltmeinung heute nicht mehr nachgeprüft. Für Deutschland aber heißt es, heute im Lichte der schärfsten Weltkritik die Grundlagen seines Imperialismus erst zu legen.

Als Resultat dieser Gedankengänge sei gleich vorweggenommen: Will der deutsche Imperialismus dem Ansturm der Demokratie mit ihrem Anspruch auf Weltverbesserung standhalten, so muß er sich ethisch fundamentieren. Mit dem reinen Machtanspruch kann die Demokratie mühelos fertig werden. Der Krieg hat uns die Gelegenheit gegeben, unser Recht auf Macht zu etablieren.

Denn

1. vor dem Kriege war die Welt vergeben: wo wir uns politische Machterweiterung sichern wollten, saßen fremde Gewalten und Prioritätsansprüche. Besonders in Europa schnürte uns der Panzer ein, den der Wiener Kongreß uns bewußt angelegt hatte.

2. England hatte einen bessern Namen in der Welt als wir. Er stand uns überall im Wege. Darüber dürfen nicht hinwegtäuschen die hervorragenden Leistungen einzelner deutschen Unternehmer. Sie handelten nicht, wie die Engländer, als Vertreter eines nationalen Ethos. Fontane konnte mit Recht ausrufen (in seinem Gedicht: *Civis germanus sum*): „Wann wird auch für uns kommen der stolze Tag: Fire, but don't hurt the flag.“

Der Tag ist gekommen.

1. Der Panzer des Wiener Kongresses ist gesprengt. Die Geschichte ganzer Völker sind erneut zur Entscheidung gebracht. Mächtige Länderstrecken an unsrer Grenze sind frei geworden. Neu entstehende Staatsgebilde bedürfen der Anlehnung und des Schutzes. Dort hat keiner ein so gutes Recht wie wir. Wir sind ihre Nachbarn und ihre Befreier.

2. Englands guter Name ist im Erlöschen. Die moralische Führerrolle der Welt ist frei. Amerika oder wir können Englands Erbe antreten.

Unser Dasein ist heute gesichert; wir können nunmehr getrost Menschheitsziele in unser Programm aufnehmen.

Hier muß gleich davor gewarnt werden, als könnten wir Englands Methode nachahmen, erst Wunden zu schlagen und sie nachher zu heilen.

Denn die Fähigkeit, Wunden zu heilen, haben wir in der Geschichte bisher nicht bewiesen — im Gegenteil, wir haben es fertiggebracht, den natürlichen Heilungsprozeß der von uns geschlagenen Wunden zu stören.

Aber wir sind in der glücklichen Lage, daß wir den Rechtsgedanken aufrichtig auf unsre Fahne schreiben können: wir brauchen kein Unrecht zu tun, um unsre Macht zu erweitern. Wir können sagen: Trachtet am ersten nach dem Reich Gottes, so wird euch solches alles zufallen.

Das Recht war mit uns, als wir das russische Reich in Stücke schlugen; das Recht war mit uns, als wir den befreiten Völkern ihre nationale Freiheit verbürgten; der Rechtsgedanke war mit uns, als wir ein Kolonialreich in Afrika forderten, das unsern koloni-

satorischen Fähigkeiten entspricht. Das Recht ist mit uns, wenn wir im Interesse der weißen wie der schwarzen Rasse die Abschaffung des Militarismus in Afrika fordern.

Das Recht ist mit uns, wenn wir eine kontinentale Zusammenfassung zum Schutz der Freiheit der Meere erstreben und in den Dienst dieses Menschheitsziels unsern U-Bootkrieg, ja das U-Boot überhaupt, stellen wollen.

Zwischen uns und dem Recht steht nur die belgische Frage. Unser wohlverstandenes Interesse geht sonst überall in der Welt Hand in Hand mit dem Menschheitsinteresse. Aber wir sind nicht in der Lage, diese Solidarität des deutschen und des Menschheitsinteresses glaubhaft zu machen, ohne daß wir die belgische Frage bereinigen. Solange wir hier mit versteckten Vorbehalten arbeiten, geben wir England immer noch einmal Gelegenheit, als Beschützer des Rechts in die Schranken zu treten und sich in dieser Rolle auf unsre Kosten moralisch zu rehabilitieren.

Wie England, so brauchen wir auch für unsern Imperialismus mehr als das große nationale Programm — wir brauchen die Menschen, die durch ihren Charakter unser nationales Ethos glaubhaft machen. Es ist in diesem Kriege ein neuer deutscher Mensch geworden. Die Welten des Denkens und des Handelns waren vor dem Kriege nur zu oft zwei getrennte feindliche Lager — wer denken konnte, der konnte nicht handeln, wer handeln konnte, konnte nicht denken. Das ist während des Krieges anders geworden. Draußen im Felde sind Führer im Kleinen entstanden, die vorher nur an den Heroismus des Gedankenlebens gedacht hatten. Überall regt sich die Lust, an der gemeinsamen Sache mitzuschaffen. Wegweiser sind heute gewillt, den Weg auch zu führen, den sie sonst nur wiesen. Das Kriegsglück hat uns den Dienst gezeigt, diese neue deutsche Art weltbekannt zu machen. Was die Fahrten unsrer deutschen Kreuzer für unsern ethischen Imperialismus bedeuten, wird erst die Geschichte erweisen. Über Herrn v. Müller sagte seinerzeit das offiziöse Organ der englischen Regierung: Er hat uns großen moralischen Schaden getan. Das können wir gern glauben, wenn wir hören, daß er die Besatzung eines von ihm freigelassenen Schiffes vor den zu seinem Schaden gelöschten Lichtern Kalkuttas warnte, und eine indische Zeitung darüber sagte: Herr v. Müller ist ein Sahib, denn er schonte die Frauen und Kinder.

Die gleichen Vorpостendienste für unsern guten Namen haben viele andre geleistet.

Zuletzt die Husarenpatrouillen in Livland und Estland, die mit übermenschlichen Anstrengungen, unbekümmert um ihre eigne Sicherheit, vorwärts drängten, überall dorthin, wo es zu retten und zu schützen galt.

Das Schicksal zeichnet uns klar unsre nationale Sendung vor: wir haben die Menschen, die sie glaubhaft machen können. Hierzu bedarf es nur der schöpferischen staatsmännischen Tat.

Prinz Max von Baden fügt dieser Denkschrift folgenden Vermerk an: „Der Weg, der in dieser Denkschrift gewiesen wurde, ist von der deutschen Staatskunst nicht beschritten worden; so ist die Politik des Ethischen Imperialismus unerprobt geblieben.“

Deutsche Allgemeine Zeitung (Berlin)

Nr. 177 -

Der fünfte Akt

Die Erinnerungen des Prinzen Max von Baden

Es ist, als hätte die Geschichte noch einmal einen Versuch mit dem monarchischen Prinzip in Deutschland machen wollen; als sie den badischen Thronfolger zum Reichskanzler berief. Aus den Erinnerungen des Prinzen Max, die jetzt erschienen sind, ergibt sich mit zwingender Deutlichkeit, warum dieser Versuch scheitern mußte. Die Memoiren des letzten kaiserlichen Reichskanzlers waren ursprünglich nur als eine Rechtfertigungsschrift des Verfassers gedacht, sie sind aber während der Arbeit, wie Prinz Max im Vorwort zu seinem Buch feststellt, etwas anderes geworden: ein quellenmäßig begründeter Bericht über diejenige Epoche des deutschen Schicksals, in die er verflochten war.

Es war der breiten Öffentlichkeit bisher kaum bekannt, daß Prinz Max von Baden in den ganzen Kriegsjahren, schon vor seiner Berufung zum Reichskanzler, hinter den Kulissen eine führende politische Rolle gespielt hat. Es würde zu weit führen, im einzelnen auf die Anstrengungen zur Erzwingung eines Verständigungsfriedens einzugehen, denen der Kreis des Prinzen Max in den Jahren 1916 bis 1918 seine Kraft gewidmet hat. Prinz Max legt in seinem Buch im einzelnen dar, wie er und sein Kreis sich vor allem vor und während der zunächst siegreichen Offensive vom März 1918 um die Einleitung einer „politischen Offensive“ bemühten. In einer Ausarbeitung, die der dem Prinzen Max nahestehende Oberst v. Gaefken dem General Ludendorff übergab, war dieser Gedanke so formuliert: „Ohne das Einsetzen einer planmäßig handelnden Staatskunst vor Abschluß der militärischen Operationen kann der staatsmäßige Frieden nicht sichergestellt werden, der allein unserem Interesse entspricht.“

Es kam der Rückschlag in den militärischen Operationen, es kam die Rede Bühlmanns, in der er sagte, daß durch militärische Entscheidungen allein, ohne alle diplomatischen Verhandlungen, ein absolutes Ende des Krieges nicht erwartet werden könne, es kam der von Ludendorff veranlaßte Sturz Bühlmanns, es kam der 8. August, der schwarze Tag Ludendorffs, es kam der Kronrat vom 14. August, der nach dem Gutachten Hindenburgs feststellen mußte, daß wir den Kriegswillen der Feinde durch kriegerische Handlungen nicht mehr zu brechen hoffen durften. Im Anschluß an diese Ereignisse schrieb Prinz Max an den Kaiser und stellte sich ihm zur Verfügung. Er wollte eine neue breite Basis

schaffen, die von der Vaterlandspartei bis tief in die Sozialdemokratie hineinreichen sollte, und sprach in diesem Schreiben dem Kaiser von der letzten Chance der deutschen Monarchie. Der Kaiser antwortete am 11. September ablehnend, er arbeite im Sinne dieses Programms, zurzeit könne aber anderes nicht in Aussicht genommen werden. Die Spannung des September, so schreibt Prinz Max, war kaum zu ertragen, wir standen hilflos vor dem sich vollendenden Unglück der Nation, das zu wenden noch in Menschenkraft gelegen hätte. Es kam das österreichische Friedensangebot, es kam der bulgarische Zusammenbruch. Die Kandidatur des Prinzen Max für die Kanzlerschaft trat von Tag zu Tag immer mehr in den Vordergrund. Die Berufung verzögerte sich aber aus persönlichen und parlamentarischen Gründen bis zum 1. Oktober. Das Programm, das er vertreten wollte, enthielt folgende Kernsätze: „Kein Friedensangebot, wohl aber deutlichste Proklamation der Kriegsziele, die große Zugeständnisse an die Feinde enthalten können, dagegen Betonung der absoluten Entschlossenheit, bis zum Tode zu kämpfen, wenn entehrende Bedingungen gestellt werden.“

Die weiteren Ereignisse, die sich unter der Kanzlerschaft des Prinzen Max in dramatischer Konsequenz zur Katastrophe entwickelten, sind bekannt. Wie ist die staatsmännische Leistung des letzten Kanzlers der Monarchie zu beurteilen? Zwei Vorwürfe sind es in der Hauptsache, die dem Prinzen Max gemacht worden sind, er habe das deutsche Volk an Wilson und er habe die Monarchie an die Revolution ausgeliefert. Die historische Wahrheit ist aber, daß der Prinz in diesen beiden Fragen bereits bei Uebernahme seines Amtes vollendete Tatsachen vorfand, für die er die Verantwortung ablehnt. Außenpolitisch konnte er das Programm, mit dem er nach Berlin gekommen war, nicht mehr einhalten. Denn wenige Minuten nach seiner Ankunft in Berlin machte ihm Herr v. Gaefken im Auftrage der Obersten Heeresleitung die Mitteilung, die militärische Lage habe sich entscheidend verschlechtert, am 29. September sei in Spa der Entschluß gefaßt worden, sich an den Präsidenten Wilson zu wenden, seine 14 Punkte anzunehmen und ihn um die Vermittlung eines Waffenstillstandes zu bitten. Der Prinz gibt in seinen Erinnerungen eine dramatische Schilderung des Kampfes, den er gegen diesen Entschluß in den nächsten Tagen führte. Er erklärte dem Vertreter des Kaisers, daß er die Kanzlerschaft nicht übernehmen könne, daß er das Waffenstillstandsangebot für einen verhängnisvollen Fehler halte und es nicht unterzeichnen würde. „Der geplante Hilfschrei mußte dazu führen, daß unser Millionenheer die Waffen wegwirft und die Meute der Feinde jubelnd zur Todesstunde an-

tritt.“ Nach einem vergeblichen Versuch, zwar ein Friedensangebot, aber nicht eine Bitte um Waffenstillstand hinausgehen zu lassen, gab Prinz Max schließlich nach, unterschrieb den endgültigen Wortlaut der Note und wurde — am 3. Oktober — zum Reichskanzler ernannt. Die Stimmung, in der Prinz Max von Baden das Amt übernahm, schildert er bezeichnend genug mit den Worten: „Als ich am Morgen des 4. erwachte, war mir zu Mute wie einem Menschen, der zum Tode verurteilt ist und es im Schlaf vergessen hatte.“

Für seine Antrittsrede im Reichstag glaubte der neue Reichskanzler einen rettenden Gedanken gefunden zu haben: er wollte die 14 Punkte Wilsons „interpretieren“, dagegen erhob das Auswärtige Amt Einspruch. Abermals gab der Prinz nach und verzichtete auf seine Rede. Er bereut das heute, da er glaubt, daß seine Interpretation der 14 Punkte von Wilson mit entehrenden Bedingungen beantwortet worden wäre, die diesen entlarvt und das Volk damals noch zum letzten Widerstand bereit gefunden hätte. So wurde die Rede ohne die Interpretation der 14 Punkte gehalten. Damit waren dem neuen Kanzler die Hände gebunden, und der Notenwechsel mit Wilson entwickelte sich folgerichtig bis zum Diktat der Waffenstillstandsbedingungen durch Foch.

Auch in der Frage der Parlamentarisierung fand der Prinz, als er am 1. Oktober in Berlin eintraf, sich vor vollendete Tatsachen gestellt. Der Erlaß, der später als die Einleitung der „Revolution von oben“ bezeichnet worden ist, war bereits am 30. September vom Kaiser gezeichnet worden. Die weitere Entwicklung, die zuerst zu einer immer stärkeren Machtverschiebung zugunsten der parlamentarischen Regierung, zur Entlassung Ludendorffs und zur Einschränkung des kaiserlichen Oberbefehls, bald aber zur latenten, dann zur offenen Diktatur der Straße führte, kann nun zwar gewiß als eine Folge jenes Erlasses betrachtet werden. Aber es war keineswegs unmöglich, den dem Abgrund zurollenden Wagen zu bremsen. Jedoch die Hände des Prinzen waren zu gepflegt und zu schwach, um das Seil zu fassen.

Wie steht es schließlich mit dem Vorwurf, daß der fürstliche Reichskanzler die Abdankung des Kaisers verschuldet habe? In der dritten Note Wilsons war mit unmißverständlichen Worten der Rücktritt des Kaisers und des Kronprinzen gefordert. Der Prinz glaubte nach seiner Darstellung zwar nicht, daß eine Abdankung des Kaisers die Aussicht für die internationalen Verhandlungen verbessern würde, er fürchtete aber die Wirkung der genannten Wilsonnote auf das deutsche Volk: er sah, wie sich im deutschen Volke der Eindruck ausbreitete, daß nur die Person des Kaisers das Hindernis des Friedens bedeutete, d. h. er

sah die Lage unter der Alternative: Abdankung des Kaisers oder Verzicht auf die nationale Verteidigung. Wenn er aber diese Ansicht für richtig hielt, mußte er sie als verantwortlicher Reichskanzler dem Kaiser mit aller Deutlichkeit und ohne Rücksicht auf die Konsequenzen rechtzeitig vortragen. Aus den Erinnerungen ergibt sich aber, daß dies in unzweideutiger Form nicht geschehen ist.

Es bleibt noch die Angelegenheit der historischen Wolff-Meldung vom 9. November mittags, in welcher Prinz Max den Thronverzicht des Kaisers und des Kronprinzen eigenmächtig verkündete. Der Prinz stand unter dem Druck des Ultimatums der Sozialdemokraten, die bereits, in der Furcht, daß die Massen zu den Unabhängigen überlaufen würden, aus der Regierung ausgetreten waren. Er stand unter dem Druck der Alarmmeldungen von den militärischen Fronten und von den revolutionären Unruhen im ganzen Reich. In dieser Situation wurde der Reichskanzler am 9. November vormittags aus Spa telephoniert, daß der Kaiser seinen Entschluß gefaßt habe und die Formulierung in einer halben Stunde in ihren Händen sein würde. Dieses Gespräch wurde in der Reichskanzlei in der Form aufgezeichnet: der Kaiser habe den Entschluß zur Abdankung gefaßt, und die Formulierung werde alsbald übermittelt werden. Der Unterschied ist deutlich. Gestützt auf die Mitteilung von Spa, umbrandet von den immer höher steigenden Wellen der Revolution, glaubte Prinz Max die Abdankung publizieren zu sollen, um das Reich und vielleicht noch die Monarchie zu retten. Es ist noch festzustellen, daß er sowohl am 8. abends einen ihm angesonnenen Staatsstreich, wie am 9. nachmittags die Uebernahme der Reichsverwehrschaft abgelehnt hat.

Das ist der geschichtliche Tatbestand. In beiden Fragen, sowohl in der Frage der Wilson-Note wie in der Kaiserfrage, hat der Prinz die Entwicklung richtig gesehen, er ist weder der pazifistische Illusionist noch der Verräter, als den man ihn wohl bezeichnet hat. Er hat aber nicht die Kraft des Willens besessen, um durch rechtzeitiges Handeln die Katastrophe aufzuhalten. Er ist einer der Männer, die nach gefaßtem Plan, aber nicht intuitiv handeln können, ein Mann der Denkschriften und Theorien. Er hat sich von den Ereignissen treiben lassen, statt sie zu meistern. Aus vielen Äußerungen seines Buches geht hervor, daß seine Stimmung, durch zeitweise Erkrankung verschärft, die gleiche war wie die des Generalobersten v. Moltke während der Marne-Schlacht. Es gilt gegen ihn das Wort, das er in seiner Rede vom 14. Dezember 1917 zitiert hat, die Forderung Platos: „Wer seinem Volke helfen will, muß die Kraft des Denkens mit dem Willen zur Tat vereinen.“

O. B.

Münchener Neueste Nachrichten

Nr. 116

Die Erinnerungen des Prinzen Max von Baden

Ein neuer Beitrag
zur Kriegs- und Revolutionsgeschichte

★ Es liegt in der Natur eines verlorenen Krieges, daß die unterlegenen Völker über die Ursachen ihres Mißgeschicks nachdenken, nicht so sehr, um mit bitterem oder schadenfrohem Gelächter die Fehler der gestürzten Gewalten aufzuzeigen, als vielmehr — sofern die Bemühungen von Sorge und Liebe zu dem gedemüthigten Vaterland geleitet werden — aus den Fehlern der Vergangenheit Schwächen des eigenen Volkes und seiner staatlichen Organisation zu erkennen und ihre Beseitigung für die Zukunft anzustreben. Es ist menschlich verständlich, daß die in diesem Sinne niedergeschriebenen Erinnerungen führender Persönlichkeiten gleichzeitig dem Bedürfnis persönlicher Rechtfertigung entsprechen und dienen.

Nach der letzte Kanzler des kaiserlichen Deutschland, Prinz Max von Baden, bekennt sich in dem Vorwort zu seinem Erinnerungsbuch („Erinnerungen und Dokumente, Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart, Berlin und Leipzig, 1927“) offen zu dieser ursprünglichen Absicht, die erst im Laufe der Arbeit darüber hinausgewachsen sei zu einem „quellenmäßig begründeten Bericht über die Epoche des deutschen Schicksals, in die ich verflochten war“. In der Tat gehört das jetzt erschienene Buch zu dem Interessantesten, Aufschlußreichsten, was über die Geschichte der deutschen Friedensbemühungen und über die tragischen Schlussschritte des Weltkrieges geschrieben wurde. Die dokumentarischen Belege über fast jede Phase dieser Entwicklung geben ein objektiv unanfechtbares Bild auch da, wo man mit den Schlussfolgerungen des prinzipiellen Verfassers nicht einig gehen kann (wie z. B. vor allem bei der Einschätzung der englischen Friedensbewegung von MacDonald, Asquith und Lansdowne).

Prinz Max von Baden kam als Leiter der Gefangenensfürsorge des badischen Roten Kreuzes — nach kurzer Feldtätigkeit zu Beginn des Krieges — in enge Fühlungnahme mit internationalen Organisationen und Bestrebungen, die im Dienste der Menschlichkeit die Schrecken auch dieses Krieges nach Kräften zu mildern bestrebt waren. Seine dynastischen Beziehungen zu den Fürstenhöfen Europas erwiesen sich als wertvolle Hilfe dieser rein caritativen Tätigkeit, seine ernste, keineswegs pazifistische, aber doch dem Kriegshaß abgewandte Gesinnung ließen ihn sehr bald den Politikern verschiedenster Richtung als geeigneten Mittler bei ihrer Sorge

um Volk und Vaterland erscheinen. Einen Kreis engerer Gefinnungsgeoffenen fand der Prinz in der dem Auswärtigen Amt angegliederten Zentralkommission für Auslandsdienst, deren politischer Kopf, Paul Rohrbach, sich insbesondere bemühte, neben der militärischen auch eine politische Kriegsführung zu organisieren. Es kann an dieser Stelle nicht auf Einzelheiten dieser Bemühungen und die Gründe ihres Mißerfolges und die Verechtigung der im einzelnen dort aufgestellten Ziele eingegangen werden.

Aus keinem Erinnerungswert der Nachkriegszeit jedoch geht eines mit so erschreckender Deutlichkeit hervor: Deutschland focht in diesem Krieg überhaupt ohne politische Führung. Zu dem Augenblick, als die Mobilmachungszüge den Grenzen zurollten, als die ersten Schüsse gefallen waren, ließ das deutsche Auswärtige Amt die Bügel schießen und — wartete ab. So tritt die Armee in beispiellosen Großtaten in West und Ost „ordinäre Siege“, im Clausewitz' bekanntes Wort in einem etwas veränderten Sinne anzuwenden, d. h. Siege, die ohne sinnvolle Beziehung zu einem übergeordneten Plan politischer Kriegsführung standen. Zwei in sich verschiedene, aber beide in ihrer Art konsequente Arten einer einheitlich militärisch-politischen Kriegsführung rangen in Deutschland um den Vorrang: die gegen England gerichtete, die restlosen militärischen Kampfeinsatz im Westen (einschließlich der Flotte) zur Niederrichtung des Inselreiches und resillosen diplomatischen Einsatz im Osten zur Verständigung mit Rußland verlangte; Tirpitz darf als ihr fähigster Verfechter angesehen werden. Die andere, die an eine Verständigungsmöglichkeit mit England glaubte und die deshalb nach dem Scheitern des Marnefeldzuges militärische Defensiv im Westen und Offensive im Osten für notwendig hielt; die hoffte, durch diplomatische Offensive im Westen die englische Friedenspartei so zu stärken, daß Lloyd Georges knock-out-Politik an innerer Schwäche scheitern mußte; ihr zählte Prinz Max von Baden zu.

Die Frage der Bejahung der einen oder der anderen Kriegspolitik steht hier nicht zur Beantwortung. Daß sie aber im Kriege keine Antwort fand, war Deutschlands Verhängnis. Es ist möglich, daß jede der beiden Anschauungen zum Ziele geführt hätte; keine, bezw. das haltlose Schwanken zwischen beiden mußte die Möglichkeit eines ehrenvollen Kriegsendes auf ein Minimum verringern. Es ist schwer oder überhaupt unmöglich, einen „Schuldigen“ für diese furchtbare Entwicklung zu suchen. Sicher ist nach dem gewiß unverdächtigen Zeugnis des Prinzen Max von Baden, daß die Oberste Seeresleitung in keiner Weise dafür verantwortlich gemacht werden kann. Sie war gezwungen, wahllos zu siegen, und erst die mach-

sende Erkenntnis von dem völligen Mangel einer politischen Führung hat sie in den letzten Stadien des Krieges notgedrungen zu Eingriffen in die politische Mechanik veranlaßt. Denn wie die sogenannten Politiker Weltgeschichte machten, dafür nur eine kleine Episode aus dem Buche des Prinzen Max. Als er Erzberger wegen der Unzweckmäßigkeit der Friedensresolution im Juli 1917 zur Rede stellte, erhielt er die wahrhaft „niederschmetternde“ Antwort: „Was wollen Sie, Hoheit, — damit kriege ich auf dem Verhandlungswege Friede und Vongw“ (!). Oder aber, Staatssekretär Rühlmann, dem gegenüber Oberstleutnant v. Gaefken im Auftrage der Obersten Seeresleitung am 17. Juni erneut auf die Notwendigkeit eines planmäßigen politischen Willens und Handelns hingewiesen hatte („Wir dürfen nicht warten, ob uns eines schönen Tages die politischen Früchte unserer Siege in den Schoß fallen“), verwertete diese Anregung in seiner Reichstagsrede vom 24. Juni zu dem angesichts unserer militärischen Erfolge verhängnisvollen Satz:

„Ohne einen solchen Gedankenaustausch wird bei der ungeheuren Größe dieses Koalitionskrieges und bei der Zahl der in ihm begriffenen... Mächte durch militärische Entscheidungen allein... ein absolutes Ende kaum erwartet werden können.“

Nur aus solchen Erlebnissen heraus ist es zu verstehen, daß die Oberste Seeresleitung dann in den ersten Ostertagen nach den schweren militärischen Rückschlägen und ohne jedes Vertrauen zur politischen Führung auf dem ungeliebten Entschluß des Waffenstillstandsangebotes vom 3. Oktober beharrte. Prinz Max hat sich verzweifelt gegen dieses Angebot gewehrt und die Geschichte wird ihn von dieser Verantwortung freisprechen, auch wenn das Dokument seine Unterschrift trägt. Das Hintanstellen persönlicher Überzeugungen, jenes falsch verstandene Pflichtgefühl, das so viele führende Persönlichkeiten des Weltkrieges wider besseres Wissen hat handeln lassen, jenes Nichterkennen der Grenze, jenseits derer der Führer nur noch und ganz allein seinem eigenen Gewissen zu gehorchen hat, mit aller Härte und allen Konsequenzen, kennzeichnet weiter den Weg, den Prinz Max bis zum bitteren Ende der Revolution ging. Wir glauben nicht mit ihm, daß der Weg des Baktierens mit den revolutionären Gewalten, mit den von Massenstimmungen abhängigen „Führern“ der Sozialdemokratie der mögliche Weg zur Rettung aus dem Chaos und der Schmach des Umsturzes war.

Der besondere Wert des Erinnerungsbuches wird dadurch nicht herabgemindert. Die zahlreichen, zum großen Teil der breiteren Öffentlichkeit bisher nicht bekannten Dokumente sind zur eigenen und kritischen Urteilsbildung über die Geschichte des Krieges nahezu unentbehrlich. Wohl ist es ein düsteres Gemälde, das vor uns aufgerollt wird, aber um so heller heben sich von ihm einzelne Persönlichkeiten ab, die gewaltige Ruhe Hindenburgs, Ludendorffs ringende und am Uebermenschlichen schließlich scheiternde Kraft, die klaren Erkenntnisse, die aus den Briefen des Kronprinzen Ruprecht von Bayern in ernster Sorge um Volk und Vaterland sprechen, die unermüdbliche Frische eines Oberstleutnants v. Gaefken und all die vielen, die nach bestem Wissen ihrem Vaterland zu dienen gesucht haben.

Deutsche Allgemeine Zeitung (Berlin)

Nr. 229 -

Der 9. November

Von einer „sehr gut unterrichteten Seite“ erhält die „Kreuzzeitung“ folgende Richtigstellung zu den Erinnerungen des Prinzen Max von Baden:

1. In der Diskussion über die Abdankung am 9. November 1918 in Spa erklärte General Graf von der Schulenburg etwa 11 Uhr vormittags, daß hier vom König von Preußen überhaupt nicht die Rede sein könne, da der Reichskanzler Prinz Max von Baden nicht preussischer Ministerpräsident sei und der König diese Frage lediglich mit seinen preussischen Ministern und preussischen Kammern abzumachen habe.

2. Die amtliche telephonische Verbindung zwischen dem Kaiser und Kanzler lag in Spa in den Händen der Herren von Hinz und von Grünau.

3. Niemand hat verhindert, daß diese Herren den Kanzler sofort über die Stellungnahme des Kaisers zu der von Graf Schulenburg aufgeworfenen Frage unterrichteten.

4. S. M. der Kaiser hat in den Vormittagsstunden bezüglich der Abdankung einen Entschluß nicht gefaßt. Die Entschliebung des Kaisers ist erst 1,15 Uhr nachmittags erfolgt.

5. Der Reichskanzler Prinz Max von Baden hat die Abdankung des Kaisers und den Thronverzicht des Kronprinzen etwa 12 Uhr mittags und jedenfalls vor der vom Kaiser gefaßten Entschliebung zur Veröffentlichung herausgegeben.

6. Das Telephonat zwischen Excellenz Wahn-schaffe und General Graf Schulenburg hat um 1,35 Uhr nachm. stattgefunden. Diesem Gespräch folgte schon nach 15 Minuten die amtliche Erklärung des Kaisers, die Excellenz von Hinz telephonisch an Excellenz Wahn-schaffe übermittelte.

7. Das vorstehende Schulenburgische Telephonat kann schon aus dem Grunde den Reichskanzler Prinz Max von Baden in seinen Entschliebungen nicht irreführend beeinflusst haben, weil der amtliche Entschluß des Kanzlers in der Abdankungserklärung festgelegt war, die er 1½ Stunden vor dem Schulenburgischen Telephonat zur öffentlichen Bekanntgabe herausgegeben hatte.

Hamburger Nachrichten

Nr. 236

Prinz Max von Baden.

Prinz Max von Baden, dessen Name mit Vorgängen aus der trübsten Zeit Deutschlands eng verknüpft ist, hat zu seiner Rechtfertigung ein umfangreiches Werk unter dem Titel „Erinnerungen und Dokumente“ bei der Deutschen Verlagsanstalt in Stuttgart erscheinen lassen. Ein kurzer Auszug daraus ist unseren Lesern bereits bekannt. Das Lesen des Buches gehört zu den unerquicklichsten Aufgaben, da es noch einmal die Verfahrenheit und Furchtbarkeit der letzten Monate vor dem Ende des Weltkrieges aufrollt. Was die Persönlichkeit des Prinzen betrifft, muß man zugeben, daß die ihm gemachten Vorwürfe in mancher Hinsicht durch seine Veröffentlichung abgeschwächt werden. Die Fehler, die er gemacht hat und die von schwerwiegenden Folgen begleitet waren, liegen mehr darin, daß er seiner Stellung als Reichskanzler in der schwersten Zeit unseres Vaterlandes nicht gewachsen war. Er war vom besten Willen beseelt, ließ sich aber von den Verhältnissen treiben, anstatt sie zu meistern, und scheute vor einem energischen Eingreifen zurück, weil seine politischen Anschauungen, sein Gewissen, wie er sagt, es verboten. Er war nicht der Mann der Tat, sondern der des Hinzögerns, und so ging der Augenblick verloren, in dem er vielleicht noch entscheidend hätte eingreifen können, wenn er den ganzen Mut der Verantwortung auf sich nehmen wollte. Seine Kraft reichte hierzu nicht aus, und so kann man mehr von dem tragischen Geschick sprechen, dem dieser Mann erlag, als von einer Schuld.

Sein Buch enthält manche Einzelheiten, die heute noch Interesse beanspruchen dürfen, so z. B. die Tatsache, daß Philipp Scheidemann am 29. Oktober 1918 die Abdankung des Kaisers forderte, weil wir dadurch einen günstigeren Frieden erhalten würden. Wie dieser bessere Friede aussieht, das fühlen wir seit acht Jahren an unserem eigenen Leibe. Es gehörte die gänzliche Unkenntnis der politischen Verhältnisse im In- und Auslande dazu, um mit einer solchen Begründung eine Maßregel zu fordern, deren Tragweite unabsehbar war.

Auf Seite 129 schreibt der Verfasser: „Im Juli 1917 hatte der Kaiser, kraft Verfassung und Brauch, die Macht, den Mann an die Spitze der Regierung zu bringen, den er für geeignet hielt. Wäre seine Wahl auf eine Persönlichkeit gefallen, die aus Überzeugung die Reform des Wahlrechts und die Ablehnung von Annexionen vertrat, so hätte die Reichstagsmehrheit sich von diesem Kanzler führen lassen, ohne ihn durch mißtrauliche Kontrollmaßnahmen zu belästigen. Eine solche Lösung wäre keine vorübergehende Kriegsmäßnahme gewesen, sondern eine organische Entwicklung des Bismarckschen Verfassungswerks.“ — Wir möchten bezweifeln, daß ein solcher Mann damals gefunden werden konnte. Außerdem wäre es zu spät gewesen, um durch Zugeständnisse, die immer neue Forderungen nach sich gezogen hätten, sich eine sichere Reichstagsmehrheit zu schaffen. Der Grundfehler lag vielmehr darin, daß nicht gleich bei Kriegsbeginn ein Mann wie Fürst Bülow oder Großadmiral v. Tirpitz an die Spitze der Regierung berufen wurde, um den weltfremden und unentschlossenen Bethmann Hollweg abzulösen.

Prinz Max spricht sich mit Recht erbittert darüber aus, daß Österreich den Frieden suchte, ohne die gebührende Rücksicht auf seinen deutschen Verbündeten zu nehmen. Der von dort aus schon lange heimlich betriebene Verrat ist später in dem für uns gefährlichsten Augenblick offen zutage getreten. Bei der Übernahme der Kanzlerschaft skizzierte der Prinz das Programm, das er zu vertreten gedachte, mit den Kernsätzen: „Kein Friedensangebot — wohl aber deutlichste Profilamierung der Kriegsziele, die große Zugeständnisse an die Feinde enthalten konnte, dagegen Betonung der absoluten Entschlossenheit, bis zum Tode zu kämpfen, wenn entehrende Bedingungen gestellt würden.“ — Das klingt sehr schön, aber nicht die schon vorhandene Unter-

Im weiteren Verlauf seiner Darstellung schildert der Verfasser die durch den Zusammenbruch der bulgarischen Front geschaffene neue Lage und die Erörterungen, die diesem Ereignis folgten. Es würde zu weit führen, alle die Beratungen und politischen Kämpfe mitzuteilen, die das Kabinett durchzumachen hatte. Ein erfreuliches Bild entsteht daraus jedenfalls nicht. Wir wollen daher nur noch auf Vorgänge eingehen, die unsern völligen Zusammenbruch einleiteten. In einer Kabinettsitzung nach der Entlassung Ludendorffs forderte der Reichskanzler einen würdigeren Ton der an Wilson zu richtenden Note. Alle waren einverstanden, nur nicht Erzberger und Scheidemann (Seite 506). Bemerkenswert ist auch das Schreiben des Kaisers Karl an Kaiser Wilhelm, datiert vom 27. Oktober, das im Wortlaut mitgeteilt wird. „In treuer Freundschaft“ sagt der Österreicher dem Kaiser, daß er einen Sonderfrieden schließen wolle. Wie sagt doch das alte Wort: „Gott, schütze mich vor meinen Freunden, vor meinen Feinden will ich mich selbst schützen.“

Auf Seite 511 sagt Prinz Max, was er eigentlich schon früher hätte wissen müssen, daß seine Gedankengänge auf trügerischer Grundlage beruhten, wie er jetzt einjähre. Er fährt dann fort: „Die Geschichte wird mir den Vorwurf machen, ich hätte die Notwendigkeit der Abdankung (des Kaisers) nicht rechtzeitig erkannt. ... Mich hat nach dem Kriege ein Urteil von Max Weber schwer getroffen: Prinz Max habe, in dynastischer Sentimentalität befangen, die Wirklichkeiten der Situation nicht gesehen und kostbare Tage und Wochen verrinnen lassen. Ich gebe die gefühlsmäßige Trübung des Urteils zu, aber ich glaube, Max Weber tut meinen Beweggründen Unrecht; ich war von der Aufgabe erfüllt, den Kaiser mit dem Volk wieder zusammenzuführen; ich dachte dabei nicht minder an das Reich als an ihn. Die Nachfolge des Kronprinzen würde die Situation nicht erleichtern, sondern erschweren haben. Dann kam der Enkel und „wehe dem Volk, dessen König ein Kind ist“. Gerade eine reformierende Regierung braucht die ungebrochene Autorität des Staatsoberhauptes, soll sie nicht nur äußerlich ihren Willen in der Staatsmaschine durchsetzen, sondern auch passiven Widerstand überwinden können.“ — Der letzte Satz ist zutreffend, wie wir zur Genüge aus der Parteiwirtschaft der letzten Jahre erfahren haben, wo der passive Widerstand häufig ausschlaggebend war. Das Eingeständnis der trügerischen Grundlage seiner Gedankengänge aber rechtfertigt das, was wir zu Anfang dieses Aufsatzes über die Persönlichkeit des Prinzen gesagt haben.

Einer Täuschung gibt sich der Prinz hin, wenn er Seite 618 schreibt: „Ich aber halte heute noch daran fest: wenn der Kaiser den rettenden Weg gegangen wäre, den ich ihm wies — vor dem 8. (November) abends, ja bis zum 9. früh, ehe die Massen auf der Straße waren — dann hätten wir keine Revolution erlebt, auch keine Räterepublik, keinen Rapp-Bußch und keinen Erzberger-Mord. Es wäre mir vergönnt gewesen, Deutschland als Rechtsstaat in den Frieden hineinzuführen.“ — Wir bezweifeln die Richtigkeit dieser Anschauung und, wie jeder Unbefangene zugeben wird, mit Recht. Auch wenn der Kaiser, dem Rat des Prinzen folgend, vor der bezeichneten Stunde abgedankt hätte, wäre die Lage, angesichts der Vorgänge in Kiel, Hamburg, München usw. nicht mehr zu halten gewesen. Dort waren die Massen schon auf der Straße, und Berlin hätte der vorschreitenden Revolution nicht mehr gebieten können. Der Versuch, der Umstürzbewegung in diesem Augenblick noch das Wasser abzuräumen, mürkte schei-

wenden!

Prinz Max von Baden.

Prinz Max von Baden, dessen Name mit Vorgängen aus der trübsten Zeit Deutschlands eng verknüpft ist, hat zu seiner Rechtfertigung ein umfangreiches Werk unter dem Titel „Erinnerungen und Dokumente“ bei der Deutschen Verlagsanstalt in Stuttgart erscheinen lassen. Ein kurzer Auszug daraus ist unseren Lesern bereits bekannt. Das Lesen des Buches gehört zu den unerquicklichsten Aufgaben, da es noch einmal die Verfahrenheit und Furchtbarkeit der letzten Monate vor dem Ende des Weltkrieges aufrollt. Was die Persönlichkeit des Prinzen betrifft, muß man zugeben, daß die ihm gemachten Vorwürfe in mancher Hinsicht durch seine Veröffentlichung abgeschwächt werden. Die Fehler, die er gemacht hat und die von schwerwiegenden Folgen begleitet waren, liegen mehr darin, daß er seiner Stellung als Reichskanzler in der schwersten Zeit unseres Vaterlandes nicht gewachsen war. Er war vom besten Willen beseelt, ließ sich aber von den Verhältnissen treiben, anstatt sie zu meistern, und scheute vor einem energischen Eingreifen zurück, weil seine politischen Anschauungen, sein Gewissen, wie er sagt, es verboten. Er war nicht der Mann der Tat, sondern der des Hingögnens, und so ging der Augenblick verloren, in dem er vielleicht noch entscheidend hätte eingreifen können, wenn er den ganzen Mut der Verantwortung auf sich nehmen wollte. Seine Kraft reichte hierzu nicht aus, und so kann man mehr von dem tragischen Geschick sprechen, dem dieser Mann erlag, als von einer Schuld.

Sein Buch enthält manche Einzelheiten, die heute noch Interesse beanspruchen dürfen, so z. B. die Tatsache, daß Philipp Scheidemann am 29. Oktober 1918 die Abdankung des Kaisers forderte, weil wir dadurch einen günstigeren Frieden erhalten würden. Wie dieser bessere Friede aussieht, das fühlen wir seit acht Jahren an unserem eigenen Leibe. Es gehörte die gänzliche Unkenntnis der politischen Verhältnisse im In- und Auslande dazu, um mit einer solchen Begründung eine Maßregel zu fordern, deren Tragweite unabsehbar war.

Auf Seite 129 schreibt der Verfasser: „Im Juli 1917 hatte der Kaiser, kraft Verfassung und Brauch, die Macht, den Mann an die Spitze der Regierung zu bringen, den er für geeignet hielt. Wäre seine Wahl auf eine Persönlichkeit gefallen, die aus ihrer Berzeugung die Reform des Wahlrechts und die Ablehnung von Annexionen vertrat, so hätte die Reichstagsmehrheit sich von diesem Kanzler führen lassen, ohne ihn durch mißtrauliche Kontrollmaßnahmen zu belästigen. Eine solche Lösung wäre keine vorübergehende Kriegsmaßnahme gewesen, sondern eine organische Entwicklung des Bismarckschen Verfassungswerks.“ — Wir möchten bezweifeln, daß ein solcher Mann damals gefunden werden konnte. Außerdem wäre es zu spät gewesen, um durch Zugeständnisse, die immer neue Forderungen nach sich gezogen hätten, sich eine sichere Reichstagsmehrheit zu schaffen. Der Grundfehler lag vielmehr darin, daß nicht gleich bei Kriegsbeginn ein Mann wie Fürst Bülow oder Großadmiral v. Tirpitz an die Spitze der Regierung berufen wurde, um den weltfremden und unentschlossenen Bethmann Hollweg abzulösen.

Prinz Max spricht sich mit Recht erbittert darüber aus, daß Österreich den Frieden suchte, ohne die gebührende Rücksicht auf seinen deutschen Verbündeten zu nehmen. Der von dort aus schon lange heimlich betriebene Verrat ist später in dem für uns gefährlichsten Augenblick offen zutage getreten. Bei der Übernahme der Kanzlerschaft skizzierte der Prinz das Programm, das er zu vertreten gedachte, mit den Kernsätzen: „Kein Friedensangebot — wohl aber deutlichste Proklamierung der Kriegsziele, die große Zugeständnisse an die Feinde enthalten konnte, dagegen Betonung der absoluten Entschlossenheit, bis zum Tode zu kämpfen, wenn ehrenvolle Bedingungen gestellt würden.“ — Das klingt sehr schön, berücksichtigt aber nicht die schon vorhandene Unterwühlung jeder Autorität durch die sozialdemokratische Propaganda in der Heimat, in der Etappe, in den Schützengräben, die einen solchen Kampf aussichtslos erscheinen ließ.

Im weiteren Verlauf seiner Darstellung schildert der Verfasser die durch den Zusammenbruch der bulgarischen Front geschaffene neue Lage und die Erörterungen, die diesem Ereignis folgten. Es würde zu weit führen, alle die Beratungen und politischen Kämpfe mitzuteilen, die das Kabinett durchzumachen hatte. Ein erfreuliches Bild entsteht daraus jedenfalls nicht. Wir wollen daher nur noch auf Vorgänge eingehen, die unsern völligen Zusammenbruch einleiteten. In einer Kabinettsitzung nach der Entlassung Ludendorffs forderte der Reichskanzler einen würdigeren Ton der an Wilson zu richtenden Note. Alle waren einverstanden, nur nicht Erzberger und Scheidemann (Seite 506). Bemerkenswert ist auch das Schreiben des Kaisers Karl an Kaiser Wilhelm, datiert vom 27. Oktober, das im Wortlaut mitgeteilt wird. „In treuer Freundschaft“ sagt der Österreicher dem Kaiser, daß er einen Sonderfrieden schließen wolle. Wie sagt doch das alte Wort: „Gott, schütze mich vor meinen Freunden, vor meinen Feinden will ich mich selbst schützen.“

Auf Seite 511 sagt Prinz Max, was er eigentlich schon früher hätte wissen müssen, daß seine Gedankengänge auf trügerischer Grundlage beruhten, wie er jetzt einfähe. Er fährt dann fort: „Die Geschichte wird mir den Vorwurf machen, ich hätte die Notwendigkeit der Abdankung (des Kaisers) nicht rechtzeitig erkannt. ... Mich hat nach dem Kriege ein Urteil von Max Weber schwer getroffen: Prinz Max habe, in dynastischer Sentimentalität befangen, die Wirklichkeiten der Situation nicht gesehen und kostbare Tage und Wochen verrinnen lassen. Ich gebe die gefühlsmäßige Trübung des Urteils zu, aber ich glaube, Max Weber tut meinen Beweggründen Unrecht; ich war von der Aufgabe erfüllt, den Kaiser mit dem Volk wieder zusammenzuführen; ich dachte dabei nicht minder an das Reich als an ihn. Die Nachfolge des Kronprinzen würde die Situation nicht erleichtert, sondern erschwert haben. Dann kam der Enkel und „wehe dem Volk, dessen König ein Kind ist“. Gerade eine reformierende Regierung braucht die ungebrochene Autorität des Staatsoberhauptes, soll sie nicht nur äußerlich ihren Willen in der Staatsmaschine durchsetzen, sondern auch passiven Widerstand überwinden können.“ — Der letzte Satz ist zutreffend, wie wir zur Genüge aus der Parteiwirtschaft der letzten Jahre erfahren haben, wo der passive Widerstand häufig ausschlaggebend war. Das Eingeständnis der trügerischen Grundlage seiner Gedankengänge aber rechtfertigt das, was wir zu Anfang dieses Aufsatzes über die Persönlichkeit des Prinzen gesagt haben.

Einer Täuschung gibt sich der Prinz hin, wenn er Seite 618 schreibt: „Ich aber halte heute noch daran fest: wenn der Kaiser den rettenden Weg gegangen wäre, den ich ihm wies — vor dem 8. (November) abends, ja bis zum 9. früh, ehe die Massen auf der Straße waren — dann hätten wir keine Revolution erlebt, auch keine Räterepublik, keinen Kapp-Putsch und keinen Erzberger-Mord. Es wäre mir vergönnt gewesen, Deutschland als Rechtsstaat in den Frieden hineinzuführen.“ — Wir bezweifeln die Richtigkeit dieser Anschauung und, wie jeder Unbefangene zugeben wird, mit Recht. Auch wenn der Kaiser, dem Rat des Prinzen folgend, vor der bezeichneten Stunde abgedankt hätte, wäre die Lage, angesichts der Vorgänge in Kiel, Hamburg, München usw. nicht mehr zu halten gewesen. Dort waren die Massen schon auf der Straße, und Berlin hätte der vorschreitenden Revolution nicht mehr gebieten können. Der Versuch, der Umstürzbewegung in diesem Augenblick noch das Wasser abzuräumen, mußte schei-

menden!

tern. Die Verwirrung im Innern hätte es dem Prinzen unmöglich gemacht, Deutschland als Rechtsstaat in den Frieden hineinzuführen. Es war zu spät! Übrigens wollen wir nebenbei bemerken, daß der Prinz bei seiner Ankündigung der bevorstehenden Abdankung des Kaisers, die also tatsächlich noch nicht erfolgt war, nach einer telephonischen Mitteilung aus dem Hauptquartier handelte, die er in seinem Sinn auslegte. Er glaubte, den Sturm dadurch noch beschwören zu können. Es war höchst unvorsichtig, daß er nicht die formelle Abdankungserklärung abwartete, sondern auf Grund eines Gesprächs verkündete, was noch nicht fixiert vorlag. Auf den Gang der Ereignisse hat dieser Vorgang tatsächlich keinen Einfluß mehr gehabt. Der Stein, der einmal ins Rollen gekommen war, setzte seinen Weg mit wachsender Geschwindigkeit fort.

Die Übergabe der Regierung an Ebert ist von uns schon vor einigen Wochen in der Darstellung des Prinzen veröffentlicht worden. Wir wollen daher nicht weiter darauf eingehen und unsere Betrachtungen über das Buch des Prinzen abschließen. Was er darin geschildert hat, ist traurig, was er als eigene Gedanken hinzufügt, geht zum Teil von irrigen Anschauungen und Voraussetzungen aus. Aber er ist ernsthaft zu nehmen, denn er handelte aus Überzeugung, nur war die Hand zu schwach, um die Zügel des durchgehenden Gespanns zu halten. Seine größte Schuld liegt darin, daß er vielfach irrte. Böswilligkeit und Hinterlist jedoch lagen diesem Mann fern.

Berliner Tageblatt

Nr. 240

Die Grippe.

T. W. Obgleich wir die östlichen Handelsinstinkte der Deutschnationalen genügend kennengelernt haben, sind wir doch alle ein wenig erstaunt darüber gewesen, daß jetzt nach dem monarchischen Bekenntnis auch die Person des Monarchen selber zum Objekt eines eigentümlichen Geschäftes gemacht worden ist. Wenn nun jemand fragt, wie hoch die Deutschnationalen ihren Kaiser schätzen, so kann jeder antworten: um vier Ministerstühle und die Vorteile des Mitregierens behalten zu können, unterschreiben sie sein Verbannungsurteil, verriegeln sie ihm die Tür. Mancher von uns hat ja immer so seine besonderen Gedanken, wenn die braven Männer und Frauen die deutsche Treue besingen und, in Perlenstickerei oder Delbruck, an die Wand hängen, ganz als sei sie eine besondere, anderswo unbekannte, nur hier tief wurzelnde nationale Eigenart. Aber auch mit all unserem Skeptizismus haben wir nie angenommen, die treuen Triarier könnten einem Geleze zustimmen, das ihrem Kaiser die Rückkehr nach Deutschland untersagt. Es ist wahr, daß er ihnen nichts mehr geben kann, seit durch ihre Verblendung und ihren Haß gegen jede volkstümliche Reform seine Herrschaft zugrunde ging. „Joseph von seinen Brüdern verkauft“, Oper von Méhul, oder besser noch: „König Lear“.

Der letzte Kanzler des Kaiserreichs, Prinz Max von Baden, hat nun mit „Erinnerungen und Dokumenten“ ein dickes Buch gefüllt. Es ist wohl nötig, dieses Buch zu kennen, wenn man über den Sturz des Regimes mitreden will. Prinz Max wurde zu spät berufen, und daneben ist festzustellen, daß er sich oft zu spät zum richtigen Handeln entschlossen hat. Schlimmer noch ist, daß er häufig etwas wollte, was er nicht zu tun vermochte, und statt dessen das Ungewollte tat. Einmal zitiert er aus einem Aufsatz des englischen Historikers Headlam ausgezeichnete Bemerkungen über die deutschen Liberalen, die „ein Jahrhundert lang bereits geredet und Pläne gemacht“, und bei denen nur leider keine Energie und keine Initiative zu finden seien. In ihm selbst waren alle Züge dieses feinen, gebildeten Liberalismus vereint. Denjenigen, die nur seine Schwächen sehen, muß man immerhin entgegenhalten, daß er durch Blickweite und sittlichen Ernst den meisten Angehörigen der privilegierten Kasten unendlich überlegen war. Er kämpfte gegen den verderblichen U-Boot-Beschluß, warb rechtzeitig für die preussische Wahlrechtsreform, für den völligen Verzicht auf Belgien und alle Annexionen, und wartete, um sich zu diesen Notwendigkeiten zu bekennen, nicht erst, wie andere, die Stunde der Katastrophe ab. Allen, die noch nicht über die wahre Verantwortung aufgeklärt sind und denen Volksführer oder kenntnislose Nachschwäger in der Presse und auf den Kathedern die Historie erläutern, sollte man vorlesen, wie er sich verzweifelt dagegen wehrte, Wilsons vierzehn Punkte anzunehmen, um Waffenstillstand zu bitten und so, mit diesen unwiderrufbaren Ankündigungen, seine Kanzlerschaft zu beenden. Er wollte so nicht Kanzler werden, war mit Eolf und Max Warburg — diesen „Flaumachern“ — einig im Mißtrauen gegen die Wilsonsche Vermittelung, prophezeite alle unheilvollen Folgen der überstürzten, plötzlichen Unterwerfung und wurde doch von der Obersten Heeresleitung und von all den großartigen Militärs, die heute mit einem Achselzucken an ihm vorbeigehen und damals den Kopf verloren hatten, gezwungen, die Generalsbitte, das Waffenstillstandsgeheiß, mit seinem Namen zu decken — man setzte ihm, wie der Major v. d. Bussche, ein Abgesandter Sudendorffs, es fernig ausdrückte, „die eiserne Faust ins Gesicht“. Unbestreitbar beging er einen großen Fehler, als er nachgab und nicht den Herren selber die Unterzeichnung der Witzschrift überließ. Sein zweiter großer Fehler war, daß er sich nicht mutig an die Kaiserfrage herantraute, als bereits Inaor sehr

Sie auch davon?“ Ich antwortete, ich wüßte es selbstverständlich, alle klarsehenden Menschen in Deutschland hielten die Abdankung für unvermeidlich, und wenn sie nicht schnell, vor dem fatalen Friedensschluß, erfolge, werde es zu einer weit schwereren Krise kommen. Das Volk werde dem Kaiser und der Monarchie jedes Stück Land, das man uns nehme, aufs Konto setzen und darüber könne das Reich in die Brüche gehen. Besser sei es, das Notwendige jetzt zu tun, und der Reichskanzler habe die peinliche Aufgabe, dem schlecht unterrichteten Wilhelm II. die Dinge richtig darzustellen. Prinz Max von Baden sagte nicht nein und nicht ja, fragte, wer denn Regent werden solle, da man die Thronbesteigung des Kronprinzen doch erst recht nicht wünsche, und meinte, für ihn, den Verwandten des Kaiserhauses, sei jeder Schritt in dieser Frage besonders delikats. Er sprach wie einer, der viel über die Dinge

nachgedacht hat, aber einen Entschluß nicht fassen kann. Konrad Haußmann erklärte mir, als wir zusammen das Palais verließen, er habe absichtlich, um mich zu einer offenen Äußerung zu veranlassen, die bayerischen Forderungen erwähnt. In seinem Buche gibt der Prinz zu, daß er den rechten Augenblick versäumt habe, und wehrt sich nur mit einer müden Geste gegen den von Max Weber erhobenen Vorwurf, er habe, „in dynastischer Sentimentalität befangen, die Wirklichkeiten der Situation nicht gesehen.“ Am 28. Oktober kam dann der General v. Chelius, ehemaliger Flügeladjutant, mit der flehenden Bitte zu ihm, vom Kaiser die Abdankung zu verlangen. Nun wurde dem Hausminister Graf August Cullenburg und dem Oberhofprediger v. Drhander nahegelegt, mit milder Rede das Monarchenherz nachgiebig zu stimmen, aber alle weigerten sich, auch Chelius verlor die Courage, und das Ergebnis war, daß Wilhelm II., von seinen Hofschranzen beraten, am nächsten Tage heimlich Berlin verließ, wie einst Ludwig XVI. und Marie-Antoinette aus Paris geflüchtet waren, und sich nach Spa, in das Hauptquartier, begab.

In seinen Aufzeichnungen vermerkt Prinz Max von Baden, daß der Unterstaatssekretär Wahnschaffe ihm am 2. November mitgeteilt habe, er habe mit mir eingehend über die Gefahr gesprochen, die sich aus einer Verschärfung der Kaiserkrise ergeben könnte, und ich habe für diese Ansicht „Verständnis“ gezeigt. Diese Mitteilung ist teilweise richtig, entbehrt aber der Vollständigkeit. Am 2. November ließ mich Herr Wahnschaffe in seinem Auto zu sich holen, sprach sich wieder, wie schon einige Male, über die Kaiserfrage aus und verbarg kaum, daß Wilhelm II. nicht daran denke, ein Opfer zu bringen. Als er versicherte, der Kaiser werde „in einigen Tagen“ nach Berlin zurückkehren, entgegnete ich, das sei recht unwahrscheinlich und niemand glaube daran. Auf die Frage Wahnschaffes, was denn geschehen könne, gestattete ich mir, zu bemerken, daß der Kaiser vielleicht ein Telegramm an Wilson, oder an die Ententemächte,

richten und darin sagen sollte, die Regierung, hinter der jetzt die Mehrheit des deutschen Volkes stehe, habe entschieden, daß die Waffenstillstandsbedingungen nicht annehmbar seien. Er, Wilhelm, sei, falls die Bedingungen dann gemildert würden, zur Abdankung bereit. Entweder würden Wilson und die Ententemächte den Vorschlag annehmen, und dann gehe der Kaiser ohne Demütigung, in guter Positur. Oder sie würden ablehnen, da es nun zu spät sei, und dann würde man vielleicht, unter diesem Eindruck, den Ausbruch der Krise vorläufig hinauszögern können. Allerdings nur vorläufig, denn kommen werde sie bestimmt. Herr Wahnschaffe fand das alles „sehr beachtenswert“, mußte mir aber bald darauf mitteilen, man weise in der Umgebung des Monarchen jede Idee, die auch nur im entferntesten mit einem Thronverzicht zusammenhänge, mit Entschiedenheit zurück. In jenen Tagen wollten auch die meisten derjenigen, die keinen Wechsel der Person, sondern schon den Wechsel der Staatsform ertritten, nicht dem Beispiel des Prinzen Max folgen, nicht der besiegten Monarchie die Gatt

Die Grippe.

T. W. Obgleich wir die östlichen Handelsinstinkte der Deutschenationalen genügend kennengelernt haben, sind wir doch alle ein wenig erstaunt darüber gewesen, daß jetzt nach dem monarchischen Bekenntnis auch die Person des Monarchen selber zum Objekt eines eigentümlichen Geschäftes gemacht worden ist. Wenn nun jemand fragt, wie hoch die Deutschenationalen ihren Kaiser schätzen, so kann jeder antworten: um vier Ministerfröge und die Vorteile des Mitregierens behalten zu können, unterschreiben sie sein Verbannungsurteil, verriegeln sie ihm die Tür. Mancher von uns hat ja immer so seine besonderen Gedanken, wenn die braven Männer und Frauen die deutsche Treue befragen und, in Perlenstickerei oder Delbdruck, an die Wand hängen, ganz als sei sie eine besondere, anderswo unbekannte, nur hier tief wurzelnde nationale Eigenart. Aber auch mit all unserem Skeptizismus haben wir nie angenommen, die treuen Triarier könnten einem Geleß zustimmen, das ihrem Kaiser die Rückkehr nach Deutschland untersagt. Es ist wahr, daß er ihnen nichts mehr geben kann, seit durch ihre Verblendung und ihren Haß gegen jede vollstümliche Reform seine Herrschaft zugrunde ging. „Joseph von seinen Brüdern verkauft“, Oper von Méhul, oder besser noch: „König Lear“.

Der letzte Kanzler des Kaiserreichs, Prinz Max von Baden, hat nun mit „Erinnerungen und Dokumenten“ ein dickes Buch gefüllt. Es ist wohl nötig, dieses Buch zu kennen, wenn man über den Sturz des Regimes mitreden will. Prinz Max wurde zu spät berufen, und daneben ist festzustellen, daß er sich oft zu spät zum richtigen Handeln entschlossen hat. Schlimmer noch ist, daß er häufig etwas wollte, was er nicht zu tun vermochte, und statt dessen das Unerwollte tat. Einmal zitiert er aus einem Aufsatz des englischen Historikers Headlam ausgezeichnete Bemerkungen über die deutschen Liberalen, die „ein Jahrhundert lang bereits geredet und Pläne gemacht“, und bei denen nur leider keine Energie und keine Initiative zu finden seien. In ihm selbst waren alle Züge dieses feinen, gebildeten Liberalismus vereint. Denjenigen, die nur seine Schwächen sehen, muß man immerhin entgegenhalten, daß er durch Blickweite und sittlichen Ernst den meisten Angehörigen der privilegierten Kasten unendlich überlegen war. Er kämpfte gegen den verderblichen U-Boot-Beschluß, warb rechtzeitig für die preußische Wahlrechtsreform, für den völligen Verzicht auf Belgien und alle Annexionen, und wartete, um sich zu diesen Notwendigkeiten zu bekennen, nicht erst, wie andere, die Stunde der Katastrophe ab. Allen, die noch nicht über die wahre Verantwortung aufgeklärt sind und denen Volksführer oder kenntnislose Nachschwäger in der Presse und auf den Rathedern die Historie erläutern, sollte man vorlesen, wie er sich verzweifelt dagegen wehrte, Wilsons vierzehn Punkte anzunehmen, um Waffenstillstand zu bitten und so, mit diesen unwiderrufbaren Ankündigungen, seine Kanzlerschaft zu beenden. Er wollte so nicht Kanzler werden, war mit Solf und Max Warburg — diesen „Flaumachern“ — einig im Mißtrauen gegen die Wilsonsche Vermittlung, prophezeite alle unheilvollen Folgen der überstürzten, plötzlichen Unterwerfung und wurde doch von der Obersten Seeresleitung und von all den großartigen Militärs, die heute mit einem Achselzucken an ihm vorbeigehen und damals den Kopf verloren hatten, gezwungen, die Generalsbitte, das Waffenstillstandsgesuch, mit seinem Namen zu decken — man setzte ihm, wie der Major v. d. Büsche, ein Abgesandter Ludendorffs, es fernig ausdrückte, „die eiserne Faust ins Genick“. Unbestreitbar beging er einen großen Fehler, als er nachgab und nicht den Herren selber die Unterzeichnung der Bittschrift überließ. Sein zweiter großer Fehler war, daß er sich nicht mutig an die Kaiserfrage herantraute, als bereits sogar sehr vielen Konservativen die Abdankung unvermeidbar schien. Am 22. Oktober 1918 lud er mich ein, ihn zu besuchen, und um die Mittagsstunde gingen er, Konrad Haußmann und ich im Park des Kanzlerpalais spazieren, immer um die Rasenfläche herum. Nachdem viel über eine Note an Wilson und über die neue Reichstagsrede des Prinzen gesprochen worden war — ihm selber mißfiel sie —, sagte Haußmann, die bayerische Presse fordere in sehr heftigen Artikeln den Kaiser zum Rücktritt auf. Der Prinz fragte mich: „Wissen

Sie auch davon?“ Ich antwortete, ich wüßte es selbstverständlich, alle klarsehenden Menschen in Deutschland hielten die Abdankung für unvermeidlich, und wenn sie nicht schnell, vor dem fatalen Friedensschluß, erfolge, werde es zu einer weit schwereren Krise kommen. Das Volk werde dem Kaiser und der Monarchie jedes Stück Land, das man uns nehme, aufs Konto setzen und darüber könne das Reich in die Brüche gehen. Besser sei es, das Notwendige jetzt zu tun, und der Reichskanzler habe die peinliche Aufgabe, dem schlecht unterrichteten Wilhelm II. die Dinge richtig darzustellen. Prinz Max von Baden sagte nicht nein und nicht ja, fragte, wer denn Regent werden solle, da man die Thronbestätigung des Kronprinzen doch erst recht nicht wünsche, und meinte, für ihn, den Verwandten des Kaiserhauses, sei jeder Schritt in dieser Frage besonders delikats. Er sprach wie einer, der viel über die Dinge

nachgedacht hat, aber einen Entschluß nicht fassen kann. Konrad Haußmann erklärte mir, als wir zusammen das Palais verließen, er habe absichtlich, um mich zu einer offenen Äußerung zu veranlassen, die bayerischen Forderungen erwähnt. In seinem Buche gibt der Prinz zu, daß er den rechten Augenblick veräumt habe, und wehrt sich nur mit einer müden Geste gegen den von Max Weber erhobenen Vorwurf, er habe, „in dynastischer Sentimentalität befangen, die Wirklichkeiten der Situation nicht gesehen.“ Am 28. Oktober kam dann der General v. Helldorf, ehemaliger Flügeladjutant, mit der flehenden Bitte zu ihm, vom Kaiser die Abdankung zu verlangen. Nun wurde dem Hausminister Graf August Eulenburg und dem Oberhofprediger v. Dryander nahegelegt, mit milder Rede das Monarchenherz nachgiebig zu stimmen, aber alle weigerten sich, auch Helldorf verlor die Courage, und das Ergebnis war, daß Wilhelm II., von seinen Hofschranzen beraten, am nächsten Tage heimlich Berlin verließ, wie einst Ludwig XVI. und Marie-Antoinette aus Paris geflüchtet waren, und sich nach Spa, in das Hauptquartier, begab.

In seinen Aufzeichnungen vermerkt Prinz Max von Baden, daß der Unterstaatssekretär Wahnschaffe ihm am 2. November mitgeteilt habe, er habe mit mir eingehend über die Gefahr gesprochen, die sich aus einer Verschärfung der Kaiserkrise ergeben könnte, und ich habe für diese Ansicht „Verständnis“ gezeigt. Diese Mitteilung ist teilweise richtig, entbehrt aber der Vollständigkeit. Am 2. November ließ mich Herr Wahnschaffe in seinem Auto zu sich holen, sprach sich wieder, wie schon einige Male, über die Kaiserfrage aus und verbarg kaum, daß Wilhelm II. nicht daran denke, ein Opfer zu bringen. Als er versicherte, der Kaiser werde „in einigen Tagen“ nach Berlin zurückkehren, entgegnete ich, das sei recht unwahrscheinlich und niemand glaube daran. Auf die Frage Wahnschaffes, was denn geschehen könne, gestattete ich mir, zu bemerken, daß der Kaiser vielleicht ein Telegramm an Wilson, oder an die Ententemächte,

richten und darin sagen sollte, die Regierung, hinter der jetzt die Mehrheit des deutschen Volkes stehe, habe entschieden, daß die Waffenstillstandsbedingungen nicht annehmbar seien. Er, Wilhelm, sei, falls die Bedingungen dann gemildert würden, zur Abdankung bereit. Entweder würden Wilson und die Ententemächte den Vorschlag annehmen, und dann gehe der Kaiser ohne Demütigung, in guter Positur. Oder sie würden ablehnen, da es nun zu spät sei, und dann würde man vielleicht, unter diesem Eindruck, den Ausbruch der Krise vorläufig hinauszögern können. Allerdings nur vorläufig, denn kommen werde sie bestimmt. Herr Wahnschaffe fand das alles „sehr beachtenswert“, mußte mir aber bald darauf mitteilen, man weise in der Umgebung des Monarchen jede Idee, die auch nur im entferntesten mit einem Thronverzicht zusammenhänge, mit Entschiedenheit zurück. In jenen Tagen wollten auch die meisten derjenigen, die keinen Wechsel der Person, sondern schon den Wechsel der Staatsform erstrebten, nicht dem Beispiel des Prinzen Max folgen, nicht der besiegten Monarchie die Last des Friedensschlusses abnehmen, und sogar Scheidemann war, wie aus dem Prinzenbuche hervorgeht, noch am 3. November für eine Fristverlängerung und bot seine Mitwirkung bei der Besänftigung der erregten Geister an. Am 9. November verendete das Kaiserthum durch seine eigene Unvernunft, „Max fiel durch Ajax' Hand“.

wenden!

Die Deutschnationalen haben jetzt ihrem angestammten Herrscher gegenüber ebenso undankbar gehandelt, wie schon immer gegenüber dem Prinzen Max von Baden, der ihnen und dem General Ludendorff gestattete, weiter die schwarz-weißrote Fahne heldenhaft zu schwingen, und, gedrängt und gestoßen, statt ihrer mit der weißen Fahne zum Feinde ging. Da ein solches Lear-Drama das Mitgefühl wachruft, wollen wir wenigstens dem ehemaligen Kaiser geben, was, nach dem alten Untertanenspruch, des Kaisers, ist. Ich für mein Teil habe nie viel Geschmach daran gefunden, daß man dem Monarchen hinhält, er sei am 9. November nach Holland geflohen. Gewiß kann man es eine Flucht nennen, aber diese Flucht war doch die denkbar beste und allen, die einen Bürgerkrieg vermeiden wollten, damals sehr willkommen. Republikaner haben auch keinen Grund, es tadelnswert zu nennen, daß Wilhelm II. nicht, wie Max Piccolomini, das Loß des Schönen auf der Erde suchend, sich den feindlichen Regimentern entgegenwarf. Dieser theatralische Aufschluß hätte dem Volke nichts nützen können, und bis in unabsehbare Zeiten hinein hätten die monarchistischen Troubadoure einen solchen heroischen Balladenstoff verarbeitet, hätten die künstlerischen Erben der wilhelminischen „Renaissance“ die Szene für Wohnzimmer und Küche gemalt. Nein, wir wollen nicht Anklagen erheben, die ungerecht sind. Daß Wilhelm II. am 9. November sich auf das holländische Gebiet begab, müssen wir entschuldigen, und die wirkliche Flucht, die Flucht vor männlicher Aussprache, Verantwortung und Entscheidung, erfolgte, als er am 29. Oktober, unter falschen Angaben — „nur für vier oder fünf Tage“ und weil „die Oberste Heeresleitung es aus militärischen Gründen verlange“ — heimlich Berlin verließ. Prinz Max, der in jenen Tagen gerade eine Grippe überstanden hatte, erzählt, wie ihm die Nachricht überbracht wurde, daß der Kaiser sofort abreisen werde, und wie er, aufs äußerste entsetzt, an das Telephon eilte und eine Audienz bei Wilhelm erbat. Der Kaiser erwiderte telephonisch, er könne den eben von der Grippe genesenen Reichskanzler nicht empfangen, denn seine Leibärzte hätten ihn vor der Ansteckungsgefahr gewarnt. Man weiß, daß Wilhelm II. die Nähe der Krankenzimmer und der Bazillen sorgfältig mied. Er griff in der Schicksalsstunde Deutschlands zu dem für ihn natürlichen Vorwand, daß er nicht den Besuch des Reichskanzlers annehmen dürfe, der imstande war, ihm den Schnupfen zu bringen. Das Republikanhuggesetz, angewendet durch antirepublikanische Richter, und der von den Deutschnationalen gebilligte Kaiserparagraph haben für uns nur noch einen symbolischen Wert. Es ist uns stets klar gewesen, daß Wilhelm II. nicht beabsichtige, in ein Land zurückzukehren, in dem die republikanische Grippe herrscht.

Vossische Zeitung (Berlin)

Nr. 164

Prinz Max 60 Jahre

Des Kaiserreichs letzter Kanzler — des Großherzogtums letzter Thronerbe.

Noch vor wenigen Jahren pflegte jede öffentliche Stimme, die dem Prinzen Maximilian Alexander Friedrich Wilhelm von Baden galt, damit zu beginnen, die Großherzogliche Hoheit vorzustellen als den Mann, „dem aller Wahrscheinlichkeit nach einst der badische Thron zufallen“ werde. Das Geschick hat es gefügt, daß an den Vorgängen, welche diese Wahrscheinlichkeit zunichte machten, der Prinz selbst hervorragenden Anteil nahm. Der Dynast, der heute das sechste Lebensjahrzehnt vollendet, wird niemals als regierender Großherzog von Baden, stets nur wie jetzt als „vorm. Reichskanzler und preuß. Minister der ausw. Angelegenheiten“ im Gothaer Hofkalender verzeichnet sein, auch wenn einmal er als Chef das Haus Baden, das man Jährlingen nennt, repräsentieren wird. Eine merkwürdige Blutmischung, dieses Haus! Die von Napoleons Gnaden großherzogliche Dynastie nahm eine Prinzessin aus Napoleons Familie in ihre Reihen als Großherzogin auf, und die Mutter des Prinzen Max ist eine Prinzessin Romanowsky, Herzogin von Leuchtenberg, aus dem Hause Beauharnais, dem Napoleons erste Frau entstammte. Die Jährlinger Enie selbst aber ist eine Seitenlinie, die Hochbergs, aus der morganatischen Ehe des Großherzogs Karl Friedrich mit einer Geier von Geiersberg. Das Blut der Waja von Schweden kam hinzu, und Prinz Max selbst hat eine Welfenprinzessin heimgeführt. Wie im alten Kaiserreich die Dinge lagen, bedeutete das alles eine gewisse Belastung des Verhältnisses zum Berliner Hofe. Alter badischer Tradition entsprechend, ging Prinz Max, nachdem er in Karlsruhe das Gymnasium, in Freiburg die Universität absolviert hatte, als Dr. jur. in preußische Heeresdienste. Bei den Gardetruppiere war er Major, und 1910, als der 43jährige den Abschied nahm, war er Generalmajor und Brigadeführer. Militärisch war Prinz Max nie, und als er am 5. Oktober 1918 den schweren Gang vor den Reichstag als

erster Kanzler des Parlamentarismus antreten mußte, fiel es ihm leicht, dem Räte seiner Umgebung zu folgen und an Stelle des Generalrodes das schwarze Bürgerkleid anzulegen. Im Kriege blieb Prinz Max nur kurze Zeit beim Stabe des 14. Armee Korps draußen. Seine nicht sehr gefestigte Gesundheit zwang ihn bald zur Rückkehr in die Heimat, wo er bald in der Caritas, namentlich der Fürsorge für die Kriegsgefangenen, eine vornehme Rolle spielte, die ihm auch im feindlichen Ausland berechtigten Ruf verschaffte. Dabei fand er Fühlung mit dem sehr bemerkenswerten Kreise, der sich um den Obersten v. Haefen, den Beauftragten der Obersten Heeresleitung bei der Reichsleitung, in Berlin gesammelt hatte. Ein Kreis, der mit schwerer Sorge die Entwicklung beobachtete und unablässig Wege suchte, die Katastrophe abzuwenden.

Durch seine süddeutschen Landsleute Hauffmann und Fehrenbach wurde Prinz Max den Parlamentariern nahegebracht, und als im Juli 1917 Bethmann Hollweg ging, tauchte bereits die Kanzler-Kandidatur des Prinzen Max auf, verstärkt wenige Monate danach, bei dem Sturze Michaelis', aber erst nach Hertlings Abgang kam seine Stunde. Sie kam zu spät. Prinz Max hatte der Kanzler des Friedens, nicht der Kanzler der Unterwerfung sein wollen. Er sträubte sich bis zuletzt gegen Ludendorffs Forderung, sofortigen Waffenstillstand zu erbitten. Vergebens! Nach außen mußte er vor den Alliierten weichen, nach innen das alte Regime liquidieren zugunsten des erstrebten Volkstums, das man als „kanalisierte Revolution“ bezeichnete, und dabei hatte er das Vertrauen seines kaiserlichen Veters, dessen Interessen er bereits 1913 durch die Vermittlung der braunschweigischen Heirat, die Versöhnung zwischen Hohenzollern und Welfen, gedient hatte, völlig verloren. Wilhelm II. entwich ins Hauptquartier, ließ sich nicht mehr sprechen und verweigerte die rechtzeitige Abdankung. Bis auch hier für die Dynastie alles zu spät war, bis Ebert in der Reichskanzler erschien und im Interesse des Reiches dem Prinzen Max die Zügel aus der Hand nahm.

Die fünf Wochen Kanzlerschaft sind das größte Opfer, das der Prinz seinem Lande und der Nation bringen konnte. Raum läßt sich ein größeres denken! Er hat seinen Namen, seinen Ruf und seine Ehre darangesetzt. Er hat gewagt, nicht an sich, nur an das Ganze denkend. Sein Wollen war rein. Seine Kraft freilich war unzulänglich, sein Erkennen nicht immer richtig geleitet. In wahrhaft vornehmer Zurückhaltung hat er neun Jahre zu den schweren Angriffen, die man — auch sein kaiserlicher Vetter, — gegen ihn richtete, geschwiegen. In Salem am Bodensee hielt er nicht Hof, sondern Schule. Mit seinem Vertrauten, Kurt Hahn, hat er unter Beihilfe des Historikers Onken das Buch vollendet, das vor kurzem erschienen ist („Erinnerungen und Dokumente“) und berechtigtes Aufsehen machte. Auch dies Buch kein Angriff, keine Verteidigung, nur eine Rechenschaft.

Die Geschichte wird auch über den Prinzen Max zu urteilen haben. Deutsches Reich und deutsche Nation, das darf man schon jetzt sagen, könnten froh sein, es wären mehr Dynasten so gewesen wie dieser Jährlinger

C. M.

The Times (London)

№ 45004

PRINCE MAX OF
BADEN.GERMANY UNDER
DEFEAT.

THE MEMOIRS OF PRINCE MAX OF BADEN.
Translated by W. M. CALDER and
C. W. H. SUTTON. Two Volumes.
(Constable. 42s. net.)

When at the beginning of October, 1918, Prince Max of Baden accepted the post of German Chancellor, his name was little known outside his own country; but no one could doubt that nothing but a high sense of public duty had influenced him, a member of the most liberal and respected of German ducal families and heir to the throne, in undertaking the well-nigh desperate task of guiding Germany through the dangers of defeat already acknowledged and revolution, the inevitable consequence of defeat.

During the first two years of the War the Prince had been chiefly occupied with the care of prisoners of war. He desired to show that war did not mean "a moratorium on the Sermon on the Mount." This led him to inquire into the state of mind in enemy countries, and he was quickly drawn on to attempt to stop the War by an "agreed peace." At first family connexions directed his efforts towards Russia; about these he is still discreetly and tantalizingly reticent, but soon his attention was turned to England. For two years Prince Max, with a group of friends, worked incessantly at this task; as they saw, and rightly saw, the essential thing was that a firm, clear, and unequivocal statement should be made about Belgium. Again and again the opportunity was given; in every discussion about war aims the German Government was asked "What about Belgium?" Mr. Asquith, Lord Lansdowne, Mr. Lloyd George all addressed the same categorical question, as did President Wilson and the Pope. What was more obvious than that, if the political as distinct from the military situation of Germany was to be restored, the first thing necessary was a pledge, open, public, irrevocable, that the first result of a German victory would be the full restoration of Belgium? Such a declaration Prince Max and his friends tried to secure, but in vain. The Supreme Command were opposed; Ludendorff wished to keep Liège, Tirpitz the Belgian coast, and none of the politicians dared to challenge the General Staff even on a political question. The Prince blames the politicians more than the soldiers; at the end of 1917 Ludendorff, who was not hopeful, asked for a "political offensive" against "the British home front" as a preparation for the great military offensive. Then was the opportunity for the Chancellor to make the counter-demand: "If we are to have an effective political offensive, you must allow us to make the declaration on Belgium—otherwise we will do nothing." Prince Max believes that the Supreme Command would have agreed; but this counter-demand was never made. As usual, the civil Government did nothing.

Kühlmann, indeed, agreed that the complete restoration of Belgian independence would be necessary, but he was opposed to a public declaration. "He was crippled by the diplomatic dogma that a pawn should never be cheapened before negotiations began, and he hoped to bring about negotiations by the tried methods of secret diplomacy." As we know from other sources, he was always credulous that he would be able to start secret conversations with England, but, as Prince Max says: "Every German feeler led in the end to Lloyd George, and Lloyd George wanted war." Which is another way of saying that England had a strong, resolute Government that on one point was always united; they knew what they wanted and believed they would attain it; not, as Prince Max says, the "destruction of Germany," but the "defeat of Germany"—which is a very different thing. In this never throughout the worst days of the War was there any wavering.

Had power in Germany been in the hands of men like Prince Max it would have been different; but then there would have been no war. Many had hoped that he would be chosen to succeed Michaelis; instead, Hertling was selected, at a time when, above all, was wanted an active man with vigour and initiative, a tired octogenarian; his only recommendation was that he could "manage the Reichstag"; what was wanted was a man who could govern and lead the nation. A year was to elapse before the Prince got his chance—and then it was too late. The precious weeks after the failure of the great offensive had been allowed to pass unused; peace overtures were necessary, all were agreed, but they would wait till the military situation had improved. It never improved; disaster succeeded disaster. It was at 4 a.m. on October 1 that he arrived in Berlin to assume office; he was met by the news that the Supreme Command, who had consistently obstructed every political move, now, without warning, demanded an armistice in 24 hours.

The peace offer of December, 1916, the July resolution, Kühlmann's speech, every official peace feeler up to now, had horrified the Supreme Command, because peace feelers "strengthened the enemy moral and weakened ours." If that was true, then the projected cry of distress must result in our Army of millions throwing down its arms while the enemy pack dashed triumphantly in to the kill.

He asked for a month, for a fortnight, to make his plans and prepare the way; they were refused; he wished to resign, but he found that if he did no good would result. The catastrophic surrender would still be made; so he took the burden on his shoulders and for 40 days did the best he could, on the one hand, to carry on the negotiations, on the other to avert by rapid constitutional reforms the impending Revolution. The whole story is told in detail; much we already know, but his narrative shows more clearly the difficulties with which he had to contend. He was not even master in his own house; his Cabinet contained representatives of three parties; none of the leaders would take any important decision without consulting their party; and, finally, the Emperor, by his fatal blindness and procrastination, refused to abdicate when by so doing he might still have saved the

PRINCE MAX OF BADEN.

GERMANY UNDER DEFEAT.

THE MEMOIRS OF PRINCE MAX OF BADEN.
Translated by W. M. CALDER and
C. W. H. SUTTON. Two Volumes.
(Constable. 42s. net.)

When at the beginning of October, 1918, Prince Max of Baden accepted the post of German Chancellor, his name was little known outside his own country; but no one could doubt that nothing but a high sense of public duty had influenced him, a member of the most liberal and respected of German ducal families and heir to the throne, in undertaking the well-nigh desperate task of guiding Germany through the dangers of defeat already acknowledged and revolution, the inevitable consequence of defeat.

During the first two years of the War the Prince had been chiefly occupied with the care of prisoners of war. He desired to show that war did not mean "a moratorium on the Sermon on the Mount." This led him to inquire into the state of mind in enemy countries, and he was quickly drawn on to attempt to stop the War by an "agreed peace." At first family connexions directed his efforts towards Russia; about these he is still discreetly and tantalizingly reticent, but soon his attention was turned to England. For two years Prince Max, with a group of friends, worked incessantly at this task; as they saw, and rightly saw, the essential thing was that a firm, clear, and unequivocal statement should be made about Belgium. Again and again the opportunity was given; in every discussion about war aims the German Government was asked "What about Belgium?" Mr. Asquith, Lord Lansdowne, Mr. Lloyd George all addressed the same categorical question, as did President Wilson and the Pope. What was more obvious than that, if the political as distinct from the military situation of Germany was to be restored, the first thing necessary was a pledge, open, public, irrevocable, that the first result of a German victory would be the full restoration of Belgium? Such a declaration Prince Max and his friends tried to secure, but in vain. The Supreme Command were opposed; Ludendorff wished to keep Liège, Tirpitz the Belgian coast, and none of the politicians dared to challenge the General Staff even on a political question. The Prince blames the politicians more than the soldiers; at the end of 1917 Ludendorff, who was not hopeful, asked for a "political offensive" against "the British home front" as a preparation for the great military offensive. Then was the opportunity for the Chancellor to make the counter-demand: "If we are to have an effective political offensive, you must allow us to make the declaration on Belgium—otherwise we will do nothing." Prince Max believes that the Supreme Command would have agreed; but this counter-demand was never made. As usual, the civil Government did nothing.

Kühlmann, indeed, agreed that the complete restoration of Belgian independence would be necessary, but he was opposed to a public declaration. "He was crippled by the diplomatic dogma that a pawn should never be cheapened before negotiations began, and he hoped to bring about negotiations by the tried methods of secret diplomacy." As we know from other sources, he was always credulous that he would be able to start secret conversations with England, but, as Prince Max says: "Every German feeler led in the end to Lloyd George, and Lloyd George wanted war." Which is another way of saying that England had a strong, resolute Government that on one point was always united; they knew what they wanted and believed they would attain it; not, as Prince Max says, the "destruction of Germany," but the "defeat of Germany"—which is a very different thing. In this never throughout the worst days of the War was there any wavering.

Had power in Germany been in the hands of men like Prince Max it would have been different; but then there would have been no war. Many had hoped that he would be chosen to succeed Michaelis; instead, Hertling was selected, at a time when, above all, was wanted an active man with vigour and initiative, a tired octogenarian; his only recommendation was that he could "manage the Reichstag"; what was wanted was a man who could govern and lead the nation. A year was to elapse before the Prince got his chance—and then it was too late. The precious weeks after the failure of the great offensive had been allowed to pass unused; peace overtures were necessary, all were agreed, but they would wait till the military situation had improved. It never improved; disaster succeeded disaster. It was at 4 a.m. on October 1 that he arrived in Berlin to assume office; he was met by the news that the Supreme Command, who had consistently obstructed every political move, now, without warning, demanded an armistice in 24 hours.

The peace offer of December, 1916, the July resolution, Kühlmann's speech, every official peace feeler up to now, had horrified the Supreme Command, because peace feelers "strengthened the enemy moral and weakened ours." If that was true, then the projected cry of distress must result in our Army of millions throwing down its arms while the enemy pack dashed triumphantly in to the kill.

He asked for a month, for a fortnight, to make his plans and prepare the way; they were refused; he wished to resign, but he found that if he did no good would result. The catastrophic surrender would still be made; so he took the burden on his shoulders and for 40 days did the best he could, on the one hand, to carry on the negotiations, on the other to avert by rapid constitutional reforms the impending Revolution. The whole story is told in detail; much we already know, but his narrative shows more clearly the difficulties with which he had to contend. He was not even master in his own house; his Cabinet contained representatives of three parties; none of the leaders would take any important decision without consulting their party; and, finally, the Emperor, by his fatal blindness and procrastination, refused to abdicate when by so doing he might still have saved the Monarchy and the unity of the nation.

The Manchester Guardian

Nr. 25633

TEN YEARS AGO.

The Chancellorship of
Prince Max of Baden.

It is just ten years from the month in which the last Chancellor of the German Empire, Prince Max of Baden, made a despairing effort to save the fabric of that Germany which set out in 1914 on the adventure of a "fresh and joyous" war. The last representative of an old order of things generally gets badly handled by critics on both sides—think of Kerensky in Russia or Karolyi in Hungary. Prince Max's memoirs* are written in a defensive intent, to show what a fearful tangle it was his task to unravel, and how nearly he succeeded in pulling it off better than he did. "Good but weak" is the general judgment on Prince Max, and he himself only modifies it to "Good but not strong enough." All the same, he makes it pretty clear that anyone who had been strong enough would have been a statesman of supreme genius.

The English edition, admirably translated, falls opportunely at a moment when the tenth anniversary of the German collapse brings to our memory those weeks in which we gradually came to realise that what had seemed too good to be true was after all coming true. Prince Max shows us what it felt like to see the same events as the realisation of what one had dismissed as too dreadful to be possible.

That, however, is the end of the story. In the earlier part of the memoirs we get a vivid picture of the war-time activities of a circle of highly bred, widely cultivated, idealistic Germans, whose heart beat for their country's fortunes, but equally for her fair name. We see Prince Max working for the best possible treatment of prisoners of war, not only because humanity is the best form of international propaganda—he only used this argument to stir those incapable of a higher range of feelings—but also because it is its own reward.

We see him then in association with a war-time organisation which in Berlin quickly became efficient and important—the office of readers of the foreign press. These readers, who included some gifted men, quickly arrived, as Germans would, at the conclusion that there were two Englands—(a) the impossible Hun-eating England of and (b) the better England, evidences of which were sought in the "Manchester Guardian," the "Nation," and other Liberal publications. Prince Max soon decided that a principal aim of German war policy should be to back up the better England against the worse by showing that there was a better Germany too. Once give the better England clear evidence that Hunnishness is not the sole attribute of the German spirit, and it will rise and down the Hun-eaters, and hasten to shake hands

up Belgium the moment the war was over, while Germany would still exercise in the east over the Baltic peoples, the Poles, and the Ukrainians a "civilising mission." Prince Max thought the better England had no other war aim but the liberation of Belgium, and that once this became an agreed point in British and German war aims the bottom would fall out of the British home front.

Peace Efforts Frustrated.

He was one of those who realised what America's entry in the war meant, and from that point used all his energies to bring about an end of the war before America really brought her vast resources into play. He realised that the position in which Germany found herself early in 1918 would not recur. Russia was done for, Italy had recovered from Caporetto but had lost nerve, America had hardly begun to count. Now was the moment to open peace parleys. The generals thought it was the moment to strike on the western front. This to Prince Max was sheer folly. If you strike and fail, he said, nobody will listen to you talking afterwards. If you talk now, and your talk comes to nothing, you still have your stroke in reserve. The war is in the last resort an instrument of politics. Its aim is to oblige your opponent to listen to you and do what you want. For this purpose the threat of a stroke in reserve is worth far more than a stroke delivered, even if successfully.

Ludendorff couldn't see it. For him all talk was "weakness." So the German offensive of March, 1918, spent its force, failed to achieve anything definite, and left the situation worse than it found it. Still the German army was in fine condition. If Germany spoke she would find a respectful hearing in the world. Let her, Prince Max implored, publicly renounce annexationist designs on Belgium. That would be a deadlier blow to her enemies than any massed attack. Ludendorff refused.

In the autumn the Allies loosed their reply on the western front. Germany's situation got daily worse. Prince Max thought he could save her, and he tried to get the Chancellorship. But the Kaiser's intimate advisers were against this pacifist humanitarian South German. When at last he got it the position was desperate. He realised he must at once prepare the ground for peace parleys. Ludendorff checkmated him. Then suddenly, on September 29, Ludendorff compelled him, on threat of a military breakdown if he refused, to ask Wilson for an armistice. Prince Max let himself be bullied into doing so, and soon afterwards Ludendorff wanted to break off the conversations. But by this time all Germany was in an upheaval, and the unfortunate Prince, a convinced monarchist and himself heir to a throne, was being threatened with revolution by the Socialists if he didn't force the Kaiser to abdicate. And the Kaiser moved to general headquarters and refused to have any communication with the Ch-

TEN YEARS AGO.

The Chancellorship of Prince Max of Baden.

It is just ten years from the month in which the last Chancellor of the German Empire, Prince Max of Baden, made a despairing effort to save the fabric of that Germany which set out in 1914 on the adventure of a "fresh and joyous" war. The last representative of an old order of things generally gets badly handled by critics on both sides—think of Kerensky in Russia or Karolyi in Hungary. Prince Max's memoirs* are written in a defensive intent, to show what a fearful tangle it was his task to unravel, and how nearly he succeeded in pulling it off better than he did. "Good but weak" is the general judgment on Prince Max, and he himself only modifies it to "Good but not strong enough." All the same, he makes it pretty clear that anyone who had been strong enough would have been a statesman of supreme genius.

The English edition, admirably translated, falls opportunely at a moment when the tenth anniversary of the German collapse brings to our memory those weeks in which we gradually came to realise that what had seemed too good to be true was after all coming true. Prince Max shows us what it felt like to see the same events as the realisation of what one had dismissed as too dreadful to be possible.

That, however, is the end of the story. In the earlier part of the memoirs we get a vivid picture of the war-time activities of a circle of highly bred, widely cultivated, idealistic Germans, whose heart beat for their country's fortunes, but equally for her fair name. We see Prince Max working for the best possible treatment of prisoners of war, not only because humanity is the best form of international propaganda—he only used this argument to stir those incapable of a higher range of feelings—but also because it is its own reward.

We see him then in association with a war-time organisation which in Berlin quickly became efficient and important—the office of readers of the foreign press. These readers, who included some gifted men, quickly arrived, as Germans would, at the conclusion that there were two Englands—(a) the impossible Hun-eating England of and (b) the better England, evidences of which were sought in the "Manchester Guardian," the "Nation," and other Liberal publications. Prince Max soon decided that a principal aim of German war policy should be to back up the better England against the worse by showing that there was a better Germany too. Once given the better England clear evidence that Hunnishness is not the sole attribute of the German spirit, and it will rise and down the Hun-eaters, and hasten to shake hands and make it up, whether France does likewise or not, he thought.

The policy of the better Germany was christened by Prince Max "Ethical Imperialism." This meant, in practice, an open and unconditional promise to give

up Belgium the moment the war was over, while Germany would still exercise in the east over the Baltic peoples, the Poles, and the Ukrainians a "civilising mission." Prince Max thought the better England had no other war aim but the liberation of Belgium, and that once this became an agreed point in British and German war aims the bottom would fall out of the British home front.

Peace Efforts Frustrated.

He was one of those who realised what America's entry in the war meant, and from that point used all his energies to bring about an end of the war before America really brought her vast resources into play. He realised that the position in which Germany found herself early in 1918 would not recur. Russia was done for, Italy had recovered from Caporetto but had lost nerve, America had hardly begun to count. Now was the moment to open peace parleys. The generals though it was the moment to strike on the western front. This to Prince Max was sheer folly. If you strike and fail, he said, nobody will listen to you talking afterwards. If you talk now, and your talk comes to nothing, you still have your stroke in reserve. The war is in the last resort an instrument of politics. Its aim is to oblige your opponent to listen to you and do what you want. For this purpose the threat of a stroke in reserve is worth far more than a stroke delivered, even if successfully.

Ludendorff couldn't see it. For him all talk was "weakness." So the German offensive of March, 1918, spent its force, failed to achieve anything definite, and left the situation worse than it found it. Still the German army was in fine condition. If Germany spoke she would find a respectful hearing in the world. Let her, Prince Max implored, publicly renounce annexationist designs on Belgium. That would be a deadlier blow to her enemies than any massed attack. Ludendorff refused.

In the autumn the Allies loosed their reply on the western front. Germany's situation got daily worse. Prince Max thought he could save her, and he tried to get the Chancellorship. But the Kaiser's intimate advisers were against this pacifist humanitarian South German. When at last he got it the position was desperate. He realised he must at once prepare the ground for peace parleys. Ludendorff checkmated him. Then suddenly, on September 29, Ludendorff compelled him, on threat of a military breakdown if he refused, to ask Wilson for an armistice. Prince Max let himself be bullied into doing so, and soon afterwards Ludendorff wanted to break off the conversations. But by this time all Germany was in an upheaval, and the unfortunate Prince, a convinced monarchist and himself heir to a throne, was being threatened with revolution by the Socialists if he didn't force the Kaiser to abdicate. And the Kaiser moved to general headquarters and refused to have any communication with the Chancellor.

Prince Max couldn't cope with this hydra-headed situation. His wisdom was that of Cassandra, not of Ulysses.

C. J. S. S.

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. Main)

824
Nr.

Prinz Max schwer krank.

(Drahtmeldung unseres Korrespondenten.)

† Karlsruhe, 4. Nov. Aus Konstanz kommt die Nachricht, daß das Befinden des Prinzen Max von Baden, des früheren kaiserlichen Thronfolgers und letzten Reichskanzlers im Kaiserreich, der dort seit einiger Zeit im städtischen Krankenhaus liegt, sich gestern außerordentlich verschlimmert hat. Der Prinz ist nur zeitweise bei Bewußtsein.

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. Main)

Nr. 828

Vom Prinzen Max von Baden.

Konstanz, 5. Nov. (Wolff.) Im Befinden des Prinzen Max von Baden ist eine Veränderung auch in der vergangenen Nacht nicht eingetreten. Der Prinz hat eine gute Nacht verbracht. Auch der vorangegangene Tag war den Umständen entsprechend gut. Bei der Schwere der Erkrankung besteht selbstverständlich Lebensgefahr, doch ist diese nicht akut. Das gleichmäßige Befinden des Kranken hält nun schon zwei Nächte und einen Tag an.

Kölnische Volkszeitung

Nr. 781

Prinz Max von Baden †

WIB Konstanz, 6. Nov. 1929.
(Drahtber.) Prinz Max von Baden,
der letzte kaiserliche Reichskanzler, ist
heute früh um 5.45 Uhr, im Alter
von 62 Jahren, gestorben.

Prinz Max von Baden wurde am 10. Juli 1867 als Sohn des Prinzen Wilhelm, eines Bruders des Großherzogs Friedrich I., in Baden-Baden geboren. Er studierte in Heidelberg und Freiburg Rechtswissenschaften und promovierte zum Dr. jur. Er tat dann Militärdienst beim Garde-Kürassierregiment in Berlin, war später auch Kommandant des badischen Leib-Drägerregiments, nahm dann aber seit 1908 kein Kommando mehr an. Dafür nahm er um so regeren Anteil an dem politischen Leben in Baden als Präsident der Badischen Ersten Kammer. Ueber die Grenzen seiner engeren Heimat hinaus erregte er Aufmerksamkeit durch seine Rede vom 17. Dezember 1917 in der Badischen Ersten Kammer, die er im Februar 1918 in einer Unterredung mit dem Direktor des Wolffschen Telegraphenbüros und abermals im August 1918 während des Festaktes der hundertjährigen Verfassungsfeier in Karlsruhe ergänzte. Am 3. Oktober 1918, als die große Umgestaltung im Reich und in Preußen notwendig wurde, wurde er als Nachfolger des Grafen Hertling der achte Kanzler des alten Deutschen Reiches und gleichzeitig Ministerpräsident in Preußen.

Mit diesem Augenblick trat der Prinz gleichsam auf die Bühne der Weltgeschichte. Denn mit seinem Namen ist das Waffenstillstandsangebot verbunden, auf das Ludendorff drängte. Prinz Max fand bei Uebernahme des Amtes eine Lage vor, die man nicht anders denn als furchtlich bezeichnen kann. In den Akten liegt fest, daß dem Waffenstillstandsangebot ein Nervenzusammenbruch Ludendorffs vorausgegangen war. Es war nichts mehr zu verbergen. Der Prinz hat in seinem Buche „Erinnerungen und Dokumente“ aus jenen grauenvollen Stunden aufgezeichnet: „Ich traf am 1. Oktober um 4 Uhr in Berlin ein. Um 4.30 Uhr sah ich Herrn v. Haasten in meinem Absteigequartier... Wir konnten beide längere Zeit nicht sprechen. Dann fragte ich: Man gibt mir also nicht Zeit bis zum November? Haasten verneinte. Ich erklärte, dann müsse ich ablehnen, meine ganze Politik basiere darauf, daß wir die Kampagne durchhielten. Ich hätte keine Vorstellung davon gehabt, wie furchtbar unsere Lage sei, übrigens die Welt auch nicht; sie würde es erst durch unser Angebot erfahren. Haasten erwiderte, es sei unter allen Umständen geboten, der ermüdeten Armee Ruhe zu verschaffen, und man hoffe zuversichtlich darauf, daß Präsident Wilson sofort die Vermittlung eines Waffenstillstandes in die Hand nehmen würde.“ Es folgen dann die Berichte des Majors von dem Busche und das bekannte Telephonat, in dem gefordert ist, daß die Erklärung an die fremden Regierungen sofort

hinausgehen müßte, wenn die Bildung der neuen Regierung (Nachfolgerin des Kabinetts Hertling) irgendwie zweifelhaft sein sollte. Im besonderen Grade bemerkenswert ist die folgende Stelle: „Bei Payer trafen wir Hinge und Roedern. Bald erschien auch wieder Major von dem Busche, um zu treiben. Er sprach sich Oberst v. Haasten gegenüber sehr unwillig aus über das Trödeln der Zivilisten (!): „Man müsse den Herren die eiserne Faust ins Genick setzen (!).“ Ueber den Eindruck eines Vortrages des Majors von dem Busche vor den Parteiführern schreibt der Prinz: „Zeugen haben mir später den Eindruck geschildert. Die Abgeordneten waren ganz gebrochen. Ebert wurde totenblaß und konnte kein Wort herausbringen; der Abg. Stresemann sah aus, als ob ihm etwas zustößen würde; einzig und allein Graf Westarp begehrt auf gegen die vorbehaltlose Annahme der 14 Punkte. Der Minister v. Walbow soll den Saal mit den Worten verlassen haben, jetzt bliebe ja nur übrig, sich eine Kugel durch den Kopf zu schießen... Jetzt sprang der Funke der Panik auf die Heimat über.“

Die Revolution zerschnitt jäh die Laufbahn dieses letzten kaiserlichen Reichskanzlers, der von der Rechten schwer bekämpft wurde, weil er die Abdankung des Kaisers empfohlen und durchgeführt hatte. Um jene Zeit, da politische Kinder noch glaubten, der Kaiser könne abdanken, aber als König von Preußen auf dem Throne bleiben, war nichts mehr zu retten; die Abdankung war nur der äußerliche Schlußstrich unter eine Entwicklung, die sich innerlich anbahnte, als erkennbar war, daß der Zusammenbruch mit Bindeseile über das Reich hingegen würde. Man hatte zu spät die Wahrheit gesagt und zu spät die Folgerungen aus den grausamen Tatsachen gezogen. Es war vorbei. Wer diesem Prinzen nachsagt, er sei der Totengräber der deutschen Monarchien gewesen, tut ihm unrecht. Ihm fiel nur die Rolle zu, in den letzten Augenblicken die letzten Schritte zu tun. Als Prinz Max von Baden dem Abgeordneten Ebert das Reichskanzleramt übergab, sagte er: „Herr Ebert, ich lege Ihnen das Deutsche Reich ans Herz“. Ebert antwortete: „Ich habe zwei Söhne für dieses Reich verloren.“ Es steckt ein tiefer Sinn in dieser Unterhaltung.

Der Prinz hat während des Krieges außerordentlich viel für die Gefangenen getan und dank seiner verwandtschaftlichen Beziehungen zu den europäischen Fürstenhäusern — er war mit einer Tochter des Herzogs Ernst August von Cumberland verheiratet — auch viel für die Milderung des Loses dieser Unglücklichen erreicht. Nach der Revolution zog er sich auf seine Besitzung Salem in der Nähe des Bodensees zurück und arbeitete an der Aufzeichnung seiner Erinnerungen. Die wenigen Wochen seiner Tätigkeit als Reichskanzler haben ihn zu einer tragischen Figur gemacht. Er hat eine hoffnungslose Sache bis zum Ende verteidigt. Für seine Pflichttreue hat ihm das deutsche Volk zu danken; ihn zu schmähen, bleibt denen überlassen, die in der Stunde des Niederbruchs so jämmerlich versagten und jetzt erst wieder ihr Haupt erheben, da andere die Trümmer fortgeräumt und das Reich erneuert haben.

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. Main)

Nr. 830

Prinz Max von Baden †.

Konstanz, 6. Nov. (Wolff.) Prinz Max von Baden, der letzte kaiserliche Reichskanzler, ist heute früh 5.45 Uhr gestorben.

So hervorragend die Stellung war, die dem Prinzen Max von Baden aus der Anwartschaft auf den badischen Thron erwuchs, und so vielfachen Tätigkeiten sich der Prinz in der Zeit dieser Anwartschaft zuwandte, so wird er in die Geschichte doch in allererster Linie als der letzte Reichskanzler des Kaiserreichs eingehen, der er fünf ereignissschwere Wochen hindurch gewesen ist. Es fügt sich eigenartig, daß der Mann, der die Macht des Kaiserreichs der Revolution überliefern sollte, der Thronfolger eines deutschen Einzelstaates war, daß in ihm die Monarchie selbst gewissermaßen den Schlußstrich unter ihre Herrschaft setzte. Von den monarchistischen Enthusiasten einer Politik der starken Faust ist er deshalb als hilfloser Schwächling hart gescholten worden, und ihm selbst hat die Rolle, zu der ihn der Gang der Dinge verurteilte, gewiß das letzte Jahrzehnt seines Lebens verdüstert, aber es war eben eine verlorene Sache, zu deren Rettung er das Amt des Reichskanzlers übernommen hatte. Ob er, wenn er schon ein Jahr vorher nach dem Abgange Bethmanns Reichskanzler geworden wäre, die Kraft besessen hätte, die Katastrophe, wie es damals wohl noch möglich gewesen wäre, im Kampf mit der Unbelehrbarkeit eines Ludendorff zu verhüten, steht dahin; auf jeden Fall erfüllte er — und das erhebt ihn hoch über alle Schreier, die über ihn herfielen — eine sehr wichtige, die allerwichtigste Voraussetzung für eine solche Aufgabe: er besaß in hohem Maße die Einsicht in das, was notwendig war, in die Notwendigkeit, sobald als irgend möglich und auch um den Preis großer Opfer zum Frieden zu gelangen. Als er endlich, nach langem vergeblichem Warten, dazu berufen wurde, dieser Einsicht gemäß zu handeln, schlug ihm Ludendorff jede Erfolgsmöglichkeit aus der Hand, indem er ihn zwang, durch das Waffenstillstandsangebot den Gegnern ebenso wie dem deutschen Volke selbst den militärischen Zusammenbruch Deutschlands in aller Form zu notifizieren.

Prinz Max von Baden, ein Neffe des Großherzogs Friedrich I., ist 62 Jahre alt geworden. Da die Ehe des späteren Großherzogs Friedrich II. ohne männliche Erben blieb, rückte Prinz Max in die Stellung des Thronfolgers ein. Er war in Baden-Baden geboren, wuchs in Karlsruhe auf, besuchte dort das Gymnasium und studierte in Heidelberg und Freiburg Rechts- und Staatswissenschaften. Die militärische Laufbahn, die er dann einschlug, führte ihn an die Spitze des 1. Leibdragonerregiments Nr. 20, dessen Kommandeur er eine Reihe von Jahren, bis 1908, war. In der Folgezeit brachte ihn besonders die Zugehörigkeit zur badischen Ersten Kammer, deren Präsident er in den letzten Jahren des alten Staates war, mit den staatlichen und politischen Fragen des Landes in nähere Berührung. Während des Krieges betätigte er sich in der Gefangenensfürsorge; seine Arbeit auf diesem Gebiete wurde von der Freiburger Juristischen Fakultät durch die Verleihung des Ehrendoktors anerkannt. Am 3. Oktober 1918 wurde er als Nachfolger des Grafen Hertling Reichskanzler. Seit seinem Rücktritt am Tage des Umsturzes, dem 9. November, lebte er meist auf seiner Besitzung in Salem. Verheiratet war er mit der Prinzessin Marie Luise von Braunschweig, einer Tochter des Herzogs Ernst August von Cumberland. Er hinterläßt zwei Kinder, die Prinzessin Maria Alexandra und den Prinzen Bertold.

Hamburger Fremdenblatt

Nr. 308.

Prinz Max von Baden †

wb. Konstanz, 6. November. (Drahtbericht.)

Prinz Max von Baden, der letzte kaiserliche Reichskanzler, ist heute früh im Alter von 63 Jahren um 5 Uhr 45 gestorben.

Mit Prinz Max von Baden ist ein Mann dahingegangen, der nach Geburt, Charakter und Leistung hervorragte, bis ihm ein tragisches Geschick die Rolle des letzten Kanzlers des kaiserlichen Deutschlands zuwies, mit der er scheiterte und, ebenso nach seinen Gaben wie nach Lage der Verhältnisse, scheitern mußte.

Es war charakteristisch für den Sohn des Prinzen Wilhelm von Baden und einer russischen Großfürstin, daß er erst nach Erlangung der juristischen Doktorwürde in den Militärdienst eintrat und schon als 40jähriger wieder aus ihm ausschied. Hier offenbarte sich eine Abweichung von der durchschnittlichen Denkweise deutscher Fürstensöhne, die bald noch schärfer hervortrat, als sich Prinz Max fortan nicht nur seinen kulturellen, künstlerischen und wissenschaftlichen Interessen, sondern auch der aktiven Politik widmete. Auf dem Grunde der gesicherten liberalen Tradition seines Landes und Hauses ist das geschehen und trug ihm wachsende Sympathien ein im badischen Lande, dem der liebenswürdige, durch großen Scharm ausgezeichnete Prinz als präsumptiver Nachfolger seines kinderlosen Vaters, des Großherzogs Friedrich II., gewiß ein mustergültiger Regent geworden wäre, ein würdiger Nachfolger seines Oheims, jenes Großherzogs Friedrich I., der an der Reichsgründung so bedeutamen Anteil hat.

Auch über die geliebte engere badische Heimat hinaus lenkte Prinz Max die Aufmerksamkeit der politischen Welt auf sich, besonders, als er in seiner Eigenschaft als Präsident der Ersten Badischen Kammer am 17. Dezember 1917 eine bedeutsame Rede hielt. Sie hat ihn, ebenso wie eine weitere Rede bei der Hundertjahrfeier der badischen Verfassung am 22. August 1918, als überzeugten Vertreter einer liberalen Weltanschauung und einer demokratischen Teilnahme des Volkes an der Regierung gekennzeichnet. So war es begreiflich, daß er schon dadurch bei unbelehrbaren Trägern des alten Systems ebenso auf Widerspruch stieß, wie er als kommender Mann galt in den Kreisen, die die Zukunft des Reiches in einer Synthese bürgerlichen und süddeutschen Wesens, in einer organischen Abwandlung des alten Obrigkeitsstaates zum parlamentarischen Volksstaat begründet sahen. In ruhigen Zeitläuften hätte das Beispiel des hochgebildeten, klugen und maßvollen fürstlichen Politikers eine solche Entwicklung heilsam fördern müssen.

Aber zu spät wurde er zum Handeln auf dem großen Schauplatz der Reichspolitik berufen. Es geschah erst in dem Augenblick, als der militärische Zusammenbruch bereits feststand. Auch ein Mann aus härterem Holze als der weiche und in den Geschäften nicht genügend erfahrene Prinz hätte das Unheil jetzt nicht mehr aufhalten können. Aber man sollte nicht vergessen, daß er das dornenvolle Kanzenamt vor allem auch auf Drängen des Kaisers annahm, und daß er moralisch dazu berechtigt war, weil seine inneren Überzeugungen mit dem staatsrechtlichen Wandel übereinstimmten, der sich mit der Verabschiedung des unzulänglichen Grafen Hertling am 30. September 1918 endlich anbahnte. In diesem Augenblick war aber die bulgarische Front bereits rettungslos zusammengebrochen, hatte der österreich-ungarische Bundesgenosse eine Friedensaktion eingeleitet und formu-

Es kam um Jahre, ja besser Jahrzehnte, zu spät, als der Kaiser die Worte schrieb: „Ich wünsche, daß das deutsche Volk wirksamer als bisher an der Bestimmung der Geschehnisse des Vaterlandes mitarbeite. Es ist daher mein Wille, daß Männer, die vom Vertrauen des Volkes getragen sind, in weitem Umfang teilnehmen an den Rechten und Pflichten der Regierung.“ Diese Worte bedeuteten eine neue politische Kräfteverteilung, den Übergang zur parlamentarischen Regierungsform. Dem Geiste dieser Botschaft entsprachen denn auch die Regierung des Prinzen Max und seiner parlamentarischen Staatssekretäre und die Programmrede, mit der sich der neue Kanzler am 5. Oktober dem Reichstag vorstellte. Es war derselbe Tag, an dem er, auf fortgesetztes Drängen der militärischen Stellen, widerstrebend die Bitte um Waffenstillstand an Wilson hinausgeschickte. Prinz Max sprach von der „nunmehr bei uns eingeführten Regierungsweise“, von der Übereinstimmung seiner Grundsätze mit denen der Führer der Mehrheits-

parteien und davon, daß ihm der Entschluß zur Uebnahme seines schweren Amtes dadurch erleichtert worden sei, daß auch maßgebende Vertrauensmänner der Adressatschaft zu den höchsten Ämtern im Reiche gelangt seien. Der Kanzler vertraute, „daß auch im Frieden eine Regierung nicht wieder gebildet werden könne, die sich nicht auf den Reichstag stützt und nicht aus ihm führende Männer entnimmt.“ Dieser Gedanke wird niemals erlöschen, diese Entwicklung niemals rückgängig gemacht werden können.“ Am 28. Oktober beseitigte ein Zusatz zu Artikel 15 der alten Reichsverfassung auch formell das persönliche Regiment, und da gleichzeitig auch die Kommandogewalt des Kaisers verfassungsmäßig eingeschränkt wurde, schien, wie der Kaiser in seinem Begleitschreiben zur Ausfertigung dieser bedeutsamen Gesetze ausführte, in der Tat „eine neue Ordnung“ in Kraft zu sein. Auch das Dreiklassenwahlrecht wäre jetzt selbstverständlich gefallen, denn „nach den Vollbringungen dieser Zeit — so sagte der Kaiser — hat das deutsche Volk den Anspruch, daß ihm kein Recht vorenthalten wird, das eine freie und glückliche Zukunft verbürgt.“

Daß dieser politischen Abdankung des Kaisers auch die faktische folgte, ist nicht Schuld des Prinzen Max. Es ist hier nicht der Ort, die Schuldfrage für die Novembertage, durch die das geschah, zu untersuchen. Ungerechtfertigt aber ist es, dem Prinzen Max eine entscheidende Rolle dabei zuzuteilen. Die Dinge lagen am 9. November so, daß es nur eine formale und moralische, aber keineswegs mehr eine praktische Bedeutung hatte, daß Prinz Max in seiner letzten Bekanntmachung, um schlimmeren Wirkungen der verzögerten und unvermeidlichen Abdankung vorzubeugen und in der Hoffnung, die Monarchie dadurch wenigstens grundsätzlich zu retten, die Abdankung des Kaisers und des Kronprinzen verkündete. Es stand in diesem Augenblicke in niemandes Macht mehr, sie zu verhindern, und mancher machte es dem Kanzler zum Vorwurf, daß er nicht umgekehrt energisch darauf drängte, das Unvermeidliche rascher herbeizuführen.

Wenden

Prinz Max von Baden †

wb. Konstanz, 6. November. (Drahtbericht.)

Prinz Max von Baden, der letzte kaiserliche Reichskanzler, ist heute früh im Alter von 63 Jahren um 5 Uhr 45 gestorben.

Mit Prinz Max von Baden ist ein Mann dahingegangen, der nach Geburt, Charakter und Leistung hervorragte, bis ihm ein tragisches Geschick die Rolle des letzten Kanzlers des kaiserlichen Deutschlands zuwies, mit der er scheiterte und, ebenso nach seinen Gaben wie nach Lage der Verhältnisse, scheitern mußte.

Es war charakteristisch für den Sohn des Prinzen Wilhelm von Baden und einer russischen Großfürstin, daß er erst nach Erlangung der juristischen Doktorwürde in den Militärdienst eintrat und schon als 40jähriger wieder aus ihm ausschied. Hier offenbarte sich eine Abweichung von der durchschnittlichen Denkweise deutscher Fürstensöhne, die bald noch schärfer hervortrat, als sich Prinz Max fortan nicht nur seinen kulturellen, künstlerischen und wissenschaftlichen Interessen, sondern auch der aktiven Politik widmete. Auf dem Grunde der gesicherten liberalen Tradition seines Landes und Hauses ist das geschah und trug ihm wachsende Sympathien ein im badischen Lande, dem der liebenswürdige, durch großen Scharm ausgezeichnete Prinz als präsumptiver Nachfolger seines kinderlosen Vaters, des Großherzogs Friedrich II., gewiß ein mustergültiger Regent geworden wäre, ein würdiger Nachfolger seines Oheims, jenes Großherzogs Friedrich I., der an der Reichsgründung so bedeutsamen Anteil hat.

Auch über die geliebte engere badische Heimat hinaus lenkte Prinz Max die Aufmerksamkeit der politischen Welt auf sich, besonders, als er in seiner Eigenschaft als Präsident der Ersten Badischen Kammer am 17. Dezember 1917 eine bedeutsame Rede hielt. Sie hat ihn, ebenso wie eine weitere Rede bei der Hundertjahrfeier der badischen Verfassung am 22. August 1918, als überzeugten Vertreter einer liberalen Weltanschauung und einer demokratischen Teilnahme des Volkes an der Regierung gekennzeichnet. So war es begreiflich, daß er schon dadurch bei unbelebten Trägern des alten Systems ebenso auf Widerspruch stieß, wie er als kommender Mann galt in den Kreisen, die die Zukunft des Reiches in einer Synthese borussischen und süddeutschen Wesens, in einer organischen Abwandlung des alten Obrigkeitsstaates zum parlamentarischen Volksstaat begründet sahen. In ruhigen Zeitaläufen hätte das Beispiel des hochgebildeten, klugen und maßvollen fürstlichen Politikers eine solche Entwicklung heilsam fördern müssen.

Aber zu spät wurde er zum Handeln auf dem großen Schauplatz der Reichspolitik berufen. Es geschah erst in dem Augenblick, als der militärische Zusammenbruch bereits feststand. Auch ein Mann aus härterem Holze als der weiche und in den Geschäften nicht genügend erfahrene Prinz hätte das Unheil jetzt nicht mehr aufhalten können. Aber man sollte nicht vergessen, daß er das dornenvolle Kanzenamt vor allem auch auf Drängen des Kaisers annahm, und daß er moralisch dazu berechtigt war, weil seine inneren Überzeugungen mit dem staatsrechtlichen Wandel übereinstimmten, der sich mit der Verabschiedung des unzulänglichen Grafen Hertling am 30. September 1918 endlich anbahnte. In diesem Augenblick war aber die bulgarische Front bereits rettungslos zusammengebrochen, hatte der österreich-ungarische Bundesgenosse eine Friedensaktion eingeleitet und formulierte man im Großen Deutschen Hauptquartier, das bisher allmächtig im Staate regiert hatte, gerade die Bitte um einen sofortigen Waffenstillstand.

Es kam um Jahre, ja besser Jahrzehnte, zu spät, als der Kaiser die Worte schrieb: „Ich wünsche, daß das deutsche Volk wirksamer als bisher an der Bestimmung der Geschichte des Vaterlandes mitarbeite. Es ist daher mein Wille, daß Männer, die vom Vertrauen des Volkes getragen sind, in weitem Umfang teilnehmen an den Rechten und Pflichten der Regierung.“ Diese Worte bedeuteten eine neue politische Kräfteverteilung, den Übergang zur parlamentarischen Regierungsform. Dem Geiste dieser Botschaft entsprachen denn auch die Regierung des Prinzen Max und seiner parlamentarischen Staatssekretäre und die Programmrede, mit der sich der neue Kanzler am 5. Oktober dem Reichstag vorstellte. Es war derselbe Tag, an dem er, auf fortgesetztes Drängen der militärischen Stellen, widerstrebend die Bitte um Waffenstillstand an Wilson hinausgeschickte. Prinz Max sprach von der „nunmehr bei uns eingeführten Regierungsweise“, von der Übereinstimmung seiner Grundsätze mit denen der Führer der Mehrheits-

parteien und davon, daß ihm der Entschluß zur Übernahme seines schweren Amtes dadurch erleichtert worden sei, daß auch maßgebende Vertrauensmänner der Arbeiterschaft zu den höchsten Ämtern im Reiche gelangt seien. Der Kanzler vertraute, „daß auch im Frieden eine Regierung nicht wieder gebildet werden könne, die sich nicht auf den Reichstag stützt und nicht aus ihm führende Männer entnimmt...“ Dieser Gedanke wird niemals erlöschen, diese Entwicklung niemals rückgängig gemacht werden können“. Am 28. Oktober beistimmte ein Zusatz zu Artikel 15 der alten Reichsverfassung auch formell das persönliche Regiment, und da gleichzeitig auch die Kommandogewalt des Kaisers verfassungsmäßig eingeschränkt wurde, schien, wie der Kaiser in seinem Begleitschreiben zur Ausfertigung dieser bedeutsamen Gesetze ausführte, in der Tat „eine neue Ordnung“ in Kraft zu sein. Auch das Dreiklassenwahlrecht wäre jetzt selbstverständlich gefallen, denn „nach den Vollbringungen dieser Zeit — so sagte der Kaiser — hat das deutsche Volk den Anspruch, daß ihm kein Recht vorenthalten wird, das eine freie und glückliche Zukunft verbürgt“.

Daß dieser politischen Abdankung des Kaisers auch die faktische folgte, ist nicht Schuld des Prinzen Max. Es ist hier nicht der Ort, die Schuldfrage für die Novembertage, durch die das geschah, zu untersuchen. Ungerechtfertigt aber ist es, dem Prinzen Max eine entscheidende Rolle dabei zuzuteilen. Die Dinge lagen am 9. November so, daß es nur eine formale und moralische, aber keineswegs mehr eine praktische Bedeutung hatte, daß Prinz Max in seiner letzten Bekanntmachung, um schlimmeren Wirkungen der verzögerten und unvermeidlichen Abdankung vorzubeugen und in der Hoffnung, die Monarchie dadurch wenigstens grundsätzlich zu retten, die Abdankung des Kaisers und des Kronprinzen verkündete. Es stand in diesem Augenblicke in niemandes Macht mehr, sie zu verhindern, und mancher machte es dem Kanzler zum Vorwurf, daß er nicht umgekehrt energisch darauf drängte, das Unvermeidliche rascher herbeizuführen.

Wenden

000

Konnte Prinz Max angesichts der militärischen Lage und nach Ausbruch der revolutionären Bewegung den Vernichtungswillen unserer Feinde in den Waffenstillstandsverhandlungen nicht beeinflussen, so war er doch mit Erfolg bemüht, die Bewegung möglichst rasch auf den Rechtsboden zurückzuführen. Als er an den Abgeordneten Ebert das Ersuchen richtete, das Reichskanzleramt zu übernehmen, und als dieser in einer Bekanntmachung an die Kräfte appellierte, die bisher den Staat getragen hatten und die aus Liebe zum Volke ihre Mitarbeit nicht versagen möchten, bis die Stunde der Ablösung gekommen sei, war der Weg, der nach Weimar führte, vorgezeichnet.

An der Bahre des Prinzen Max werden kritische Anhänger der Monarchie ihre alten Vorwürfe wiederholen. Sie werden sich auch jetzt nicht versöhnen lassen durch die hervorragende Rolle, die der Prinz während des Krieges im Dienste des Roten Kreuzes gespielt hat, und dadurch, daß er in den Tagen seiner Zurückgezogenheit einer der auch international angesehensten Vorkämpfer gegen die Schulblüge gewesen ist. In seinen 1927 erschienenen „Erinnerungen und Dokumenten“ ist ein reiches Material über seine Tätigkeit und seine Anschauungen während der Kriegszeit und in den Tagen seiner Kanzlerschaft niedergelegt. Wir zweifeln nicht, daß es in ruhigeren Zeiten dazu dienen wird, das Bild des Prinzen Max von den Schlacken zu reinigen, die ihm anhaften werden, solange weltanschauliche und parteipolitische Maßstäbe für die Beurteilung der unlöslichen Aufgabe, vor die ihn seine Kanzlerschaft gestellt hat, in erster Linie maßgebend sind.

H-nn.

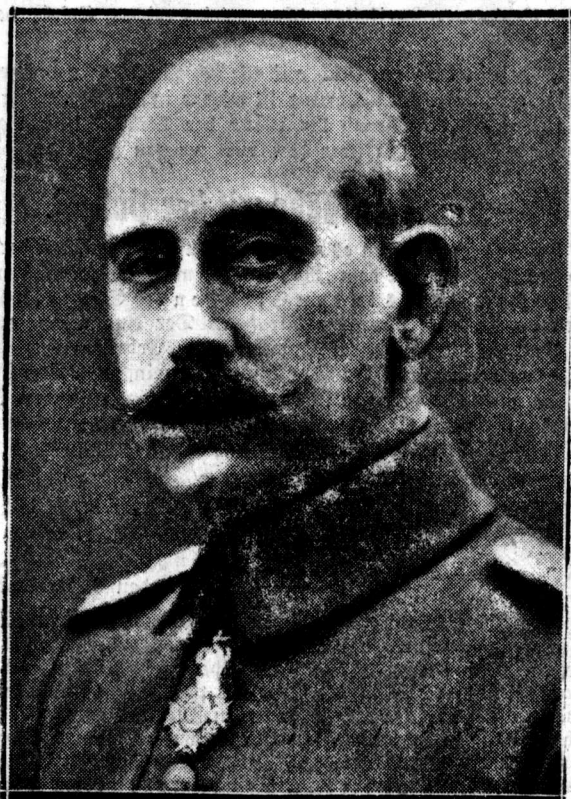
Prinz Max von Baden war seit 1900 verheiratet mit Marie Luise, Tochter des 1923 verstorbenen Herzogs Ernst August von Cumberland. Er war also ein Schwager des früheren Herzogs Ernst August von Braunschweig. Seiner Ehe entsprossen die 1924 mit dem Prinzen Wolfgang von Hessen vermählte Prinzessin Marie Alexandra und der 1906 geborene Prinz Berthold.

Hamburger Nachrichten

Nr. 520

Prinz Max von Baden gestorben.

Prinz Max von Baden, der letzte Reichskanzler des Weltkrieges, ein Sohn des Bruders des Großherzogs Friedrich I. von Baden, ist am heutigen Mittwoch früh um 5.45 Uhr im städtischen Krankenhaus in Konstanz gestorben.



T. U. Konstanz, den 6. November.

Gestern um 20.30 Uhr trat eine Verschlimmerung im Befinden des Prinzen ein. Von 21 Uhr an machte der Kräfteverfall so jähe Fortschritte, daß mit dem Ableben des Prinzen stündlich gerechnet wurde. Um 5.45 Uhr morgens ist der Prinz dann ruhig und ohne Schmerzen entschlafen. — Die Überführung der Leiche wird nach Salem, dem letzten Wohnsitz des Prinzen, erfolgen. Die Beisetzung findet voraussichtlich in der dortigen Familiengruft am Freitag statt. Zur Beisetzung werden sämtliche Verwandte des Prinzen und seiner Gemahlin erwartet. Auch die frühere Großherzogin von Baden wird an den Beisetzungsfeierlichkeiten teilnehmen. Die Mutter der Prinzessin, die Herzogin von Cumberland, ist in Konstanz eingetroffen.

*

Prinz Max von Baden, der einstige Thronerbe im Großherzogtum Baden, wurde am 10. Juli 1867 als Sohn des Prinzen Wilhelm, des Bruders des Großherzogs Friedrich und der Prinzessin Marie, geb. Romanowski, Herzogin von Leuchtenberg, geboren. Er studierte in Heidelberg und Freiburg Rechtswissenschaften und promovierte zum Dr. iur., trat dann in den Militärdienst beim Gardékürassierregiment in Berlin und wurde schließlich Kommandeur der badischen Leibdragoner. Als Generalmajor schied er 1908 ziemlich plötzlich aus dem aktiven Dienst und widmete sich ganz seinen Neigungen, war aber auch politisch tätig als Mitglied der ersten badischen Kammer, in der er häufig das Wort ergriff und besonders großes Aufsehen erregte durch seine Rede vom 17. Dezember 1917, in der er scharfe Worte gegen unsere

nicht erwähnte. Dafür leistete er sich u. a. den Satz: „Soll die Welt sich mit der Größe unserer Macht versöhnen, so muß sie fühlen, daß hinter unserer Kraft ein Weltgewissen steht.“ Das Weltgewissen, das schon damals aus den Reden der Wilson, Lloyd George usw. sprach! Und gar erst das „Verantwortungsgefühl vor der Menschheit“, das Prinz Max am Schluß als das Zeichen empfahl, in dem wir siegen sollten, — sie haben uns bekanntlich nach Compiègne, Versailles und zum Umsturz geführt, an dem Prinz Max ja leider nicht ganz unbeteiligt ist. Anfang Oktober 1918 wurde er achter und letzter Reichskanzler des alten Deutschen Reiches, und welche Rolle er als solcher gespielt hat, haben wir alle miterlebt. Aber es war niemand da, der ihn am Portepée gefaßt hätte (falls er damit Erfolg gehabt hätte). Er führte nicht, er ließ sich führen, handelte zum mindesten nicht loyal gegen den Kaiser, und endete damit, daß er sein Amt Herrn Ebert überließ, um sich zu beschaulichen Studien auf seine badische Besitzung zurückzuziehen. Seine späteren Versuche, seine Haltung als Reichskanzler zu verteidigen, auch in einem dicken Buch: Erinnerungen und Dokumente, können nicht als geglückt bezeichnet werden, er wird den traurigen Ruhm nicht los, als letzter kaiserlicher Reichskanzler Kaiser und Reich den Gegnern des alten Staates ausgeliefert zu haben. Er hat auch gegen Ende November 1918 mit seinem Oheim für sich und seine Nachkommen ausdrücklich auf den Thron in Baden verzichtet. Prinz Max war mit einer Tochter des Herzogs von Cumberland, des alten Feindes Preußens, verheiratet und hinterläßt eine Tochter und einen Sohn.

Prinz Max von Baden gestorben.

Prinz Max von Baden, der letzte Reichskanzler des Weltkrieges, ein Sohn des Bruders des Großherzogs Friedrich I. von Baden, ist am heutigen Mittwoch früh um 5.45 Uhr im städtischen Krankenhaus in Konstanz gestorben.



T. U. Konstanz, den 6. November.

Gestern um 20.30 Uhr trat eine Verschlimmerung im Befinden des Prinzen ein. Von 21 Uhr an machte der Kräfteverfall so jähe Fortschritte, daß mit dem Ableben des Prinzen kündenlich gerechnet wurde. Um 5.45 Uhr morgens ist der Prinz dann ruhig und ohne Schmerzen entschlafen. — Die Überführung der Leiche wird nach Salem, dem letzten Wohnsitz des Prinzen, erfolgen. Die Beisetzung findet voraussichtlich in der dortigen Familiengruft am Freitag statt. Zur Beisetzung werden sämtliche Verwandte des Prinzen und seiner Gemahlin erwartet. Auch die frühere Großherzogin von Baden wird an den Beisetzungsfeierlichkeiten teilnehmen. Die Mutter der Prinzessin, die Herzogin von Cumberland, ist in Konstanz eingetroffen.

Prinz Max von Baden, der einstige Thronerbe im Großherzogtum Baden, wurde am 10. Juli 1867 als Sohn des Prinzen Wilhelm, des Bruders des Großherzogs Friedrich und der Prinzessin Marie, geb. Romanowski, Herzogin von Leuchtenberg, geboren. Er studierte in Heidelberg und Freiburg Rechtswissenschaften und promovierte zum Dr. iur., trat dann in den Militärdienst beim Garderegiment in Berlin und wurde schließlich Kommandeur der badischen Leibdragoner. Als Generalmajor schied er 1908 ziemlich plötzlich aus dem aktiven Dienst und widmete sich ganz seinen Neigungen, war aber auch politisch tätig als Mitglied der ersten badischen Kammer, in der er häufig das Wort ergriff und besonders großes Aufsehen erregte durch seine Rede vom 17. Dezember 1917, in der er scharfe Worte gegen unsere Gegner fand, aber merkwürdigerweise England überhaupt

nicht erwähnte. Dafür leistete er sich u. a. den Satz: „Soll die Welt sich mit der Größe unserer Macht versöhnen, so muß sie fühlen, daß hinter unserer Kraft ein Weltgewissen steht.“ Das Weltgewissen, das schon damals aus den Reden der Wilson, Lloyd George usw. sprach! Und gar erst das „Verantwortungsgefühl vor der Menschheit“, das Prinz Max am Schluß als das Zeichen empfahl, in dem wir siegen sollten. — sie haben uns bekanntlich nach Compiègne, Versailles und zum Umsturz geführt, an dem Prinz Max ja leider nicht ganz unbeteiligt ist. Anfang Oktober 1918 wurde er achter und letzter Reichskanzler des alten Deutschen Reiches, und welche Rolle er als solcher gespielt hat, haben wir alle miterlebt. Aber es war niemand da, der ihn am Portepée gefaßt hätte (falls er damit Erfolg gehabt hätte). Er führte nicht, er ließ sich führen, handelte zum mindesten nicht loyal gegen den Kaiser, und endete damit, daß er sein Amt Herrn Ebert überließ, um sich zu beschaulichen Studien auf seine badische Besitzung zurückzuziehen. Seine späteren Versuche, seine Haltung als Reichskanzler zu verteidigen, auch in einem dicken Buch: Erinnerungen und Dokumente, können nicht als geglückt bezeichnet werden, er wird den traurigen Ruhm nicht los, als letzter kaiserlicher Reichskanzler Kaiser und Reich den Gegnern des alten Staates ausgeliefert zu haben. Er hat auch gegen Ende November 1918 mit seinem Oheim für sich und seine Nachkommen ausdrücklich auf den Thron in Baden verzichtet. Prinz Max war mit einer Tochter des Herzogs von Cumberland, des alten Feindes Preußens, verheiratet und hinterläßt eine Tochter und einen Sohn.

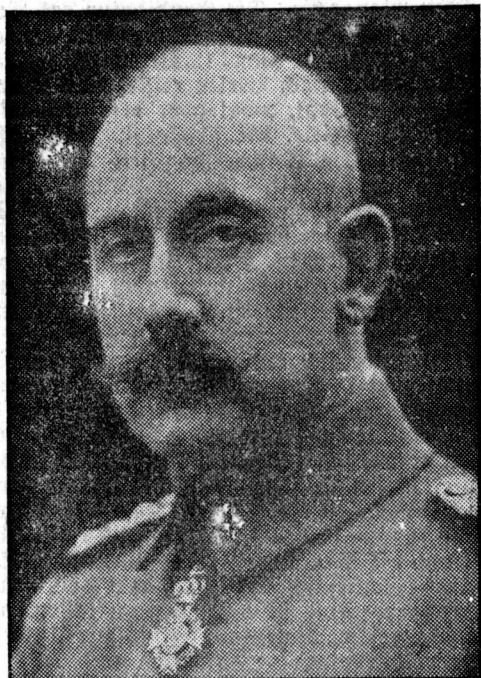
Deutsche Allgemeine Zeitung (Berlin)

Nr. 517

Prinz Max von Baden †

zd. Karlsruhe, 6. 11. (Eigenbericht)

Prinz Max von Baden ist heute früh 5,45 Uhr im Städtischen Krankenhaus in Konstanz im Alter von 63 Jahren gestorben. Vor einigen Jahren hatte Prinz Max einen leichten Schlaganfall erlitten, von dessen Folgen er sich nur schwer erholte. Zunehmende Arteriosklerose schuf dann die Basis für eine Nierenerkrankung, die chronisch wurde. Vor einigen Wochen zog er sich bei



einem Sturz im Zimmer einen Rippenbruch zu, der die Überführung ins Krankenhaus notwendig machte. An seinem Sterbebett weilten seine Gattin, sein Sohn Prinz Berthold, und seine Tochter Prinzessin Marie Alexandra, die Gemahlin des Prinzen Wolfgang von Hessen.

Die Überführung der Leiche wird nach Salem, dem letzten Wohnsitz des Prinzen, erfolgen. Die Beisetzung findet voraussichtlich in der dortigen Familiengruft am Freitag statt. Zur Beisetzung werden sämtliche Verwandte des Prinzen und seiner Gemahlin erwartet. Auch die frühere Großherzogin von Baden wird an den Beisetzungsfeierlichkeiten teilnehmen. Die Mutter der Prinzessin, die Herzogin von Cumberland, ist am Dienstag in Konstanz eingetroffen.

★

Einen Tag nach der Trauerfeier für den Fürsten Bülow, der im eigentlichen Sinne als der Kanzler des deutschen Kaiserreiches, Prinz Max von Baden, durch Tod abgerufen worden. Die Persönlichkeit und die politische Leistung des Prinzen Max werden wahrscheinlich für immer in der Geschichte umstritten bleiben. Sein Name ist mit dem tragischen Zusammenbruch des November 1918 so eng verknüpft, seine Verantwortung mindestens für einen Teil der Geschehnisse und Unterlassungen jener entscheidenden Wochen so deutlich, daß der Streit der Parteien über ihn noch lange nicht wird zur Ruhe kommen können.

Für die breite Öffentlichkeit war die Berufung des

bereits hinter den Kulissen eine führende politische Rolle gespielt hatte. Dieser Kreis, dem u. a. Haugmann angehörte, war es auch, der seine Berufung betrieb. Schon während der Offensive vom März 1918 bemühte sich Prinz Max um die Einleitung einer „politischen Offensive“, die „in planmäßig handelnder Staatskunst rechtzeitig einen staatsmännischen Frieden sicherstellen“ sollte. Nach den tragischen Ereignissen des Sommers 1918 an der Westfront stellte sich dann Ende August Prinz Max dem Kaiser zur Verfügung. Er wollte eine neue breite Basis schaffen, die von der Vaterlandspartei bis tief in die Sozialdemokratie hineinreichen sollte, und sprach in dem Schreiben an den Kaiser von der letzten Chance der deutschen Monarchie. Die Kandidatur des Prinzen verzögerte sich aber aus persönlichen und parlamentarischen Gründen bis zum 1. Oktober. Das Programm, mit dem er nach Berlin reiste, war folgendes: „Kein Friedensangebot, wohl aber deutlichste Proklamation der Kriegsziele, die große Zugeständnisse an die Feinde enthalten können, dagegen Betonung der absoluten Entschlossenheit, bis zum Tode zu kämpfen, wenn entehrende Bedingungen gestellt werden.“ Dieses Programm war aber beim Amtsantritt des neuen Kanzlers bereits durch die Ereignisse über den Haufen geworfen. Denn wenige Minuten nach seiner Ankunft in Berlin machte ihm Oberst v. Saefen im Auftrage der Obersten Heeresleitung die Mitteilung, die militärische Lage habe sich entscheidend verschlechtert, am 29. September sei in Spa der Entschluß gefaßt worden, sich an den Präsidenten Wilson zu wenden, seine 14 Punkte anzunehmen und ihn um die Vermittlung des Waffenstillstandes zu bitten. Prinz Max schwankte, ob er unter diesen Umständen überhaupt die Kanzlerschaft noch annehmen könne: „Der geplante Hilfeschrei mußte dazu führen, daß unser Millionenheer die Waffen wegwirft und die Meute der Feinde jubelnd zur Todeshaß antritt.“ Schließlich ließ er sich aber doch bewegen, die entsprechende Note hinausgehen zu lassen, an die sich dann der weitere Notenwechsel bis zur Unterschrift im Walde von Compiègne angeschlossen.

Auch in der Frage der Innenpolitik hatte ihn sein Vorgänger vor vollendete Tatsachen gestellt, indem der Erlaß des Kaisers und Königs über die Parlamentarisierung, der später als der Beginn der „Revolution von oben“ bezeichnet worden ist, bereits hinausgegangen war. So übernahm Prinz Max das Kanzleramt nach seinen eigenen Worten in der Stimmung eines Menschen, der zum Tode verurteilt war. In dieser Gemütsverfassung, zu der dann noch eine schwere Grippe trat, sollte er schwierigste weltgeschichtliche Entscheidungen treffen, für die ihm vielleicht weniger der klare Blick, als die harte Faust des politischen Willensmenschen ohnehin durchaus fehlte.

Von monarchistischer Seite wird es so dargestellt, als habe Prinz Max den Kaiser schließlich geradezu „abgesetzt“. Richtig ist, daß Prinz Max mit der fortschreitenden Radikalisierung der innerpolitischen Stimmung und auf Grund der Wilson-Noten die Lage so sah: entweder Abdankung des Kaisers oder Verzicht auf die nationale Verteidigung. (Er ging nämlich davon aus, daß das Bekanntwerden der Waffenstillstandsbedingungen, wenn man bis dorthin durchzuhalten vermöchte, sehr wohl die Nation noch zu einer letzten heroischen Kraftanstrengung emporreißen könnte.) Glaubte er aber, daß die Person des Kaisers fallen müsse, um Dynastie, Staatsform, Staat und Volk zu retten, so mußte er diese seine Anschauung dem Kaiser rechtzeitig persönlich ohne jede Verschönerung vor Augen stellen. Das ist aber nicht geschehen.

Umdroht von den Flammenzeichen der fortschreiten-

Prinz Max von Baden †

zd. Karlsruhe, 6. 11. (Eigenbericht)

Prinz Max von Baden ist heute früh 5,45 Uhr im Städtischen Krankenhaus in Konstanz im Alter von 63 Jahren gestorben. Vor einigen Jahren hatte Prinz Max einen leichten Schlaganfall erlitten, von dessen Folgen er sich nur schwer erholte. Zunehmende Arteriosklerose schuf dann die Basis für eine Nierenerkrankung, die chronisch wurde. Vor einigen Wochen zog er sich bei



einem Sturz im Zimmer einen Rippenbruch zu, der die Überführung ins Krankenhaus notwendig machte. In seinem Sterbebett weilten seine Gattin, sein Sohn Prinz Berthold, und seine Tochter Prinzessin Marie Alexandra, die Gemahlin des Prinzen Wolfgang von Hessen.

Die Überführung der Leiche wird nach Salem, dem letzten Wohnsitz des Prinzen, erfolgen. Die Beisetzung findet voraussichtlich in der dortigen Familiengruft am Freitag statt. Zur Beisetzung werden sämtliche Verwandte des Prinzen und seiner Gemahlin erwartet. Auch die frühere Großherzogin von Baden wird an den Beisetzungsfeierlichkeiten teilnehmen. Die Mutter der Prinzessin, die Herzogin von Cumberland, ist am Dienstag in Konstanz eingetroffen.

★

Einen Tag nach der Trauerfeier für den Fürsten Bülow, der im eigentlichen Sinne als der Kanzler Wilhelms II. zu gelten hat, ist auch der letzte Kanzler des deutschen Kaiserreiches, Prinz Max von Baden, durch Tod abgerufen worden. Die Persönlichkeit und die politische Leistung des Prinzen Max werden wahrscheinlich für immer in der Geschichte umstritten bleiben. Sein Name ist mit dem tragischen Zusammenbruch des November 1918 so eng verknüpft, seine Verantwortung mindestens für einen Teil der Geschehnisse und Unterlassungen jener entscheidenden Wochen so deutlich, daß der Streit der Parteien über ihn noch lange nicht wird zur Ruhe kommen können.

Für die breite Öffentlichkeit war die Berufung des badischen Thronfolgers zum Nachfolger des Grafen Hertling eine Überraschung. Ein kleinerer Teil von süddeutschen Politikern wußte allerdings schon seit langem, daß Prinz Max in den ganzen Kriegsjahren

bereits hinter den Kulissen eine führende politische Rolle gespielt hatte. Dieser Kreis, dem u. a. Hausmann angehörte, war es auch, der seine Berufung betrieb. Schon während der Offensive vom März 1918 bemühte sich Prinz Max um die Einleitung einer „politischen Offensive“, die „in planmäßig handelnder Staatskunst rechtzeitig einen staatsmännischen Frieden sicherstellen“ sollte. Nach den tragischen Ereignissen des Sommers 1918 an der Westfront stellte sich dann Ende August Prinz Max dem Kaiser zur Verfügung. Er wollte eine neue breite Basis schaffen, die von der Vaterlandspartei bis tief in die Sozialdemokratie hineinreichen sollte, und sprach in dem Schreiben an den Kaiser von der letzten Chance der deutschen Monarchie. Die Kandidatur des Prinzen verzögerte sich aber aus persönlichen und parlamentarischen Gründen bis zum 1. Oktober. Das Programm, mit dem er nach Berlin reiste, war folgendes: „Kein Friedensangebot, wohl aber deutlichste Proklamation der Kriegsziele, die große Zugeständnisse an die Feinde enthalten können, dagegen Betonung der absoluten Entschlossenheit, bis zum Tode zu kämpfen, wenn entehrende Bedingungen gestellt werden.“ Dieses Programm war aber beim Amtsantritt des neuen Kanzlers bereits durch die Ereignisse über den Haufen geworfen. Denn wenige Minuten nach seiner Ankunft in Berlin machte ihm Oberst v. Haefen im Auftrage der Obersten Heeresleitung die Mitteilung, die militärische Lage habe sich entscheidend verschlechtert, am 29. September sei in Spa der Entschluß gefaßt worden, sich an den Präsidenten Wilson zu wenden, seine 14 Punkte anzunehmen und ihn um die Vermittlung des Waffenstillstandes zu bitten. Prinz Max schwankte, ob er unter diesen Umständen überhaupt die Kanzlerschaft noch annehmen könne: „Der geplante Hilfeschein mußte dazu führen, daß unser Millionenheer die Waffen wegwirft und die Meute der Feinde jubelnd zur Todeshaß antritt.“ Schließlich ließ er sich aber doch bewegen, die entsprechende Note hinausgehen zu lassen, an die sich dann der weitere Notenwechsel bis zur Unterschrift im Walde von Compiègne angeschlossen.

Auch in der Frage der Innenpolitik hatte ihn sein Vorgänger vor vollendete Tatsachen gestellt, indem der Erlass des Kaisers und Königs über die Parlamentarisierung, der später als der Beginn der „Revolution von oben“ bezeichnet worden ist, bereits hinausgegangen war. So übernahm Prinz Max das Kanzleramt nach seinen eigenen Worten in der Stimmung eines Menschen, der zum Tode verurteilt war. In dieser Gemütsverfassung, zu der dann noch eine schwere Grippe trat, sollte er schwierigste weltgeschichtliche Entscheidungen treffen, für die ihm vielleicht weniger der klare Blick, als die harte Faust des politischen Willensmenschen ohnehin durchaus fehlte.

Von monarchistischer Seite wird es so dargestellt, als habe Prinz Max den Kaiser schließlich geradezu „abgesetzt“. Richtig ist, daß Prinz Max mit der fortschreitenden Radikalisierung der innerpolitischen Stimmung und auf Grund der Wilson-Noten die Lage so sah: entweder Abdankung des Kaisers oder Verzicht auf die nationale Verteidigung. (Er ging nämlich davon aus, daß das Bekanntwerden der Waffenstillstandsbedingungen, wenn man bis dorthin durchzuhalten vermöchte, sehr wohl die Nation noch zu einer letzten heroischen Kraftanstrengung emporreißen könnte.) Glaubte er aber, daß die Person des Kaisers fallen müsse, um Dynastie, Staatsform, Staat und Volk zu retten, so mußte er diese seine Anschauung dem Kaiser rechtzeitig persönlich ohne jede Verschönerung vor Augen stellen. Das ist aber nicht geschehen.

Umbroht von den Flammenzeichen der fortschreitenden Revolution unter dem Druck des Zusammenbruchs

Wenden!

000-5300-38821

der Verbündeten, unter der Unsicherheit über die tatsächliche Lage an der Front und in Spa hat dann Prinz Max am 9. November die Abdankung des Kaisers und des Kronprinzen selbständig publiziert. Daraus ist ihm der Vorwurf der Felonie, ja des Verrates gemacht worden.

Er war sicher bei allen seinen Handlungen nur von dem einen Gedanken geleitet, zu retten, was noch zu retten war. Aber den gewissenlosen Drahtziehern der deutschen Revolution und den brutalen Machtmenschen, die auf der Seite der Entente die Führung in Händen hatten, war dieser hochgebildete süddeutsche Prinz im November 1918 als Gegenspieler nicht mehr gewachsen.

O. B.

Deutsche Tageszeitung (Berlin)

Nr. 527

Der letzte Kanzler des Kaiserreiches.

Prinz Max von Baden †.

TU. Konstanz, 6. November.

Prinz Max von Baden, der letzte Reichskanzler des Weltkrieges, ein Sohn des Bruders des Großherzogs Friedrich I. von Baden, ist am heutigen Mittwoch um 5.45 Uhr im Städtischen Krankenhaus in Konstanz gestorben.

Zum Tode des Prinzen Max von Baden erfahren wir, daß gestern Abend um 8.30 Uhr eine katastrophale Verschlimmerung im Befinden des Prinzen eintrat. Von 9 Uhr ab machte der Kräfteverfall so rapide Fortschritte, daß mit dem Ableben des Prinzen flüchtig gerechnet wurde. Um 5.45 Uhr morgens ist der Prinz dann ruhig und ohne Schmerzen entschlafen.

Die Ueberführung der Leiche wird nach Salem, dem letzten Wohnsitz des Prinzen, erfolgen. Die Beisetzung findet voraussichtlich in der dortigen Familiengruft am Freitag statt. Zur Beisetzung werden sämtliche Verwandte des Prinzen und seiner Gemahlin erwartet. Auch die frühere Großherzogin von Baden wird an den Beisetzungsfeierlichkeiten teilnehmen. Die Mutter der Prinzessin, die Herzogin vom Cumberland, ist am Dienstag in Konstanz eingetroffen.

*

Heute morgen um 5.45 Uhr ist im städtischen Krankenhaus in Konstanz Prinz Max von Baden, der letzte Kanzler des Kaiserreiches, einer Krankheit erlegen, mit der er bereits seit längerer Zeit zu kämpfen hatte.

Prinz Max von Baden wurde am 10. Juli 1867 als Sohn des Prinzen Wilhelm, eines Bruders des Großherzogs Friedrich I., geboren. Er studierte in Heidelberg und Freiburg Rechtswissenschaften, tat dann Militärdienst bei den Gardekürassieren in Berlin und wurde später Kommandeur des Leibdragonerregiments seines Heimatlandes. 1908 verließ er den Militärdienst, um sich der Politik zu widmen, an der er namentlich als Präsident der Badischen Ersten Kammer dauernden Anteil nahm. Besonders stark mit der liberalisierenden Tradition seines Hauses belastet, erschien er sehr bald nach seiner ganzen Haltung als stiller Opponent gegen das herrschende System, das in Deutschland allgemein das Uebergewicht der Krone über das Parlament stabilisiert hatte. In einer Rede vom 17. Dezember 1917, die er im August 1918 gelegentlich der hundertjährigen Verfassungsfeier in Baden noch ergänzte, trat er offen für eine Entwicklung in der Richtung eines parlamentarischen Systems ein. In den Kreisen der Linken, die die gleichen Verfassungsziele verfolgten, hatte er damals schon lange als der kommende Mann für eine solche Verfassungsreform gegolten.

Als in den historischen Verhandlungen im Hauptquartier zu Spa am 30. September 1918 der Entschluß gefaßt wurde, zugleich mit dem Ersuchen um Waffenstillstand einen Kurswechsel im Innern vorzunehmen, den man als Grundlage eines letzten nationalen Aufschwungs nach außen für nötig hielt, wurde dem Prinzen Max die Gelegenheit geboten, sich durch die Tat zu bewähren. Am 3. Oktober erfolgte seine Ernennung zum Reichskanzler. Nur zu bald zeigte sich, daß die Last, deren Bewältigung er sich zugetraut hatte, zu schwer für seine Schultern war. In seiner Einführungsvorrede vor dem Reichstage betonte er noch in voller Uebereinstimmung mit der Heeresleitung, daß das deutsche Volk wohl den Frieden wolle, aber mit dem Aufgebot seiner letzten Kraft ungerechte und unehrenhafte Zumutungen abwehren würde. In Wirklichkeit hat das „Kriegskabinet“ des Kanzlers Prinz Max nichts getan, um einen letzten Willensaufschwung der Nation vorzubereiten, sondern ist fast hemmungslos der Ferknirbunaspolitik Willens erlegen.

Hindenburg bittere Klage darüber geführt, daß die Reichsregierung in der Aufgabe, die Front von der Heimat her für die Möglichkeit eines letzten Widerstandes zu stärken, völlig versagt, den noch vorhandenen Widerstandswillen vielmehr noch weiter geschwächt hat. In seinen Lebenserinnerungen hat Hindenburg das Fazit dieser unheilvollen Entwicklung mit den Worten gezogen: „Wir beginnen zu gleiten“.

Die Linke hat diese Haltung des Kriegskabinetts immer wieder mit der Behauptung zu verteidigen gesucht, das ungeheure Drängen Ludendorffs nach sofortiger Herausgabe des Ersuchens um Waffenstillstand sei das größte Hindernis für die Absicht der Reichsregierung gewesen, das deutsche Volk auf einen letzten Widerstand vorzubereiten. Diese Behauptung widerspricht den klaren Tatsachen. Gewiß war die Art, wie Ludendorff, in dem begreiflichen und berechtigten Wunsche, die schwer blutende Front nicht eine Stunde länger als nötig der Fortführung der feindlichen Angriffe auszusetzen, die Berliner Stellen in der Waffenstillstandsfrage drängte, politisch falsch; der General ließ dabei außer acht, daß er es nicht mehr mit einer wirklich kaiserlichen Regierung zu tun hatte. Daß aber diese Regierung nicht das geringste Recht hatte, die Schuld dem General Ludendorff zuzuschreiben, wird schon dadurch bündig bewiesen, daß sie entgegen den dringlichen Vorstellungen Ludendorffs eine Fassung für das Waffenstandsangebot wählte, die es bereits als die Bitte eines Besiegten erscheinen ließ. Das Entscheidende war eben, daß dieses Kriegskabinet mit dem Gedanken einer letzten Volkserhebung wohl gespielt hat, daß es bei ihm aber von Anfang an im Mark und im Willen fehlte.

Fast noch hemmungsloser als nach außen kam das Kabinet dem Prinzen Max im Innern ins Gleiten. So kam es, wie es kommen mußte: der Erbe des Hauses Zähringen, der gewiß noch am Anfang Oktober 1918 den Wunsch und den Glauben gehabt hat, die Monarchie in Deutschland durch Einführung eines parlamentarischen Systems nach englischem Vorbilde zu retten, war wenige Wochen später durch Schuld der eigenen Schwäche dazu verurteilt, die drei letzten Hände Erde auf den Sarg der deutschen Monarchie zu werfen.

So ist die kurze Kanzlerlaufbahn des Prinzen Max von Baden ein trauriges Beispiel für die harte politische Wahrheit, daß in geschichtlichen Krisen nicht der gute Wille, sondern nur die klare Entschlossenheit eines starken Willens ausreicht, die Dinge zu meistern. Den guten Willen wird auch der dem Prinzen nicht bestreiten, dem die Art seines politischen Auftretens schon lange vor der Krisis von 1918 keine Sympathien abgewinnen konnte. Daß aber seine Kraft nicht nur zur Durchführung der Rolle ausreichte, die er sich erträumt und sich viel zu leicht vorgestellt hatte, das ist leider nicht nur für ihn, sondern auch für Deutschland tragisches Verhängnis geworden.

P. B.

Die Beisetzung des Prinzen Max.

TU. Konstanz, 6. November.

Wie die Telegraphen-Union erzählt, hat Prinz Max von Baden vor seinem Tode eine letzte politische Verfügung erlassen.

Der letzte Kanzler des Kaiserreichs.

Prinz Max von Baden †.

TU. Konstanz, 6. November.

Prinz Max von Baden, der letzte Reichskanzler des Weltkrieges, ein Sohn des Bruders des Großherzogs Friedrich I. von Baden, ist am heutigen Mittwoch um 5.45 Uhr im Städtischen Krankenhaus in Konstanz gestorben.

Zum Tode des Prinzen Max von Baden erfahren wir, daß gestern Abend um 8.30 Uhr eine katastrophale Verschlimmerung im Befinden des Prinzen eintrat. Von 9 Uhr ab machte der Kräfteverfall so rapide Fortschritte, daß mit dem Ableben des Prinzen flüchtig gerechnet wurde. Um 5.45 Uhr morgens ist der Prinz dann ruhig und ohne Schmerzen entschlafen.

Die Ueberführung der Leiche wird nach Salem, dem letzten Wohnsitz des Prinzen, erfolgen. Die Beisetzung findet voraussichtlich in der dortigen Familiengruft am Freitag statt. Zur Beisetzung werden sämtliche Verwandte des Prinzen und seiner Gemahlin erwartet. Auch die frühere Großherzogin von Baden wird an den Beisetzungsfestlichkeiten teilnehmen. Die Mutter der Prinzessin, die Herzogin vom Cumberland, ist am Dienstag in Konstanz eingetroffen.

*

Heute morgen um 5.45 Uhr ist im städtischen Krankenhaus in Konstanz Prinz Max von Baden, der letzte Kanzler des Kaiserreichs, einer Krankheit erlegen, mit der er bereits seit längerer Zeit zu kämpfen hatte.

Prinz Max von Baden wurde am 10. Juli 1867 als Sohn des Prinzen Wilhelm, eines Bruders des Großherzogs Friedrich I., geboren. Er studierte in Heidelberg und Freiburg Rechtswissenschaften, tat dann Militärdienst bei den Gardebürassieren in Berlin und wurde später Kommandeur des Leibdragonerregiments seines Heimatlandes. 1908 verließ er den Militärdienst, um sich der Politik zu widmen, an der er namentlich als Präsident der Badischen Ersten Kammer dauernden Anteil nahm. Besonders stark mit der liberalisierenden Tradition seines Hauses belastet, erschien er sehr bald nach seiner ganzen Haltung als stiller Opponent gegen das herrschende System, das in Deutschland allgemein das Übergewicht der Krone über das Parlament stabilisiert hatte. In einer Rede vom 17. Dezember 1917, die er im August 1918 gelegentlich der hundertjährigen Verfassungsfeier in Baden noch ergänzte, trat er offen für eine Entwicklung in der Richtung eines parlamentarischen Systems ein. In den Kreisen der Linken, die die gleichen Verfassungsziele verfolgten, hatte er damals schon lange als der kommende Mann für eine solche Verfassungsreform gegolten.

Als in den historischen Verhandlungen im Hauptquartier zu Spa am 30. September 1918 der Entschluß gefaßt wurde, zugleich mit dem Ersuchen um Waffenstillstand einen Kurswechsel im Innern vorzunehmen, den man als Grundlage eines letzten nationalen Aufschwungs nach außen für nötig hielt, wurde dem Prinzen Max die Gelegenheit geboten, sich durch die Tat zu bewähren. Am 3. Oktober erfolgte seine Ernennung zum Reichskanzler. Nur zu bald zeigte sich, daß die Last, deren Bewältigung er sich zugetraut hatte, zu schwer für seine Schultern war. In seiner Einführungsrede vor dem Reichstage betonte er noch in voller Übereinstimmung mit der Heeresleitung, daß das deutsche Volk wohl den Frieden wolle, aber mit dem Aufgebot seiner letzten Kraft ungeredete und unehrenhafte Zumutungen abzuwehren würde. In Wirklichkeit hat das „Kriegskabinet“ des Kanzlers Prinz Max nichts getan, um einen letzten Willensaufschwung der Nation vorzubereiten, sondern ist fast hemmungslos der Zermürbungspolitik Wilsons erlegen. In einem Briefe, den die Reichsregierung dem deutschen Volke lange vorant hielt, hat Generalfeldmarschall von

Hindenburg bittere Klage darüber geführt, daß die Reichsregierung in der Aufgabe, die Front von der Heimat her für die Möglichkeit eines letzten Widerstandes zu stärken, völlig versagt, den noch vorhandenen Widerstandswillen vielmehr noch weiter geschwächt hat. In seinen Lebenserinnerungen hat Hindenburg das Fazit dieser unheilvollen Entscheidung mit den Worten gezogen: „Wir beginnen zu gleiten“.

Die Linke hat diese Haltung des Kriegskabinetts immer wieder mit der Behauptung zu verteidigen gesucht, das ungekürzte Drängen Ludendorffs nach sofortiger Herausgabe des Ersuchens um Waffenstillstand sei das größte Hindernis für die Absicht der Reichsregierung gewesen, das deutsche Volk auf einen letzten Widerstand vorzubereiten. Diese Behauptung widerspricht den klaren Tatsachen. Gewiß war die Art, wie Ludendorff, in dem begreiflichen und berechtigten Wunsche, die schwer blutende Front nicht eine Stunde länger als nötig der Fortführung der feindlichen Angriffe auszusetzen, die Berliner Stellen in der Waffenstillstandsfrage drängte, politisch falsch: der General ließ dabei außer acht, daß er es nicht mehr mit einer wirklich kaiserlichen Regierung zu tun hatte. Daß aber diese Regierung nicht das geringste Recht hatte, die Schuld dem General Ludendorff zuzuschreiben, wird schon dadurch hündig bewiesen, daß sie entgegen den dringlichen Vorstellungen Ludendorffs eine Fassung für das Waffenstillstandsangebot wählte, die es bereits als die Bitte eines Besiegten erscheinen ließ. Das Entscheidende war eben, daß dieses Kriegskabinet mit dem Gedanken einer letzten Volkserhebung wohl gespielt hat, daß es bei ihm aber von Anfang an im Mark und im Willen fehlte.

Fast noch hemmungsloser als nach außen kam das Kabinet des Prinzen Max im Innern ins Gleiten. So kam es, wie es kommen mußte: der Erbe des Hauses Zähringen, der gewiß noch am Anfang Oktober 1918 den Wunsch und den Glauben gehabt hat, die Monarchie in Deutschland durch Einführung eines parlamentarischen Systems nach englischem Vorbilde zu retten, war wenige Wochen später durch Schuld der eigenen Schwäche dazu verurteilt, die drei letzten Hände der Erde auf den Sarg der deutschen Monarchie zu werfen.

So ist die kurze Kanzlerlaufbahn des Prinzen Max von Baden ein trauriges Beispiel für die harte politische Wahrheit, daß in geschichtlichen Krisen nicht der gute Wille, sondern nur die klare Entschlossenheit eines starken Willens ausreicht, die Dinge zu meistern. Den guten Willen wird auch der dem Prinzen nicht bestreiten, dem die Art seines politischen Auftretens schon lange vor der Krisis von 1918 keine Sympathien abgewinnen konnte. Daß aber seine Kraft nicht nur zur Durchführung der Rolle ausreichte, die er sich erträumt und sich viel zu leicht vorgestellt hatte, das ist leider nicht nur für ihn, sondern auch für Deutschland tragisches Verhängnis geworden.

P. B.

Die Beisetzung des Prinzen Max.

TU. Konstanz, 6. November.

Wie die Telegraphen-Union erfährt, hat Prinz Max von Baden vor einiger Zeit eine letztwillige Verfügung erlassen, wonach seine Beisetzung in aller Stille in Salem am Bodensee erfolgen soll. Schloß Salem ist das persönliche Eigen-

Wenden!

000-8.03.93501

tum des Prinzen Max und war seit der Revolution sein ständiger Wohnsitz. In seiner Eigenschaft als badischer Thronfolger hätte Prinz Max Anspruch auf eine Beisetzung in der Fürstengruft des vom Großherzog Friedrich I. von Baden erbauten Mausoleums in Karlsruhe gehabt. Im Laufe des Mittwochs erfolgte die Ueberführung der Leiche des Verstorbenen nach Schloß Salem, wo die Beisetzung voraussichtlich am Freitag erfolgt.

Hindenburgs Beileid.

Reichspräsident von Hindenburg hat der Prinzessin Max von Baden in einem Telegramm sein Beileid zu dem Ableben des Prinzen Max von Baden zum Ausdruck gebracht.

Le Temps (Paris)

Nr. 24915

MORT DU PRINCE MAX DE BADE

On télégraphie de Constance:

Le prince Max de Bade, qui fut le dernier chancelier de Guillaume II, est mort ce matin, dans sa 63^e année.

Le prince Maximilien de Bade, né à Baden-Baden le 10 juillet 1867, était fils du prince Guillaume de Bade et de Marie, duchesse de Leuchtenberg, descendante lointaine d'Eugén de Beauharnais, et le plus proche agnat du dernier grand-duc régnant, Frédéric, mort sans enfants en 1928.

Jusqu'à la guerre, le prince accomplit régulièrement une carrière militaire; de 1907 à 1911, il commanda une brigade de cavalerie. Mais, en tant qu'héritier de la couronne grand-ducale, il était aussi président de la première Chambre badoise et il acquit en remplissant ses fonctions une réputation de libéralisme. Marié en 1900 à Marie-Louise, princesse de Grande-Bretagne, duchesse de Brunswick-Lunebourg, fille du duc de Cumberland, le dernier prétendant au trône de Hanovre, c'est lui qui, quelques années après, négocia le mariage de son beau-frère, le duc Ernest de Brunswick, avec Victoria-Louise, fille de Guillaume II, mariage qui devait assurer la réconciliation des Cumberland avec les Hohenzollern.

La guerre survenue, Max de Bade prit part durant quelques mois à la campagne, mais, tombé malade, il consacra bientôt toute son activité aux organisations de la Croix-Rouge et il s'occupa spécialement de l'amélioration du sort des prisonniers russes et anglais en Allemagne.

Plusieurs fois, et spécialement à partir de 1917 et de la chute de Bethmann-Hollweg, le nom du prince fut prononcé en Allemagne comme celui d'un chancelier possible, dont l'accession au pouvoir donnerait, à l'intérieur, satisfaction aux groupes libéraux du Reichstag et qui, à l'extérieur, par ses relations internationales et ses hautes parentés, réussirait peut-être à conclure la paix.

Mais c'est seulement à la fin de septembre 1918, après la débâcle de la Bulgarie, que le prince fut appelé à Berlin et c'est le 3 octobre qu'il devint chancelier de l'Empire à la place du comte de Hertling. Max de Bade constitua le premier cabinet parlementaire qu'eût connu l'Allemagne, confiant par exemple des portefeuilles au leader socialiste Scheidemann et à Erzberger, l'un des chefs du centre catholique. En même temps le nouveau cabinet s'engagea à réaliser enfin en Prusse la réforme électorale qui devait supprimer l'archaïque division des électeurs en trois classes.

Mais les événements militaires allaient tout dominer. Le prince a déclaré dans ses *Souvenirs*, publiés par lui il y a deux ans, qu'il avait pris le pouvoir avec la ferme résolution de ne pas solliciter des alliés la paix, mais d'attendre que la situation permit d'engager avec eux des négociations sur un pied d'égalité. Ce furent les chefs militaires, Hindenburg et Ludendorff qui déclarèrent indispensable un armistice qui, seul, permettrait de sauver l'armée. Le prince-chancelier se résigna et, dans la nuit du 3 au 4 octobre, son ministre des affaires étrangères, M.

Self, adressa au président Wilson, par l'intermédiaire de la légation helvétique, une note dans laquelle le gouvernement allemand se déclarait prêt à négocier la paix sur la base des « 14 points » formulés par le président américain dans son discours du 8 janvier 1918. C'était le premier aveu officiel de la défaite allemande. On sait comment se poursuivit, durant tout le mois d'octobre, l'échange de notes entre Wilson et l'Allemagne; et comment Wilson proclama que l'Amérique et les autres puissances alliées ne pourraient traiter qu'après la transformation du système politique allemand et la « destruction de tout pouvoir arbitraire » susceptible, par sa seule volonté, de troubler la paix du monde. Max de Bade arracha à Guillaume II des concessions, afin de sauver la dynastie et la monarchie. Le 26 octobre, avec le consentement de l'empereur, le Reichstag vota une résolution décidant, d'une part, que l'empereur ne pourrait plus désormais déclarer la guerre sans le consentement du Reichstag et, d'autre part, que le chancelier devrait, pour exercer ses fonctions, posséder la confiance de l'Assemblée.

Ces concessions tardives devaient être insuffisantes. Le 3 novembre la révolution commençait à Kiel, d'où elle se répandait à Hambourg, Lübeck, Cologne, pendant qu'à Munich, Kurt Eisner proclamait la République des « Conseils ». Les chefs socialistes, Ebert, Scheidemann, se décidèrent alors à prendre la direction du mouvement. Ils déclarèrent au chancelier que seule l'abdication de l'empereur, qui depuis le 30 octobre avait quitté Berlin, jugé peu sûr, pour le grand quartier général de Spa, permettrait de sauver l'Allemagne du bolchevisme. Max de Bade se rendit à leurs raisons et, le 8 novembre, par téléphone, il demanda à Guillaume II son abdication. Sans opposer un refus absolu, l'empereur ne fit pas de réponse nette, envisageant, par exemple, son abdication du trône impérial mais sa conservation de la couronne de Prusse.

Le 9 novembre 1918, la révolution gagne Berlin où la garnison pactise avec les ouvriers insurgés. Sans plus attendre, les communications téléphoniques avec Spa étant d'ailleurs à peu près interrompues, le prince prend sur lui d'annoncer officiellement l'abdication à la fois de l'empereur et celle du kronprinz et, en même temps, il investit des fonctions de chancelier, chargé de constituer un gouvernement provisoire, le leader des socialistes majoritaires Ebert, qui aussitôt proclame la République.

De la Hollande où il se réfugia le 10 novembre, Guillaume II a souvent et de façon véhémement reproché au prince Max d'avoir « extorqué » son abdication en l'annonçant avant d'avoir obtenu son consentement formel.

Depuis la fin de 1918, le dernier chancelier de l'empire avait vécu dans la retraite à Carlsruhe.

P. Max v. Baden

The Times (London)

4 5 3 5 4

PRINCE MAX OF BADEN

EVENTS BEFORE THE
ARMISTICE

Prince Max of Baden, whose death is reported on another page, was one of the few German leaders, dynastic, political, or military, who kept their heads during the collapse of 1918, and hesitated at no sacrifice to soften the blow. In his five weeks' Chancellorship he was confronted with the hardest tasks a German and a member of a ruling family could be called upon to perform; he strove his utmost to render them unnecessary, but when he realized them to be inevitable or the better among evils, he staked his name and honour on the hope of averting from his country the worst consequences of the collapse. He signed the request for an armistice and the proclamation of the Kaiser's abdication, and, in his own words, entrusted the German Reich to the Socialist Friedrich Ebert, the first President of the German Republic.

Service to the country was the tradition of the Court of Baden in which Prince Maximilian Alexander Friedrich Wilhelm grew up. He was born at Baden Baden in 1867, the son of Prince Wilhelm, a brother of the Grand Duke Frederick I. of Baden, whose wise and benevolent statesmanship won him widespread esteem. Prince Wilhelm, his father, was no statesman, but he was a good soldier and a simple man who enjoyed the affection of the Badeners. Prince Max, after studying law at Heidelberg and Freiburg and obtaining his doctorate, joined the Prussian Cuirassier Guard Regiment, with which he served to the rank of major. Later, after his Berlin service, he returned to his country and commanded at one time the Baden Dragoon Guards. But the military life did not attract him, and after 1908 he held no more appointments. In 1910 he retired with the rank of major-general. He found more congenial occupation as President of the Upper Chamber of the Baden Diet, of which all princes of the ruling house were members.

WORK FOR WAR PRISONERS

After the outbreak of the War Prince Max served on the staff of the XIV Army Corps, of which the Baden troops formed part. His health, never robust, compelled him, however, to return to Germany in the autumn of 1914, whereupon he placed his services at the disposal of the Baden Red Cross organization. The work he took up was the care and relief of prisoners of war, and he threw himself into the task with all his energy. He gave strong support to the work of the American Y.M.C.A. among prisoners of war, and did what he could for the welfare of British, French, and Russian prisoners in German camps, more than once using his influence with the Kaiser to improve conditions. The suggestion of the German-Russian Prisoners of War Conference held at Stockholm in 1915 came from Prince Max.

As war went on Prince Max's opinion was more frequently consulted by states-

cates of continued peace efforts, and the speech was deliberately planned, together with another by Dr. Solf, on the Colonial aspect of the War. Prince Max and Dr. Solf were aware that they could not then venture a plain answer about Belgium, but they hoped by careful phraseology to give the Lansdowne movement some encouragement. But—as Prince Max saw it—the “knock-out” party in Great Britain was too strong, and indeed it was rightly felt in England that the German peace party was too weak. Nevertheless, his speech and a further exchange with Lord Lansdowne through the medium of an interview with the Wolff agency had a certain moderating influence in both countries, and in February and March, 1918, Prince Max and his friends worked out a memorandum entitled “Ethical Imperialism” for submission to the Kaiser and general headquarters. Their argument was that Germany was at the height of her power, that the future would only bring a decline, and that now was the time to make a grand gesture repudiating any intention of curtailing the sovereignty of Belgium, “not,” as Prince Max wrote afterwards, “because we could not, but because we would not.” By the time “ethical imperialism” was ready, however, it was too late. The Kaiser had already left for Grand Headquarters. The great offensive was about to begin, and the confidence of the annexationists was unshakable. It was when the offensive had failed and collapse threatened at home and abroad that Prince Max was called in, but he was called too late.

CALL TO CHANCELLORSHIP

The Prince went to Berlin with no intention of making a peace offer. He proposed to make a clear declaration of German war aims, to promise the restoration of Belgian sovereignty, and to indicate German willingness to negotiate a peace with considerable concessions to the Allies. The declaration should, on the other hand, proclaim the determination to fight to the last if unworthy terms were demanded. He had not even, it appeared, lost hope of retaining Alsace-Lorraine. When he arrived in Berlin, however, in the early morning of October 1, Prince Max learned that the Kaiser and the military leaders were in a state of panic and had decided on September 29 to accept President Wilson's 14 points and to request him to arrange an armistice. For two days he fought hard against this plan. He did not think Germany's plight was so desperate; he was of the opinion that the request for an armistice must weaken her position and that time would tell in her favour. He begged only a few days in which to try his own methods. He went a long way to meet the opposing party, offering to make a speech in the Reichstag after his appointment, treating President Wilson's last speech as a step in the right direction and making a definite German peace offer in reply, addressed to all the Powers. He pointed out the unfairness of appointing a new Chancellor merely to sign Germany's capitulation. But the High Command, pressed by Ludendorff, insisted obstinately that an armistice was essential and urgent. The Kaiser, at a Crown Council, interrupted Prince Max with the remark that the High Command considered the proposal necessary and he

rather than defence, why he gave in. The fight against the Armistice Note was plainly lost. If he did not sign it, then it would be signed by Field-Marshal von Hindenburg or someone else whose name would betray its military origin, and for the soldiers to ask for an armistice would be tantamount to capitulation. As long as possible, if it were only 24 hours, the German nation itself must be persuaded that it was a voluntary political action. A new Chancellor, known to be an advocate of a negotiated peace, must appear responsible, partly to disguise the desperation of the military leaders and partly to ensure acceptance of the proposal.

The story of the following weeks is the well-known story of the armistice negotiations. At every step the new Chancellor tried to hold back, but was swept on by the obstinacy of General Headquarters or the rapid march of events. He appears never to have lost his head, but in such a situation hesitations were inevitable. He prepared a big speech for his first appearance in the Reichstag, taking the Fourteen Points, which he distrusted profoundly, one by one and criticizing them from the German point of view. He wished the German nation to realize their drawbacks clearly, but he was persuaded to delete from his manuscript anything that might possibly offend President Wilson. When, on October 17, the War Cabinet met and Ludendorff reported on the military situation, the Prince was still convinced that the armistice request of October 3 was a mistake. He felt, however, that the negotiations must be given a fair chance, but, if the terms demanded were too stiff, a last big stand must be made. But it must not be made under Ludendorff's direction. He had lost faith in Ludendorff, first because of his panic at the end of September, and, secondly, because of his hesitating replies to questions in the War Cabinet. He wrote to the Kaiser proposing Ludendorff's dismissal and threatening to resign if the proposal were not followed. He stood firmly, however, against the demand of his Socialist collaborators that Hindenburg also should go. The Kaiser never realized how tenaciously Prince Max contested every concession he did not consider absolutely necessary. When the Prince reproached him for leaving for headquarters at Spa at so critical a time, the Kaiser said bitterly: “You have removed Ludendorff; now I must put Groener in his place.” The Prince, who must have been sorely tried, suggested in vain that Hindenburg was capable of doing that himself.

THE KAISER'S ABDICATION

Not only was the Kaiser becoming suspicious of intrigues, but the naval leaders did not trust Prince Max and the Government. They kept the Government in ignorance of their plans for a last desperate “death cruise.” The Prince explained afterwards that, although he would not have shared their optimism, he would have approved the undertaking. A victory would have averted the revolution and the capitulation; even a glorious defeat would have stimulated resistance. But if the Chancellor had been consulted he would have chosen the psychological moment; he would have endeavoured to hasten the announcement of the armistice terms, and when the country realized that its trust in President Wilson had been misplaced, the time for a desperate

PRINCE MAX OF BADEN

EVENTS BEFORE THE
ARMISTICE

Prince Max of Baden, whose death is reported on another page, was one of the few German leaders, dynastic, political, or military, who kept their heads during the collapse of 1918, and hesitated at no sacrifice to soften the blow. In his five weeks' Chancellorship he was confronted with the hardest tasks a German and a member of a ruling family could be called upon to perform; he strove his utmost to render them unnecessary, but when he realized them to be inevitable or the better among evils, he staked his name and honour on the hope of averting from his country the worst consequences of the collapse. He signed the request for an armistice and the proclamation of the Kaiser's abdication, and, in his own words, entrusted the German Reich to the Socialist Friedrich Ebert, the first President of the German Republic.

Service to the country was the tradition of the Court of Baden in which Prince Maximilian Alexander Friedrich Wilhelm grew up. He was born at Baden Baden in 1867, the son of Prince Wilhelm, a brother of the Grand Duke Frederick I. of Baden, whose wise and benevolent statesmanship won him widespread esteem. Prince Wilhelm, his father, was no statesman, but he was a good soldier and a simple man who enjoyed the affection of the Badeners. Prince Max, after studying law at Heidelberg and Freiburg and obtaining his doctorate, joined the Prussian Cuirassier Guard Regiment, with which he served to the rank of major. Later, after his Berlin service, he returned to his country and commanded at one time the Baden Dragoon Guards. But the military life did not attract him, and after 1908 he held no more appointments. In 1910 he retired with the rank of major-general. He found more congenial occupation as President of the Upper Chamber of the Baden Diet, of which all princes of the ruling house were members.

WORK FOR WAR PRISONERS

After the outbreak of the War Prince Max served on the staff of the XIV Army Corps, of which the Baden troops formed part. His health, never robust, compelled him, however, to return to Germany in the autumn of 1914, whereupon he placed his services at the disposal of the Baden Red Cross organization. The work he took up was the care and relief of prisoners of war, and he threw himself into the task with all his energy. He gave strong support to the work of the American Y.M.C.A. among prisoners of war, and did what he could for the welfare of British, French, and Russian prisoners in German camps, more than once using his influence with the Kaiser to improve conditions. The suggestion of the German-Russian Prisoners of War Conference held at Stockholm in 1915 came from Prince Max.

As war went on Prince Max's opinion was more frequently consulted by statesmen and soldiers, and he attracted widespread attention with a speech in the Baden Diet in December, 1917, which was intended as a reply to Lord Lansdowne's letter in the *Daily Telegraph* proposing a negotiated peace and demanding a plain declaration as to German intentions with regard to the future of Belgium. Prince Max was in close touch with Dr. Solf and other cautious advo-

cates of continued peace efforts, and the speech was deliberately planned, together with another by Dr. Solf, on the Colonial aspect of the War. Prince Max and Dr. Solf were aware that they could not then venture a plain answer about Belgium, but they hoped by careful phraseology to give the Lansdowne movement some encouragement. But—as Prince Max saw it—the “knock-out” party in Great Britain was too strong, and indeed it was rightly felt in England that the German peace party was too weak. Nevertheless, his speech and a further exchange with Lord Lansdowne through the medium of an interview with the Wolff agency had a certain moderating influence in both countries, and in February and March, 1918, Prince Max and his friends worked out a memorandum entitled “Ethical Imperialism” for submission to the Kaiser and general headquarters. Their argument was that Germany was at the height of her power, that the future would only bring a decline, and that now was the time to make a grand gesture repudiating any intention of curtailing the sovereignty of Belgium, “not,” as Prince Max wrote afterwards, “because we could not, but because we would not.” By the time “ethical imperialism” was ready, however, it was too late. The Kaiser had already left for Grand Headquarters. The great offensive was about to begin, and the confidence of the annexationists was unshakable. It was when the offensive had failed and collapse threatened at home and abroad that Prince Max was called in, but he was called too late.

CALL TO CHANCELLORSHIP

The Prince went to Berlin with no intention of making a peace offer. He proposed to make a clear declaration of German war aims, to promise the restoration of Belgian sovereignty, and to indicate German willingness to negotiate a peace with considerable concessions to the Allies. The declaration should, on the other hand, proclaim the determination to fight to the last if unworthy terms were demanded. He had not even, it appeared, lost hope of retaining Alsace-Lorraine. When he arrived in Berlin, however, in the early morning of October 1, Prince Max learned that the Kaiser and the military leaders were in a state of panic and had decided on September 29 to accept President Wilson's 14 points and to request him to arrange an armistice. For two days he fought hard against this plan. He did not think Germany's plight was so desperate; he was of the opinion that the request for an armistice must weaken her position and that time would tell in her favour. He begged only a few days in which to try his own methods. He went a long way to meet the opposing party, offering to make a speech in the Reichstag after his appointment, treating President Wilson's last speech as a step in the right direction and making a definite German peace offer in reply, addressed to all the Powers. He pointed out the unfairness of appointing a new Chancellor merely to sign Germany's capitulation. But the High Command, pressed by Ludendorff, insisted obstinately that an armistice was essential and urgent. The Kaiser, at a Crown Council, interrupted Prince Max with the remark that the High Command considered the proposal necessary and he, Prince Max, had not been summoned to place difficulties in their way.

All this time the Note was being drafted, and on October 3 the Prince signed it. He was appointed to succeed Count Hertling as Imperial Chancellor the same day. He explained afterwards in his “Reminiscences,” which were written throughout in a tone of quiet explanation

rather than defence, why he gave in. The fight against the Armistice Note was plainly lost. If he did not sign it, then it would be signed by Field-Marshal von Hindenburg or someone else whose name would betray its military origin, and for the soldiers to ask for an armistice would be tantamount to capitulation. As long as possible, if it were only 24 hours, the German nation itself must be persuaded that it was a voluntary political action. A new Chancellor, known to be an advocate of a negotiated peace, must appear responsible, partly to disguise the desperation of the military leaders and partly to ensure acceptance of the proposal.

The story of the following weeks is the well-known story of the armistice negotiations. At every step the new Chancellor tried to hold back, but was swept on by the obstinacy of General Headquarters or the rapid march of events. He appears never to have lost his head, but in such a situation hesitations were inevitable. He prepared a big speech for his first appearance in the Reichstag, taking the Fourteen Points, which he distrusted profoundly, one by one and criticizing them from the German point of view. He wished the German nation to realize their drawbacks clearly, but he was persuaded to delete from his manuscript anything that might possibly offend President Wilson. When, on October 17, the War Cabinet met and Ludendorff reported on the military situation, the Prince was still convinced that the armistice request of October 3 was a mistake. He felt, however, that the negotiations must be given a fair chance, but, if the terms demanded were too stiff, a last big stand must be made. But it must not be made under Ludendorff's direction. He had lost faith in Ludendorff, first because of his panic at the end of September, and, secondly, because of his hesitating replies to questions in the War Cabinet. He wrote to the Kaiser proposing Ludendorff's dismissal and threatening to resign if the proposal were not followed. He stood firmly, however, against the demand of his Socialist collaborators that Hindenburg also should go. The Kaiser never realized how tenaciously Prince Max contested every concession he did not consider absolutely necessary. When the Prince reproached him for leaving for headquarters at Spa at so critical a time, the Kaiser said bitterly: “You have removed Ludendorff; now I must put Groener in his place.” The Prince, who must have been sorely tried, suggested in vain that Hindenburg was capable of doing that himself.

THE KAISER'S ABDICATION

Not only was the Kaiser becoming suspicious of intrigues, but the naval leaders did not trust Prince Max and the Government. They kept the Government in ignorance of their plans for a last desperate “death cruise.” The Prince explained afterwards that, although he would not have shared their optimism, he would have approved the undertaking. A victory would have averted the revolution and the capitulation; even a glorious defeat would have stimulated resistance. But if the Chancellor had been consulted he would have chosen the psychological moment; he would have endeavoured to hasten the announcement of the armistice terms, and when the country realized that its trust in President Wilson had been misplaced, the time for a desperate naval sortie would have come.

Prince Max's hardest trial came on November 8 and 9. On the 8th they were still waiting in Berlin for the news that the Kaiser had agreed to abdicate. The Socialist leaders declared that the situation could be saved if, in the next morning newspapers, the Chancellor announced that he was convinced that abdication

was essential, had requested it, and would obtain it. This would force the Kaiser's hand and satisfy the workers and soldiers. But that, said Prince Max, would be a *coup d'Etat*; he would do nothing against the Kaiser. Yet the next day he took almost as great a responsibility, but too late.

On the 9th word came through from headquarters that the Kaiser had agreed and the proclamation was being prepared. Prince Max, knowing that every minute counted, issued an announcement that the Kaiser had decided to abdicate, that he himself would remain in office until the abdication, and that the Crown Prince's renunciation of the succession had been completed and the question of a Regency settled. The appointment of Herr Ebert as Chancellor would be recommended to the Regent and elections would be held for a National Assembly.

When the document eventually arrived from Spa, it turned out that the Prince had assumed too much. The Kaiser had decided to abdicate as Emperor but not as King of Prussia. This would have been an impossible scheme; but its impossibility did not save Prince Max from the reproach of having precipitated matters, nor did the fact that the Crown Prince's renunciation was essential save him from the reproach of announcing it without consultation.

END OF THE MONARCHY

Events had moved so rapidly that when Ebert was asked whether he would conduct the Government in accordance with the monarchist Constitution, he said that he would have replied "Yes" without hesitation the day before but now he must consult his friends. The influence of the Independent Socialists had become too strong. Yet when, in the evening, Prince Max went to Ebert to take leave of him, the Socialist leader, according to Prince Max, still urged him to remain as Regent. Prince Max refused, knowing that Ebert was about to enter into an agreement with the Independents and feeling that he could not work with them. Turning round at the door he said:—"Herr Ebert, I entrust the German Reich to you." Ebert replied:—"I have lost two sons for this Reich."

Prince Max, who was now Heir-Apparent to the Throne of Baden, renounced all claim to the succession for himself and his heirs on November 22, 1918, when the Grand Duke Frederick II. abdicated. He retired to his estate on Lake Constance, but continued to take an interest in public affairs, especially the defence of Germany against the accusation of sole responsibility for the War. In 1900 he had married Princess Marie Luise, a daughter of the late Duke Ernst August of Cumberland. He had two children, Princess Marie Alexandra and Prince Berthold.

Except for one article in a review, Prince Max bore the reproaches levelled at him by his Imperial cousin, among others, with characteristic dignity and reserve for nine years. In 1927 he published his "Erinnerungen und Dokumente," in which, with simplicity and a calm detachment that in some places was truly remarkable, he told the story of his brief but fateful Chancellorship with exhaustive documentation. In this book he did not hesitate to analyse his thoughts and actions with considerable frankness. At the conclusion of it he wrote that he had often wondered since if he could have saved the monarchy if he had acceded to Ebert's request to assume the Regency on November 9. He always, he added, came to the same conclusion—that he could have taken that course if the Kaiser had nominated him as his representative, but his conscience would have prevented him from carrying out a *coup d'Etat*.

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. Main)

Nr. 832

**Die Deutschnationalen verlassen die
Landtagssitzung**

beim Nachruf auf den Prinzen Max von Baden.

(Drahtmeldung unseres Korrespondenten.)

† Karlsruhe, 6. Nov. In seiner heutigen ersten Sitzung wählte der neue Badische Landtag den bisherigen Präsidenten Dr. Baumgartner (Z.) wieder. Zu Vizepräsidenten wurden die Abgg. Maier-Heidelberg (Soz.), und Dr. Waldeck (D. Bp.) bestimmt. Die Gewählten fanden die Stimmen aller Parteien mit Ausnahme der Kommunisten, der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen. Auffallend war die Stimmenthaltung der Deutschnationalen, die diese erste Gelegenheit benutzten, um zu dokumentieren, daß ihre Opposition im neuen Landtag schärfer als bisher sein soll. Noch deutlicher gaben sie diese Absicht am Schluß der Sitzung dadurch zu erkennen, daß sie bei einem Nachruf des Präsidenten auf den Prinzen Max von Baden, der Chef des ehemaligen großherzoglichen Hauses war, gemeinsam mit den Nationalsozialisten den Saal verließen, während die im Saal verbleibenden Kommunisten durch Nichterheben von den Sitzen demonstrierten. Als der Sozialdemokrat Maier diese Vorgänge bedauernd zur Sprache brachte, suchte der Abg. Schmittknepper die Haltung seiner deutschnationalen Freunde dadurch zu rechtfertigen, daß er erklärte, der Nachruf auf den Prinzen Max sei eine politische Aktion gewesen, an der sich seine Partei nicht habe beteiligen können. Tatsächlich hatten die Worte des Präsidenten in ganz allgemeinen Bemerkungen, gegen die keine Partei vernünftigerweise Einwendungen erheben konnte, die Eigenschaften des Prinzen gewürdigt. Das Ergebnis der heutigen Sitzung ist, daß sich in ihr sachlich die Haltung der Deutschnationalen von der der Nationalsozialisten in nichts unterschied; lediglich in der Form wurden sie von den Nationalsozialisten dadurch übertrumpft, daß diese die Erwartungen ihrer auf der Tribüne anwesenden Freunde durch ein paar gänzlich wirklose unparlamentarische Zwischenrufe erfüllten. Die nächste Sitzung soll erst nach der Beendigung der Verhandlung über die Regierungsbildung stattfinden, die seit einer Reihe von Tagen im Gange sind, bisher aber noch zu keinem positiven Ergebnis geführt haben.

Zum Tode des Prinzen Max von Baden.

Berlin, 6. Nov. (Wolff.) Der Reichspräsident hat der Prinzessin Max von Baden zum Ableben ihres Gemahls telegraphisch seine herzlichste Teilnahme ausgesprochen.

Der Reichskanzler hat an die Gemahlin des Prinzen Max von Baden im eigenen wie im Namen der Reichsregierung ein Beileidstelegramm gerichtet.

The Manchester Guardian

No 25955

Prince Max of Baden.

The death of Prince Max of Baden, which follows so quickly on that of

Prince Bülow, takes one back to the closing days of the German Empire. Confronted with retribution in the form of external collapse and internal revolution, Germany, like other tottering monarchies, turned from the stern disciplinarians of reaction to tolerant men of moderation. It was a mistake, for the change came too late. Moderation might have avoided the crisis; it could not cure it; for the moderates, unschooled to power, were incapable of rule. Prince Max, who was called to office at the moment of collapse, was well fitted to play the part of benevolent aristocrat in a smallish German State, but he was quite incapable of acting with decision in his unsheltered position as the pacific Chancellor of a bellicose Emperor who had turned to him in desperation only as the least unwelcome candidate. His attempt to save the monarchy in which he believed by forcing the Kaiser to abdicate in favour of his grandson was foredoomed to failure. He was important only as a bridge to the new democratic Germany, which should be grateful to him for quietly retiring to his estates when power was taken from him. Had he tried to show fight the history of the German Revolution might well have been far more blood-stained than it was, for in the early days of the Republic the central Government needed the undivided support of law-abiding folk if it was to save the country from chaos. Active disaffection on the Right might have been fatal. But, as well as this fortunate weakness of character, Prince Max had certain positive qualities for which we in this country must especially hold him in honour. During the war, when kindness to the enemy was not encouraged in official quarters, Prince Max very honourably strove to lighten the dreary lot of English prisoners of war in Germany. Fate placed him for a short month in a position of overwhelming and impossible responsibility. He was perhaps not sorry when it sent him back to a life of quiet, scholarly obscurity.

Vossische Zeitung (Berlin)

Nr. 266

Mar von Baden †

Prinz Mar von Baden, dessen nahes Ende sich schon am Dienstag durch einen starken Kräfteverfall angekündigt hatte, ist, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, am Mittwoch früh gegen 6 Uhr im Konstanzer Krankenhaus gestorben. Die badische Staatsregierung hat telegrafisch den Angehörigen ihr Beileid ausgesprochen. Mittwoch abend erfolgte die Ueberführung der Leiche nach Schloss Salem am Bodensee, wo bereits am Freitag die Beisetzung stattfindet.

Während im Norden des Reichs Männer des öffentlichen Lebens, an ihrer Spitze der Reichskanzler, vor dem blumenbedeckten Sarg des Fürsten Bülow stehen, in die flackernden Kerzenlichter schauen und den Worten des Geistlichen zuhören, liegt im äußersten Süden Deutschlands, im einfachen Krankenzimmer, ein anderer deutscher Kanzler im Todeskampf. In den Morgenstunden des ersten Tages, der das neue Grab in Rienstetten bescheinigt, stirbt in Konstanz Prinz Mar von Baden.

Vergleiche drängen sich auf und müssen zurückgedrängt werden. Nur eins: Zwischen dem „Glanz“ der „Aera Bülow“ und dem Todeskampf des wilhelminischen Deutschlands, in dessen Zudungen dieser süddeutsche Fürst als letzter kaiserlicher Reichskanzler berufen wurde, besteht ein ursächlicher Zusammenhang, den man an den frischen Gräbern dieser beiden Männer als deutscher Patriot nicht vertuschen darf.

Und noch eins: am Sarge des Prinzen Mar von Baden wird auch die Liebe stehen. Die Liebe seiner engeren badischen Landsleute, die dankbare Liebe von Hunderttausenden von ehemals in Deutschland gefangenen Feinden, die vielleicht jetzt erst erfahren, daß es dieser Mann mit seinem großen Herzen war, der sich so gut es in den Kriegsjahren ging, für sie einsetzte. In den Jahren, wo alle sogenannten christlichen Nationen, um ein Wort des Verstorbenen zu wiederholen, „die Bergpredigt vergessen hatten“.

Was ein sozialdemokratischer Führer, der in den kurzen und schrecklichen Wochen seiner Kanzlerschaft Mar von Baden als Mitarbeiter nahe stand, beim Abschied sagte: „Ich habe diesen Prinzen lieb gewonnen“ drückt aus, was jeder empfinden mußte, der ihm menschlich nähergetreten war.

Auch der Haß wird scheel zur Bahre dieses Toten hinübergeschleiert. Aber wie sollte dieser deutsche Mensch den Nationalisten nicht verhaßt sein, der, mitten im Krieg, die Forderung erhob: „Wer für sein Recht und seine Freiheit kämpft, der hat Achtung vor dem Recht und der Freiheit anderer Völker zu haben!“ Der gegenüber dem Haßmut das Wort zitiert, mitten im Krieg, im Parlament seines Heimatlandes: „Die Liebe zum Vaterland reicht aus, um das Beste herzugeben“. Der, mitten im Krieg, an die Erneuerung Deutschlands, Europas, der Welt dachte und öffentlich bekannte: „Je länger der Krieg dauert, umso schwerer wird die Erneuerung sein. Nicht nur bei uns, auch im Feindesland. Auch dort fallen gerade die Besten. Wer möchte darüber frohlocken?“

Was für eine Welt trennt diesen Mann von den Haßschreibern und Vernichtungspredigern in den Entente-Ländern und bei uns. Kein Wunder, daß er glaubte in den Verkündigungen des Präsidenten Wilson, im Prägen des Wortes vom „Frieden ohne Besiegte“, verwandte Gefühle zu finden. Er, nur er und die, die wie er in Deutschland fühlten und dachten, hatten und haben das moralische Recht Wilson des Treubruchs zu beschuldigen. Und gerade Prinz Mar ist gezwungen worden, als Reichskanzler das Ersuchen um Waffenstillstand an den amerikanischen Präsidenten zu richten.

*

„Ich kann nicht verstehen, daß es gerade Mar sein muß, der solch Angebot mit seinem Namen deckt. Wenn dies aber unabwendbar ist, so ist es mir vaterländische Pflicht, nicht entgegen zu sein.“

So telegraphiert am 1. Oktober 1918 der alte Großherzog von Baden dem Kaiser, der ihn als Chef des Hauses Baden um die Zustimmung bittet, den Prinzen Mar als Reichskanzler zu berufen.

Das Angebot ist die von der Obersten Heeresleitung telefonisch und dringlichst geforderte Waffenstillstandsbitte an den Feind. Der Prinz selbst will so nicht seine Kanzlerschaft beginnen. Aber die Feldherren drängen. Der Generalfeldmarschall erklärt am 2. Oktober, daß, wenn der Kampf an den Fronten nicht sofort zum Stillstand komme, er die Verantwortung nicht übernehmen könne, „daß dann nicht eine Katastrophe eintreffe“. Und der kaiserliche Herr und Vetter herrscht ihn an: „Du bist nicht hierhergekommen, um der Obersten Heeresleitung Schwierigkeiten zu machen.“

Der Prinz, Erbe eines deutschen Throns, bringt das Opfer, mit seinem Namen einen Ausgang zu decken, den er nicht verschuldet, den er bekämpft und den er längst bange vorausgesehen hat. Der Mann, der für Frieden und Friedensbereitschaft umsonst gearbeitet hat, muß die Kapitulation durchführen, die der zerbrochene Kriegergeist fordert.

Aber dieser deutsche Fürst ist nicht der einzige, von dem in diesen letzten Stunden des wilhelminischen Reichs solche Opfer verlangt werden. Als erster parlamentarischer Reichskanzler, der die Notwendigkeit eines neuen Geistes, eines neuen Systems und neuer Menschen erkennt, ruft er die sozialdemokratische Partei zur Mitarbeit in seine Regierung, die nur eine Regierung der Liquidation alter Herrlichkeit sein kann. Die Führer der Sozialdemokratie, an ihrer Spitze Ebert, haben sich dem Prinzen nicht verweigert.

Und dann begannen die fünf furchtbaren Wochen, in denen der Schußwall der Armee um Deutschland bröckelte und brach, während im Innern die republikanischen Sozialistenführer sich vor die Monarchie stellten, um das Chaos zu vermeiden, und der Erbe Badens die Abdankung des Kaisers fordern mußte, als das Chaos unabwendbar geworden.

Es ist eine infame Lüge, wenn heute gewisse Kreise des preussischen Adels und mit ihnen eine Partei, die sich „deutschnational“ nennt, den Prinzen Mar von Baden als verantwortlich für den Untergang der Monarchie in Deutschland bezeichnen. Die Lüge wird noch verächtlicher, wenn

Wenden!

man eine zu rasch vergessende Generation daran erinnert, daß gerade in jenen Kreisen die Notwendigkeit der Abdankung Kaiser Wilhelms schon im frühen Herbst des Jahres 1918 erkannt und ohne Scheu besprochen wurde. Nicht nur in Preußen, aber gerade auch in Preußen. Nicht nur im Volk, auch in den Residenzen der Bundesfürsten. Der einzige Vorwurf, den man dem Prinzen machen kann, ist der, daß er sich nicht selbst zum Sprachrohr der Gefühle und Wünsche der Bundesfürsten und aller verantwortlichen Kreise dem Kaiser gegenüber gemacht hat. Daß er es mit Andeutungen und mit Zwischenträgern aus dem Kreise kaiserlicher Hofchargen versuchte. Bei einer Natur wie die Wilhelms II. sind Andeutungen dieser Art ohne Wirkung, ebenso wie ihrer Natur nach Hofchargen nicht die richtigen Persönlichkeiten sind, um vom Monarchen die Entsagung auf den Thron zu fordern oder sie ihm auch nur nahezu legen.

Hier wirkten aber in Max von Baden nicht nur die begreiflichen Hemmungen, die er als deutscher Dynast und General gegenüber dem deutschen Kaiser und Obersten Kriegsherrn empfinden mußte. Nein, in diesem Sohn einer russischen Mutter standen Entschlußkraft und Tatkraft in keinem Verhältnis zu seiner Fähigkeit, verstandesmäßig und vor allem gefühlsmäßig Situationen klar zu erkennen, Tatsachen richtig zu beurteilen und das Wesentliche zu spüren. Und nur Entschlußkraft und Tatkraft konnten jetzt das Schlimmste vielleicht noch abwenden, wo auch die

Blindesten die Situation Deutschlands endlich richtig erkannten.

*

Als sich am 9. November mittags Max von Baden schließlich entschloß, die Abdankung des Kaisers zu verkünden, noch bevor die Bestätigung aus Spa eintraf, war es zur Rettung der Monarchie zu spät. Die Möglichkeit einer Regentschaft für den Kaiserentkel war verpaßt. Die Republik war da, um Deutschland zu retten.

„Herr Ebert, ich lege Ihnen das Deutsche Reich ans Herz.“ Und dieser: „Ich habe zwei Söhne für dieses Reich verloren!“

Es war der Abschied des alten vom neuen Deutschland. Wie jämmerlich klein erscheint, wenn man diese Worte liest, wenn man sich diese Szene vorstellt, wenn man an die beiden Männer denkt, die jetzt tot sind, wie erbärmlich mutet das Gezänk um das Schicksal der deutschen Monarchie an.

Auf seinem Schloß in Salem am Bodensee hat Prinz Max von Baden von jenem 9. November ab als Bürger seines Landes gelebt. Er hielt nicht Hof, er hielt, unterstützt von seinem vertrauten Mitarbeiter Kurt Hahn, Schule. Sein Sohn Berthold sollte mit anderen zu einer neuen Generation Deutscher gehören, wie sie das neue Deutschland braucht. Wie sie die Welt braucht.

Dieses Deutschland ist heute um einen sehr edlen Menschen ärmer. Albrecht Graf Montgelas.

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. Main)

Nr. 835

Die Trauerfeier in Salem.

Konstanz, 7. Nov. (Wolff.) Bei der Ueberführung der Leiche des Prinzen Max von Konstanz nach Salem wurde der Leichenzug in Meersburg namens der badischen Staatsregierung von Landrat Dr. Levinger empfangen. In den Ortschaften, die der Leichenzug in später Nachtstunde passierte, hatten die Feuerwehren mit Fackeln Aufstellung genommen. In Salem ertönten beim Eintreffen des Leichenzuges die Schloßglocke und die Glocken des Münsters. Die Ausbahrung erfolgte in dem evangelischen Gemeindeaal. Hier fand eine kurze Trauerfeier statt, bei der Pfarrer Dill amtierte. Die Totenwache hielten Beamte der markgräflichen Güter.

Im Laufe des heutigen Tages werden zahlreiche Kürstlichkeiten in Salem erwartet, darunter auch die Tochter des früheren Kaisers, die frühere Herzogin von Braunschweig mit ihrem Gatten.

Nationaler Takt.

Noch dem toten Prinzen Max bezeugt eine deutsch-nationale Fraktion ihre Mißachtung, indem sie beim Nachruf des badischen Landtagspräsidenten den Saal verläßt. Wie schnell und drastisch illustrieren die Herren die Klage unseres vorgestrigen Leitartikels über Zerfägung des deutschen Volkes dadurch, daß viele glauben, „politischen Kampf bloß in der Form moralischer oder nationaler Verfeimung des Andersdenkenden führen zu können“. Gewiß hat der badische Prinz in Deutschlands schwersten Stunden anders gedacht und gehandelt, als es den Deutschnationalen richtig scheint. Er war ebenso wenig unser demokratischer Gesinnungsgenosse. Aber daß er aus einer sehr schwer genommenen Verantwortung, aus reiner Vaterlandsliebe und tiefer religiöser Verpflichtung heraus gehandelt hat, jeder Unvoreingenommene kann das mit Händen greifen und muß es in den zehn Jahren bisher mindestens mit dem Verstande begriffen haben. Heute liegt nicht bloß Haß und Verhegung, sondern auch Unwahrhaftigkeit in jener deutschnationalen Geste. Jrgendein Nachruf dieser Tage erinnert an die historische Szene, als Prinz Max am 9. November den Reichskanzlerbau verließ: „Herr Eert, ich lege Ihnen das Deutsche Reich ans Herz...“, worauf ihm die Antwort wurde: „Ich habe zwei Söhne für dieses Reich verloren...“

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. Main)

Nr. 834

Prinz Max von Baden.

Von Professor Martin Dibelius (Heidelberg).

Prinz Max von Baden — bei der Nachricht von seinem Tode wird die Erinnerung an einen Menschen lebendig, der in den Tagen der deutschen Katastrophe schmerzvoll gebraucht wurde, weil er eine seinem Wesen nicht gemäße Führerstellung übernommen hatte. Die persönliche Tragik dieser Gestalt ist offenkundig: ein schwerblütiger Mensch von Adel der Gesinnung und Reinheit des Willens mußte das deutsche Schicksal in seine vornehme und ungeübte Hand nehmen in einer Zeit, deren Brutalität solch einem stillen Adel nicht einmal das Wort, noch viel weniger das Handeln verschaffte.

An der Schwelle des neuen Deutschland stand ein Prinz; das war dem Ausland unbegreiflich, das war aber bezeichnend für die Problematik des deutschen Obrigkeitsstaates. Das Außerordentliche, das auch im Krieg nicht Erreichte, das auch von der Einigkeit des 4. August 1914 nicht Geschaffene sollte in wenig Wochen, ja in wenig Tagen durchgeführt werden: Abbau des volksfeindlichen preussischen Wahlrechts, demokratisch-parlamentarische Umbildung der Reichsregierung, Unterstellung der Militärge-
walt unter die zivile Staatsleitung, dazu der Abbau aller Kriegsziele, nicht nur der alldeutschen und schwerindustriellen, sondern auch der enggesteckten und volkstümlichen, und die Anbahnung des Verständigungsfriedens! Dies Außerordentliche war zu vollbringen unter der Herrschaft eines Monarchen, dessen Reden und Taten auf so ganz andere Ziele wiesen; — und gerade darum erschien ein Prinz, der nahe Verwandte des Hohenzollernhauses, der Erbe eines deutschen Fürstenthrones, als der mögliche Kandidat für die neue Besetzung des Reichskanzlerpostens; und mancher dachte, wie schon in viel kleinerem Ausmaß damals, als Prinz Ernst von Hohenlohe die Leitung des Kolonialamtes bekam: den Prinzen wird der Kaiser hören! Er hat ihn auch gehört, er ist den neuen Weg mitgegangen bis zur Entlassung Ludendorffs; in den entscheidenden Tagen aber hat der Monarch sich dem prinzipiellen Anwalt der Demokratie entzogen.

Für diese Anwaltsschaft hatte der badische Prinz manche Vorzüge, ererbte und erworbene, mit in sein Amt gebracht. Der freiheitliche Geist des Zähringer Fürstenhauses, die demokratische Neigung des deutschen Südwestens verband sich bei ihm mit persönlichen Eigenschaften besonderer Art: mit einem religiösen Ethos, das in dem Kreise um Johannes Müller vertieft und befestigt war, mit einer politischen Ueberzeugung, der Aristokratie und Demokratie keine Gegensätze waren. Er sah in dem Mehrheitsprinzip „den heilsamen Zwang für den Aristokraten, den Weg zu den Volksgenossen zu finden“. Dazu verfügte der Urenkel des Zaren Nikolaus I. über weitreichende internationale Verbindungen, die auch der Krieg nicht völlig zu zerstören vermochte. So hatten Gesinnung und Tradition ihn besonders befähigt gemacht für das große Werk der Gefangenenfürsorge, dem er sich in den ersten Jahren des Krieges als bewusster Vertreter des „Menschheitsgewissens“ widmete. Es konnte nicht ausbleiben, daß er dabei in einen sachlichen Gegensatz zu gewissen militärischen Stellen geriet und sich gefühlsmäßig von all den Kreisen seines Standes wie des deutschen Bürgertums entfernte, die ohne ethische Hemmungen einen „deutschen“ Machtfrieden propagierten. Er kam aber auch in Verbindung mit beamteten und nicht beamteten Persönlichkeiten, die der unpolitischen und unpsychologischen Methode der deutschen Kriegführung mit wachsender Sorge gegenüberstanden, so mit der Zentralstelle für Auslandsdienst, besonders mit Paul Rohrbach und Kurt Hahn, mit dem Leiter der militärischen Stelle des Auswärtigen Amtes, Oberstleutnant von Haefen, mit Siegmund-Schulze und Anton Fendrich. So entwickelte der Prinz seit dem zweiten Kriegsjahr eine politische Tätigkeit in Briefen und Besprechungen, in der Anbahnung von Verbindungen in Inland und Ausland, eine Tätigkeit, die zunächst faktisch gegenüber den realen Mächten nichts bedeutete, die aber stimmungsmäßig von Gewicht war und die Aufmerksamkeit eingeweihter Kreise auf den badischen Thronerben lenkte. Sie fand öffentlichen Ausdruck in zwei Reden, die der Prinz in der badischen Ersten Kammer hielt; sie verdichtete sich in der kritischen Zeit des Spätsommers 1918 zu einem Programm, auf Grund dessen Prinz Max es wagte, sich dem Kaiser zur Verfügung zu stellen.

Der Name des Prinzen war bereits einmal, beim Sturz des Kanzlers Michaelis, dem Kaiser von seinem Kabinettschef genannt worden. Damals hatte Wilhelm II. geantwortet, er könne sich wohl von einem älteren Staatsmann beraten lassen, aber nicht von einem jüngeren Standesgenossen. Die elf Monate, die seitdem vergangen waren, hatten dynastische Argumente dieser Art unbarmherzig erledigt. Im Osten drohte der

Werden!

Bolschewismus, im Westen ein aussichtsloser neuer Winterfeldzug, im Reiche selbst Munitionstreit und Revolution. In dieser Lage erbat Wilhelm II. die Zustimmung des badiischen Großherzogs, daß der Prinz die Reichskanzlerschaft übernehme; der Chef des hähringer Hauses antwortete unter schweren Bedenken, aber doch zustimmend. So wurde die Kandidatur des Prinzen auch dieses Mal von dynastischen Argumentationen umlagert und erschwert.

Und die Schwierigkeiten für den prinziplichen Reichskanzler mehrten sich, kleine wie große, kaum daß er am 3. Oktober 1918 ernannt war. Zu den kleineren gehörte die „Briefaffäre“: Prinz Max hatte im Januar 1918 in einem Brief an Alexander von Hohenlohe seinen Standpunkt — nationales Interesse und Menschheitsgewissen — gekennzeichnet und war dabei abgerückt von der Friedensresolution der Reichstagsmehrheit, „dem scheußlichen Kind der Angst und der Berliner Hundstage“, abgerückt auch von dem Parlamentarismus. Als dieser Brief am 9. Oktober 1918 in der Berner „Freien Zeitung“ veröffentlicht wurde, erwuchs aus der zweifellosen innerpolitischen Fatalität fast eine trotz aller außenpolitischen Bedrohung ernsthafte Kanzlerkrise. Und schon bei der Beruhigung dieser Krise trat eine weitere Schwierigkeit zutage: die allzu große Abhängigkeit der parlamentarischen Minister von ihren Fraktionen, die bis auf den heutigen Tag die Kinderkrankheit der deutschen Demokratie geblieben ist. Endlich aber wurde im den kritischen Augenblicken des Oktoberendes dem Reichskanzler das Handeln durch eine Grippe-Erkrankung erschwert.

Aber was will das alles besagen gegen die beiden Ereignisse, die die Kanzlerschaft des Prinzen einrahmen, beide von ihm nicht gewollt und lebhaft bekämpft, beide aber in Wahrheit entscheidend und alle selbständige Ideenpolitik des Prinzen erlebend! Das eine war das Verlangen der Obersten Heeresleitung nach Friedensangebot und Waffenstillstandsersuchen; es war schon an die alte Regierung gestellt und mußte von der neuen übernommen werden, mußte ausgeführt werden von dem Prinzen, der sich aufs schärfste dagegen ausgesprochen hatte. Es war am 29. September in Spa beschlossen, es galt als die politische Konsequenz der militärischen Lage; bis in die Liquidierung des Krieges hinein hatten die Militärs und nicht die Politiker das Wort! Den Abschluß der rapiden innerpolitischen Entwicklung in jenen Oktobertagen aber bildete die Abreise des Kaisers aus Potsdam ins Hauptquartier am 29. Oktober, jene plötzlich beschlossene Fahrt, die in der Geschichte das Andenken Wilhelms II. weit mehr belasten wird als die sogenannte Flucht nach Holland. Denn nach Holland fuhr der bereits Privatmann Gewordene, aus Potsdam aber entwich der Kaiser. Dort floh er vielleicht vor der Revolution, hier entzog er sich der Entscheidung. Denn in diesen Tagen, da die Abdankungsfrage immer drohender und dringender wurde, gehörte ein Monarch nicht hinter die militärische, sondern in die zivile Front!

Mit diesem Verlassen des Monarchen war dem Prinzen die Kraft und die Möglichkeit der Entscheidung genommen. Denn alle Vorschläge, die er, zwischen Krone und revolutionärendes Volk gestellt, in Spa machte, mußten schriftlich oder telephonisch erfolgen und entbehrten so der persönlichen Überzeugungskraft. Die große historische Auseinandersetzung zwischen dem Träger der Krone und dem parlamentarischen prinziplichen Kanzler, in der das Schicksal Deutschlands durch die Macht der Blutsverbundenheit, der persönlichen Kraft, des unmittelbaren Zusammenpralls entschieden worden wäre, fand nicht statt. Verhandlungen durch Mittelsmänner boten kümmerlichen Ersatz und führten zu verhängnisvollen Mißverständnissen. Am Abend des 8. November wollte man den

Kaiser mit der Abdankungsfrage nicht aus der Ruhe stören, am Morgen des 9. war es zu einer erfolgreichen Abdankung zu spät. Prinz Max glaubte den Sinn der Lage zu treffen, als er am Mittag des 9. November den revolutionierenden Massen die Abdankung des Kaisers bekannt machen ließ. Was er telephonisch aus dem Hauptquartier erfahren hatte, autorisierte ihn moralisch, nicht formal! Und da inzwischen der Kaiser den Abdankungsplan nur zur Hälfte aufgegriffen hatte, so war jene Bekanntmachung des Reichskanzlers nun doch schließlich eine Art Staatsstreich, nur ein verspäteter. Noch am Abend vorher hatten den Prinzen dynastische Bedenken gehemmt; nun mußte er ohne den Ruhm der kühnen Tat doch den Fluch der Entscheidung tragen! Den Anhängern der dynastischen Idee galt er seitdem als verfeimt.

Nicht ohne Bewegung steht man an diesem Wendepunkt deutscher Geschichte den Mann stehend, der tatsächlich zwei Welten angehört. Immer bereit, das in diesem Augenblick Richtige zu tun, aber immer gehemmt durch das, was er nach Herkunft und Erziehung als das für ihn Rechte ansehen muß. Persönlich gewillt, seine dynastische Zukunft aufs Spiel zu setzen; auf die Frage, was im Falle des Mißlingens seiner Kanzlerschaft aus ihm werde, antwortet er ohne Bedenken: „Dann gehe ich eben mit zugrunde.“ Aber viel zu vornehm, ein Philipp Egalité zu werden oder selbst den entscheidenden Schritt gegen den Monarchen zu tun.

Das ist doch das letzte und beste, was bei aller Unzulänglichkeit des Handelns bleibt: daß in der letzten Stunde des alten Deutschland kein verbissener Reaktionär an der verantwortlichen Stelle stand und kein feilschender Opportunist, sondern ein selbstloser Wissender, dem das Handeln durch die tragische Verkettung seines persönlichen wie des allgemeinen Schicksals verwehrt wurde. Es war wahrlich nicht seine Schuld, daß er ein rollendes Rad nicht hemmen konnte.

The Manchester Guardian

Nr. 25956

PRINCE MAX OF BADEN.

An Appreciation.

By Count Harry Kessler.

The description of Prince Max in your leading article as "unschooled to power" is an accurate explanation of why he became at a crisis the Hamlet of German politics. When I first knew him in about 1900 as a captain in the Cuirassier Guards he stood out against his military background by reason of his culture. A typical representative of the old German aristocracy who looked back beyond Bismarck to Goethe for their cultural roots, he was so advanced as to take an interest in Nietzsche at a time when that name was taboo with the official classes. Unfortunately the interest which spread over literature, philosophy, and the arts stopped short at matters of State. Aristocrats of Prince Max's type thought it bad form to mix in political matters, and simply trusted to the Kaiser to govern Germany as it should be governed. It was not until about 1910 that he took part in the high politics of Germany, and his chief achievement before the war was the reconciling of the house of Hanover to the Hohenzollerns. He had married the daughter of the old Duke of Cumberland, and he persuaded the Kaiser to make the Duke's son Duke of Brunswick.

During the war a small group of friends, including his secretary, Herr Hahn, influenced him and helped him to make overtures to England with the idea of coming to some sort of understanding in such a way as to use that country as a bridge toward the other Allies. His attitude was very like Lord Lansdowne's upon the other side, and by answering Lord Lansdowne's letter in the Diet of Baden he became the figurehead of the movement for peace in the West, based upon Germany's renouncing any prospect of annexation in Belgium. He was called on to be Chancellor, because the Allies might trust his intention to make a fair and square peace, but the fact that he had no real understanding of politics became immediately obvious. He stood like an amateur between the military Government based upon Army Headquarters and the revolutionaries, unable to grapple with either. An additional misfortune overcame him at the crisis when he was stricken with influenza. Ill in bed, he did his best, but his whole training and temperament unfitted him for the pulling of wires and the management of men. He was a very simple but highly cultured gentleman.

The Times (London)

Nr. 45355

PRINCE MAX OF BADEN

TO THE EDITOR OF THE TIMES

Sir,—May I be permitted, through the courtesy of your columns, to pay the tribute of old friendship to the memory of Prince Max of Baden, whose untimely death is reported this afternoon?

Our friendship dated from 1891, nearly 40 years ago, when I was at the British Embassy in Berlin and he was a handsome young officer in a smart Prussian regiment. A love of music first brought us together—he had a beautiful tenor voice—and I have delightful recollections of many evenings spent together with him and Valentine Chirol, whose musical talent was not the least of his many accomplishments. From that date until the outbreak of the Great War we corresponded and saw much of one another. I formed the highest opinion of his character as a clear-sighted nobleman and a great Christian gentleman. It was always a mystery to me why the Imperial Government in Germany did not make use of his exceptional abilities until it was too late.

Even during the War, thanks to our long-standing friendship and to the gracious offices of the late Crown Princess of Sweden, we succeeded in corresponding on Red Cross matters, particularly with regard to the transfer of our "Grands Blessés" from Germany to Switzerland. He was the life and soul of that divinely charitable movement from the German side; and, although they did not know it, hundreds if not thousands of French and British soldiers have Prince Max to thank for their removal from German hospitals and camps into Switzerland. Great Britain was late in the day in taking advantage of this organization, of which we of the Red Cross desired to avail ourselves simultaneously with the French, but to which his Majesty's Government and Lord Kitchener objected at the time. But within a year the necessary arrangements were made and, as I say, hundreds of our fellow-countrymen owe their lives to Prince Max. His passion for peace, his personal and political desire for friendship with England, were outstanding qualities in a most trustworthy and very lovable nature. It is said that in after years, when he became Chancellor of the Empire, he was misunderstood in Germany. The object of these few lines is to breathe the hope that the British Empire may never think of him except with deep feelings of gratitude.

I am, &c.,

IAN MALCOLM.

Carlton Club, Nov. 6.

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. Main)

Nr.

839

Die Beisetzung des Prinzen Max.

Salem (Baden), 8. Nov. (Wolff.) Unter großer Beteiligung der Bevölkerung fand heute die Beisetzung des Prinzen Max von Baden statt. Als Vertreter der Reichsregierung nahmen u. a. Reichsminister Dietrich und Ministerialdirektor in der Reichskanzlei Dr. von Hagenow an der Beisetzung teil. Die badische Staatsregierung war mit Ausnahme des erkrankten Ministers Dr. Trunk vollständig erschienen. Als Vertreter des früheren Kaisers nahm Prinz Adalbert von Preußen an der Trauerfeier teil. Prälat Dr. Schmittbenner-Karlsruhe hielt die Gedächtnisrede. Nach der feierlichen Einsegnung der Leiche wurde der Sarg langsam in die Gruft hinabgelassen. Unter den Kränzen befand sich, an hervorragender Stelle liegend, der Kranz des Reichspräsidenten von Hindenburg und der Kranz der Reichsregierung.

19262-0051-000

Prinz von Baden, Prinz

Hamburgisches
Welt-Wirtschafts-Archiv

Signatur.....

Datum **10. Nov. 1929** 192

Zeitbilder Beilage der
Vossische Zeitung (Berlin)

Nr. **45**



Prinz Max von Baden †,
Deutscher Reichkanzler beim Ende des Weltkrieges.
Voigt.